G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Hans Heinz Holz
Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt

Harold Rasch
Thesen zur militärischen Neutralisierung von BRD und DDR

Conrad Taler
Deutsche Industrie im Rüstungsgeschäft

Hans-Dieter Bamberg
Militärseelsorge in Westdeutschland (II)

Achim v. Borries
Zur Selbstdarstellung der CSU

Wilfried Schilling
Italienischer Heißer Herbst

Einzelheft 3,50 DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

November 11 1969

XIV. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Oktober 1969 1139

Kommentare und Berichte

Vietnam-Moratorium (Martin Hall, Los Angeles) 1142

Nach dem Konzil — „subtile Inquisition"? (Friedhelm Baukloh) 1145

Hans Heinz Holz
Verschobene Entscheidungen. Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt 1148

Harold Rasch
Thesen zur militärischen Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1156

Conrad Taler
Deutsche Industrie im Rüstungsgeschäft. Produktion konventioneller Waffen — Vorspiel für atomare Rüstung? 1169

Hans-Dieter Bamberg
Militärseelsorge in Westdeutschland. Psychologische Rüstung (Teil II) 1181

Achim v. Borries
Ehrbare Rechte? Zur Selbstdarstellung der CSU 1205

Wilfried Schilling
Italienischer Heißer Herbst 1213

Hans-Henning Herzog / Paul Oehlke
Die „rationalisierte" Demokratie. Zu Theodor Eschenburgs „Totalrevision" der Verfassung 1221

Fernseh-Spalte

Der sympathische Architekt (E. H. Wahl) 1229

Bücher

Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik. Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals (Arno Arnemann) 1230

Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise (Jörg Goldberg) 1232

Heinrich Weiler, Vietnam (Vincent Arnold) 1234

Literatur zu „Guevara über sich selbst" (Uwe Henning) 1236

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1237

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der „Erklärung der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages" (Prager Außenministerkonferenz) am 30./31. Oktober 1969 1238

Wortlaut der „Denkschrift für eine realistische Deutschlandpolitik" 1240

Aufruf zur Aktion „Stoppt den US-Krieg — Frieden für Vietnam jetzt!" 1249

Achim v. Borries

Ehrbare Rechte?

Zur Selbstdarstellung der CSU

„Grundlage der Politik der CSU ist und bleibt ihre Verpflichtung gegenüber dem Menschen als Ebenbild Gottes" (CSU-Wahlprogramm 1969).

I

Die Tatsache, daß die NPD bei der Wahl zum neuen Bundestag an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist, hat im In- und Ausland verständliche Befriedigung hervorgerufen. Doch dies erfreuliche Wahlergebnis sollte zu keinen falschen Schlußfolgerungen führen. Es war schon vor dem 28. September unrichtig, die Stärke ausgesprochener Rechtstendenzen in der Bundesrepublik an der parlamentarischen Position der NPD in Bund und Ländern allein abzulesen, und es bleibt auch nach dem Wahltag unrichtig, ja leichtfertig. Eine derartige Betrachtungsweise wäre nur dann legitim, hätte die NPD in den vergangenen Jahren alle eindeutigen Rechtselemente und Rechtstendenzen in der Bundesrepublik absorbiert, das heißt: wären alle diese Rechtskräfte nunmehr in der NPD als großer rechter Sammelpartei lokalisiert. Davon aber konnte und kann keine Rede sein. Die NPD stellt vielmehr nur einen Flügel eines weit umfassenderen ideologisch-politischen Rechts-Kartells dar (was eine Konkurrenz innerhalb dieses Kartells natürlich nicht ausschließt!), das auch ohne eine parlamentarische Repräsentation der Thadden-Partei im neuen Bundestag stark vertreten ist.

Daß eine solche Rechte heute existiert, hat insbesondere der Wahlkampf der CSU mit aller Deutlichkeit gezeigt. Auf diesen Wahlkampf jetzt noch einmal einzugehen, die CSU gewissermaßen „beim Wort" zu nehmen, dürfte sich auch darum empfehlen, weil diese Partei vermutlich den harten, militanten Kern der neuen Bundestags-Opposition bilden wird. Schon der Wahlkampf gibt Aufschluß darüber, mit welcher Art Opposition eine Regierung Brandt-Scheel zu rechnen hat.

Es kommt hinzu, daß das Gewicht der CSU innerhalb des CDU-CSU-Blocks möglicherweise zunehmen wird. Die CSU hat alles in allem bei der Wahl besser abgeschnitten als die größere Schwesterpartei. Und ihr Vorsitzender, Franz-Joseph Strauß, ließ bereits vor dem 28. September mehrfach verlauten, er sei unzufrieden mit dem Wahlkampf der CDU, der es an Engagement und an dem Vermögen gefehlt habe, ihre Politik „publikumswirksam" verständlich zu machen (so Strauß in einem Interview mit „Bild" vom 19. September). Der wendige CSU-Chef dürfte nun einigermaßen energisch geltend machen, er habe das Desaster der Kanzler-Partei vorausgesehen ...

II

Unseren Bemerkungen zum Wahlkampf der CSU sei eine grundsätzliche Überlegung vorausgeschickt. In der Bundesrepublik ist die Neigung weit verbreitet,

Äußerungen der Parteien im Wahlkampf mit einem besonderen Maßstab zu messen, sie, augenzwinkernd sozusagen, nicht ganz ernst zu nehmen und auch da noch großzügig Absolution zu erteilen, wo man das „normalerweise", also außerhalb des Wahlkampfes, längst nicht mehr tun würde. Man sagt sich und anderen, meist zum Troste, in Wahlzeiten müsse nun einmal so manches in Kauf genommen werden, und denkt schon an das „Vergeben-und-Vergessen" am Tage nach der Wahl, an den großen Schlußstrich also, der, wie man meint, das „wahre" Gesicht der Parteien wieder hervortreten lasse.

Es kann schwerlich bestritten werden, daß solch relativer Gleichmut einiges für sich hat. Andererseits aber bekommt es der Demokratie schlecht, verläßt man sich allzusehr auf ihn allein.

Ein wirklicher Wahlkampf ohne jede Übertreibung und Überspitzung ist kaum vorstellbar und gewiß weniger wünschenswert als eine harte, zwangsläufig auch polemische Auseinandersetzung der parteipolitischen Kontrahenten. Ohne die offene und öffentliche Konfrontation der Parteien im Wahlkampf wird die Demokratie zur Farce: Eine Demokratie ohne einen wirklich antagonistischen Parteien-Pluralismus verdient diesen Namen nicht mehr. Darum ist ein harter Wahlkampf (entgegen der von „Bild" verbreiteten „Gemeinsamkeits"-Ideologie) durchaus ein Zeichen politischer Gesundheit. Und gerade in der Bundesrepublik hat es so lange an klaren Frontstellungen gefehlt, daß man die Konfrontation im Wahlkampf 1969 nur begrüßen kann.

Akzeptiert man die Notwendigkeit einer solchen bisweilen auch bitter-polemischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien vor den Augen und Ohren der Wähler, so heißt das aber nicht, es sei mehr oder weniger gleichgültig, wie der Parteien-Kampf ausgetragen werde, da nun einmal der harte Widerstreit das Gebot der Stunde sei. Im Gegenteil, gerade hier beginnt die Scheidung der Geister! Denn der Wahlkampf ist in besonderem Maße eine Selbstdarstellung der verschiedenen Parteien. Nur in dieser kurzen Vor-Wahl-Periode sprechen sie den Wähler unmittelbar an, umwerben ihn, grenzen sich gegeneinander ab. Und da ist es denn überaus aufschlußreich, wie sie das tun: wie sie sich selbst empfehlen und von der Konkurrenz distanzieren. Man kann geradezu sagen: Das politische Niveau, die intellektuelle und moralische Qualität der einzelnen Parteien offenbaren sich kaum je so direkt und so eindeutig wie gerade im Wahlkampf, das heißt im unmittelbaren Machtkampf. Nun zeigt sich, ob sie, bei aller Polemik, doch primär an die Vernunft des Wählers, an seine Einsicht in Sachzusammenhänge appellieren und sich vorwiegend auf Argumente stützen, oder ob sie bewußt seine Vorurteile und Emotionen ansprechen, um daraus Wahlkapital zu schlagen; ob sie sich einer gewissen Rationalität und Sachlichkeit verpflichtet fühlen, oder ob sie den Wahlkampf als eine Art innenpolitischen „Totalen Krieg" ansehen, in dem jedes Mittel recht, keine Demagogie zu primitiv, keine Verfälschung der Probleme unerlaubt und jede Infamie statthaft ist.

Nicht einzelne besonders negative oder auch besonders positive Vorkommnisse im Wahlkampf sind hier gemeint, sondern der Gesamtstil und das Gesamtniveau der Selbstdarstellung der verschiedenen Parteien. (Und von einer solchen Gesamttendenz kann heute angesichts der zentralen und straffen Wahlkampf-Planung, unter Einschaltung von Werbeagenturen, noch mehr als früher gesprochen werden.) Gerade weil im Wahlkampf die Gegensätze artikuliert werden sollen und artikuliert werden müssen, weil es in ihm nicht um „Gemeinsamkeit", sondern um Scheidung der Geister geht, ist er so etwas wie die „Hohe Schule der Demokratie". Darum tut man gut daran, zwar nicht jede einzelne Wahlkampfäußerung auf die Goldwaage zu legen, wohl aber den Tenor des Wahl-

kampfes der einzelnen Parteien ernst zu nehmen und das Urteil über sie nicht zuletzt darauf zu stützen, wie sie sich im Konkurrenzkampf dem umworbenen Wähler präsentieren.

Um zum eigentlichen Thema dieses Aufsatzes zurückzukommen: Die CSU ist so, wie sie sich in den vergangenen Monaten in Szene gesetzt hat, um ein Maximum an Wählerstimmen zu gewinnen. Man verharmlost die politische Realität, betrachtet man ihren Wahlkampf als eine Art termingebundenen Exzeß, über den man nun, nach dem 28. September, zur „normalen" parteipolitischen Tagesordnung hinweggehen könne.

III

Bekanntlich kam Franz-Joseph Strauß einmal mehr unrühmlich ins Gerede, als er anläßlich einiger (wie sich inzwischen herausgestellt hat: von der CSU aufgebauschter) Vorfälle bei einer APO-Protestaktion in Bamberg in einem Fernschreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Goppel erklärte, die APO-Leute benähmen sich „wie Tiere, für welche die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist" („Süddeutsche Zeitung" vom 21. 7. 1969). Als der Deutsche Richterbund gegen diese Äußerung protestierte, bescheinigte ihm Marcel Hepp im „Bayernkurier" vom 9. August, er habe sich „zum Schutzherrn der von Strauß sehr berechtigt mit Tieren verglichenen entmenschten Vandalenhorden von Bamberg" gemacht. Hepp empörte sich, man warne „vor einer Abschaffung der Menschenrechte, als ob davon je die Rede gewesen sei." Die Replik exemplifiziert die Demagogie des CSU-Organs: Denn so wenig Strauß von einer „Abschaffung der Menschenrechte" gesprochen hatte, so wenig war das von irgend jemandem behauptet worden — ging es doch gerade darum, daß nach Strauß für eine bestimmte, als „Tiere" oder „Vandalen" qualifizierte Menschengruppe die „Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich" sei.

Daß es sich bei dieser Äußerung des CSU-Vorsitzenden nicht um einen einmaligen „Ausrutscher" handelte, daß sie vielmehr durchaus „gezielt", nämlich Teil einer systematischen Verteufelungskampagne war, macht vor allem die Lektüre des „Bayernkurier" deutlich. Seit Monaten tat das Strauß-Blatt alles, die APO zu kriminalisieren und damit zugleich die innenpolitische Situation der Bundesrepublik künstlich zu dramatisieren. Am 19. Juli etwa war in einem unter Strauß' Namen erschienenen Leitartikel „Garantie für Ordnung" unter anderem folgendes zu lesen: „Die Unionsparteien würden aber in selbstmörderischer Weise alle ihre stolzen Errungenschaften: die wirtschaftliche Stabilität, die internationale Anerkennung, den Rechtsstaat und die hochgeschätzte, aber nunmehr 24 Jahre behauptete Freiheit des Einzelnen aufs Spiel setzen, wenn sie dem Mob der Straße, der auch in Nürnberg (anläßlich einer CSU-Kundgebung, A. v. B.) sein verfassungsfeindliches Unwesen trieb, eine Chance geben würden. Hier geht es längst nicht mehr um die Ausübung demokratischer Rechte. Im Vergleich zu den wirklichen Methoden und Zielen dieser organisierten Banden politischer Landstreicher ist der Name ‚Außerparlamentarische Opposition' noch eine erhabene Ehrenbezeichnung. Es ist der kalte berechnende Haß gegen Recht, Gesittung und Ordnung, es ist der Neid der Asozialen, die Zerstörungswut negativer Elemente, die ihre kriminelle Einstellung zur Gesellschaft mit politischen Motiven tarnen." „Haß", „Neid", „asozial", „Zerstörungswut", „total negativ", „kriminelle Einstellung", „Tarnung" — das Vokabular sagt genug, und die Absicht liegt klar zutage. Um so mehr, als, Klaus Reiter zufolge („Bayernkurier" vom 19. Juli), die Praktiken der als „Bürgerkriegspartei" bezeichneten APO „ge-

nau sowjetischen Regieanweisungen, die zur Erringung der Weltherrschaft führen sollen", entsprechen [1]).

Das Wort von der „Bürgerkriegspartei" kennzeichnet besonders eindrücklich die Tendenz zur Dramatisierung der innenpolitischen Geschehnisse. Kurt Georg Kiesinger sagte am 19. Juni auf der 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des Bundesvorstandes der Deutschen Industrie in Bonn: „Wir müssen lernen, dieser Bürgerkriegssituation richtig zu begegnen" („Frankfurter Rundschau" vom 20. Juni). Marcel Hepp nahm das Stichwort auf und schrieb eine Woche später in seinem „Bayernkurier"-Leitartikel unter der Überschrift „Kommt ein Bürgerkrieg?" unter anderem: „Der Kanzler kennzeichnet die Lage schon mit dem Begriff ‚Bürgerkrieg' ... Jene Gutwilligen und Gutmütigen, die nichts als Reform im Sinn haben, werden unter diesen Aspekten vor die Wahl gestellt, sich der einen oder der anderen Seite zuzuschlagen. Im Bürgerkrieg sind die Fronten klar. Die ewigen Vermittler sind in Gefahr, unter die Räder zu kommen. Ohne es gemerkt zu haben, sind sie's zum Teil bereits." Carl Schmitt konnte das, einige Jahrzehnte vorher, nicht prägnanter sagen ...

Ist die innere Situation der Bundesrepublik derart ernst, stehen wir kurz vor dem totalen Chaos, vor dem Ende aller Gesittung und aller Sicherheit, so bedarf es eines energischen „Eingreifens", um das Äußerste zu verhüten. Die CSU macht sich zum Sprecher des tief beunruhigten Volkes. Im „Bayernkurier" vom 13. September berichtet Wilfried Scharnagl über eine Wahlkampfreise mit Richard Stücklen: „Stücklen spricht seinem Publikum aus dem Herzen: ‚Die Leute verlangen von uns, daß wir Ordnung schaffen und daß die Staatsorgane durchgreifen.' Stürmischer Beifall." Man beachte die Nuance: Nicht davon ist die Rede, daß die Ordnung „geschützt" werden müsse, sondern die CSU soll und will überhaupt erst wieder „Ordnung schaffen". Mit anderen Worten: Es muß endlich einmal — mit Hilfe der „Staatsorgane" — „aufgeräumt" werden in diesem heruntergekommenen Lande. Und die Strauß-Partei empfiehlt sich als „Aufräumkommando" ...

Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die intensive Kampagne der CSU gegen die Bemühungen vor allem von SPD und FDP um eine Modernisierung des Strafrechts. In einem Aufsatz von Emil Franzel „Der Konservative und die Wahl" im „Bayernkurier" vom 14. Juni heißt es unter anderem: „Jedem konservativen Deutschen muß unsere sogenannte Strafrechtsreform ein Greuel sein ... die Illusion der Resozialisierung ... Der Konservative wird aber auch einsehen, daß sich in der gegenwärtigen Lage und bis zur Wiederherstellung einer sicheren Rechtsordnung durch die nächste oder übernächste Generation, die inzwischen den Wahnwitz des Nihilismus erlebt haben wird, der konservative Protest der CSU gegen die provozierendste Bestimmung der sogenannten Reform und die mutige Rede Richard Jaegers als das Maximum des heute noch Möglichen honoriert werden müssen." Jaeger selbst forderte im „Bayernkurier" vom 12. Juli „Schluß mit der weichen Welle": „Das Symbol der weichen Welle ist die von der CSU energisch bekämpfte Abschaffung des Zuchthauses... Ein solcher Beschluß entspricht ebensowenig dem Gedanken des Schuldstrafrechts wie dem Willen des Volkes ... Der Ruf nach innerer Sicherheit vor Staatsfeinden und Gewaltverbrechern ist heute ebenso dringlich wie der nach äußerer Sicherheit." Und am 30. August, wiederum im „Bayernkurier": „Als eine echte Volkspartei vertritt die CSU die Meinung des Volkes, und dieses Volk hat für die weiche Welle

[1]) Wer trotz alledem immer noch nicht weiß, was er von der APO zu halten hat, der erfährt es aus dem „Bayernkurier" vom 13. 9., in dem Isolde Pietsch unter dem Titel „Bayern als Ordnungsfaktor" über eine Strauß-Kundgebung in München und das Auftreten der APO daselbst schreibt: „Gleichzeitig erteilten die westdeutschen Kryptokommunisten — übrigens sah man auch Mulatten und Neger unter ihnen — im Saalinneren Anschauungsunterricht in der von ihnen bevorzugten ‚Stopp'-Methode."

der Strafgesetzgebung und damit für sozialdemokratische Justizpolitik nichts übrig."

So beruft sich die CSU immer wieder auf das wohlbekannte „gesunde Volksempfinden" — nachdem sie selbst es ausgiebig genährt und aufgeputscht hat.

Die permanenten Attacken auf die Strafrechtsreform sollten, wie die zuletzt zitierte Äußerung Jaegers erkennen läßt, vor allem die SPD als Partei der „weichen Welle" diskreditieren. Die Reformbestrebungen wurden lange Zeit insbesondere dem früheren Bundesjustizminister und heutigen Bundespräsidenten Dr. Heinemann „angelastet". Ein Kommentar von Marcel Hepp zur Strafrechtsreform im „Bayernkurier" vom 8. März 1969 — also unmittelbar vor der Bundespräsidenten-Wahl — beginnt mit dem Satz „Heinemann möchte den Radaubrüdern helfen". Eine Woche später hielt Hepp der FDP vor, sie habe bei der Präsidentenwahl mit Heinemann „nunmehr ausgerechnet den Exponenten ewiger Verfolgung" gewählt, womit auf die Haltung Heinemanns in der Frage der Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen angespielt wurde.

IV

Das Zusammengehen von SPD und FDP bei der Heinemann-Wahl wurde von der CSU durchaus richtig eingeschätzt: als Beginn einer neuen Ära der Bonner Politik. Die Konsequenz, die man daraus zog, war die Verstärkung der Kampagne vor allem gegen die SPD. Frühzeitig verzichtete die CSU auf alle Koalitions-Rücksichten. Die APO hatte im Wahlkampf der Strauß-Partei nur die Funktion eines Popanzes, eines „Bürgerschrecks", der den Ruf nach „Ordnung" legitimieren sollte. Die SPD aber war ein ernstzunehmender politischer Gegner, der zum erstenmal seit zwanzig Jahren die Machtposition von CDU/CSU ernstlich zu erschüttern drohte. Um so mehr kam es darauf an, sie nicht nur als eine Partei zu denunzieren, die unfähig sei, im Innern der Bundesrepublik „Ordnung zu schaffen", sondern sie nun auch hemmungslos außenpolitischer, sprich nationaler Unzuverlässigkeit zu bezichtigen.

So wurde der SPD in den letzten Monaten ganz systematisch eine fahrlässige Vernachlässigung, ja geradezu ein „Ausverkauf" der deutschen Interessen nachgesagt. Das sollte vor allem Willy Brandt, den Außenminister der Großen Koalition und Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten, treffen. Dabei blieb der Leser des „Bayernkurier" im unklaren darüber, ob das vermeintliche Fiasko der Brandt'schen Außenpolitik „nur" auf die „Naivität" des Außenministers oder nicht sogar auf untergründige Sympathien für den Kommunismus zurückzuführen sei. Jedenfalls erreichten die Attacken auf Brandt ein kaum noch überbietbares Maß an Demagogie.

Wir greifen nur einige Beispiele heraus. „Es ist wieder soweit. Die SPD liefert den sowjetischen Massenmedien die Stichworte im Propagandakrieg gegen die Bundesrepublik" („Bayernkurier" vom 10. Mai 1969, Überschrift: „Worte für Sowjetsender"). „Im Sprachgebrauch der SPD hat das Wort ‚Friede' einen anderen Sinn als bei uns. Es hat dort den Beigeschmack von ‚Appeasement', von einseitigem Nachgeben" (Marcel Hepp, „Außenpolitik oder Wahlkampf?", 12. Juli). In einem Kommentar von Marcel Hepp hieß es am 26. Juli unter der gezielt-infamen Überschrift „Moskau lohnt es" unter anderem: „Die FDP hat Willy Brandt (mit der Reise der Parteispitze nach Moskau, A. v. B.) die Schau gestohlen. Sie flog an den Ort seiner Sehnsucht: nach Moskau. Und sie erntet den Lohn ihrer Deutschlandpolitik ... Bereitwillig offenbar tritt der Kreml demjenigen zur Seite, der in Deutschland seine Anerkennungsbegierde freudig offenbart." Der Untertitel eines

Kommentars im „Bayernkurier" vom 13. September, der sich auf den Umsturz in Libyen bezog, lautete: „Brandt und Eppler träumen, die Sowjets marschieren."

Besonders rüde wurde der Außenminister immer wieder wegen seiner trotz etlicher Bedenken alles in allem positiven Haltung zum Atomsperrvertrag angegriffen. Dies „Knebelungspapier" (12. April 1969) stempele die Bundesrepublik für den Rest des Jahrhunderts zum „Dauerangeklagten", schrieb Marcel Hepp im „Bayernkurier" vom 16. August. Und: „Der Kreml macht die Politik, Brandt reagiert nur, ... eine konsequente Politik der Vorleistungen." (Wiederum verdient auch die Überschrift zitiert zu werden: „Tolles Spiel mit dem Sperrvertrag — Die Nation getäuscht"!)

Diese Kampagne zur Abstempelung der SPD als im nationalen Sinne „unzuverlässig" (erinnert sei auch an die Wahlanzeige der CSU, in der es hieß: „Moskau spielt mit deutschen Sozialisten ... Und Breschnew reibt sich die Hände ...") gipfelte in den folgenden Sätzen Marcel Hepps im „Bayernkurier" vom 30. August 1969: „Die SPD ist die Partei des Ostens. Sie sucht ihren Frieden in Moskau. Nicht umsonst orientiert sie sich in den letzten Wochen vor der Wahl fast ausschließlich am Kreml."

Neben Brandt war in den vergangenen Monaten auch sein niederländischer Kollege Joseph Luns ein bevorzugtes Angriffsobjekt des „Bayernkurier". Vornehmlich darum, weil er den Atomsperrvertrag befürwortet und auf eine Unterschrift auch Bonns drängt. In einem „Unverschämtheit" betitelten Kommentar schrieb Wilfried Scharnagl im „Bayernkurier" vom 5. Juli: „Joseph Luns, niederländischer Außenminister und europäischer Störenfried, wird mehr und mehr zu einem Ärgernis ... Die Bundesrepublik bedarf zur Führung ihrer Politik nicht der unverschämten Einmischungen von Joseph Luns." Einen Monat später bezeichnete derselbe Kommentator Luns als einen Mann, „der selbsternannt und ungefragt als Richtliniengeber für die Politik der Bundesregierung agiert" [2]).

Doch nun zur Pointe dieses Feldzuges des „Bayernkurier" gegen den niederländischen Außenminister, mit dem zugleich sein sozialdemokratischer Kollege in Bonn getroffen werden sollte. Am 16. August 1969 erschien im „Bayernkurier" ein weiterer Anti-Luns-Artikel, diesmal von Leo M. Bensch, überschrieben: „Wie es aus den Niederlanden schallt — Das Seltsame in Herrn Luns." Man konnte dort unter anderem das Folgende lesen: „Die Hand des Dr. Joseph Marie Antoine Luns war auch diese Woche wieder zu spüren, als man sich in Brüssel traf, um die Folgen der Franc-Abwertung speziell in bezug auf den gemeinsamen Agrarmarkt zu beraten. Der sozialdemokratische Außenminister der Niederlande erhält ein immer seltsameres Image, was seine Haltung gegenüber Europa anlangt ... Zu auffällig, wenn auch ganz im Sinne internationaler sozialdemokratischer Tendenzen, sind seine drängenden ‚Ratschläge' und Hinweise, daß die Bundesrepublik den Atom-Sperrvertrag unterschreiben soll ... Auf der Linie der sozialdemokratischen Internationale liegen die ständigen Empfehlungen des holländischen Außenministers zur Aufnahme Englands in die EWG ... Des niederländischen Sozialdemokraten und Außenministers Meinung mag von der des Hilversum-Kommentators (gemeint ist ein Kommentar des niederländischen Senders über die politische Vergangenheit Kiesingers, A. v. B.) abweichen. Es wäre schön, davon zu hören."

Nun ist allgemein bekannt, daß Joseph Marie Luns, der seit vielen Jahren als Außenminister der Niederlande amtiert, keineswegs der sozialdemokratischen,

[2]) Außenminister Brandt hatte in der Zwischenzeit die Ausdrucksweise des „Bayernkurier" in Sachen Luns gerügt und damit seinem niederländischen Kollegen laut „Bayernkurier" „Schützenhilfe" geleistet.

Informationen zur Zeit

Die aktuelle Reihe
der Fischer Bücherei

Urs Jaeggi
Macht und Herrschaft in
der Bundesrepublik
Band 1014
Originalausgabe DM 3,80

Weitere Titel der Reihe

Che Guevara und die Revolution
Hrsg. v. Heinz Rudolf Sonntag
Band 896
Originalausgabe DM 2,80

Claus Michael Naether
Ein Kontinent sucht die Freiheit. Afrika zwischen den Großmächten. Band 950
Originalausgabe DM 2,80

Martin Luther King
Wohin führt unser Weg? Chaos oder Gemeinschaft
Band 937. DM 2,80

Stokely Carmichael/ Ch. V. Hamilton
Black Power
Die Politik der Befreiung in Amerika
Band 1070. DM 2,80

Strafvollzug in Deutschland
Hrsg. v. Dietrich Rollmann
Band 841
Originalausgabe DM 3,80

Schmidt/Thelen
Hochschulreform
Gefahr im Verzuge?
Band 1011
Originalausgabe DM 2,80

Haug/Maessen
Was wollen die Schüler?
Politik im Klassenzimmer
Band 1013
Originalausgabe DM 2,80

Kritischer Katholizismus
Argumente gegen die Kirchen-Gesellschaft. Hrsg. von Ben van Onna und Martin Stankowski. Band 1015
Originalausgabe DM 2,80

sondern der Katholischen Volkspartei seines Landes angehört. Kaum anzunehmen, daß man das in der Redaktion des „Bayernkurier" nicht wußte. (Wußte man es wirklich nicht, so wäre auch das aufschlußreich!) Die Vermutung liegt nahe, daß man es dort als „Patentlösung" betrachtete, den katholisch-bürgerlichen Befürworter des Atomsperrvertrages, der Aufnahme Englands in die EWG und des Mansholt-Planes [3]) an einer weniger auffallenden Stelle des Blattes und im Vertrauen auf die Unkenntnis der großen Mehrheit der Leser flugs zum dezidierten „Sozialdemokraten" zu machen — womit dann einmal mehr jene große internationale sozialistische „Verschwörung" gegen Deutschland „enthüllt" ist, als deren Exponent hierzulande vor allem Willy Brandt fungiert und vor der nur die CSU die Nation retten kann, genauer gesagt: ihr Vorsitzender Franz-Joseph Strauß.

IV

CDU und CSU haben zumal in den letzten Wochen vor dem 28. September alles getan, die diesjährige Bundestagswahl auf eine plebiszitäre Entscheidung zwischen zwei Kanzlerkandidaten zu reduzieren, von denen der eine zum „Führer" hochstilisiert wurde, während man dem anderen eben diese „Führer"-Qualität absprach. Mit dieser nahezu absoluten Personalisierung des Wahlkampfes sollte die Substanzlosigkeit des politischen Programms der Unionsparteien, aber auch die Tatsache überdeckt werden, daß es ihnen an einem Team qualifizierter Reformpolitiker fehlt. Vom Wähler wurde nicht Einsicht in innen- und außenpolitische Sachzusammenhänge, sondern „Vertrauen zum Kanzler" gefordert.

Diese „Aufpäppelung" Kiesingers zum „Führer" mutet um so grotesker an, als gerade die Führungs-Schwäche des Kanzlers der Großen Koalition inzwischen weithin bekannt geworden war. Der Wahlausgang dürfte denn auch bald eine Kiesinger-Dämmerung zur Folge haben, womit die Wahlpropaganda von CDU/CSU vollends unglaubwürdig wird.

Doch wie immer es um die politische Zukunft Kiesingers bestellt sein mag, die CSU präsentiert nach dem 28. September nachdrücklicher denn je ihren „starken Mann" als den eigentlichen „Führer der Opposition" und Kanzler von übermorgen. Kiesingers Mißgeschick macht Franz-Joseph Strauß auch für die CDU nur noch unentbehrlicher, zumindest für den Teil der Union, der sein Heil nun in einer weiteren Verschärfung des Rechtskurses, in einer noch stärkeren Anlehnung an die CSU also, suchen wird. Die CSU selbst dürfte, wie schon eingangs gesagt, den harten Kern der neuen Bundestags-Opposition bilden.

Das „Unheil" einer SPD-FDP-Koalition, vor dem gerade die CSU so eindringlich gewarnt hatte und von dem die Bundesrepublik nun tatsächlich „heimgesucht" worden ist, muß jenen „deutschen Staatsmann" auf den Plan rufen, „von dem noch Rettung zu erwarten ist" (so Emil Franzel in dem bereits zitierten Aufsatz „Der Konservative und die Wahl" („Bayernkurier" vom 14. Juni). Franzel folgert: „So bleibt dem Konservativen nur eine einzige Entscheidung, und zwar eine, die er freudig und überzeugt treffen kann: die CSU zu stärken, weil er mit ihr Strauß stärkt." (Also nicht etwa umgekehrt!) Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß die Springer-Presse, zumal „Bild", seit langem dabei ist,

[3]) Hier sei auch erwähnt, daß die Wahlwerbung der Partei auf dem Lande sich vor allem auf eine Kampagne gegen den Mansholt-Plan stützte, gegen den alle bäuerlich-antisozialistischen Affekte mobilisiert wurden. Die Vorschläge Mansholts für eine Strukturveränderung in der Landwirtschaft — in deren eigenem langfristigen Interesse — wurden umgefälscht in einen Plan für eine kalte „Sozialisierung" der gesamten Landwirtschaft, wie er typisch sei für „sozialistische" Hirne. Der „Union-Kurier" der CSU behauptete am 13. September gar, die SPD strebe die „Sozialisierung der gesamten Wirtschaft" an: „Wählt SPD, und ihr werdet enteignet"!

Strauß als kommenden Kanzler „aufzubauen" [4]). Es wurde auch zu wenig beachtet, daß Strauß selbst vor einigen Wochen für eine wesentliche Stärkung der Stellung des Bundeskanzlers innerhalb der Regierung „im Sinne einer Annäherung an das Präsidialsystem" eingetreten ist (nach AP, 8. August 1969). Er wird dabei kaum in erster Linie an eine Ausweitung der Richtlinienkompetenz eines Bundeskanzlers Kiesinger gedacht haben.

Die Ausschnitte aus dem Wahlkampf der Strauß-Partei, auf die wir uns in diesem Aufsatz beschränken mußten, dürften dennoch ausreichen, Tendenz und Tenor dieses CSU-Wahlkampfes deutlich zu machen. Vermutlich ist es der Partei gelungen, etliche Wähler, die ursprünglich die NPD wählen wollten, von einer solchen Wahlentscheidung abzuhalten. Doch sie hat diesen „Erfolg" nur dadurch erreicht, daß sie sich (nicht erst jetzt) den Parolen der NPD, ihren Gesinnungen und ihrem Vokabular immer wieder annäherte. Es gibt heute weniger denn je eine eindeutige ideologische Grenzlinie zwischen CSU und NPD, dafür aber nur allzuviele ideologische „Verfilzungen" und Überschneidungen. Und das wird sich für die deutsche Demokratie wahrscheinlich weit fataler auswirken, als es ein Einzug einer in der NPD lokalisierten Rechten in den Bundestag getan hätte. Denn die CSU ist im Gegensatz zur NPD keine sektiererische Rechtspartei, sondern ein nicht zuletzt von der bayerischen Industrie und der Kirche gestützter breiter Rechtsblock von beträchtlichem Einfluß weit über die Grenzen Bayerns hinaus. Die NPD bleibt vorerst außerhalb des Bundestages. Dennoch — die neue deutsche Rechte ist unter uns. Eine ehrbare Rechte? Mitnichten.

Wilfried Schilling

Italienischer Heißer Herbst

I

Die gegenwärtige politische Situation in Italien stellt ein echtes Paradoxon dar: sie ist gleichermaßen erstarrt und bewegt. Erstarrt ist Mariano Rumors christdemokratisches Einparteienkabinett, das sich zu keinerlei Entschlußkraft durchringen kann. Bewegt hingegen sind die sozialen Spannungen, die sich in gewaltigen Streikbewegungen entladen. Der im Sommer nach dem Auseinanderbrechen von Sozialisten und Mitte-Links-Regierung prophezeite „heiße Herbst" ist ein-

4) Dafür nur ein Beispiel: „Bild" vom 21. Mai 1969 brachte einen sechsspaltigen Bericht über den England-Besuch des damaligen Finanzministers unter der dicken Überschrift „Bombenerfolg für Strauß. Englische Zeitungen sagen ihm eine dicke Karriere voraus." Dem entsprach die „Bild"-Version in der Aufwertungs-Frage. „Bild" feiert Strauß vor allem immer wieder als Wegbereiter des Made-in-Germany-Export-Nationalismus. Siehe dazu auch Strauß selbst in einem Interview in der „Welt" vom 18. September: „Wir haben alle Positionen verloren. Wir sind durch eigene Schuld aus der Welt vertrieben worden. Jetzt ist es die Aufgabe unserer Politik, dem Kaufmann, dem Industriellen, den jungen nachwachsenden Menschen wirtschaftlich den Weg in die Welt zu öffnen."

kosten, die im Verlaufe der Rezession und der darauffolgenden Expansion weiter gesenkt wurden, ermöglicht.

Zwar konnte die Exportoffensive wesentlich zur Lösung der Wirtschaftskrise beitragen. Sie wurde dadurch aber lediglich verschoben. Die Handelspartner der BRD sehen sich einer defizitären Handelsbilanz und ständigen Devisenabflüssen gegenüber. Ihre Währungen gerieten unter Abwertungsdruck, das Währungssystem wurde von einer Serie von Krisen erschüttert. Die Überwindung der westdeutschen Wirtschaftskrise erfolgte auf Kosten der Konjunktursituation der Handelspartner. Denn diese mußten eine restriktive Konjunkturpolitik einleiten, um ihre Exportsituation zu verbessern und das Defizit zu beseitigen. Da die Preise in der BRD langsamer als in den meisten anderen Ländern gestiegen waren, bevorzugte die alte Währungsparität die Exportindustrie der BRD. Die DM und damit die deutschen Waren waren relativ billig, der Export blühte weiter. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich der Streit um die Aufwertung der DM, die schließlich am 27. 10. 1969 vollzogen wurde. Obwohl Altvaters Buch vor diesem Ereignis geschrieben wurde, liefert es doch das Material zu seinem Verständnis.

Die „streitenden Parteien", vertreten durch Strauß und Schiller, waren sich in einem einig: die Politik der westdeutschen Expansion auf dem Weltmarkt und der dadurch ermöglichte Kapitalexport müssen fortgesetzt werden. Indem sie die Löhne in der Konzertierten Aktion zurückdämmten und den Kapitalexport steuerlich begünstigten, hatten sie ja die Voraussetzungen dafür geschaffen. Zwar würde eine Aufwertung die Stellung der westdeutschen Exporteure beeinträchtigen. Ein Aufwertungssatz, der ihre Überlegenheit beseitigen würde, war aber nie ins Auge gefaßt worden. Wenn Schiller trotzdem eine Aufwertung in engen Grenzen anstrebte und jetzt ja auch verwirklicht hat, so war er sich bewußt, daß eine weitere Vergrößerung des Saldos der Handelsbilanz das Weltwährungssystem gefährden und Maßnahmen der betroffenen Länder hervorrufen würde, die den Welthandel verringern. Eine Bedingung des weiteren Ausbaus der westdeutschen Positionen, die auch Schiller will, ist aber ein funktionierendes Währungssystem und ein liberalisierter Welthandel. Schiller hat sich durch die Aufwertung also als ein weitsichtigerer Interessenvertreter des westdeutschen Kapitals erwiesen.

Die häufigen Krisen des Weltwährungssystems riefen natürlich die verschiedensten Reformvorstellungen auf den Plan. Sie alle kranken daran, daß sie sich ausschließlich auf technische Änderungen des Währungssystems beschränken. Die Ursachen der Währungskrise liegen aber in Produktionskrisen, wie es Altvater am Beispiel Bundesrepublik aufzeigt. Je mehr aber die nationalen Regierungen versuchen, durch Konjunkturpolitik diese Krisen zu vermeiden, und sie auf die internationale Ebene schieben, desto größer werden die Probleme. Die Produktionskrisen beseitigten kurzfristig das Mißverhältnis zwischen Konsumtion und Produktion und schufen so die Voraussetzung für einen neuen Aufschwung. Das kann eine Währungskrise aber nicht leisten, denn sie berührt zunächst die zu groß gewordenen Kapazitäten nicht. Das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazitäten und Absatzchancen akkumuliert sich auf der internationalen Ebene. „... ökonomische Rezessionen — noch unter dem Prinzip der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung — (werden) durch die staatliche Vermeidungsstrategie gerade nach außen geschafft und zu Problemen der Weltwirtschaft eskaliert" (S. 133). Das Problem der Überproduktion wird lediglich auf die Ebene der Weltwirtschaft verlagert. Eine Krisenregulierung auf internationaler Ebene wird aber noch weniger funktionieren als im nationalen Rahmen. Die Konkurrenz der nationalen Konzerne untereinander, der Zwang zur Verwertung des sich ständig vermehrenden Kapitals führt zu Interessengegensätzen, an denen eine solche Krisenregulierung scheitern muß.

Jörg Goldberg

Vietnam und das Völkerrecht

Heinrich Weiler, Vietnam. Eine völkerrechtliche Analyse des amerikanischen Krieges und seiner Vorgeschichte, mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth. Hellmuth-

Wolf-Verlag, Frankenthal/Pfalz, 362 S., Ln., 29,50 DM.

Kein militärisches Ereignis nach dem Zweiten Weltkrieg hat auch nur annähernd eine derartige literarische Reaktion ausgelöst wie der Vietnam-Krieg. Den Durchbruch zum internationalen Interesse erlangte er durch das bis zum totalen Krieg eskalierte Auftreten der USA, und zwar nicht deswegen, weil sich eine Weltmacht überhaupt engagierte, sondern wohl vorrangig deshalb, weil sie dies tat unter Bruch ihres moralischen Selbstverständnisses und gleichzeitig von völkerrechtlichen Prinzipien, die sie mit ihrem Gewicht als Großmacht in den Kriegsverbrecherprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt und weiterentwickelt hatte. An diesen Maßstäben mußte sie nun ihr eigenes, wie immer auch bemänteltes Vorgehen in Vietnam messen lassen. Die Demaskierung war unvermeidlich, der leidenschaftliche Protest im eigenen Lande bis hin zu den Vertretern einer kompromißlosen antikommunistischen amerikanischen Machtpolitik wie Schlesinger erreichte unerwartete Ausmaße.

Die Zahl der Publikationen ist inzwischen Legion. Es überwiegen aber bei weitem Darstellungen des Geschehensablaufs als solchem, der Gesamtgeschichte der vietnamesischen Emanzipationsbewegung, der sozio-ökonomischen Ursachen, der wirtschaftsimperialistischen und konterrevolutionären Aspekte der amerikanischen Weltpolitik gemessen am Testfall Vietnam. Die Frage der völkerrechtlichen Beurteilung des Vorgangs wird zwar in zahlreichen Veröffentlichungen behandelt, und selbst diese leiden oft an einer Lückenhaftigkeit des juristischen Grundlagenmaterials. Soweit ersichtlich, fehlte aber bis zur Stunde eine umfassende völkerrechtliche Analyse, die vor allem auch eine Auseinandersetzung mit den in der Literatur aufgetretenen Auffassungen einschloß. Der Autor der rezensierten Veröffentlichung hat diese Arbeit geleistet.

Die Abhandlung widerlegt übrigens wieder einmal das verbreitete Vorurteil, daß die juristische Analyse eines Tatbestandes für Laien unverständlich sei, jedenfalls aber eine trockene und mühselige Lektüre darstelle. Im Gegenteil bewirkt der juristische Maßstab der Betrachtung eine Disziplinierung in der Behandlung, eine Gliederung und Abwägung der Fakten, die den Vorgang über die eigentliche rechtliche Bewertung hinaus transparent machen und vor einer Ideologisierung oder gar Polemisierung des Stoffs weitgehend bewahren.

Einleitend stellt der Verfasser die völkerrechtlich relevanten Vorkommnisse in der geschichtlichen Entwicklung Vietnams bis zur Genfer Indochina-Konferenz von 1954 zusammen und befaßt sich dann im 1. Teil seiner Arbeit eingehend mit dieser Konferenz, den von ihr geschaffenen Ordnungen, dem Waffenstillstandsvertrag und der Schlußerklärung der Konferenzmächte unter besonderer Würdigung der vom amerikanischen Vertreter auf dieser Konferenz abgegebenen unilateralen Schlußerklärung. Soweit ersichtlich, ist dies die eingehendste und vollständigste juristische Würdigung des Ergebnisses der Genfer Konferenz von 1954, die bisher erschienen ist. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist die Rechtsverbindlichkeit der Genfer Ordnungen von 1954 für alle Konferenzteilnehmer, also einschließlich der USA. Danach erweist sich das Verhalten der USA in der Nachkonferenzzeit als Bruch der eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere durch den Abschluß des SEATO-Vertrages vom 8. 9. 1954 unter Einbeziehung des Gebiets der durch die Konferenz gerade geschaffenen und mit einem Verbot militärischer Bündnisse belegten Südzone, durch die Verhinderung der von der Konferenz für 1956 angeordneten Wahlen zur Vereinigung Vietnams und durch die von der Konferenz verbotene Errichtung militärischer Stützpunkte, die Vermehrung der US-Truppenverbände und der ebenso verbotenen Einfuhr von Kriegsmaterial durch die USA. Die Schlußfolgerung der politischen Verantwortung und der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit der USA für diese Verletzungen des Völkerrechts ergibt sich mit zwingender Logik. Dort, wo zur völkerrechtlichen Analyse eingegangen werden mußte auf die Volkserhebung, erweist sich der Autor nicht nur unbelastet von landläufigen Vorurteilen, sondern auch frei von der Vorsicht, konkret zu werden. Er nennt die Dinge beim Namen. Er zeigt, wo die Ursachen der Volkserhebung tatsächlich lagen und noch liegen, daß ihr Charakter bestimmt wird durch einen den arbeitsabhängigen Massen von den USA und dem von ihr gestützten Marionettenregime in Saigon aufgezwungenen Kampf. In der anschließenden Auseinandersetzung mit den wichtigsten, von

der amerikanischen Regierung zur Verteidigung ihres Verhaltens vorgebrachten Argumenten weist der Autor ihr in einer demaskierenden Beweisführung schamlose Heuchelei und gezielte Verschleierung nach.

Die US-amerikanische militärische Eskalation in Vietnam wird schließlich auf der Grundlage eines jetzt wohl unbestrittenen Tatsachenmaterials unter den Gesichtspunkten der völkerrechtlichen Interventions- und Aggressionsverbote gewertet. Dafür findet sich eine eingehende Darstellung der Entwicklung dieser Verbote unter Einbeziehung der Nürnberger Prinzipien sowie der Kodifikationsarbeit im Rahmen der UNO bis zum neuesten Stand. Dabei werden übrigens auch die Hearings im außenpolitischen Ausschuß des US-Senats von 1968 zum sog. Tonking-Zwischenfall von 1964 behandelt, die eine weltweit registrierte Aufklärung brachte, von der allerdings nur diejenigen überrascht werden konnten, denen nicht die Widersprüche in der US-amerikanischen Berichterstattung zur Zeit des Zwischenfalls und das Bedürfnis Washingtons nach einem Zwischenfall bereits sogleich aufgefallen waren.

Im 3. Teil der Arbeit untersucht der Verfasser systematisch die Kriegshandlungen der USA in Vietnam auf ihre Vereinbarkeit mit dem Kriegsvölkerrecht und den Bestimmungen über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Völkermord.

Die Arbeit schließt mit der Behandlung der Aspekte einer Lösung der vietnamesischen Frage.

Insgesamt ist noch einmal zu betonen, daß hiermit eine Arbeit vorliegt, die endlich die zur völkerrechtlichen Beurteilung des Vorgangs sich anbietenden Quellen erschöpfend ermittelt und auswertet, dabei eine ganze Anzahl recht wesentlicher Quellen, die bisher in der völkerrechtlichen Literatur zur Vietnamfrage noch keinerlei Berücksichtigung gefunden hatte. Doch erschöpft sich andererseits ihre Bedeutung als völkerrechtliche Analyse durchaus nicht am Fall Vietnam, denn sie vermittelt den Stand der völkerrechtlichen Situation bei derartigen Konflikten überhaupt und kann daher schon morgen eine weitere, ganz konkrete Aktualität erfahren, denn neokolonialistische Positionen und sozialrevolutionäre Bewegungen gibt es in den Ländern der Dritten Welt ja allenthalben.

Vincent Arnold

„Guevara über sich selbst"

Dem Rezensions-Manuskript unter diesem Titel von Uwe Henning (vgl. Heft 10/69) hatte ein Literatur-Verzeichnis angehangen, das dann aus umbruchtechnischen Gründen wegfallen mußte; wir liefern es hiermit nach. D. Red.

Anderson, S. (1961): The Cuban revolution: a bibliography of materials in English. 14 Hisp. Am. Rep. 316.

Bayitch, Stojan A. (1967): Latin America and the Caribbian. A Bibliographical Guid to Works in English. Miami Press; Dobbs Ferry, New York: Oceana Publ., 967.

Derrota del Imperialismo (1961) Bde I-III. La Habana; Ediciones R. 1961.

Guevara, Ernesto (1967): Lettera a Ernesto Sata. In: Ideologie, 2, 135—142.

Harbon, John D. (1963): Cuba: Bibliography of a Revolution. A review article. 18 International Journal. Spring, 215.

Mallin, Jay (1968): Che Guevara, some documentary puzzles at the end of a long journey. In: Journal of Inter-American Studies, 10, 1, 74—84.

Materialien zur Revolution in Reden, Aufsätzen, Briefen von Fidel Castro, Che Guevara, Régis Debray. (1968): Darmstadt.

Mesa Lago, Carmelo (1968): The Labor sector and the socialist distribution in Cuba. Praeger, New York.

Mughisuddin, M. B. (1963): Cuba since Castro: a bibliography of revolutionary material. Washington, D. C.

Oevres révolutionaires. Che Guevara (1968): (1959—1967). Francois Maspero, Paris.

Peraza, Fermin (1960): Bibliografia cubano. Gainsville (1960—1967).

Peraza, Fermin (1967): Revolutionary Cuba. A biliographical Guide.

Reason, B., et al. (1962): Cuba since Castro; a bibliography of relevant literature. Washington.

Schenkel, Peter (1968): Die Ideologie Che Guevaras. In: Vierteljahresberichte, 32, 137—156.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Talcott Parsons, Sozialstruktur und Persönlichkeit. Aus dem Amerikanischen von Manfred Clemenz. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 449 S., kart. 24,— DM, Ln. 36,— DM. — Im gleichen Verlag sind weiter erschienen: Renate Zahar, Kolonialismus und Entfremdung. Zur politischen Theorie Frantz Fanons (96 S., kart. 7,— DM); Die arabische Linke. Herausgegeben und eingeleitet von Bassam Tibi (176 S., kart. 12,— DM); Roger Garaudy, Die Aktualität des Marxschen Denkens. Aus dem Französischen von Gertrud Müller (264 S., kart. 18,— DM).

Marina Elisabeth Pfeffer, Einrichtungen der sozialen Sicherung in der griechischen und römischen Antike unter besonderer Berücksichtigung der Sicherung bei Krankheit. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 308 S., br. 58,60 DM (Versicherungsforschung, Heft 5).

Klaus Aßmann / Gerhard Stavenhagen, Handwerkereinkommen am Vorabend der industriellen Revolution. Materialien aus dem Raum Braunschweig-Wolfenbüttel. Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen, XII, 143 S., kart. 8,50 DM.

Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der BRD. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 182 S., br. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 313).

Hartmut v. Hentig, Die Schule im Regelkreis. Ein neues Modell für die Probleme der Erziehung und Bildung. Klett Verlag, Stuttgart, 80 S., br. 5,80 DM.

Erziehungswissenschaftliche Dokumentation / Bibliographische Berichte der Duisburger Lehrerbücherei. Herausgegeben von Heiner Schmidt. Verlag Beltz, Weinheim. Reihe A: Der Inhalt neuerer pädagogischer Zeitschriften und Serien im deutschen Sprachgebiet. Gesamtnachweis 1947—1967. Zusammengestellt und bearbeitet von Heiner Schmidt und F. J. Lützenkirchen / Bd. 1: Bibliographie zur Schulorganisation und zur Reform des Bildungswesens. XVI, 392 S., Ln. 65,— DM / Bd. 2: Bibliographie zur Lehrerbildung und zum Berufsbild des Lehrers und Erziehers. XII, 211 S., Ln. 30,— DM.

Das **Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),** Frankfurt/M., wird am 21./22. Februar 1970 aus Anlaß des 100. Geburtstages von W. I. Lenin eine wissenschaftliche Tagung zu dem Thema

„DIE FRANKFURTER SCHULE IM LICHTE DES MARXISMUS"

veranstalten. Die Tagung soll der Auseinandersetzung mit dieser in der Bundesrepublik einflußreichen kultur- und sozialkritischen Theorie dienen. Vorgesehen sind Referate zu den folgenden Themen:

— Grundlagen der Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie Adornos und Horkheimers (Dr. Walter Jopke, Humboldt-Universität, Berlin)

— Praxisnahe und praxisferne Philosophie (Prof. Dr. W. R. Beyer, Salzburg)

— Wie kritisch ist Marcuses „kritische Theorie"? (Dr. R. Steigerwald, Frankfurt/M.)

— Zur Philosophie von Habermas (Dr. Hans-Heinz Holz, Zürich)

— Oskar Negt's Kritik der Leninschen Widerspiegelungstheorie (Prof. Dr. Josef Schleifstein, Köln)

Es ist beabsichtigt, Arbeitsgemeinschaften zu nachfolgenden Problemkreisen durchzuführen:

— Erkenntnistheoretische Auffassungen der Frankfurter Schule

— Die Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule und der Historische Materialismus

— Frankfurter Schule und gesellschaftlich-politische Praxis

Am Vorabend der Tagung soll eine Öffentliche Abendveranstaltung (Freitag, 20. 2. 1970, 20 Uhr) stattfinden.

Tagungsort: Frankfurt/M., Haus Gallus, Frankenallee 111

Unkostenbeitrag: DM 10,—; Studenten, Schüler, Rentner, Bundeswehrangehörige DM 5,—.

Voranmeldung bis zum 15. Januar 1970 erbeten:

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

6 Frankfurt/M. 1
Liebigstraße 6

Geschichte und Zeitgeschichte

Erich Gruner, Die Parteien in der Schweiz. Francke Verlag, Bern, 278 S., Paperback 19,80 DM (Helvetia Politica, Series B, Vol. IV).

Karlheinz Dederke, Reich und Republik — Deutschland 1917—1933. Klett Verlag, Stuttgart, 316 S., kart. 14,— DM (Klett Studienbuch).

Philipp W. Fabry, Mutmaßungen über Hitler. Urteile von Zeitgenossen. Droste-Verlag, Düsseldorf, 264 S., Ln. 19,80 DM.

Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933—1945. Verlag C. H. Beck, München, XV, 269 S., Ln. 38,— DM (Münchener Studien zur Politik, Bd. 9).

Ernst Loewy, Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung. Eine Dokumentation. Fischer Bücherei, Frankfurt, 315 S., br. 4,80 DM (Fischer Bücherei / Bücher des Wissens / Bd. 1042). — Ein besonderer Anhang enthält aufschlußreiche Kurzbiographien und ein Register zu den zitierten Texten.

Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939—1940. Aus dem Amerikanischen von Christian Spiel. Verlag C. H. Beck, München, XII, 421 S., Ln. 28,— DM.

Aktuelle Themen

Internationale Beziehungen von A—Z. Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Ernst Fraenkel unter Mitarbeit von Karlheinz Niclauss. Fischer Bücherei, Frankfurt, 346 S., br. 4,80 DM (Fischer Lexikon, Bd. 7). — Es handelt sich um eine vollständige Neubearbeitung des seit langem vergriffenen Bandes „Außenpolitik" der (herausgegeben von Golo Mann und Harry Pross) erstmalig im Jahre 1958 erschien. Durch die Aufnahme veränderter und ergänzter Stichworte und Erweiterung der Bibliographie, die jetzt auch Titel aus der DDR und vereinzelt aus den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion nachweist, wurde das Handbuch bis in die Gegenwart fortgeführt. Zahlreiche Fehler, Ungereimtheiten und Unterlassungen schränken den Wert als Lexikon allerdings erheblich ein.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der „Erklärung der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages" (Prager Außenministerkonferenz) am 30./31. Oktober 1969

Am 30. und 31. Oktober 1969 fand in Prag eine Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages statt, an der teilnahmen: von seiten der Volksrepublik Bulgarien I. Baschew; von seiten der Ungarischen Volksrepublik K. Erdely, Stellvertreter des Ministers; von seiten der Deutschen Demokratischen Republik O. Winzer; von seiten der Volksrepublik Polen S. Jedrychowski; von seiten der Sozialistischen Republik Rumänien C. Manescu; von seiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken A. Gromyko; von seiten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik J. Marko.

Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen betonten ihr Bestreben und ihre Bereitschaft, einzeln und in Zusammenarbeit mit anderen Staaten neue Schritte zur Entspannung, zur Festigung der Sicherheit und zur Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit in Europa zu unternehmen. Sie bekräftigten die Feststellungen des Budapester Appells der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Länder vom 17. März 1969, die ihre Lebenskraft bewiesen haben.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Konferenzteilnehmer der Vorbereitung der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa. Sie stellten mit Befriedigung fest, daß der Vorschlag zur Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz bei der Mehrheit der europäischen Staaten ein breites positives Echo gefunden hat. Dieser Vorschlag ist Gegenstand einer lebhaften und sachlichen Erörterung in Europa geworden, in deren Verlauf konkrete Vorstellungen zu verschiedenen Fragen entwickelt wurden, die mit der Vorbereitung der Konferenz zusammenhängen. Das schafft reale Möglichkeiten, die Konferenz durchzuführen und durch gemeinsame Anstrengungen die europäische Sicherheit im Interesse aller Staaten und Völker Europas zu erreichen.

Positiv aufgenommen wurde die bedeutungsvolle Initiative der Regierung Finnlands vom 5. Mai 1969, die sich bereit erklärt hat, zur Vorbereitung und Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz beizutragen. Alle Länder, die den Budapester Appell unterzeichneten, haben darauf zustimmend geantwortet.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages schlagen im Auftrage ihrer Regierungen vor, folgende Fragen auf die Tagesordnung der gesamteuropäischen Konferenz zu setzen:

1) Gewährleistung der europäischen Sicherheit und Verzicht auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten.

2) Erweiterung gleichberechtigter Handels-, Wirtschafts- und der wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit dem Ziel der Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten.

Die sozialistischen Staaten, die diese Erklärung unterzeichnet haben, sind fest davon überzeugt, daß es der Entspannung in Europa, der zunehmenden Verständigung, der Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten und damit der Gewährleistung der Sicherheit dienen würde, wenn eine nutzbringende Erörterung der genannten Fragen und eine entsprechende Vereinbarung erreicht würde. Daran sind alle Völker Europas in höchstem Maße interessiert. Der Erfolg einer gesamteuropäischen Konferenz wäre ein historisches Ereignis im Leben unseres Kontinents und der Völker der ganzen Welt. Es würde den Weg zur künftigen Erörterung auch anderer Probleme ebnen, an denen die europäischen Staaten interessiert sind und deren Lösung der Festigung des Friedens in Europa dient. Zugleich würde es dazu beitragen, eine umfassende, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten zu entwickeln und Europa, so, wie es sich herausgebildet hat und heute besteht, eine zuverlässige Sicherheit zu gewährleisten, die auf kollektiver Grundlage und auf den gemeinsamen Anstrengungen der an der gesamteuropäischen Konferenz teilnehmenden Staaten beruht.

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten dieser Konferenz schlagen vor, in zwei- oder mehrseitigen Konsultationen zwischen den interessierten Staaten diese Vorstellungen in Vorbereitung auf eine gesamteuropäische Konferenz zu beraten. Sie sind selbstverständlich bereit, alle anderen Vorschläge zu erörtern, die auf die effektive Vorbereitung einer gesamteuropäischen Konferenz gerichtet sind und deren Erfolg sichern.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten bringen im Namen ihrer Regierungen die Zuversicht zum Ausdruck, daß, ungeachtet einiger noch nicht überwundener Schwierigkeiten, alle Fragen gelöst werden können, die mit der Vorbereitung und Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz zusammenhängen — seien es Fragen der Tagesordnung, des Teilnehmerkreises oder der Einberufungsprozedur —, wenn guter Wille und aufrichtiges Streben nach einer Verständigung gezeigt werden.

Die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik rufen die europäischen Staaten auf, im Interesse einer friedlichen Zukunft des Kontinents alle Anstrengungen zur baldigen Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zu unternehmen, die nach ihrer Auffassung in der ersten Hälfte des Jahres 1970 in Helsinki stattfinden könnte.

Wortlaut der „Denkschrift für eine realistische Deutschlandpolitik" vom 17. Juni 1969

Erklärung vom 17. Juni 1969

Zwanzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Bildung ihrer ersten Regierung wird eine umfassende Prüfung der inneren und äußeren Situation der BRD notwendig. Nach den Wahlen vom 28. September 1969 wird eine neue Regierung zu bilden sein. Es wird ihre erste Aufgabe sein, das Konzept für die Politik der Bundesrepublik in den kommenden, mutmaßlich unruhigen und gefährlichen Jahren zu entwickeln. Die Unterzeichneten halten die Zeit für gekommen, aus den Enttäuschungen der bisherigen Deutschlandpolitik Konsequenzen für eine realistische Deutschlandpolitik zu ziehen. Sie legen gemeinsam die nachfolgende Denkschrift vor. Diese wird durch einzelne Untersuchungen zu besonderen Problemen ergänzt, für die die jeweiligen Autoren verantwortlich zeichnen.

Heinrich Albertz
Richard F. Behrendt
Joachim Brickert
William Borm
Axel von dem Bussche
Theodor Ebert
Friedrich Edding
Martin Fischer
Ossip K. Flechtheim
Hermann Franz
Ludwig von Friedeburg
Otto Heinrich von der Gablentz
Hans-Jochen Gamm
Dietrich Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Henry Goverts
Martin Greiffenhagen
Horst Harnischfeger
Wolfgang Hartke
Hartmut von Hentig
Werner Kliefoth
Claus Koch
Christian Graf von Krockow
Fritz Leonhardt
Kurt Leopold
Wolfgang Lüder
Joachim Mänicke
Georg Melchers
Erich Müller-Gangloff
Clemens Münster
Rolf Niemann
Harry Pross
Gerhard Raspé
Manfred Rexin
Hans Rheinfelder
Horst Rothe
Sepp Schelz
Götz Schwarzrock
Eberhard Sommer
Hansjakob Stehle
Gösta von Uexküll
Hans Wilbrandt
Karl A. Wolf

Denkschrift für eine realistische Deutschlandpolitik

A. Die Ausgangslage

Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt seit ihrer Gründung eine Politik nach außen wie im Innern, die durch ihre Stellung im Sicherheitsgefüge des Westens bestimmt ist. Ihre fast ausschließlich auf militärische Mittel gestützte Sicherheitspolitik hat — insbesondere seit der Stabilisierung der Abschreckung zwischen den beiden Weltmächten — die politische Festigung der äußeren Sicherheit verhindert. Die von den Weltmächten in Europa betriebene Entspannung, die eine Konsequenz des Gleichgewichts der Abschreckung war, ist von der BRD nicht mitvollzogen worden. Die BRD hat vielmehr entscheidend dazu beigetragen, daß ihre eigene wie die gesamte europäische Sicherheit im Mechanismus der militärischen Abschreckung erstarrt ist.

Der Schutz der meisten europäischen Staaten gegen einen Angriff der einen Weltmacht liegt nur in der Drohung der jeweils anderen Weltmacht, militärisch einzugreifen. Diese Drohung ist gerade wegen der Gefahr, die der große Krieg für die Weltmächte selbst bedeutet, von zweifelhafter Glaubwürdigkeit. Es ist ungewiß, ob und wie lange die derzeitige Stabilität der Abschreckung aufrechterhalten werden kann. Neue Rüstungswettläufe, auch wenn sie die äußere Sicherheit Europas und der BRD nicht unmittelbar gefährden, können die Konfrontation der Weltmächte in Europa wieder verhärten, die Ansätze zu politischer Entspannung verschütten und die Reform der europäischen Gesellschaften zurückwerfen.

Der Punkt, an dem sich in Europa neue Konflikte der Weltmächte zuerst zu entzünden drohen, ist heute wie vor zwanzig Jahren die deutsche Frage. Ihre Regelung ist daher das erste und wichtigste Erfordernis für jede Politik der BRD, die es mit der politischen Entspannung ernst meint.

Die Intervention der fünf Mächte des Warschauer Paktes in der CSSR hat gezeigt, wie gering der Spielraum der osteuropäischen Staaten für eine von der UdSSR unabhängige Entspannungspolitik ist. Sie hat unmittelbar gezeigt, daß jede vorsichtige Öffnung der BRD gegenüber ihren östlichen Nachbarn unglaubwürdig bleibt, solange das Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik nicht geklärt ist.

Ziel einer Entspannungspolitik in Europa muß ein vertraglich garantiertes Sicherheitssystem sein, das nur in Übereinstimmung mit den USA und der UdSSR errichtet werden kann. Es hängt nicht vornehmlich von der BRD ab, wann und in welcher Form ein solches System zustande kommt. Wichtigste Voraussetzung dafür ist jedoch die vor allem von der BRD abhängige Regelung der deutschen Frage: Die Anerkennung der Souveränität und der Gleichberechtigung der DDR sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Dies schließt in sich, daß die BRD auf das Ziel der Wiedervereinigung im Sinne der Restauration einer staatlichen Einheit von BRD und DDR verzichtet und zugleich die Oder-Neiße-Grenze anerkennt.

Die Anerkennung der DDR ist als solche nicht der Inhalt einer neuen Friedenspolitik der BRD. Dieser Schritt kann noch nicht für eine künftige friedliche Kooperation zwischen beiden deutschen Staaten bürgen, deren Gesellschaftssysteme einander entgegengesetzt sind. Zudem sind beide deutschen Staaten derzeit fest in die wirtschaftlichen und militärischen Systeme und die Interessensphären der beiden Hegemonialmächte einbezogen. Eine künftige Bundesregierung, die sich eine solche Politik zu eigen macht, kann auch nicht erwarten, irgendwelche besonderen Gegenleistungen für die Anerkennung der DDR zu erhalten. Ihre einzige — allerdings unabdingbare — Forderung kann nur in einer vertraglichen Sicherung für den Status Westberlins bestehen.

Die Anerkennung der DDR dient zunächst und vor allem der Herstellung einer Glaubwürdigkeit, die Bedingung jeder auf den Frieden gerichteten Politik sein muß.

Die auf Wiedervereinigung Deutschlands fixierte öffentliche Meinung der BRD hat bisher eine unbefangene Diskussion über die notwendigen Schritte in den Beziehungen zur DDR behindert. Um Verständnis für eine realistische Deutschlandpolitik zu wecken, wird der Öffentlichkeit diese Denkschrift unterbreitet.

B. Die Deutsche Frage

1) Die Teilung Deutschlands ist eine Folge der Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945 und der durch sie bewirkten Spaltung Europas sowie der bipolaren Konfrontation der Weltmächte USA und UdSSR. Die BRD befindet sich angesichts dieser Teilung in einem Dilemma. Ihre Gründung und ihre langjährige Politik der Westintegration bedeuteten, die deutsche Teilung de facto hinzunehmen und für die übersehbare Zukunft zu stabilisieren; gleichzeitig wurde die Überwindung der deutschen Teilung zum Ziel eben dieser Politik erklärt. Dieser Widerspruch hat mit der Zeit zu einem Schwund der Glaubwürdigkeit der bundesdeutschen Außenpolitik geführt.

2) Einer bundesdeutschen Ostpolitik, die zur Entspannung führen soll, widerspricht ihr Mangel an Bereitschaft, die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen und die daraus resultierenden Tatsachen anzuerkennen. Jede Politik, die den Status quo in Mitteleuropa nicht respektiert und nicht auf seine Veränderung mit wirtschaftlichen oder politischen Mitteln verzichtet, muß von den östlichen Nachbarstaaten und von der UdSSR als Bedrohung ihrer Sicherheit aufgefaßt werden.

3) Die Sicherheitspolitik, der wirtschaftliche Aufbau und die Wiedervereinigung haben bisher die ersten Plätze in der politischen Wertskala der bundesdeutschen Politik eingenommen. Dadurch wurde von drängenden innenpolitischen Problemen abgelenkt und ihre Lösung versäumt. Erst eine Befreiung aus selbst geschaffenen Zwängen der Außen- und Innenpolitik läßt die nötigen Energien für die überfällige Reform der gesellschaftlichen Strukturen frei werden.

4) Die bisherige Berlin-Politik der BRD ist gekennzeichnet durch die Widersprüchlichkeit zweier Vorstellungen:

Auf der einen Seite der rechtlich nicht haltbare Anspruch, Westberlin sei ein Land der BRD, und andererseits die Inanspruchnahme des Schutzes der westlichen Alliierten auf Grund eines Sonderstatus, wo immer es im Westberliner Interesse zu liegen scheint.

C. Die Einstellung anderer Staaten zur deutschen Frage

Aus den Vorbehaltsrechten der vier Mächte nach den Vereinbarungen der Jahre 1943 bis 1945 ergibt sich bezüglich der Einheit Deutschlands nur, daß das ganze deutsche Gebiet Objekt dieser Abmachungen war. Aber es ergibt sich kein Recht der Deutschen auf Einheit oder Wiedervereinigung. Die Westmächte haben zwar immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, bei einer Wiedervereinigung mitzuhelfen, sie haben aber keine Verpflichtung zu einer Initiative übernommen. Es liegt bei der Bundesrepublik, Vorschläge für einen direkten Weg der Wiedervereinigung oder einen Weg zu einer Milderung der Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu machen. Es kann damit gerechnet werden, daß die Alliierten alle Schritte gutheißen und unterstützen werden, die in den Rahmen ihrer sicherheitspolitischen Entspannungsabsichten passen. Die Wiederherstellung einer staatlichen Einheit Deutschlands würde nicht dazu gehören.

Die Position der einzelnen Mächte läßt sich wie folgt kennzeichnen:

Die Vereinigten Staaten suchen in Konsequenz der Koexistenzpolitik eine offene Konfrontation mit der UdSSR zu vermeiden. Sie streben keine Ausdehnung der amerikanischen Interessensphäre nach Osteuropa an, weder eine Revision der deutschen Ostgrenzen noch eine Wiedervereinigung der Art, daß die DDR aus dem östlichen Bündnissystem herausgelöst würde. Eine politische Friedenssicherung in Europa ohne prinzipielle Veränderung der Machtverteilung zwischen den beiden Weltmächten wäre ihnen willkommen, um dadurch ihre dortige militärische Präsenz reduzieren zu können.

Die Sowjetunion begründet die Sorge um ihre Sicherheit immer wieder mit dem Argument, daß die bestehenden Gesellschaftssysteme und Ländergrenzen von außen infrage gestellt würden. Diesem Argument würde durch eine überzeugende Entspannungspolitik der BRD gegenüber der DDR der Boden entzogen werden.

Großbritannien würde jede Stabilisierung des Gleichgewichts auf dem Kontinent auf der Basis der bestehenden Grenzen begrüßen. Die Oder-Neiße-Grenze wird von der britischen Politik als endgültig angesehen.

Frankreich bezeichnet die Oder-Neiße-Grenze ausdrücklich als endgültig. Sein Interesse gilt einer gesamteuropäischen Lösung, die den Westen und den Osten des Kontinents umfaßt. Eine solche Regelung setzt voraus, daß die Spannungen zwischen BRD und DDR beseitigt werden.

Polen und die CSSR haben das stärkste Interesse an einer Konsolidierung des Status quo in Mitteleuropa. Sie hätten dann keinen Grund mehr, ihre Grenzen als bedroht zu betrachten.

Auch die anderen europäischen Staaten und die Dritte Welt würden eine Lockerung der mitteleuropäischen Spannungen begrüßen. Manche dieser Länder würden von Verlegenheiten befreit werden, die ihnen durch die Hallsteindoktrin und deren Verbindung mit der Gewährung von Entwicklungshilfe entstanden sind. Entspannung in Mitteleuropa würde planvolle Entwicklungshilfe erleichtern; frei werdende Mittel könnten nennenswert zu ihr beitragen.

D. Die Situation Westberlins

Entspannungspolitik ist nicht möglich, ohne daß der Status von Westberlin eine allseitig anerkannte, vertraglich gesicherte Klärung findet.

1) Rechtlicher und politischer Status

Die oberste Regierungsgewalt in Westberlin liegt bei den drei Westalliierten, die Westberlin als ein besonderes Gebilde unter Besatzungsrecht behandeln. Westberlin hat nicht die rechtlichen Eigenschaften eines Bundeslandes und ist auch nicht durch den Bund zu regieren. Bundesrechtliche Bestimmungen finden in Westberlin erst Anwendung, nachdem das Abgeordnetenhaus diese als Berliner Gesetze verabschiedet hat; das ist in der

Regel der Fall. Bestimmte Bundesgesetze (u. a. Wehrgesetzgebung, Notstandsgesetze, Bundesverfassungsgerichts-Gesetz) konnten nicht übernommen werden, da die alliierten Vorbehaltsrechte dem entgegenstehen. Der Bundestag hat also keine unmittelbaren legislativen Rechte für Westberlin.

Die außenpolitische Vertretung Westberlins und der Westberliner Bevölkerung wird gemäß vertraglichen Regelungen von der BRD wahrgenommen. Die Westalliierten können die Einbeziehung Westberlins in internationale Verträge und Verpflichtungen der BRD durch ihren Einspruch verhindern. Die Präsenz des Bundes in Westberlin und seine erheblichen finanziellen Zuwendungen sowie die politische Haltung der Westberliner haben die Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse und des geltenden Rechts in Westberlin und in der BRD erhalten. Dies hat dazu geführt, daß Westberlin als ein Bundesland betrachtet wird; doch kann diese Praxis nicht die dargestellten relevanten Unterschiede im gesetzgeberischen und verfassungsmäßigen Bereich sowie in den auswärtigen Beziehungen verdecken.

Die DDR und die Sowjetunion respektieren seit der Blockade den Gehalt der westalliierten ‚essentials': Westalliierte Präsenz, freier Zugang nach Westberlin, Lebensfähigkeit der Stadt. Die ‚essentials' — nirgendwo vertraglich festgelegt — decken sich nur in ihrem ersten Punkt mit der Wirklichkeit. Einen freien Zugang hat es nie gegeben. Die Lebensfähigkeit der Stadt hängt wiederum von diesem Zugang ab. So besteht für den zivilen Verkehr auf allen Zufahrtswegen ein vertragloser Zustand. Die Benutzung der Luftkorridore ist ausschließlich für die Militärgarnisonen der drei westlichen Alliierten und deren Versorgung vereinbart.

2) Wirtschaftlicher Status

Obwohl rechtlich ein besonderes politisches Gebilde, ist Berlin heute faktisch in die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der BRD integriert und mit ihr auf das engste verflochten hinsichtlich Warenaustausch, Kapitalverkehr und Bevölkerungsbewegung. Die Stadt ist auf öffentliche Subventionen seitens des Bundes angewiesen, bringt jedoch der westdeutschen Wirtschaft auch erhebliche Vorteile, denn diese Subventionen führen auf dem Wege über Westberlin zu privatwirtschaftlichen Gewinnen, die großenteils in die westdeutsche Wirtschaft fließen. Das Angebot an Ausbildungsstätten übersteigt mit Recht den eigenen Bedarf. Ihre Absolventen gehen ebenso wie qualifizierte Fach- und Führungskräfte zum großen Teil in die BRD oder in das Ausland. Diesem Abgang aus der Stadt steht seit Jahren kein entsprechender Zustrom gegenüber.

Angesichts der nationalen und sozialen Spannung zwischen der BRD und der DDR sowie der geographischen Lage ergeben sich erschwerende Bedingungen für die unternehmerische Wirtschaftsaktivität in der Stadt. Die räumlich getrennte Lage bringt Standortnachteile gegenüber der westdeutschen Wirtschaft. Investitionen und Produktion sind mit subjektivem Berlin-Risiko belastet, sei es wegen politisch bedingter Unsicherheit der Zufahrtswege (da jederzeit mit Verzögerungen beim Transport von Vorprodukten und Waren gerechnet werden muß), sei es wegen eines befürchteten möglichen Verlustes von Produktionslagen. Die isolierte Lage inmitten der DDR bedingt einen Verzicht auf das wirtschaftliche Ausstrahlungs- und Einzugsgebiet der unmittelbaren Umgebung.

Die staatliche Wirtschaftspolitik antwortete unter diesen Bedingungen mit einem Bündel umfangreicher Stützungsmaßnahmen für die Westberliner Wirtschaft. Hierzu zählen eine starke öffentliche Bautätigkeit und die Förderung des Absatzes Westberliner Waren in der BRD, die Anregung der Investitionstätigkeit und die Subventionierung des Einkommenserwerbs in Westberlin. Daneben leistet der Bund für den Haushalt der Stadt einen wesentlichen Zuschuß. Ferner erfolgt ein erheblicher Kaufkraftzufluß in die Stadt durch öffentliche Einkommensübertragungen wie Renten- und Pensionszahlungen, Kriegsfolgeleistungen u. ä.

Wegen der extern vorgegebenen ungünstigen politisch-geographischen Bedingungen und trotz der massiven wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen zeigt die Wirtschaft Westberlins erhebliche strukturelle Schwächen. Eine genauere Analyse des Leistungsergebnisses zeigt ein deutliches Zurückfallen des Wachstums der Wirtschaft und der Industrie

im Vergleich zu Westdeutschland und damit ein Sinken der Anteile Westberliner Produktion an der Gesamtproduktion. Der Prozeß der schleichenden Auszehrung der Wirtschaftskraft zeigt sich besonders deutlich bei der Untersuchung der Wirtschaftsaktivität und der strukturellen Kompenenten der Wirtschaft. Fast alle größeren und mittleren Unternehmen in Westberlin haben in der BRD ihr ‚zweites Bein' ausgebaut durch Gründung von Tochter- und Zweigfirmen, durch Verlagerung von Produktion und Unternehmensteilen oder gar durch Schwerpunkt- und Stammsitzverlagerung. Das bewirkte ein Sinken des relativen Berlin-Engagements der unternehmerischen Wirtschaft. Als Folge ist ein erheblicher Rückgang in der Investitionstätigkeit gegenüber der Entwicklung in der BRD zu verzeichnen; damit geht ein Rückstand beim Anlage- bzw. Ausrüstungsvermögen einher. Die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft Westberlins zeigt sich darin, daß ihre Lieferungen in das Hauptabsatzgebiet, die BRD, mit der Entwicklung des westdeutschen Bruttoinlandprodukts und der westdeutschen Einfuhr nicht Schritt halten konnten. Während des letzten Jahrzehnts machte sich die Abnahme der Gesamtbevölkerung sowie der beständige Rückgang der Erwerbsfähigen und Beschäftigten und des Anteils der Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung empfindlich bemerkbar.

Die festzustellenden Tendenzen einer schleichenden Auszehrung der Wirtschaftskraft Westberlins werden sich vermutlich bei unveränderter politischer Konstellation weiter fortsetzen. Dem wird auf lange Sicht kaum durch steigende finanzielle Hilfen allein entgegengewirkt werden können; es müssen vielmehr eine Normalisierung der politischen Situation und eine vertragliche Regelung mit der DDR erreicht sowie neue Wege der wirtschaftlichen Organisation und Produktion gefunden werden — nicht als ‚ultima ratio', sondern so rechtzeitig, daß noch eine zukunftsweisende Lösung gefunden werden kann.

E. Überlegungen zu den Beziehungen zwischen BRD, DDR und Westberlin

Elementar wichtig für die gegenwärtigen Beziehungen zwischen BRD und DDR ist die Politik der beiden Weltmächte. Diese ist in Mitteleuropa derzeit auf einen Zustand gewaltfreier Koexistenz gerichtet. Im Rahmen der Interessen der Weltmächte ist der BRD und der DDR ein begrenzter Spielraum für eigene Entscheidungen über ihre gegenseitigen Beziehungen gelassen.

Es wäre dabei denkbar, den gegenwärtigen Zustand beizubehalten, in dem die Beziehungen auf ein Minimum beschränkt sind. Das würde die bestehenden allgemeinen Spannungen aufrecht erhalten und weitere Konflikte um Westberlin ermöglichen. Der Spannungszustand würde weiterhin innenpolitische Reformen behindern.

Die Alternative wäre eine systematische Anbahnung von normaler zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, die zugleich für Westberlin den Weg zur eigenen Entwicklung freiläßt.

1) Aufrechterhaltung des Status quo

Bisher ist im wesentlichen ein Kurs auf der Basis wechselseitiger Ablehnung der politischen Systeme zwischen BRD und DDR verfolgt worden. Er hat dazu beigetragen, daß gegenwärtig alle Entspannungsbemühungen in Mitteleuropa stagnieren. Die Ostpolitik der Bundesregierung kann heute nicht mehr zu Ergebnissen führen, solange die grundsätzliche Forderung der DDR — als selbständiger Staat anerkannt zu werden — nicht erfüllt wird. Alle noch so weitreichenden sonstigen Zugeständnisse der Bundesregierung können an der gegenwärtigen Situation nichts ändern. Die Weigerung, Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen BRD, DDR und Westberlin aufzunehmen, schadet zudem den Interessen aller Beteiligten. Zu den Begrenzungen des Handels zwischen BRD und DDR (‚Interzonenhandel'), die schon durch die Wirtschaftsstruktur beider Staaten bedingt sind, kommen langfristig Beschränkungen dieses Handels und anderer Verbindungen aus politischen Motiven. Die Spaltung der deutschen Bevölkerung wird vertieft und möglicherweise endgültig gemacht. Die Konsequenzen in der BRD, der DDR und in Westberlin sind vorauszusehen:

BRD

Die Haltung der BRD wirkt als Hindernis bei Abrüstungsvereinbarungen und trägt zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Situation bei, in der die Lösung von Konflikten

kaum möglich ist. Durch die Rüstung werden beträchtliche öffentliche Mittel in einem sozial unproduktiven Sektor gebunden. Gesellschaftlich notwendige Reformen (z. B. Ausbau und Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesens, des Verkehrs- und Wohnungswesens, der Städteplanung und der Entwicklungshilfe) kommen nicht zustande. Die Fortsetzung der bisherigen Deutschlandpolitik, die sich inzwischen als illusionär herausgestellt hat, führt zu weiteren Enttäuschungen und stärkt nationalistische Tendenzen.

DDR

Die Fortführung der bisherigen Deutschlandpolitik der BRD fördert innerhalb der in der DDR rivalisierenden Kräfte den Einfluß der bürokratisch-dogmatischen Richtung. Der Immobilismus in der DDR wird nicht abgebaut, sondern begünstigt. Unter den geringen wirschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und den erheblichen Rüstungsausgaben in der DDR leiden die wirtschaftliche Entwicklung und das Lebenshaltungsniveau ihrer Bevölkerung.

Westberlin

In jeder Spannungssituation ist die DDR-Regierung versucht, ihre Position gegenüber Westberlin immer wieder als politischen Hebel zu benutzen.

Die politische Unsicherheit in Westberlin bleibt, solange nicht mit dem Staat verhandelt wird, auf dessen Verkehrswegen sich 95 Prozent des Westberliner Handels abwickeln. Die Lebensfähigkeit der Stadt ist nur durch immer höhere Subventionen zu erhalten.

2) Anbahnung zwischenstaatlicher Zusammenarbeit

Die wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Beziehungen zwischen BRD, DDR und Westberlin können nur konsolidiert werden, wenn in direkten Verhandlungen Abkommen auf der Basis der politischen Gleichberechtigung abgeschlossen werden.

Dabei steht im Mittelpunkt der Vorerwägungen, welche Form der „Anerkennung" der DDR gewählt wird und welche Konsequenzen die verschiedenen denkbaren Formen haben. Regierung und Öffentlichkeit der BRD sträuben sich noch immer gegen eine völkerrechtliche de jure-Anerkennung, obwohl eine de facto-Anerkennung bereits vorliegt (Briefwechsel Kiesinger/Stoph 1967). So hat Brandt am 24. Juni 1968 in Reykjavik erklärt: „Der DDR kann nicht das Recht zuerkannt werden, sich als souveräner Staat im völkerrechtlichen Sinne zu bezeichnen". W. W. Schütz hat in seiner Studie vom Dezember 1967 gemeint, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten könnten „staatsrechtlich durch eine Politik der vertraglichen Verklammerung" gelöst werden. Die Sowjetunion scheint dagegen vor allem ein Interesse zu haben, daß die territoriale und politische Integrität der DDR anerkannt wird.

Es ist also politisch unmöglich, allein mit der Aufnahme „staatsrechtlicher Beziehungen", die keine Anerkennung der Staatlichkeit der DDR implizieren, die gewünschte engere Verbindung zwischen den Bevölkerungen beider Staaten herzustellen; dagegen wird diese durch die völkerrechtliche Anerkennung keineswegs ausgeschlossen. So sind zum Beispiel die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Republik Irland, die nicht dem Commonwealth angehört, völkerrechtlicher Natur. Auch hier handelt es sich um die Konsequenzen früherer staatsrechtlicher Beziehungen zweier jetzt völkerrechtlich voneinander unabhängigiger Staaten, die heute in einem manchmal recht gespannten Verhältnis zueinander stehen. Trotzdem haben beide Staaten einander spezielle Rechte gewährt, die sich vor allem auf die beiderseitigen Staatsbürger beziehen, die in dem anderen Staat leben. Solche Sonderbeziehungen (‚inter se-Beziehungen') sind also völkerrechtlich keineswegs ausgeschlossen; sie entwickeln sich auch unter den sechs Mitgliedstaaten der EWG.

Es ist nicht einzusehen, welche Vorteile sich für die Bundesrepublik daraus ergäben, wenn sie sich auf eine begrenzte Anerkennung der DDR beschränken wollte. Diese würde voraussichtlich eine völkerrechtliche Anerkennung durch die westlichen Alliierten nach sich ziehen und praktisch keine Möglichkeit lassen, die Anerkennung durch neutrale Länder weiterhin zu verhindern. Schon deswegen scheint es vernünftig, diese Konsequenz freiwillig zu ziehen.

Beide deutsche Staaten würden in der UN vertreten sein.

Der wechselseitigen Kritik an den politischen Verhältnissen in beiden deutschen Staaten steht das völkerrechtliche Verbot von Interventionen seitens der Regierungen nicht entgegen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR würde an der Verantwortung der vier Alliierten für ganz Deutschland (Art. 2 und 7 des ‚Deutschlandvertrages' vom 23. Oktober 1954 und die ‚Souveränitätserklärung' für die DDR vom 25. März 1954) sowie an dem Status Westberlins einschließlich seiner Zufahrtswege der Sache nach nichts ändern.

Die Neuorientierung der bundesdeutschen Politik gegenüber der DDR einschließlich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR impliziert, daß die Bundesregierung die Grenzen der DDR (und damit die Oder-Neiße-Grenze) anerkennt und auf den Anspruch verzichtet, ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1937 zu vertreten.

Eine solche Neuorientierung ermöglicht und verlangt eine neue Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten. Diese erfordert unter anderem, daß das Münchner Abkommen als von Anfang an nichtig erklärt wird. Offene Fragen über die Staatsangehörigkeit von Deutschen, die vor dem Kriegsende von 1945 zur deutschen Minorität in der Tschechoslowakei gehörten, sind bei dieser Gelegenheit zwischen den Regierungen der CSSR, BRD und DDR zu klären. Der Atomwaffensperrvertrag ist ohne weiteren Verzug zu unterzeichnen. Unter diesen Voraussetzungen wird die Anbahnung zwischenstaatlicher Zusammenarbeit möglich:

BRD

Die BRD könnte politischen Handlungsspielraum gewinnen, indem sie einerseits gegenüber westlichen Bündnispartnern nicht in einem Verhältnis der Abhängigkeit in jedem einzelnen Schritt stände und andererseits — unter Berücksichtigung der sowjetischen Interessen — normale Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten aufnehmen könnte. Die bundesdeutsche Außenpolitik wäre in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zur Dritten Welt frei von sachfremden Zwängen. Eine Voraussetzung für eine Entwicklungshilfepolitik, die nicht auf die Rivalität der beiden deutschen Staaten fixiert ist, wäre so geschaffen.

Schließlich brauchten die westlichen Verbündeten bei ihren Beziehungen zu Staaten des Warschauer Paktes keine Rücksicht mehr auf den Bonner Alleinvertretungsanspruch zu nehmen.

Da außenpolitische Vorstellungen auch innenpolitische Frontstellungen bestimmen, würde ein Ausgleich zwischen BRD und DDR bedeuten, daß sich in der westdeutschen Bevölkerung die unreflektierte antikommunistische Haltung zurückbilden könnte, und daß sich überhaupt ein unbefangenes Verhältnis zu neuen gesellschaftlichen Ordnungen sowie eine nüchterne Sicht der bestehenden Grenzen durchsetzen könnten.

DDR

Durch eine westliche Anerkennung der Staatlichkeit der DDR wird es dieser ermöglicht, an allen internationalen Konferenzen teilzunehmen, internationalen Organisationen beizutreten und an Konventionen beteiligt zu sein. Damit wird die politische und wirtschaftliche Position der DDR gestärkt und ihr Selbstbewußtsein erhöht. Wenn die DDR die Gewißheit erhält, daß die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung einer staatlichen Einheit von BRD und DDR auch nicht auf Umwegen erreicht werden soll, könnte sie ihre Isolierungsbestrebungen gegenüber der BRD abbauen. Wenn die DDR nicht mehr die Sorge zu haben braucht, daß sie aus der Interessensphäre der sozialistischen Staatengemeinschaft herausgebrochen werden soll, würde sich der Zwang zur Abhängigkeit von der Sowjetunion vermindern. Es wären die politischen Voraussetzungen für eine erweiterte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit westlichen Staaten, insbesondere mit der BRD und mit Westberlin, geschaffen.

Westberlin

Eine vertragliche Grundlage für den Status Westberlins wäre die Basis einer Politik, die langfristig die chronische Unsicherheit verringert, durch die sich große Teile der Bevölke-

rung Westberlins bedroht fühlen und die es schwer macht, neue Chancen für die Entwicklung Westberlins zu eröffnen. Mit den offiziellen Kontakten zur DDR wären die Voraussetzungen geschaffen, über die Wiederherstellung der vor dem Bau der Mauer bestehenden Verbindungen des Verkehrs und des kulturellen und wissenschaftlichen Austausches zu verhandeln. Damit wäre die völlige Abgeschlossenheit Westberlins gegenüber seiner unmittelbaren Umwelt beendet, und die Westberliner hätten mindestens die gleichen Möglichkeiten wie Westdeutsche und Ausländer, nach Ostberlin und in die DDR zu fahren.

F. Konsequenzen

Die Einsicht in die Notwendigkeit eines Ausgleichs und damit der Herstellung einer ständigen Verbindung mit der DDR kann in der BRD nur durch die Auseinandersetzung mit realistisch formulierten Entspannungs- und Friedensvorschlägen gefördert werden. Um die öffentliche Diskussion in der BRD in diesem Sinne zu beeinflussen und auf ein Klima der Aufgeschlossenheit für Verhandlungen mit der DDR hinzuwirken, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen. Sie sollen einen Anstoß zur Verbesserung der gegenwärtigen politischen und menschlichen Beziehungen geben; sie sind die Voraussetzung für künftige weitergehende Vereinbarungen.

1) Im Einvernehmen mit den vier Mächten UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich müssen zwischen der BRD und der DDR Verhandlungen aufgenommen werden, die zum Abschluß von Abkommen führen sollen. Dabei sind die folgenden Verhandlungsgegenstände als zusammenhängender Komplex zu berücksichtigen:

a) Aufnahme normaler Beziehungen zwischen BRD und DDR auf der Grundlage des Völkerrechts;

b) wechselseitiger Gewaltverzicht; wechselseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten seitens der Regierungen;

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

---

c) Abmachungen über eine stufenweise Normalisierung des gegenseitigen Reiseverkehrs der Bürger beider deutscher Staaten, insbesondere über Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis;

d) Abmachungen über die aus dem bisherigen Verhältnis zwischen BRD und DDR entstandenen Zahlungsschulden für wechselseitige Dienstleistungen;

e) Abmachung über Zahlungen der BRD an die DDR wegen der größeren Kriegsfolgelasten pro Kopf der Bevölkerung in der DDR;

f) Anerkennung der politischen Eigenständigkeit Westberlins mit den entsprechenden Verträgen, die integraler Bestandteil des Vertragswerkes zwischen BRD und DDR sein müssen.

2) Demgemäß ist für Berlin der Abschluß des folgenden Vertragswerkes notwendig:

a) Die vier Alliierten vereinbaren die Ablösung des Besatzungsstatuts für Berlin mit der Folge, daß Westberlin ein eigenständiges politisches Gebiet wird.

Ostberlin wird als Teil der DDR anerkannt.

b) Zwischen den beiden deutschen Staaten und Westberlin wird zur politischen und wirtschaftlichen Sicherung Westberlins über folgende Punkte eine vertragliche Vereinbarung getroffen:

— außenpolitische Vertretung Westberlins durch die BRD;

— rechtliche Gleichbehandlung der Staatsbürger der BRD und Westberlins;

— Zugehörigkeit Westberlins zum Währungsgebiet der BRD;

— Einbeziehung Westberlins in das Zoll- und Handelsgebiet der EWG und Handelsverträge mit dem RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe);

— Ausbau und Gewährleistung der Verkehrsverbindungen von und nach Westberlin, insbesondere Vereinbarungen über den internationalen Flugverkehr;

— Erweiterung der Dienstleistungen zwischen Westberlin und DDR vor allem im Post- und Fernmeldewesen, Revision der Verrechnungsverfahren;

c) diese vertraglichen Vereinbarungen werden durch eine internationale Garantiebehörde mit dem Sitz in Westberlin, bestehend aus USA, Großbritannien, Frankreich, UdSSR, BRD, DDR, Westberlin, Polen, CSSR, Dänemark, Schweden, Finnland, gesichert. Dieses Modell ist dem Vorschlag für eine Zugangsbehörde nachgebildet, der bei den amerikanisch-sowjetischen Sondierungen 1962 von den USA vorgelegt wurde und dessen Verwirklichung an dem Verhalten der damaligen Bundesregierung scheiterte.

Die Garantie für Westberlin wird durch die Anwesenheit westalliierter Truppen symbolisiert, deren Zugangsrechte nach Westberlin aufrechterhalten bleiben. Zu einem späteren Zeitpunkt sind durch die Garantiebehörde Vorschläge zu machen, wie die Sicherheit Westberlins auf andere Weise gewährleistet werden kann.

3) Nach Abschluß dieses Vertragswerkes öffnen sich folgende Möglichkeiten:

a) Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen;

b) Beiträge der BRD und der DDR zur Abrüstung mit dem Ziel eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Ein solches Sicherheitssystem könnte ein militärisches Disengagement zum Inhalt haben einschließlich des Abzugs der ausländischen Truppen aus beiden deutschen Staaten und der Nichtzulassung von Produktion und Lagerung von Atomwaffen auf deren Boden;

c) Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten einschließlich der Zollregelungen gegenüber der EWG und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Aufruf zur Aktion „Stoppt den US-Krieg — Frieden für Vietnam jetzt!"

Noch immer verwüsten amerikanische Angriffe Vietnam. Präsident Nixon ist offensichtlich nicht gewillt, den Krieg zu beenden. Nixon hofft noch immer, das Saigoner Regime gegen den Willen der vietnamesischen Bevölkerung halten zu können. US-Verteidigungsminister Laird plant sogar schon jetzt für eine zukünftige Regierung in Saigon die Anwesenheit von 6000 bis 7000 Militärberatern ein. Alles weist darauf hin, daß die US-Administration noch immer nicht ihr altes Ziel aufgegeben hat, Südvietnam auch in Zukunft zu beherrschen und für alle Befreiungsbewegungen ein abschreckendes Beispiel zu statuieren. Während Nixon noch zögert, welcher neuen und publikumswirksameren Strategie und Taktik er sich zuwenden soll, bemühen sich die Falken im Pentagon und die Rüstungsindustrie, den Krieg wieder anzuheizen, um die Entscheidung doch militärisch zu erzwingen.

Die Hoffnungen auf einen schnellen Erfolg der Pariser Vietnam-Verhandlungen und auf eine kurzfristige Beendigung des Krieges durch die USA haben sich als trügerisch erwiesen. Die Kampagne für Selbstbestimmung und Frieden für das vietnamesische Volk ist deshalb in der ganzen Welt wieder aufgenommen worden, um die USA zum sofortigen bedingungslosen Abzug ihrer Truppen aus Vietnam zu zwingen.

Das „Vietnam-Moratorium" in den USA setzte am 15. Oktober 1969 mit Protest- und Kampfaktionen von zuvor ungekanntem Ausmaß qualitativ und quantitativ neue Maßstäbe für eine offensive Massenkampagne zur Beendigung der US-Aggression in Vietnam. „Die Organisatoren sagten voraus, daß 15 bis 20 Millionen Menschen im Lande in irgendeiner Form daran teilnehmen würden, und ihre Erwartungen trafen ein", berichtete die „International Harold Tribune" am 16. Oktober. Aktionen fanden nicht nur in den USA, sondern auch in Europa (Paris, London, Dublin, Wien, Rom, Kopenhagen), sowie u. a. in Saigon, Tokio, Sidney und Addis Abeba statt. Doch in der Bundesrepublik ereignete sich so gut wie nichts.

Mitte November 1969 wird in den USA ein zweitägiges „Vietnam-Moratorium" beginnen. Im Dezember wird es drei zusammenhängende Aktionstage geben, im Januar vier und so weiter. Zu diesen Aktionen wird eine noch stärkere Mobilisierung erwartet: Zum ersten Mal stehen auf der Seite der amerikanischen Vietnamkriegsgegner eine Reihe von großen Gewerkschaften. Studentenschaften und Hochschullehrer haben zu einem Proteststreik an allen Universitäten aufgerufen. Der Kardinal von Boston hat alle Katholiken zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgefordert, ebenso der Nationalrat der Kirchen, die Methodisten und die Quäker. Viele tausend Soldaten haben angekündigt, an den Friedensdemonstrationen teilzunehmen.

Am 15. November 1969 wird die internationale Protestkampagne für die Beendigung der US-Aggression in Vietnam weitere Länder, die Metropolen aller Erdteile und ungezählte Millionen Menschen erfassen. Die politische Zielsetzung dieser Kampagne wurde in dem Vietnam-Appell vom 11./12. Oktober 1969 der Internationalen Stockholm-Konferenz für Vietnam formuliert: „Um die grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes — Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität — und das Selbstbestimmungsrecht des südvietnamesischen Volkes zu wahren, verlangen wir: den totalen, sofortigen und bedingungslosen Abzug der Streitkräfte der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten aus Vietnam."

Die Vietnamkriegs-Opposition der Bundesrepublik ist in dieser Stunde aufgerufen, sich wieder entschlossen in die Aktion der Vietnam-Kampagnen aller Länder einzureihen!

Wir rufen auf:

— Beginnt sofort mit den Vorbereitungen von Aktionen zum 15. November!

— Organisiert Straßendiskussionen, Teach-ins, Demonstrationen!

— Sammelt Geld für die HILFSAKTION VIETNAM, 4 Düsseldorf, Kirchfeldstraße 149 a, Postscheckkonto Essen 900 40!

Die Stärke der Bewegung für Vietnam liegt in ihrer Vielfalt. Entfalten wir die Aktivitäten in möglichst breiter Front! Unsere politische Losung lautet: Bedingungsloser Abzug der amerikanischen Truppen und ihrer Alliierten aus Südvietnam! Einwirken der Bundesrepublik auf die USA, die Aggression in Vietnam einzustellen! Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnam durch die Bundesrepublik!

Vorläufige Liste der Unterzeichner:

Initiative für Vienam — Christliche Friedenskonferenz, Regionalausschuß in der BRD, Dortmund; Deutsche Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner, Bundesvorstand, Essen; Evangelische Studentengemeinde in der Bundesrepublik und Berlin (West), i. A. Der Arbeitsausschuß, Klaus-Dieter Mende, Vorsitzender, Stuttgart; Hilfsaktion Vietnam e. V., Düsseldorf; Humanistische Studenten-Union, Bundesvorstand, Frankfurt; Deutsche Jungdemokraten, Bundesvorstand, Bonn; Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Zentraler Ausschuß, Offenbach; Liberaler Studentenbund Deutschlands, Bundesvorstand, Bonn; Naturfreundejugend Deutschlands, Bundesjugendleitung, Stuttgart; Sozialdemokratischer Hochschulbund, Bundeszentralrat, Bonn; Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Bundesvorstand, Essen; Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken", Bezirk Ostwestfalen/Lippe, Bielefeld; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Präsidium, Frankfurt; Verband der Kriegsdienstverweigerer, Bundesvorstand, Stuttgart; Versöhnungsbund e. V., Dortmund; Weltfriedensbewegung — Landesfriedenskomitees in der BRD, Frankfurt; Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung, Essen; Willi Baumann (Bezirksleiter bei IG Druck und Papier), München; Dieter Hooge (Jugendbildungsreferent beim DGB-Landesbezirk Hessen), Frankfurt; Manfred Kiesewetter (Landesjugendsekretär beim DGB-Landesbezirk Hessen), Darmstadt; Horst Klaus (Sachbearbeiter in der Abteilung Jugend beim Vorstand der IG Metall), Frankfurt; Eberhard Kremer (Jugend- und Bildungssekretär der IG Druck und Papier, Hauptvorstand), Stuttgart; Hinrich Oetjen (Bundesjugendsekretär der IG Chemie, Papier, Keramik), Hannover; Gert Lütgert (Vorsitzender der Jungsozialisten Bezirk Hessen-Süd), Frankfurt; Rudolf Scharping (Vorsitzender der Jungsozialisten Bezirk Rheinland/Hessen/Nassau), Koblenz; Hilmar Schmitt (Vorsitzender der Jungsozialisten Bezirk Franken), Aschaffenburg; Walter Zuber (Vorsitzender der Jungsozialisten Bezirk Rheinhessen), Mainz; Wolfgang F. Haug, Redakteur „Das Argument", Berlin; Redaktion „Blätter für deutsche und internationale Politik", Köln; Karl-Heinz Schröder, Verleger des „elan", magazin für junge leute, Offenbach; Redaktion „express-international", Frankfurt; Redaktion „Junge Kirche", Zeitschrift europäischer Christen, Dortmund; Redaktion „kritischer Katholizismus", Bochum; H. J. Frederichs, Chefredakteur „Journal", Oldenburg; Redaktion „links", Zeitung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Offenbach; Redaktion „Marxistische Blätter", Frankfurt; Wolf Schenke, Herausgeber „Neue Politik", Hamburg; Redaktion „Spontan", Hamburg; Gerd Hirschauer für die Redaktion „werkhefte", München; Prof. Wolfgang Abendroth, Marburg; Prof. Ernst Bloch, Tübingen; Prof. Walter Fabian, Köln; Prof. Iring Fetscher, Frankfurt; Prof. Ossip K. Flechtheim, Berlin; Landrat Jürgen Girgensohn, MdL, Kamen; Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin; Prof. Wilfried Gottschalch, Berlin; Dr. Robert Jungk, Berlin; Dr. Erich Kästner, München; Dr. Arno Klönne, Paderborn; Dr. Martin Walser, Nußdorf; Gerhard Zwerenz, München.

Autoren dieses Heftes

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA.

Friedhelm Baukloh, geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig.

Dr. Hans Heinz Holz, geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Dr. Achim v. Borries, geb. 1928 in Essen, lebt als politischer Publizist in Saarbrücken; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen.

Wilfried Schilling, geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen.

Hans-Henning Herzog, geb. 1943 in Dresden, studiert Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Paul Oehlke, geb. 1943 in Landsberg/W., studiert Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Arne Arnemann, geb. 1945 in Helmarshausen/Bez. Kassel, studiert politische Wissenschaften an der FU Berlin.

Dr. Vincent Arnold, geb. 1926 in Karl-Marx-Stadt (vormals Chemnitz), studierte in Heidelberg Rechtswissenschaften, lebt dort als Rechtsanwalt.

Jörg Goldberg, geb. 1943 in Wittenberge, studierte in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Dipl.-Volkswirt, promoviert zur Zeit über „Kapitalistische Globalsteuerung und gewerkschaftliche Lohnpolitik".

Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen sowie des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bemerkungen

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz; Karl Graf v. Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Waldenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,50 zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich; £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten und 5,5 % MWSt.

Seiten	Auflage							
	100	250	500	750	1000	2000	3000	4000
4	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	3[illegible]8,–
12	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	[illegible]8[illegible],–
24	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Fritz Strassmann
Karl Graf v. Westphalen
Ernst Wolf

XIV. Jahrgang | November 1969 | Heft 11

Chronik des Monats Oktober 1969

1. 10. — Schweden. Der Parteitag der Sozialdemokraten wählt einstimmig durch Akklamation den bisherigen Erziehungsminister Olof Palme zum Nachfolger von Ministerpräsident Tage Erlander, der sein Amt nach über 20 Jahren aus Altersgründen aufgibt. In der Debatte des Parteitages gibt Außenminister Torsten Nilsson von einem Beschluß der Regierung Kenntnis, Nordvietnam über einen Zeitraum von drei Jahren (beginnend im Juli 1970) einen Betrag von 200 Mill. Kronen für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Davon seien 65 Mill. als direkte Hilfe gedacht, der Rest entfalle auf Kredite. — Am 14. 10. übernimmt das neue Kabinett unter Olof Palme die Amtsgeschäfte.

4. 10. — Finnland. Staatspräsident Kekkonen beendet eine ausgedehnte Osteuropareise, die ihn nach Rumänien (22. bis 26. 9.), Ungarn (26. 9. — 1. 10.) und in die Tschechoslowakei (1.—4. 10.) geführt hatte. Auf einer Pressekonferenz in Prag teilt der finnische Außenminister Karjalainen mit, das finnische Memorandum zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz vom 7. Mai 1969 sei bisher von 22 der angesprochenen 32 Regierungen beantwortet worden. Die letzte dieser Antworten sei aus Bonn eingegangen.

7. 10. — DDR. Anläßlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag ihrer Gründung halten sich führende Repräsentanten der sozialistischen Länder in Ostberlin auf. Zu den Gästen gehören der sowjetische Parteisekretär Breschnew, Parteisekretär Gomulka und Ministerpräsident Cyrankiewicz aus Polen, Parteisekretär Kadar und Ministerpräsident Fock aus Ungarn, Parteisekretär Dr. Husak aus der CSSR und der bulgarische Partei- und Regierungschef Shiwkoff. In einer Festansprache führt der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht aus: „Es wäre ein Wendepunkt zum Guten in der bedrohlichen Entwicklung, wenn Westdeutschland die historischen Realitäten in Europa einschließlich der sozialistischen DDR anerkennen würde ... Unser Angebot der friedlichen Koexistenz und gutnachbarlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung gilt auch gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik." Bei der gleichen Gelegenheit erklärt Leonid Breschnew: „Selbstverständlich würden wir eine Wende zum Realismus in der Politik der westdeutschen

Bundesrepublik begrüßen und wären bereit, darauf entsprechend zu reagieren. Aber unser Kampf gegen den Militarismus und Revanchismus ist eine grundsätzliche, prinzipielle Linie ..."

— Berlin. Die Alliierte Kommandantur folgt einem Antrag des Regierenden Bürgermeisters Schütz und ordnet ein Verbot des für den 23. Oktober geplanten Landesparteitages der NPD an. Die Abhaltung, so heißt es, könne „zu beträchtlichen Störungen der öffentlichen Ordnung" führen.

— Brasilien. Die Militärjunta, die seit dem 31. 8. die Macht ausübt, bestimmt General Emilio Garrastazu Medici zum Präsidenten. Der General teilt in einer Rundfunkansprache mit, das neue Amt sei ihm vom Oberkommando „durch Befehl" übertragen worden.

8. 10. — Naher Osten. Der Sprecher der VAR-Regierung, Esmat Abdel Meguid, deutet in Kairo an, daß Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Ländern unter Umständen nach der „Formel von Rhodos" möglich seien; die Verhandlungen auf der Insel Rhodos hatten im Jahre 1949 zu einem Waffenstillstand zunächst zwischen Israel und Ägypten geführt. Beide Delegationen konferierten damals in getrennten Räumen und nahmen dabei die Vermittlung eines Beauftragten der Vereinten Nationen in Anspruch.

11.—18. 10. — Weltraum. Sowjetische Wissenschaftler unternehmen ein neuartiges Experiment, um die Möglichkeiten von Schweißarbeiten im kosmischen Raum im Hinblick auf den Bau von permanenten Raumstationen zu erproben. Nacheinander starten und landen zu einem Gruppenflug die drei bemannten Raumschiffe Sojus 6 (11.—16. 10.), Sojus 7 (12.—17. 10.) und Sojus 8 (13.—18. 10.).

13. 10. — Frankreich / Sowjetunion. Der französische Außenminister Schumann präsidiert bei der Eröffnung der 4. Session der Ständigen Gemischten Kommission beider Länder in Moskau; die Sowjetunion ist durch ihren stellvertretenden Ministerpräsidenten Kirillin vertreten. Schumann hält sich ebenso wie sein Kabinettskollege Giscard d'Estaing einige Tage in der sowjetischen Hauptstadt auf, wo er auch von Parteisekretär Breschnew und Ministerpräsident Kossygin empfangen wird.

14. 10. — Bundesrepublik / Ungarn. Die beiden Regierungen kommen überein, ihren gegenseitigen Handelsvertretungen auch konsularische Befugnisse einzuräumen.

17. 10. — Südkorea. Präsident Park Chung Hee, der seit einem erfolgreichen Militärputsch im Jahre 1961 die Macht ausübt, läßt durch eine Volksabstimmung eine Verfassungsänderung ratifizieren, die ihm im Jahre 1971 die Verlängerung seiner Amtszeit um weitere vier Jahre ermöglicht.

18. 10. — Libanon. Ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen den Angehörigen der Palästinensischen Befreiungsorganisation „Al-Fatah" und Soldaten der Armee löst eine Serie von Kampfhandlungen im südlichen Teil des Libanon aus, in deren Verlauf von beiden Seiten auch schwere Waffen eingesetzt werden. Die Führung von „Al-Fatah" beschuldigt die libanesische Regierung (die ihren Rücktritt erklärt), die Aktionsfreiheit der Befreiungsorganisation auf ihrem Territorium einschränken zu wollen. In den Konflikt schalten sich auf diplomatischem Wege auch die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga ein.

20. 10. — UNO. Die Vollversammlung wählt Syrien, Polen, Burundi, Sierra Leone und Nicaragua (anstelle von Pakistan, Ungarn, Algerien, Senegal und Paraguay) zu neuen nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates für die nächsten zwei Jahre.

— China / Sowjetunion. In Peking beginnen Verhandlungen über die Beilegung des Grenzkonflikts zwischen beiden Ländern. Die Delegationen werden von den stellvertretenden Außenministern Kusnezow (Sowjetunion) und Tschiau Kuan-hua (Volksrepublik China) geleitet.

21. 10. — Bundesregierung. Der neugewählte Bundestag, der am 20. 10. zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten war und Bundestagspräsident v. Hassel (CDU) in seinem Amt bestätigt hatte, wählt den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zum Bundeskanzler einer Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Freien Demokraten. Auf Brandt entfallen 251 Stimmen bei 235 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen und 4 ungültigen Stimmzetteln. Das Ergebnis liegt mit 2 Stimmen über der notwendigen absoluten Mehrheit von 249 Stimmen; SPD und FDP verfügen im Parlament über zusammen 254 Mandate. Noch

am Abend des gleichen Tages gibt der Bundeskanzler die Zusammensetzung seines Kabinetts bekannt: Außenminister und Vizekanzler: Walter Scheel (FDP); Inneres: Hans-Dietrich Genscher (FDP); Justiz: Gerhard Jahn (SPD); Finanzen: Alex Möller (SPD); Wirtschaft: Karl Schiller (SPD); Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Josef Ertl (FDP); Arbeit und Sozialordnung: Walter Arendt (SPD); Verteidigung: Helmut Schmidt (SPD); Verkehr und Post: Georg Leber (SPD); Wohnungswesen und Städtebau: Lauritz Lauritzen (SPD); Innerdeutsche Beziehungen (früher Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen): Egon Franke (SPD); Gesundheit, Familie und Jugend: Käte Strobel (SPD); Wissenschaftliche Forschung: Hans Leussink (parteilos); Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Erhard Eppler (SPD); Bundesminister ohne Geschäftsbereich im Bundeskanzleramt: Horst Ehmke (SPD). Außerdem werden 15 Parlamentarische Staatssekretäre berufen, von denen die Sozialdemokraten 12 und die Freien Demokraten 3 stellen. — Am 27. 10. erklärt Regierungssprecher Conrad Ahlers, der die Leitung des Presse- und Informationsamtes von Staatssekretär Diehl übernimmt, die Regierung gehe in ihrer Politik von der „Existenz zweier deutscher Staaten innerhalb einer deutschen Nation" aus. Eine „völkerrechtliche Anerkennung der DDR" komme jedoch nicht in Betracht. — Am 28. 10. gibt Bundeskanzler Brandt vor dem Bundestag die Regierungserklärung ab, der sich eine mehrtägige Debatte anschließt.

— Somalia. Wenige Tage nach der Ermordung des Präsidenten Shermarke übernehmen Armee und Polizei die Regierungsgewalt. Die Befugnisse des gestürzten Ministerpräsidenten Egal werden einem „Revolutionsrat" übertragen, der ein Verbot aller politischen Parteien verfügt und den Namen des Landes in „Somalische Demokratische Republik" abändert.

24. 10. — Währung. In einer der ersten Kabinettssitzungen faßt die neue Bundesregierung den Beschluß, die D-Mark um 8,5 Prozent aufzuwerten. Die „feste Parität" beläuft sich damit auf 3,66 DM je Dollar.

25. 10. — Frankreich. Der ehemalige Ministerpräsident unter der Präsidentschaft de Gaulles, Maurice Couve de Murville, unterliegt in einer Nachwahl im Departement Yvelines, das die westlichen Vororte von Paris umfaßt. Der zur Wahl stehende Sitz in der Nationalversammlung fällt an den Generalsekretär der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU), Michel Rocard, der mit 2000 Stimmen in Führung liegt.

27. 10. Sowjetunion / Tschechoslowakei. Die führenden Politiker der Sowjetunion und der Tschechoslowakei unterzeichnen in Moskau ein umfangreiches Dokument über die künftige Zusammenarbeit beider Staaten, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Eine Delegation, der Staatspräsident Svoboda, Parteisekretär Dr. Husak und Ministerpräsident Cernik angehörten, hatte sich seit dem 20. 10. in der Sowjetunion aufgehalten. Für den 25. Jahrestag der Befreiung der Tschechoslowakei im nächsten Jahr wird der Abschluß eines neuen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand angekündigt.

28. 10. — Israel. Bei den Wahlen zur Knesset büßt die von Ministerpräsident Golda Meir geführte Arbeiterpartei ihre bisherige absolute Mehrheit ein. Die Partei erhält im Parlament statt bisher 63 nur noch 58 der 120 Sitze.

30. 10. — Abrüstung. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten legen der Genfer Abrüstungskonferenz eine revidierte Fassung ihres gemeinsamen Entwurfs vom 7. 10. für einen Vertrag über die Entmilitarisierung des Meeresbodens vor. Einige Delegationen hatten in der vorangegangenen Debatte den ersten Entwurf kritisiert und verschiedene Änderungen vorgeschlagen. Nach der Vorlage des amerikanisch-sowjetischen Papiers vertagt sich die Konferenz bis zum Frühjahr 1970.

30.—31. 10. — Warschauer Pakt. Die Außenminister der Mitgliedstaaten beraten in Prag den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen für eine europäische Sicherheitskonferenz, für deren Tagesordnung in einem Kommunique zwei Vorschläge gemacht werden: 1) Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung in den Beziehungen der europäischen Staaten; 2) Erweiterung der Handels-, Wirtschafts- und Wissenschaftskontakte auf der Grundlage gleicher Rechte. Der sowjetische Außenminister Gromyko nennt auf einer Pressekonferenz das erste Halbjahr 1970 als möglichen Termin und die finnische Hauptstadt Helsinki als Ort für die geplante Konferenz.

Kommentare und Berichte

Vietnam-Moratorium

Der 15. Oktober 1969 markiert einen Wendepunkt in der amerikanischen Friedensbewegung. Weit über eine Million Menschen gingen auf die Straße, um ihren Protest gegen die Weiterführung des Vietnamkrieges anzumelden und den sofortigen Abzug aller amerikanischen Truppen zu fordern. Sie folgten dem Aufruf einer Gruppe von Studenten und Mitgliedern des Lehrkörpers von über 1000 Hochschulen und Universitäten, die dazu aufgefordert hatten, „einen Tag anders als üblich zu begehen" und Nachbarn, Büros, Fabriken und Einkaufszentren aufzusuchen, um den Leuten zu sagen, daß Nixon keinen Plan für die Beendigung des Vietnamkrieges hat und daß dieser illegale und unmoralische Krieg auch noch in den kommenden Jahren andauern wird, wenn nicht das Volk die Regierung zwingt, jetzt alle amerikanischen Truppen abzuziehen.

Diese Gruppe — meist Studenten, die 1968 die Kampagnen für Senator Eugene McCarthy und Senator Robert Kennedy geführt hatten — entwickelte eine neuartige und überraschend wirksame Idee für eine fortwährende Eskalation der Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Der 15. Oktober wurde zu einem ersten eintägigen Moratorium erklärt, ein zweitägiges folgt am 14. und 15. November, ein dreitägiges Moratorium am 13., 14. und 15. Dezember — und so weiter, solange der Krieg noch andauert.

In der Vergangenheit hatte die amerikanische Friedensbewegung zu manchen Zeiten Hunderttausende an einem bestimmten Tag mobilisieren können. Aber nach einem solchen Ereignis hatte es immer ein vorübergehendes Abflauen gegeben, bestenfalls eine Ruhepause bis zu dem Punkt, an dem ein neues Mobilisierungsdatum beschlossen wurde. Der Gedanke eines monatlichen Moratoriums, das erste eintägig, das zweite zweitätig, dann ein dreitägiges und so weiter, kann sehr wohl der adäquate Ausdruck für den ständig stärker werdenden Friedenswunsch der Bevölkerung sein, den die Regierung nicht ignorieren kann.

Was die meisten Beobachter überraschte, war der unglaubliche Schneeball-Effekt dieses Aufrufes. Der Präsident der Rutgers-Universität, einer der ältesten und angesehensten Universitäten des Landes, kündigte an, er werde die Universität am 15. Oktober schließen. Er machte seine Ankündigung wahr. Viele folgten seinem Beispiel. An anderen Hochschulen verwendete man wenigstens zwei oder drei Stunden darauf, dem Moratorium in der verschiedensten Weise nachzukommen. An Richard Nixons eigener Alma Mater, dem Whittier College in Kalifornien, entzündete die Frau des College-Präsidenten eine „Lebensfackel", die bis zur Beendigung des Vietnamkrieges brennen soll.

In New York ließ Bürgermeister Lindsay, ein Republikaner, der sich um die Wiederwahl bemüht, die Flaggen auf allen öffentlichen Gebäuden auf Halbmast setzen und ersuchte die Kirchen, die Glocken zum Gedächtnis für die Toten des Vietnamkrieges zu läuten. Er erklärte, kein Angestellter im öffentlichen Dienst werde belangt werden, wenn er seinen Arbeitsplatz verlasse. Im Kongreß unterstützten nicht weniger als 17 Senatoren und 47 Mitglieder des Repräsentantenhauses offen das Moratorium. Viele von ihnen sprachen in den verschiedensten Teilen des Landes an Universitäten und anderen Plätzen. Der New Yorker Abgeordnete Rosenthal versuchte vergeblich, den Kongreß die ganze Nacht hindurch dis-

kutieren zu lassen: Nixons Anhänger setzten schließlich die Vertagung durch, wenn auch erst bei ihrem zweiten Versuch.

Dem früheren Vizepräsidenten Hubert Humphrey, dem Mann also, der seine Bewerbung um das Präsidentenamt im Jahre 1968 genau deshalb verlor, weil er mit Johnsons bankrotter Vietnampolitik identifiziert wurde, blieb es vorbehalten, seine Unterstützung Nixons zu dem Zeitpunkt zu erklären, in dem führende Republikaner — unter ihnen der Einpeitscher von Nixons eigener Partei im Kongreß — öffentlich das Moratorium unterstützten.

Die Regierung reagierte mit verärgerter Frustration. Präsident Nixon leistete sich einen erstklassigen politischen Schnitzer, als er erklärte, er werde sich, wie viele Menschen auch immer am Moratorium teilnehmen würden, „unter keinen Umständen beeinflussen lassen"; er habe „keine Absicht, der Präsident einer Niederlage der USA in Vietnam zu sein". In privaten Gesprächen mit führenden Politikern des Kongresses ging er sogar noch weiter. Er wies darauf hin, daß seine Position alles in allem doch verschieden sei von der seines Vorgängers Johnson, der von der Friedensbewegung gezwungen wurde, die politische Arena zu verlassen. Nixon sagte, es blieben ihm noch drei Jahre übrig, bevor er sich den Wählern zu stellen habe, drei Jahre, in denen er ständig Oberkommandierender sein werde.

Andere, wie der kalifornische Gouverneur Ronald Reagan und der Bürgermeister von Los Angeles, Sam Yorty, beschuldigten die Organisatoren des Moratoriums, „dem Feind Hilfe und Erleichterung zu verschaffen". Als der nordvietnamesische Premierminister Pham Van Dong einen Brief mit der Anrede „Liebe amerikanische Freunde" schrieb, in dem er der Friedensoffensive Erfolg wünschte, rief Nixon Vizepräsident Agnew zu sich. Dieser forderte nach seinem Gespräch mit dem Präsidenten die Träger des Moratoriums auf, „sich öffentlich von der Unterstützung durch die totalitäre (nordvietnamesische) Regierung zu distanzieren, die das Blut von 40 000 Amerikanern an den Händen hat".

Keiner der in letzter Minute unternommenen Versuche, das Moratorium zu diskreditieren, war erfolgreich. Am 15. Oktober nahmen über eine Million Amerikaner an den friedlichen und disziplinierten Aktionen teil. Was diese Demonstration zu einem wirklichen Schritt nach vorn werden ließ, war die Tatsache, daß sich Tausende von Männern und Frauen beteiligten, die noch nie vorher zu einer Demonstration gekommen waren. Zum ersten Male sah sich auch die Gewerkschaftsbewegung, die unter Führung des AFL/CIO-Präsidenten George Meany kriegerische Positionen in der Unterstützung von Johnsons und Nixons Vietnampolitik bezogen hat, einer starken Opposition seitens der neugebildeten „Alliance for Labor Action" gegenüber. Diese Organisation wurde von drei großen Gewerkschaften gebildet, die in letzter Zeit die AFL-CIO verlassen haben oder ausgeschlossen wurden. Die Internationale Automobilarbeitergewerkschaft, die Internationale Gewerkschaft der Transportarbeiter und die Internationale Chemiearbeiter-Gewerkschaft beteiligten sich offiziell am Moratorium. Wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß nach Mitgliederzahl und Finanzstärke die Gewerkschaften der Automobil- und Transportarbeiter zu den größten Gewerkschaften gehören, dann bedeutet ihre Beteiligung, daß ein großer Teil der organisierten Arbeiterschaft sich erstmals der Friedensbewegung angeschlossen hat.

Aber nicht nur die Arbeiterschaft, auch Geschäftsleute schlossen sich dem Moratorium an. Eine Organisation mit der Bezeichnung „Business Executives Move for Vietnam Peace", die über zweitausend Geschäftsführer vertritt, veröffentlichte ihre Beteiligung in ganz-

seitigen Anzeigen in den größten Zeitungen des Landes.

Prominente Führer des schwarzen Bevölkerungsteiles schlossen sich an. In Los Angeles sprach Reverend Abernathy, der Nachfolger Dr. Martin Luther Kings als Vorsitzender der Southern Christian Leadership Conference, zusammen mit Senator Cranston. Coretta King, die Witwe Dr. Martin Luther Kings, sprach vor 50 000 Menschen in Washington.

Befürchtungen wurden von radikalen Führern der Neuen Linken dahingehend geäußert, daß solche Unterstützung und die Teilnahme so vieler Kongreßmitglieder, Bürgermeister von Großstädten und sogar der Gouverneure zweier Bundesstaaten nichts weiter darstellten als den Versuch des Establishments, die Friedensbewegung zu korrumpieren. Zweifellos haben einige der prominenten Politiker ihre Entscheidung, sich dem Moratorium anzuschließen, aus parteipolitischer Absicht, und um Stimmen zu gewinnen, getroffen. Oder, wie es der politische Kommentator der Fernsehstation Columbia Broadcasting System sagte, um die Bewegung „einzudämmen". Das plötzliche Anwachsen der Bewegung war jedoch spontan. Und genau die Tatsache, daß einige Politiker sich dem Moratorium aus den vorgenannten Gründen angeschlossen haben, ist schon in sich Beweis für die Stärke der Bewegung.

Ein weiterer wichtiger Faktor in dieser neuen Situation einer wirklich breiten Koalition all derer, die sich der Weiterführung des Krieges widersetzen, ist das völlige Scheitern von Nixons Strategie der Begriffsverwirrung. Seine dramatischen Ankündigungen eines „massiven Truppenabzugs", der sich dann als Tropfen auf den heißen Stein erwies, seine Gesten wie die Entlassung von General Hershey als Direktor der Wehrerfassungsbehörde oder seine Versprechen, den Krieg zu „vietnamisieren", so daß weniger amerikanische Truppen gebraucht würden — all das war darauf abgezielt, der schnell wachsenden Bewegung für das Moratorium den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Versuche scheiterten völlig.

Entgegengesetzte Erklärungen durch andere Sprecher der Regierung wie zum Beispiel Verteidigungsminister Laird, selbst nach einer Beendigung des Krieges würden die USA „einige tausend Soldaten ständig in Südvietnam stationiert halten", machten der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich, daß Nixon keinen Plan zur Beendigung des Krieges hat. Daß der Präsident den in Paris gemachten Vorschlag Nordvietnams, direkte bilaterale Verhandlungen mit den USA aufzunehmen, prompt ablehnte, zeigt deutlich, daß er nicht die geringste Absicht hat, von seiner Unterstützung des korrupten Thieu-Regimes abzugehen.

Die bei weitem größte Demonstration in den USA fand in Boston statt, wo hunderttausend Menschen die „Commons" verstopften, das berühmte Zentrum der als sehr konservativ bekannten Stadt. Das allein zeigt bereits, daß völlig neue Teile der Bevölkerung in die Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam einbezogen werden konnten.

Für den 15. November hat das neue Mobilisierungskomitee, zu dessen führenden Persönlichkeiten Männer gehören wie der hochangesehene Quäker Stuart Meacham, der bekannte Schriftsteller und Gewerkschafter Sidney Lens und viele radikalere Führer der Friedensbewegung, zu zwei Massendemonstrationen, „Märschen gegen den Tod", aufgerufen. Der eine soll sich auf die Hauptstadt der Nation zubewegen, der andere auf San Francisco. Diese beiden Ereignisse werden mehr oder weniger mit dem zweiten Moratorium zusammenfallen. Wenn die am 15. Oktober erreichte breite Einheit am 15. November und in den folgenden Monaten beibehalten werden kann, dann sieht sich Nixon effektiv einer weit ernsteren Krise gegenüber als derjenigen, die

Johnsons politische Karriere beendete. Bei all seiner konservativen Einstellung mußte das Magazin „Time" seinen Bericht über das Moratorium mit den folgenden Worten schließen: „Nixon ... scheint falsche Hoffnungen geweckt zu haben, und das Moratorium dieser Woche kann durchaus erst der Anfang des Preises sein, den er dafür bezahlen muß. Die spezifischen Auswirkungen des Moratoriums wird man für einige Zeit nicht kennen, aber alles in allem kann sich Nixon dem Einfluß der Antikriegsbewegung nicht entziehen. Gelingt es ihm nicht, einen neuen Führungsstil zu verwirklichen und einen großen Teil der Nation in irgendeiner unvorhergesehenen Weise hinter sich zu bringen, dann muß Nixons Fahrplan für einen Rückzug aus Vietnam sicherlich beschleunigt werden."

Die Ankündigung des Weißen Hauses, der Präsident werde sich am 3. November in einer Rede zum Thema Vietnam an die Nation wenden, ist das erste Eingeständnis, daß Nixon von den Ereignissen des 15. Oktober beeinflußt worden ist. Martin Hall, Los Angeles

Nach dem Konzil — „subtile Inquisition"?

„Die katholischen Bischöfe haben es zunächst einmal geschafft: Sie werden in Zukunft bei der Kirchenregierung mitreden ... Sie hatten allen Grund, mit der Arbeit des Bischofsparlaments — der außerordentlichen Bischofssynode in Rom — zufrieden zu sein. Paul VI. hat eingelenkt ... Die Zeit seiner einsamen Entschlüsse ist vorbei."

So haben sich viele Katholiken das Ergebnis der Bischofssynode gewünscht, die vom 13. bis zum 27. Oktober im „Saal der zerbrochenen Köpfe", einem renovierten Magazinraum des Apostolischen Palastes, tagte. Und so stand es auch als Erfolgsmeldung zu lesen in der „Westfälischen Rundschau" und anderen deutschen sozialdemokratischen Zeitungen. Berichterstatter mit solch rosaroter Brille war Veit Müller, ein enger Freund des SPD-Mitglieds im ZK der deutschen Katholiken, Bundesverkehrsminister Georg Leber. In Wirklichkeit indes — und darin waren sich, mit Schattierungen, alle anderen deutschen Korrespondenten aus Rom einig — blieb genau das Gegenteil zu verzeichnen. Das Konzil gehört der Geschichte an. Die Autorität des Papstes wurde in alter vorkonziliarer absolutistischer Befehlsgewalt von der Bischofssynode bestätigt. Die Traditionalisten unter den Katholiken jubeln, die kritischen Katholiken in aller Welt sind bitter enttäuscht. Nur deutsche Sozialdemokraten bekommen eine Version vorgesetzt, die das Ergebnis schlicht auf den Kopf stellt. Der neue Beauftragte der katholischen Bischofskonferenz bei der Bundesregierung, Monsignore Wöste, sagte in seiner ersten Stellungnahme zum Echo, das die Bischofssynode in der Bundesrepublik fand: „Gerade als vormaliger Verbandspräses der Katholischen Arbeiter-Bewegung bin ich besonders erfreut, wie verständnisvoll sich das sozialdemokratische Echo von dem linksliberalen Gezeter abhebt." Man sieht, Monsignore nimmt kein Blatt vor den Mund. Für ganz Schwerhörige fügte Wöste noch hinzu: „Zu den Linksliberalen sind selbstverständlich auch jene sogenannten kritischen Katholiken zu rechnen, deren maßlose Agitation sie längst um jede innerkirchliche Resonanz gebracht hat." Genau diese Art von Äußerungen hochwürdiger und hochwürdigster Herren des Kirchenregiments ist es, was einen deutschen Theologieprofessor dazu brachte, das Wort von der „subtilen

Inquisition" zu prägen, das inzwischen von Tag zu Tag, leider, an realem Kurswert gewinnt.

Was sich in der Wiedererstarkung der Macht von Kirchenfürsten mit Traditionsgesinnung in neu-inquisitorischem Stil gerade in der BRD restauriert, das ist in Rom in weltweitem Zuschnitt fixiert worden. Dafür bürgt das Ergebnis der Bischofssynode, die eingehen wird in die Kirchengeschichte als der offizielle Beginn — wie der Theologe Prof. Metz richtig gesagt hat — der „Gegenreformation", wenn man das Zweite vatikanische Konzil als einen Akt versuchter Reformation verstehen will.

Kern der Konzilsbeschlüsse war es, tatsächlich die Demokratisierung der katholischen Kirche in die Wege leiten zu wollen. Dazu wäre erforderlich gewesen, die absolute Allmacht des Papstes als Kirchenmonarch aufzuheben. Als erste Stufe eines allmählich durchgreifenden Prinzips der Selbstbestimmung der Gläubigen sollte ein Parlament der Bischöfe, eben eine effektive Bischofssynode, eingerichtet werden, um in bestimmten Abständen zu tagen und durch Stimmenmehrheit zu entscheiden. Dieses Bischofsparlament sollte möglichst bald sich eine Verfassung geben, welche die demokratische Wählbarkeit der Bischöfe in ihren Diözesen und des Papstes durch die Bischöfe, oder auch durch Bischöfe und Laien, ermöglichte. Man dachte u. a. an eine Art Weltparlament der katholischen Kirche, in das die Gläubigen nicht nur gewählte Bischöfe, sondern auch gewählte Laien entsenden sollten, die nicht allein aus den katholischen Verbänden, sondern auch aus anderen Funktionen des öffentlichen Lebens kommen könnten. Nun, alle diese Vorstellungen, die entwickelt und diskutiert wurden, als der Papst Johannes XXIII. den Akt der Demokratisierung leidenschaftlich förderte und dabei mithalf, daß die Progressiven die Einwände und Formalbarrieren der Kurie überwinden konnten, verloren rasch an Dynamik, nachdem mit Paul VI. der kuriale Einfluß neue Rückenstärkung erhielt und alsbald der Umschlag ins verstärkt Autoritäre einsetzte. Das Kollegialprinzip blieb am Ende der Konzilsberatungen ein förmliches Versprechen, dem nun, mit der zweiten Bischofssynode, schon praktisch der Boden entzogen ist.

Der Kernsatz der Schlußerklärung der Bischofssynode lautet: „Die Synodalen danken dem Papst für seine konstant vertretene Lehrauffassung (in Sachen Kirchenregiment) ... und bitten ihn, nicht abzulassen von der freien Ausübung seines universalen Hirtenamtes, und sie erklären sich von ganzem Herzen bereit, ihm bei dieser Aufgabe zu helfen." Das ist in der Tat der perfekte Kniefall. Man darf dem eher gemäßigtliberalen Korrespondenten der „Zeit", Heinz Josef Herbort, durchaus zustimmen, der trocken anmerkt, das zeige, „wie sehr die Bischöfe noch ihrer Subalternität verhaftet sind". Die von den Bischöfen selbst erarbeitete Vorlage besagt das mit den devoten Worten: „Alle bekennen die volle Freiheit, die der Papst besitzt, sich bestimmte Angelegenheiten vorzubehalten und zu entscheiden." Wenn „alle" — also zum Beispiel auch die als progressiv eingeschätzten Kardinäle Alfrink, Suenens, König, der Südafrikaner McCann und der Kanadier Carter — sich dazu „bekennen", dann darf man sich nicht wundern, daß sich auf der ganzen Linie als die bestimmenden Kräfte jene „Papalisten" durchsetzen, zu deren Häuptern die Kardinäle Ottaviani, Staffa, Colombo, der Franzose Danielou (entscheidend an der Redigierung der Resolutionen beteiligt) und auch der Pole Wyszynski zählen.

Nach außen freilich sieht es so aus, als hätten in drei Punkten Papst und Kurie Zugeständnisse gemacht. Die Bischofssynode wird künftig regelmäßig alle zwei Jahre tagen (bislang galt, daß der Papst sie nach seinem Ermessen ein-

berufen konnte). Sie soll als ständige Einrichtung in Rom ein Sekretariat errichten (Parkinson darf sich bestätigt sehen). Die Bischöfe „dürfen" über das Sekretariat „Vorschläge" einreichen, worüber nach ihrer Meinung auf der Synode diskutiert werden sollte. Die Tagesordnung der Synode aber legt der Papst nach eigenem Gutdünken fest. Die Bezeichnung „Schattenparlament des Papstes" für diese Institution, wie sie bald die Runde machte in der Publizistik, ist von ausgesprochen milder Ironie.

Aber wer nun meint, man könne die hierarchischen Strukturen und ihre Zementierung in Kauf nehmen — entscheidend sei, was denn an Zeitgeist sich in den Aussprachen zu den Sachfragen der heutigen Welt in der Bischofssynode niederschlage, auch der muß einsehen, daß nach dem unvorhergesehenen Durchbruch des sozialen Fortschritts mit Johannes XXIII. nun im Vatikan alle Schotten dicht gemacht wurden, damit auf absehbare Zeit dergleichen nicht mehr die Kurie in ihrer traditionalistischen Allmacht erschüttern kann. Es wurde auf dieser Synode zunächst eine Woche lang diskutiert über die dogmatische Begründung des Verhältnisses zwischen dem römischen Pontifex und dem Episkopat. Und dann wurde diese rein akademisch erörterte Frage, als sie endlich konkret angegangen werden sollte, „ausgeklammert" und einer Kommission überantwortet, die sie bis zur nächsten Synode weiter prüfen soll. Danach ging man dazu über, die Zusammenarbeit zwischen den Bischöfen und dem Heiligen Stuhl formal zu erörtern, gehorsamst also über den Instanzenweg zu diskutieren. Schließlich kam es zu der Ergebenheitsadresse oder Schlußerklärung, wie man das Ergebnis immer bezeichnen will, das die Handschrift Kardinal Danielous und anderer „Papalisten" trägt und die Bischofssynode, unter Vorspiegelung von Scheinkonzessionen, endgültig, wie geschildert, dem Papst und seiner Entscheidungsomnipotenz unterordnet. Es wurde mit keinem Wort über die aktuellen Themen gesprochen, über die ein funktionsfähiges Kirchenparlament hätte beraten müssen, nicht über Mischehe, Geburtenkontrolle, Selbstverständnis der Priester, Zölibat und erst recht nicht über den Beitrag der Kirche zur Friedenspolitik, konkret zur Abrüstung, zum Kampf gegen das soziale Elend. Einziges Thema war und blieb die Kompetenz der Bischofssynode.

Die amerikanischen Mondfahrer, die auf ihrer Weltreise zur Zeit der Bischofssynode just Rom besuchten, wurden der Synode durch den Papst vorgestellt. Paul VI. ließ den Synodalen die Dias von der Mondlandung vorführen, anschließend verlieh die päpstliche Akademie der Wissenschaften den Astronauten wertvolle Auszeichnungen. Die einhundertfünfzig Delegierten europäischer Priestergruppen, die gleichzeitig in Rom tagten, bemühten sich hingegen vergeblich um ein Gespräch mit dem Papst und den Synodalen. Paul VI. ließ ihnen mitteilen, daß „eine solche Audienz zur Zeit nicht für opportun gehalten" werde. Ihr Auftreten fand der Papst unziemlich. Allerdings hieß das Thema der Priesterkonferenz: „Die Kirche befreien für die Befreiung der Welt". Die Priesterkonferenz will sich eine ständige Zentrale in Brüssel schaffen. Diese Priester wollen und werden im Geiste des Konzils an einer Demokratisierung der katholischen Kirche weiterarbeiten. Gegen ihr und aller kritischen Katholiken Engagement, nicht nur in Europa, aber hier besonders, richtet sich von „oben" die neue Welle der „subtilen Inquisition". Wenn Hoffnung auf Demokratisierung der Kirche bleibt, trotz der römischen Synode, dann nur, weil die Demokratisierung auch in diesem Fall ihren Weg von unten nach oben nimmt und nicht — was ohnehin gegen alle historische Erfahrung ein Denkfehler auch der Progressiven während des Konzils war — von oben nach unten. Pfingsten, um es christlich zu sagen, ist nicht wiederholbar. Friedhelm Baukloh

Hans Heinz Holz

Verschobene Entscheidungen

Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt

Nach zwanzig Jahren einer ununterbrochenen Vorherrschaft der CDU/CSU in der Bundesrepublik Deutschland mußte allein die Tatsache eines Regierungswechsels (dem die Wahl eines sozialdemokratischen Bundespräsidenten als Vorzeichen vorangegangen war) wie der Beginn einer neuen Ära wirken. Für den äußeren Anschein, den dieses Ereignis im In- und Ausland erweckte, blieb es dabei belanglos, daß die deutsche Sozialdemokratie sich in diesen zwei Jahrzehnten mehr und mehr den politischen Grundsätzen der Christdemokraten angenähert hatte, so daß die Differenzen zwischen beiden Parteien sich schließlich nur noch auf Nuancen reduzierten und vielfach lediglich noch Fragen der taktischen Opportunität bei der Verfolgung der gleichen prinzipiellen Ziele zu betreffen schienen. Vollends die Zusammenarbeit der beiden Parteien im Rahmen der Großen Koalition ließ die Profilierung einer sozialdemokratischen Alternative nicht mehr zu. Gewiß gab es Gegensätze zwischen den beiden Regierungspartnern in einzelnen Fragen — wie zum Beispiel hinsichtlich der DM-Aufwertung, um nur den spektakulärsten Fall zu nennen; im ganzen vermochte man jedoch kaum die Ansätze zu einer sozialdemokratischen Willensbildung zu erkennen, die sich eindeutig gegen die traditionellen Leitlinien der christdemokratischen Politik abgehoben hätte.

Nach einem jahrelangen Prozeß der Akkomodation mußte es der Sozialdemokratie schwer fallen, in der Konsequenz des Wahlergebnisses nun den Entwurf zu einer eigenen, scharf umrissenen Regierungspolitik zu erarbeiten. Zu sehr war die bisherige Strategie der Partei darauf festgelegt, die im bundesdeutschen Bewußtsein verankerten Grundzüge der von Adenauer über Erhard bis zu Kiesinger kontinuierlich fortgesetzten Politik nur zu variieren und reformistisch zu verbessern. Daß die Ablösung einer Regierungspartei, die sich so einseitig auf die Interessen des Großkapitals festgelegt hatte wie die CDU, nach zwanzig Herrschaftsjahren mit notwendiger Konsequenz eine gesellschaftspolitische Neuorientierung erfordern würde, wenn überhaupt sich etwas ändern und die SPD nicht nur eine bessere (oder schlechtere) CDU sein sollte, schien den in die Routine der Bonner Administration integrierten sozialdemokratischen Politikern keineswegs klar zu sein. Die Große Koalition war die bequeme Lösung gewesen, die Rückschläge der CDU zu einer eigenen Beteiligung an der Macht auszumünzen, ohne sich auf eine eigene Konzeption festlegen zu müssen.

Umso erstaunlicher war die rasche und eindeutige Reaktion Willy Brandts und seiner Mannschaft auf den Ausgang der Bundestagswahl vom 28. September. Ohne Rücksicht darauf, daß die SPD keine absolute Mehrheit errungen hatte und ihr möglicher Koalitionspartner schwere Verluste hinnehmen mußte, ergriffen die Sozialdemokraten die parlamentarisch legitime Chance, nun endlich die Regierungsgewalt in ihre Hände zu nehmen. Da sich SPD und FDP im Wahlkampf als Alternative zur CDU/CSU angeboten hatten, war ihr Zusammengehen sachlich

gerechtfertigt und demokratisch einwandfrei. Von einer „Verfälschung des Wählerwillens" (die die CDU im Zorn über ihre Niederlage stipulierte) konnte nicht die Rede sein. Gerade weil die FDP sich zum erstenmal in ihrer Geschichte unmißverständlich als eine liberale, gegen den bürgerlichen Konservatismus der CDU gerichtete Partei definiert hatte (sich also des nationalliberalen Erbes der Bismarck-Zeit entledigte), konnten die für sie abgegebenen Stimmen nur als Votum für eine SPD-FDP-Koalition gelten. Als dem siebenmal größeren Partner fiel damit der SPD die Aufgabe zu, die Grundsätze einer sozialdemokratisch-liberalen Regierungspolitik zu erarbeiten. Mit der Entschlossenheit zur Regierungsbildung hatten Willy Brandt und seine Freunde zugleich die Pflicht auf sich genommen, den Erwartungen der Wähler, daß nun das Staatsschiff auf einen neuen Kurs gebracht werde, durch ihr Programm Rechnung zu tragen.

Ein Kurswechsel schließt ein, daß man die Richtung weiß, in die zukünftig gesteuert werden soll. In der Vergangenheit haben wir (das heißt der Verfasser dieses Aufsatzes ebenso wie diese Zeitschrift im ganzen) immer wieder gezeigt, daß die Tendenzen der deutschen Politik von Adenauer bis Kiesinger auf eine lebensgefährliche Großmachtpolitik hinausliefen, die den außenwirtschaftlichen Expansionswünschen der deutschen Konzerne das militärisch-politische Instrument zur Durchsetzung ihrer Absichten bereitstellen sollte; eine solche Politik, die nach innen mit dem Abbau der Demokratie verknüpft war, muß im Endeffekt internationale Kollisionen heraufbeschwören und eine ständig zunehmende Kriegsgefahr in sich bergen. Die einzig mögliche Alternative hierzu wäre eine Friedenspolitik, die auf internationaler Partnerschaft unter Verzicht auf hegemoniale Ansprüche beruht. Eine solche Politik würde allerdings nicht durch isolierte Maßnahmen zur äußerlichen Verbesserung der internationalen Beziehungen zu verwirklichen sein, sondern müßte eine grundsätzliche Umorientierung (einschließlich einer Neuformulierung des Selbstverständnisses der gesellschaftlichen Ordnung unseres Staates) mit sich bringen [1]). An der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers hatte sich zu erweisen, ob eine wirkliche Alternative zur bisherigen Politik aufgestellt werden würde.

Wer dieserart einen inhaltlich präzisierten Ausblick auf die deutsche Politik der siebziger Jahre erwartete, wurde nun allerdings enttäuscht. Aus dem bisher Gesagten mag erhellen, warum diese Enttäuschung unausweichlich war. Nach zwei Jahrzehnten sozialdemokratischer Anpassung kann diese Partei eine grundsätzliche Änderung der politischen Struktur des Staates, wenn überhaupt, nur in einem langen Prozeß praktischer Regierungsentscheidungen sich selbst abgewinnen, und sie wird dies nur leisten können, wenn sie in einer Wiederbelebung der zum Erliegen gekommenen öffentlichen Auseinandersetzung um politische Grundsatzfragen die Antriebe ihres eigenen Handelns von einer aktivierten demokratischen Basis der Gesellschaft her empfängt. Auch für die Konsolidierung der Sozialdemokratie in der Regierungsmacht, die davon abhängt, daß sie sich ein unverwechselbares Gesicht gibt, wird also alles daran liegen, daß diese Entwicklung eingeleitet und gefördert wird, obschon kaum angenommen werden darf, daß der Parteiapparat als ein wesentliches Stimulans in dieser Richtung wirken wird. Immerhin hat Bundeskanzler Brandt eine Öffnung der „geschlossenen Gesellschaft" Bonns angekündigt: „Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, daß nicht nur durch Anhörungen im Bundestag, sondern auch durch ständige Fühlungsnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung

[1]) Vgl. meinen Aufsatz „Aspekte einer Friedenspolitik" in: Alternativen der Opposition, Köln 1969.

über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken." Wenn dies mehr als eine freundliche Versicherung ist, die von der Bundeszentrale für Heimatdienst dann wieder in manipulative Regierungspropaganda umgesetzt wird, so könnte hier in der Tat ein neuer Stil demokratischer Regierungsweise entstehen. Oder enthält die Bemerkung von den „repräsentativen Gruppen" den Pferdefuß, daß gerade nicht der Bürger, sondern eine Organisationslobby an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden soll? Dann würde sich allerdings am Stand der deutschen Demokratie nichts bessern. Es kommt in Zukunft darauf an, die Regierung beim Wort zu nehmen.

Sicher erleichtert es den Start der neuen Bundesregierung, wenn sie keinen abrupten Bruch zu ihrer Vorgängerin zieht. Dennoch hätte man sich gewünscht, daß sie die Kontinuität nicht so programmatisch hervorgehoben hätte, wie das gerade im Hinblick auf die Außenpolitik geschehen ist: „Die Außenpolitik dieser Bundesregierung knüpft an die Friedensnote vom März 1966 und an die Regierungserklärung vom Dezember 1966 an. Die in diesen Dokumenten niedergelegte Politik hat damals die Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses erhalten. Der Wille zu Kontinuität und konsequenter Weiterentwicklung gestattet es, auf manche Wiederholung zu verzichten." Angesichts der Fragwürdigkeit und Zwiespältigkeit (um nicht zu sagen Unaufrichtigkeit) der Außenpolitik in der Ära Kiesinger kann eine solche Erklärung auf die Adressaten möglicher Entspannungsgespräche nicht gerade vertrauenerweckend wirken. Zumal die Wiederholung der Vorbehalte gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages ist ein schlechter Start für eine neue Außenpolitik, nachdem doch die SPD und Willy Brandt im besonderen sich früher klar für die Annahme dieses Vertragswerks ausgesprochen hatten. Soll hier die Meinung entstehen, der Parteiführer habe eine andere Meinung verkündet als der Bundeskanzler? Das wäre schlecht. Allerdings läßt die Formulierung einen Auslegungsspielraum offen. Die Bundesregierung, heißt es, „wird den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unterzeichnen, sobald — entsprechend den Beschlüssen der letzten Bundesregierung — die noch ausstehenden Klärungen herbeigeführt sind". Es könnte natürlich sein, daß die neue Bundesregierung sich durch Klärungen befriedigt zeigt, die die vorige Bundesregierung nicht akzeptiert hätte, um einen Vorwand für die Nicht-Unterzeichnung zu besitzen. Brandt will sich offensichtlich nicht festlegen lassen. Gerade ein deutlich ausgesprochener Verzicht auf die atomaren Aspirationen der CDU/CSU und ihrer Hintermänner hätte jedoch die Glaubwürdigkeit des allgemeinen Bekenntnisses zum Frieden erhöhen können.

Die Unschärfe der Formulierungen wiederholt sich zu oft, als daß man darin nur das vorsichtige Ausweichen in der einen oder anderen Frage sehen dürfte. Wenn es heißt, „daß wir gegenüber der uns unmittelbar benachbarten Tschechoslowakei zu den Abmachungen bereit sind, die über die Vergangenheit hinausführen", dann könnte dieser Satz sehr wohl bedeuten, daß die neue Bundesregierung zur Nichtigkeitserklärung des Münchner Diktats von 1938 bereit sei; aber es muß das nicht heißen. Was soll solche Vorsicht gegenüber Themen, die kein Gegenstand eines diplomatischen Feilschens werden können? Jeder Versuch, die Nichtigkeit des Münchner Abkommens zum Inhalt von Verhandlungen zu machen, würde zunächst einmal den territorialen Status der CSSR in Frage stellen, um dann vielleicht nachträglich dessen Anerkennung durch irgendwelche anderen Zugeständnisse honorieren zu lassen; eine solche Verfahrensweise hätte nichts mit Diplomatie zu tun, sondern würde den westdeutschen Revanchismus sanktionieren, um dann schließlich doch eine Geste des Verzichts zu machen. Das wäre in zwei-

facher Hinsicht falsch: einmal, weil es dem sudetendeutschen Nationalismus das Argument von der „Verzichtpolitik" zuspielen würde; zum anderen, weil das unbezweifelbare völkerrechtliche Unrecht von München als solches nicht klar und deutlich anerkannt und rückgängig gemacht würde. Die Nichtigkeit des Münchner Diktats kann nie Gegenstand deutsch-tschechischer Verhandlungen sein, sondern immer nur deren Voraussetzung.

Nicht viel anders stellt sich das Problem der deutsch-polnischen Gespräche. Die Bundesregierung kündigt an, sie werde „der Regierung der Volksrepublik Polen einen Vorschlag zur Aufnahme von Gesprächen zugehen lassen, mit dem sie die Ausführungen Wladislaw Gomulkas vom 17. Mai dieses Jahres beantwortet". Dieser Hinweis besagt nicht viel. Kurz zuvor verlautete, Verhandlungen mit Polen sollten das Problem der Anerkennung der DDR ausklammern. Unterliegt die Bundesregierung hier nicht einer Illusion? Für die staatliche Integrität Polens ist der Vertrag mit der DDR über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnischer Friedensgrenze unverzichtbar und ein geltender Bestandteil internationalen Vertragsrechts. Verhandlungen der Bundesrepublik mit Polen müssen also davon ausgehen, daß die DDR als vertragsfähiges Subjekt des Völkerrechts anerkannt wird — und zwar nicht erst jetzt, sondern rückwirkend seit ihrem Bestehen. Jede Nicht-Anerkennung der DDR bedeutet ja auch die Nicht-Anerkennung der von ihr geschlossenen Verträge. Wenn die Bundesregierung sich anmaßt, mit Polen über die Oder-Neiße-Grenze zu sprechen, so verlangt sie von Polen, mit ihr über die Grenzziehung der DDR zu sprechen — ein völkerrechtliches Unding, da Polen die DDR ja als selbständigen Staat anerkannt hat. Auch hier kann also die Anerkennung des Status quo nicht zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden, sondern ist deren Voraussetzung und ein Beweis für die Ehrlichkeit der verkündeten Friedenspolitik. Keine Bundesregierung, die eine realistische Ostpolitik betreiben will, kommt um diese Logik der Tatsachen herum.

Nun hatten SPD und FDP im Wahlkampf gerade versprochen, die erstarrten Fronten in Mitteleuropa durch eine neue Ostpolitik aufzulockern und damit zu einer internationalen Entspannungspolitik beizutragen. Was die Regierungserklärung in dieser Hinsicht enthielt, bleibt weit hinter den Versprechungen zurück. Wohl läßt sich im Verhältnis zur DDR ein winziger Schritt zur Berücksichtigung der Existenz von zwei deutschen Staaten feststellen: zum erstenmal gebrauchte ein westdeutscher Bundeskanzler den Staatsnamen der DDR ohne abwertende Apostrophierung; wenn er postuliert, „daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird", dann sollte man darin den Respekt vor bestehenden Realitäten vermuten dürfen. Ein wenig weiter könnte man noch den Satz interpretieren: „Zwanzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen." Hier sind, zum mindesten in der sprachlichen Konstruktion des Satzes, die beiden deutschen Staaten auf gleicher Ebene nebeneinander gestellt. Hintergründiger klingt dann allerdings die Fortsetzung dieser Passage: „Unsere und unserer Freunde Einstellung zu den internationalen Beziehungen der DDR hängt nicht zuletzt von der Haltung Ostberlins selbst ab." Soll das heißen, daß die DDR die Anerkennung ihrer staatlichen Existenz durch Zugeständnisse an westliche Forderungen — welcher Art auch immer — erkaufen müßte? Das wäre doch wohl ein höchst irrealer Standpunkt, der ähnlich wie im Falle Polens und der CSSR die Kaufmannsregel des „do ut des" anwenden möchte, ohne dabei zu bedenken,

daß man vom anderen verlangt, er solle etwas kaufen, was er bereits besitzt. Es ist nun abzuwarten, was die Bundesregierung konkret meint, wenn sie „dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen anbietet, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen". Dieses Angebot wird zwar durch den Folgesatz entwertet, der besagt: „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen." Wir haben gezeigt, daß eine Regelung der europäischen Fragen ohne diese Anerkennung nicht gut möglich ist, daß also die Ernsthaftigkeit einer Friedenspolitik und des Eingehens auf den Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz die Bereitschaft einschließt, das Problem der Anerkennung der DDR positiv zu lösen. Vielleicht zielt der enigmatische Satz, mit dem Brandt seine Bemerkungen zur Deutschlandpolitik schließt, auf eine solche Lösung: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein." Es käme nun darauf an, genauer zu bestimmen, was die Bundesregierung sich unter „Beziehungen von besonderer Art" vorstellt. Vielleicht wären solche Beziehungen auf der Basis denkbar, daß die Bundesregierung die DDR als Subjekt des Völkerrechts anerkennt, ihre Eigenstaatlichkeit bejaht und deren Integrität durch den von Brandt ohnehin bejahten Gewaltverzicht garantiert; daß aber im innerdeutschen Verhältnis beide Staaten als Nachfolgegebilde eines (etwa auf der Basis des alliierten Kontrollratsmandats) virtuell fortbestehenden Deutschen Reiches gelten und so füreinander kein Ausland darstellen können. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik müßte dann allerdings aufgegeben, die Hallstein-Doktrin ausdrücklich zurückgenommen werden. Von so weitgehenden Vorschlägen, die allein die Rede von „Beziehungen besonderer Art" rechtfertigen und konkretisieren würden, ist allerdings in der Regierungserklärung nichts zu finden. Auch hier bleibt wieder alles im Unbestimmten, man kann nur allgemein eine Verbesserung des Tons, eine freundlichere Atmosphäre feststellen, die die Bundesregierung zu keinen Konsequenzen verpflichtet und sich doch zunächst einmal als eine „good-will-action" präsentiert.

Als eines der wenigen greifbaren positiven Momente der Regierungserklärung darf es wohl gewertet werden, daß Brandt gewillt scheint, den Weg zu einer europäischen Sicherheitskonferenz offenzuhalten. Nachdem die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bei ihrem Treffen in Prag eine solche Konferenz in das Zentrum ihrer diplomatischen Aktivität gerückt haben, könnte ein Entgegenkommen der Bundesrepublik tatsächlich einen ersten Schritt zur Entspannung erleichtern helfen. Eine sozialdemokratische Bundesregierung sieht sich in dieser Frage auch dem Druck ihrer Parteifreunde in den skandinavischen Ländern ausgesetzt, denen viel am Zustandekommen einer solchen Konferenz liegt. Die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages dürfte indessen eine Vorbedingung sein, die erfüllt werden müßte, um eine Konferenz über Rüstungsbeschränkungen in Europa aussichtsreich erscheinen zu lassen. Hier kann die Bundesregierung nicht mit der einen Hand anbieten, was sie mit der anderen wieder zurücknehmen möchte. Entspannungsbemühungen stellen einen Kontext dar, aus dem man bestimmte Garantien nicht herauslösen kann, ohne daß der Ansatz insgesamt entwertet würde.

Ist es angesichts der vagen Äußerungen des Bundeskanzlers zur Außenpolitik schwer zu sagen, ob er sich der Interdependenz aller außenpolitischen Aktivitäten (und ihres Zusammenhangs mit der Wirtschafts- und Innenpolitik) voll bewußt ist, so scheint das innenpolitische Programm der neuen Bundesregierung

in größerem Maße auf eine Kohärenz der Planungen abzuzielen. Allerdings erweckt es auch hier den Anschein, als wolle man sich in der ersten Phase der Regierungstätigkeit einer programmatischen Fixierung enthalten. Erst für das Jahr 1970 wird — über einen langen Zeitraum hingezogen — die Vorlage einer detaillierten Planung angekündigt: „Die Bundesregierung wird im kommenden Jahr, dem ersten des neuen Jahrzehnts, in Ergänzung dieser Erklärung ihre Pläne und Vorhaben auf dem Gebiet der inneren Reform unseres Landes dem Parlament und der Öffentlichkeit in Einzelberichten unterbreiten. Sie wird im Januar 1970 den Bericht zur Lage der Nation erstatten, im Februar den Jahreswirtschaftsbericht zur Diskussion stellen. Im März wird die Bundesregierung den Bericht über die Lage der Landwirtschaft, im April den Sozialbericht vertreten. Im Mai wird die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung, im Juni das Weißbuch zur Verteidigungspolitik vorgetragen werden. Nach den Parlamentsferien werden Berichte über die Verkehrspolitik und die Gesundheitspolitik, über Raumordnung und Städtebau, über die Vermögensbildung und die Steuerreform folgen." Die neue Regierung nimmt sich also ein Jahr Zeit, um ihre Reformprojekte auszuarbeiten. Was in der Regierungserklärung vorgezeichnet wird, sind nur die allgemeinsten Umrisse, die wiederum für mannigfaltige Varianten Raum lassen. Am profiliertesten erscheint dabei die Aussage zur Wirtschaftspolitik, die sich auf eine Fortsetzung des traditionellen Neoliberalismus festlegt: „Auf die Dauer können Stabilität und Wachstum nur in einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung erreicht werden. Ein wirksamer Wettbewerb nach innen und nach außen ist und bleibt die sicherste Gewähr für die Leistungskraft einer Volkswirtschaft. Allen protektionistischen Neigungen im In- und Ausland erteilen wir eine klare Absage." Das sind Sätze, die auch von Prof. Erhard stammen könnten. Insoweit dabei das Ausland angesprochen wird, ist an die Absicherung der Durchschlagskraft der deutschen Exportwirtschaft gedacht. Indessen ist Brandt sich darüber im klaren, daß er die Ansätze zu einer Entspannungspolitik nach außen nur dann realisieren kann, wenn es ihm gelingt, den Expansionsdruck der deutschen Exportindustrie zu mildern. In diesem Zusammenhang ist der vielleicht interessanteste Satz der Regierungserklärung gefallen, der als Punkt 1 eines wirtschafts- und finanzpolitischen Sofortprogramms formuliert ist: „Eine Finanzpolitik, die eine graduelle Umorientierung des Güterangebots auf den Binnenmarkt hin fördert." Sicher ist für diese Konzeption zunächst einmal maßgebend, daß die exporthemmenden Wirkungen der DM-Aufwertung ohne Verluste für die Industrie abgefangen werden sollen. Da andererseits jedoch die Verbilligung der Rohstoffimporte infolge der DM-Aufwertung einen Teil der Exportverteuerung wieder kompensiert, so daß die Konjunkturbremse des Aufwertungseffekts nur sehr maßvoll wirken wird, wäre eine so grundsätzliche Verlagerung der Marktschwergewichte nicht erforderlich, wenn sich damit nicht weitreichende politische Planungen verbinden würden. Allerdings wird die Profitrate auf dem Binnenmarkt wohl kaum jene Maximalquoten erreichen, die ein forcierter Export einzubringen erlaubt, und ein binnenwirtschaftliches Gleichgewicht wird ohne Zugeständnisse an die Arbeitnehmer nicht aufrechtzuerhalten sein, so daß die bisher einseitig unternehmerfreundliche Praxis der „konzertierten Aktion" sich in der gewohnten Form nicht fortsetzen lassen wird. Andererseits würde eine Umorientierung auf den Binnenmarkt außenpolitische Entlastung schaffen — weshalb mir scheint, daß dieser Programmsatz der einzige reale Fingerzeig dafür ist, daß hinter dem Bekenntnis zu einer Friedenspolitik mehr als nur die verbale Deklaration guter Absichten stehen könnte. Gerade dieser Programmpunkt wird auf den erbitterten Widerstand der Konzerne stoßen — und der von der CDU kommende Zwischenruf „Sehr bedenklich!"

deutet auf bevorstehende Konflikte hin. Ob die Regierungskoalition gewillt ist, diese Konflikte durchzustehen, oder sich doch bald dem Druck der Industrieinteressen beugen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ergeben sich hier lohnende Aufgaben für einen gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Einfluß der Gewerkschaften auf die staatliche Wirtschaftspolitik.

Sicher stellt die Betonung der bildungspolitischen Aufgaben einen neuen Akzent in der Bundespolitik dar. Wenn der Bundeskanzler sagt: „Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt" — dann hat er, sofern diese Priorität in der Praxis durchgehalten wird, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik der Zukunft den Vorrang vor partiellen Augenblicksinteressen gegeben. „Das Ziel ist die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozeß die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten." Das ist ein neuer Ton in einer Regierungserklärung. In ihm klingt etwas von der gesellschaftspolitischen Unruhe wider, die von den Universitäten im Namen einer aufgeklärten Mündigkeit des Menschen ausgegangen ist. Allerdings ist es mit einer bloßen Erweiterung der Schulbildung auf ein zehntes Schuljahr, mit einem möglichst hohen Anteil von Menschen in unserer Gesellschaft, der eine differenzierte Schulausbildung bis zum 18. Lebensjahr erhält, allein nicht getan. Es bedarf inhaltlicher Veränderungen des Bildungsganges, organisatorischer der Bildungsinstitutionen — und beide können nicht dekretiert werden, sondern müssen sich in Zusammenarbeit der Betroffenen, also der Lernenden und Lehrenden, und aus deren Erfahrungen und Praxis entwickeln. Daß die neue Bundesregierung die Verantwortlichkeit der Jugend höher einzuschätzen bereit ist, als es den autoritären Auffassungen der christdemokratischen entsprach, geht aus der Tatsache hervor, daß das aktive Wahlalter von 21 auf 18, das passive von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt werden soll.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß der nicht bloß im Hinblick auf ökonomische Effizienz, sondern auf staatsbürgerliche Autonomie des Menschen gegebene Bildungsimpuls, den sich die Bundesregierung hier zum Ziel setzt, mit einer Reform des Schul- und Hochschulwesens, der Berufs- und Erwachsenenbildung nicht zu Ende kommt. Um die erforderlichen Bildungsreformen zu ermöglichen und abzusichern, müssen strukturelle Veränderungen im Aufbau dieser Gesellschaft vorgenommen, ein neuer Verteilungsmodus des Sozialprodukts gefunden und neue Formen der öffentlichen Kontrolle geschaffen werden, die der mündige und informierte Bürger als sein Recht in Anspruch nehmen darf. Die Bewegung der Bildungsreform wird sich in eine Bewegung gesellschaftspolitischer Veränderungen fortsetzen. Es ist darum nicht einfach eine Frage des guten Willens der Bundesregierung, ob sie ihrem formulierten Allgemeinprogramm Wirklichkeit verleihen, ob sie es im konkreten Fall durchsetzen kann. Eine breite und zielstrebige Bewegung der Jugend, die sich über die Schritt für Schritt zu erreichenden Stationen verständigt, kann die Bundesregierung auf einem Weg weitertreiben, der durch mannigfache Hindernisse und Sperren blockiert ist. Die vage Ungenauigkeit des Regierungsprogramms könnte sich hier als ein Vorzug für die öffentliche Diskussion erweisen, die nun die Positionen abstecken muß, welche die Bundesregierung im Ungewissen gelassen hat .

Die neue Bundesregierung beginnt ihre Amtszeit mit einem großen Vertrauenskredit der deutschen wie der internationalen Öffentlichkeit. Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers hat sich Mühe gegeben, durch Unbestimmtheit der Andeutungen dieses Vertrauen offenzuhalten, ohne sich doch darauf festzulegen,

welche Erwartungen erfüllt und welche Versprechungen des Wahlkampfs eingelöst werden sollen. Das Programm der neuen Bundesregierung ist so allgemein gehalten, daß es Politik ebenso als eine realistische Kunst des Möglichen wie als eine ausweichende Taktik des Lavierens zuläßt. Das Kabinett mag diese Zurückhaltung damit motivieren, daß ihm nur eine schmale Mehrheitsbasis im Parlament gegeben ist. Umso mehr kommt es nun darauf an, daß die Öffentlichkeit durch ihre Medien — die großen Organisationen (wie Gewerkschaften, Verbraucherverbände, Jugendorganisationen), Presse, Rundfunk, Fernsehen, Hochschulen als Foren der Bewußtseinsbildung usw. — die Bedürfnisse einer demokratischen, fortschrittlichen, sozialen Gesellschaft artikuliert und so der Bundesregierung die Inhalte vermittelt, mit denen sie ihren Programmrahmen auszufüllen hat. Die Vertrauensvorgabe, auf die sich Willy Brandt stützen kann, darf gerade nicht zum Nachlassen der politischen Anstrengungen der Staatsbürger führen, sondern muß ein vermehrtes Engagement wecken. Sie kann nur besagen, daß man von einer sozialdemokratisch-liberalen Regierung anders als von einer christlich-konservativen erwartet, sie werde sich nicht mehr über den Willen der Bevölkerung oder großer Bevölkerungsgruppen hinwegsetzen und sie werde ihrerseits zur Willensbildung durch Aufklärung und Vernunft statt durch Meinungsmanipulation beitragen. Ein neuer Stil politischen Lebens in der Bundesrepublik könnte sich auf die Regierungserklärung Willy Brandts berufen, wenn er zum Schluß seiner Ausführungen sagte: „Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger. Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten. Das Selbstbewußtsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben. Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen." Daß dies nicht leere Worte bleiben, liegt nicht an denen, die sie formuliert haben; vielmehr sind es nun die Staatsbürger, die den Regierungswechsel zum Anstoß nehmen mögen, um sich selbst ins politische Spiel zu bringen. Einfach auf die neu gewählten Männer zu vertrauen, wäre eine Illusion. Die Politik eines Kabinetts ist die Resultante aus dem Kräfteparallelogramm der gesellschaftlichen Mächte. Ob die Kräfte der Basis, Arbeiter, Angestellte und Intelligenz, die Chance nutzen, ihre Macht als Einfluß auf die Regierung geltend zu machen und einem noch unsicheren Kurs bestimmte Richtung zu geben, wird über die Zukunft der neuen Periode bundesrepublikanischer Geschichte entscheiden.

Harold Rasch

Thesen zur militärischen Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland wird entscheidend durch ihre enge Bindung an die Vereinigten Staaten von Amerika bestimmt. Durch unsere Zugehörigkeit zur North Atlantic Treaty Organization (NATO), dem Verteidigungsbündnis der westlichen Welt, in dem die Vereinigten Staaten dominieren, wird diese Bindung besonders deutlich. Bundesregierung und Bundestag haben in ihr stets die beste, ja die einzige Garantie für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit unseres Staates gesehen. Ob dieser Standpunkt für die Vergangenheit richtig war, mag eine spätere Geschichtsschreibung beurteilen. Den Politiker interessiert nur die Zukunft. Insoweit stellen sich die Grundfragen unserer Außenpolitik täglich von neuem.

Der gegenwärtige Zeitpunkt ist besonders günstig, um mit der kritischen Prüfung der Lage zu beginnen. Wir dürfen auf ernste Bemühungen der neuen Bundesregierung hoffen, auf der Grundlage der gegenwärtigen Grenzen und staatsrechtlichen Gegebenheiten zu Gewaltverzichtsabkommen und damit zu einer wirklichen internationalen Entspannung zu gelangen. Mehr noch: Das Problem der Auflösung der einander feindlich gegenüberstehenden militärischen Machtblöcke und ihrer Ersetzung durch eine internationale Friedensordnung stellt sich, zunächst für Europa, erneut in voller Schärfe und erscheint nicht mehr unlösbar. Neue Hoffnungen bietet auch der Beginn direkter Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über eine Begrenzung ihrer Rüstungen.

Die folgenden Thesen sollen einen Beitrag zur Diskussion leisten.

1) Wie lange die Bundeswehr im Verband mit anderen Truppen der NATO einem etwaigen gut vorbereiteten Angriff aus dem Osten militärisch Widerstand leisten könnte, vermag, wenn überhaupt jemand, nur der militärische Fachmann zu sagen. Sicher ist, und das kann jedermann erkennen: je länger ein solcher Widerstand möglich wäre, desto größer würden, auch bei einem Angriff n u r mit „konventionellen" Waffen, die Todesopfer und die Zerstörungen in unserem Land, auch im zivilen Bereich, sein. Je ausdauernder und „erfolgreicher" also die militärische Abwehr, desto schwerer die Verluste an Menschen und Gütern. „Wenn in Deutschland konventionell gekämpft wird, ist die Überlebenschance der Bundesbürger umgekehrt proportional zur Dauer der Kampfhandlungen aus der Luft und zu Lande: Je schneller sie ‚rot' werden, desto weniger von ihnen werden tot sein" [1]).

Das bedeutet politisch: Die Bundesrepublik kann, wie immer ein Krieg sich militärisch entwickeln möge, sinnvoll überhaupt nicht verteidigt werden. „Tatsache ist, daß die Voraussetzungen für einen herkömmlichen Verteidigungskrieg

[1]) Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, 1969, S. 234.

in Europa überhaupt fehlen, ganz gleich, in welchem Umfange die hier vorhandenen militärischen Einheiten integriert sind" [2]).

2) Aber hat nicht unsere Zugehörigkeit zur NATO wenigstens einen „Abschreckungswert", und liegt nicht darin ihre eigentliche Aufgabe?

Wer das annimmt, geht davon aus, daß ein potentieller Angreifer für den Fall eines Angriffs auf die Bundesrepublik auch mit dem Einsatz der NATO-Truppen zu ihrer Verteidigung und entsprechenden eigenen Verlusten rechnen muß und eben deshalb einen Angriff unterlassen wird.

Hierzu ist — abgesehen davon, daß in der Geschichte der Menschheit die angeblich nur der Abschreckung dienenden Armeen auf die Dauer noch niemals den Angriff eines wirklich entschlossenen Gegners verhindert haben — zunächst folgendes zu sagen:

Es gibt nicht den geringsten ernst zu nehmenden Grund für die Befürchtung, die Sowjetunion oder ein sonstiger Staat des Ostblocks könnte, ohne durch wesentliche konkrete Interessen veranlaßt zu sein, die Bundesrepublik militärisch angreifen wollen. Jede Erfahrung und Überlegung spricht eindeutig dagegen, alles vielmehr für die Annahme: „Die Russen kommen nicht". „Man kann nicht zwanzig Jahre lang sagen: Die Russen kommen, wenn sie wieder und wieder nicht gekommen sind" [3]).

In den fünfziger Jahren war Adenauers und seiner christlichen Demokraten Parole: „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durch eine Politik der Stärke". Damit ist heute kein Hund mehr vom Ofen zu locken. Heute muß militärische Stärke, muß die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO für einen anderen Zweck herhalten, für die Abwehr eines drohenden Überfalls aus dem Osten auf das Bundesgebiet. Die „Weltherrschaftsgelüste" des Bolschewismus dienen als Begründung nicht nur für die Allgemeine Wehrpflicht, sondern besonders auch für die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem. „Denkt an Prag" war eines der Schlagworte, mit denen die CDU den letzten Wahlkampf bestritt.

Aber es war eben nur eine an weit verbreitete Gefühle rührende Phrase, mehr nicht. Noch niemals hat eine Bundesregierung auch nur den Versuch gemacht, unserem Volk die konkrete Gefahr eines Angriffs aus dem Osten glaubhaft deutlich zu machen. Es gibt — anders als im Fall der Besetzung der Tschechoslowakei im August 1968 — keine Interessengegensätze zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, die diese zu Gewalttaten gegen uns veranlassen könnten. Die Schrecken des Kommunismus sind, auf uns bezogen, ein Hirngespinst, das — aus welchen Motiven auch immer — dem Bürger unaufhörlich vorgegaukelt wird, um Rüstungen und Nostandsgesetze aller Art plausibel zu machen. Eine rationell kalkulierbare Notwendigkeit hierfür besteht nicht.

Nun hört man freilich häufig, es sei wohl richtig, daß in der Vergangenheit keine unmittelbare Gefahr eines militärischen Angriffs der Sowjetunion gegen uns bestanden habe, „allerdings gewiß nur, w e i l der Westen stets über angemessene Verteidigungskräfte verfügte". „Der Friede in Europa beruht letzten Endes darauf, daß in allen Phasen der militärisch-technologischen Entwicklung und in allen Phasen der politisch-psychologischen Veränderung in Europa der Westen stets ausreichende Verteidigungsanstrengungen aufrechterhält, um durch ausreichende Risiken abzuschrecken" [4]). Aber diese Behauptung ist unbe-

---

[2]) Franz-Josef Strauß, Herausforderung und Antwort, 1968, S. 175.
[3]) Kahn, a.a.O., S. 38.
[4]) Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, 1969, S. 116, 117.

weisbar, auch wenn man — selbstverständlich — nur einen historisch-politischen „Beweis" verlangt. Weit eher ist das Gegenteil wahrscheinlich, wie eine rationelle Analyse der sogenannten Abschreckungspolitik ergibt.

3) Die inneren Widersprüche des Kampfrufs „Si vis pacem, para bellum", der Zynismus der Vertreter der organisierten Friedlosigkeit („Das Kalkül nach Millionen von Toten — Megatoten — ist gegenwärtiger Strategie geläufig"), vor allem aber die materielle Unzulänglichkeit der „Abschreckungspolitik" der Atomgiganten während der letzten zwanzig Jahre ist von einigen Denkenden längst erkannt worden [5]). Indem diese Politik die Völker in ständiger Angst vor einem potentiellen Angreifer hält, „rechtfertigt" sie die Notwendigkeit, alljährlich unzählige Milliarden in immer neue Rüstungs- und Abwehrsysteme zu investieren, und gibt dennoch nur eine trügerische Sicherheit. Aber davon soll hier nicht weiter die Rede sein. Was uns interessiert, ist nur die besondere Lage des geteilten Deutschland, das Schicksal der beiden deutschen Staaten. Dazu ist festzustellen:

Sollte entgegen aller Erfahrung und vernünftigen Überlegung ein Gegner aus dem Osten wirklich einmal Interesse an einem Angriff auf Westdeutschland haben — etwa wenn die Bundesrepublik sich der Verfügungsgewalt über Atomwaffen praktisch näherte —, dann würden ihn gewiß auch eigene Verluste nicht abschrecken. Die Sowjetunion brauchte diese Verluste militärisch nicht zu fürchten. Der Einsatz von Atomwaffen aber, — auch „nur" von sogenannten taktischen Atomwaffen — könnte, außer von schlechthin gewissenlosen Subjekten, von niemandem verantwortet werden, da der Gegenschlag von der Bundesrepublik nichts mehr übrig ließe, was noch zu verteidigen wäre.

„Wir verstehen, meine Herren", sagte Franz-Josef Strauß zu Adschubej, dem damaligen Chefredakteur der „Iswestija" und Schwiegersohn von Chruschtschow, der im Sommer 1964 die Bundesrepublik besuchte, und zu dessen Reisegefährten, „daß wir biologisch vernichtet werden, wenn ein Weltkrieg ausbricht. In den USA und in der Sowjetunion können, wegen der Größe der dortigen Räume, noch unversehrte Gebiete übrig bleiben, aber wir würden völlig vernichtet werden" [6]).

Im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion also gibt es keine glaubwürdige Abschreckung. Infolgedessen hat das NATO-Bündnis für uns, wenn überhaupt, nur einen sehr geringen „Abschreckungswert".

Daraus folgt zugleich ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit, daß die Sowjetunion nicht etwa wegen dieses Bündnisses, sondern mangels konkreten Sachinteresses von militärischen Aktionen und entsprechenden Drohungen gegen die Bundesrepublik Abstand genommen hat. Dasselbe darf auch für die Zukunft angenommen werden.

4) Der Abschreckungswert des NATO-Bündisses wird sich im übrigen in Zukunft eher noch weiter vermindern. Vor allem der völlige Mißerfolg des Krieges in Vietnam hat eine wachsende Zahl von Menschen in den USA davon überzeugt, daß die Kräfte selbst eines so großen und reichen Landes nicht unbegrenzt sind. Die Regierung Präsident Nixons ist, wenngleich nur zögernd, im Begriff, die Konsequenzen aus dieser Einsicht zu ziehen. Die USA werden ihre Truppenstärke aber auch in Europa herabsetzen, nur die Termine und das Ausmaß des Abzugs können sich noch ändern. Schon jetzt stehen Bundesregierung und

---

[5]) Nachweise bei Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, 1969. Das im Text gebrachte Zitat a.a.O., S. 218.
[6]) Alexej Adschubej, Wir sahen Deutschland, 1964, S. 54 f.

Bundestag vor der Frage, ob wir unsere „eigenen Verteidigungsanstrengungen" verstärken oder nach anderen Wegen zur Sicherung des Friedens suchen sollen.

5) Bereits heute belasten die Verteidigungsausgaben den Bundeshaushalt mit 20 Mrd. DM jährlich. Dieser Betrag stellt, gemessen an unserem Sozialprodukt, gewiß keine untragbare Last dar [7]). Für eine „Sicherheit" aber, die gar keine ist, muß er als viel zu hoch angesehen werden, auch wenn man berücksichtigt, daß in den „Verteidigungsausgaben" Aufwendungen für Forschung und Entwicklung enthalten sind, die auch nicht-militärischen Zwecken zugute kommen. Zu den Kosten, die im Bundeshaushalt sichtbar erscheinen, kommen weitere, die nicht offen aus ihm ersichtlich sind, kommen aber vor allem die Ausgaben der Länder und Gemeinden für „Verteidigungszwecke", angefangen mit dem Unterricht in „Wehrkunde" und dergleichen bis zur Vorratshaltung für den Notstandsfall und die Errichtung von Luftschutzbauten, ferner die unmittelbaren Aufwendungen der Wirtschaft und der privaten Haushalte für ähnliche Zwecke. Insgesamt handelt es sich hier gewiß ebenfalls um viele Milliarden DM.

6) Unser Volk ist politisch geduldig und wird stets zu Opfern für die Gesamtheit bereit sein. Aber die nachwachsende Generation wird sich immer weniger mit den landläufigen Phrasen unserer Politiker für Ziele einspannen lassen, die sie nicht als die ihren empfindet. Die Mehrheit der „Wehrdienstverweigerer" sind keine Drückeberger, sondern junge Leute, die zutiefst von der Sinnlosigkeit nicht nur jedes Krieges, sondern besonders auch einer bundesdeutschen „Abschreckungs"-Macht überzeugt sind. Diese Überzeugung wird in Zukunft allenthalben noch wachsen und läßt sich nicht mit Gewalt aus der Welt schaffen. Und vor allem: man kann gewiß junge Menschen in die Kasernen hineinzwingen, aber man kann gegen ihren Willen keine Unterführer und Offiziere aus ihnen machen [8]).

7) Einen ausreichenden militärischen Ersatz also für den Rückzug der USA aus Europa wird es nicht geben. Aber nicht nur dieser Umstand, sondern der NATO-Pakt selbst nötigt uns, nach neuen Wegen zu suchen.

In einem Bündnis zwischen so ungleichen Partnern, wie es die USA und die Bundesrepublik sind, wird der militärisch Schwächere immer auch politisch unterlegen sein. Das hat sich bisher auf dem engeren außenpolitischen Gebiet nur deshalb kaum störend bemerkbar gemacht, weil die Bundesregierung, auch die Regierung der Großen Koalition 1966—1969, nie versucht hat, eine selbständige Außenpolitik zu treiben. Aber es hat uns schon immer in eine drückende finanzielle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten gebracht. Die häufigen Differenzen über den für die Stationierung amerikanischer Truppen zu leistenden „Devisenausgleich" sind allgemein bekannt. Weniger bekannt ist die eindeutige Unterordnung unserer nationalen Interessen unter die geschäftlichen Interessen der amerikanischen Rüstungsindustrie, „die jahrelange Praxis der ‚Gefälligkeitskäufe' von meist offensivem Kriegsmaterial auf Grund sogenannter ‚politischer Entscheidungen'". „Für die verbündeten Westmächte, die ihr eigenes Militär in den drei Jahren vor Beginn der Bundeswehr-Aufstellung reduziert hatten, war die Bundeswehr hauptsächlich ein Mühlstein um den Hals der westdeutschen Wirtschaftskraft oder Milchkuh für riesige Rüstungsgeschäfte" [9]). Das allein sollte uns veranlassen, endlich eigene politische Vorstellungen für die Zukunft zu entwickeln. Es kommt hinzu, daß der inflationäre Druck, der in Amerika von der Überbeanspruchung der eigenen Kraft ausgeht, unter dem Währungssystem

[7]) Vgl. die Tabelle bei Schmidt, a.a.O., S. 264.
[8]) Hierzu Wilfried v. Bredow (Hrsg.), Entscheidung des Gewissens. Kriegsdienstverweigerer heute, 1969.
[9]) Kahn, a.a.O., S. 116, 120.

von Bretton Woods immer wieder auch uns mitzureißen droht. Je mehr schließlich die USA ihre militärische Präsenz außerhalb ihres eigenen Landes vermindern, je mehr sie selbst nach politischen Lösungen im Verhältnis zu der UdSSR einerseits, Südostasien andererseits (nicht nur Vietnam, sondern insbesondere auch Laos) suchen müssen, desto deutlicher sollte sein, daß die einseitige Bindung unseres Schicksals an die USA nicht der Weisheit letzter Schluß ist.

8) Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO, die ihr entsprechende der DDR zum Verteidigungssystem des Warschauer Pakts stehen, von allem anderen abgesehen, jeder ernsten Annäherung der beiden deutschen Staaten entgegen. Nachbarn, die einander feindlichen Machtblöcken angehören, werden schon deshalb ein Feind-Verhältnis nie überwinden. Sicher gibt es einflußreiche Kreise in der Bundesrepublik, die an diesem Verhältnis aus naheliegenden Gründen gar nichts ändern wollen. Sie werden sich auch weiterhin an die NATO klammern. Wer die deutsche Spaltung überwinden will, muß andere Lösungen als die Erhaltung eines militärischen Bündnisses erstreben.

9) Wichtigste Voraussetzung für eine Befriedung Mitteleuropas und für unsere eigene Sicherheit ist, daß die Bundesrepublik selbst eine ehrliche Friedenspolitik treibt, d. h. die eindeutigen Ergebnisse des von uns vom Zaun gebrochenen und verlorenen Zweiten Weltkrieges rechtsverbindlich anerkennt. Das ist unter den Regierungen Adenauers, Erhards und Kiesingers nicht der Fall gewesen. Die Bundesregierung bereitet gewiß keinen Angriffskrieg vor, aber sie hat — in erster Linie aus Angst vor innerpolitischen Auseinandersetzungen — bisher leider auch keine überzeugende Friedenspolitik getrieben, sondern im Schatten des großen Verbündeten durch Nichtanerkennung der DDR und ihrer Grenzen die Spannungen in Mitteleuropa ständig bewußt aufrechterhalten. Das allein schon mußte und muß weiterhin das Mißtrauen unserer Nachbarn im Osten wachrufen. Deren Rüstungen werden uns dann als „Bedrohung" dargestellt, wir betreiben verstärkte eigene Rüstungen, und so geht die Eskalation ständig weiter.

10) Wer sich darüber im klaren ist, daß militärische Rüstungen keine Sicherheit bedeuten, sondern im Gegenteil die Gefahr eines neuen Krieges nur erhöhen, sollte den Mut haben, den Teufelskreis endlich zu durchbrechen. Das braucht keineswegs durch einseitige „Vorleistungen" zu geschehen. Aber es muß endlich ein Anfang gemacht werden. Die Bundesrepublik, der einzige Staat Europas, der bisher territoriale Veränderungen erstrebte, hat im Hinblick auf ihre Nachbarn im Osten nicht nur allen Anlaß, sondern auch das dringendste eigene Interesse, ihre außenpolitische Position von Grund auf neu zu durchdenken und sich danach neu zu orientieren. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze wären keine materiellen „Vorleistungen" der Bundesrepublik, sondern der längst fällige Schlußstrich unter eine unheilvolle Vergangenheit und Voraussetzung für eine bessere Zukunft. Eine spezielle Gegenleistung dafür haben wir weder zu erwarten noch zu beanspruchen.

11) Den besten Beitrag zum Frieden, den Deutschland leisten, und zugleich die beste Sicherheit, die die Bundesrepublik erlangen kann, würde die Bereitschaft der beiden deutschen Staaten sein, einer militärischen Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik unter gegenseitiger Garantie der USA einerseits, der UdSSR andererseits zuzustimmen. Die Bundesrepublik hätte zu einem bestimmten Termin aus der NATO, die DDR aus dem Warschauer Pakt auszuscheiden und sich zu verpflichten, keinen neuen militärischen Bündnissen beizutreten. Die westlichen Verbündeten und die

Sowjetunion müßten ihre Truppen in Etappen aus Deutschland zurückziehen. Die Neutralisierung der Bundesrepublik und der DDR könnte durch Nichtangriffspakte ergänzt werden. Auch die kleineren osteuropäischen Staaten könnten in dieses System einbezogen werden, womit man auf Gedanken des von der Bundesregierung leider niemals ernstlich erörterten Rapacki-Plans zurückkäme, freilich darüber hinausginge. Über die Behandlung der im Osten bestehenden bilateralen Beistandsverträge wäre zu sprechen.

12) Militärisch neutrale Staaten gibt es allein in Europa in den verschiedensten Gestaltungen. Die Schweiz, Schweden, Österreich sind militärisch neutral, sie gehören keinem der bestehenden Militärbündnisse an. Darüber hinaus fassen sie ihre Neutralität verschieden auf, fühlen sich aber eindeutig als zum westlichen Kulturkreis gehörig. Auch eine von den beiden Weltmächten zu garantierende Neutralisierung der Bundesrepublik und der DDR könnte weitgehend den individuellen Gegebenheiten angepaßt werden. Das müßte natürlich auch geschehen, da es sich um die gleichzeitige Neutralisierung zweier erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstandener Staaten derselben Nation handelt, die zur Zeit entgegengesetzten militärischen Bündnissystemen angehören.

13) Gegen den Gedanken einer militärischen Neutralisierung der beiden deutschen Staaten wird häufig zunächst eingewandt, eine solche setze eine vollständige Entspannung im Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander voraus, könne höchstens einer solchen Entspannung nachfolgen; vorzeitig vorweggenommen, müsse sie dazu führen, daß die Bundesrepublik zwischen den einander feindlichen Mächten zerrieben würde.

Dieser Einwand ist nichts als eine oberflächliche Ausrede. Eine militärische Neutralisierung der beiden deutschen Staaten kann in jedem Fall nur das Ergebnis langwieriger internationaler Verhandlungen sein. Wenn das Ergebnis dieser Verhandlungen darin besteht, daß die Bundesrepublik aus der NATO, die DDR aus dem Warschauer Pakt ausscheidet, beide Staaten sich verpflichten, keinen neuen militärischen Bündnissen beizutreten, und die Weltmächte die gegenseitige Garantie für die Innehaltung dieser Verpflichtungen übernehmen, dann beinhaltet ein solches Ergebnis bereits eine wenigstens teilweise Entspannung zwischen den Weltmächten. Neutralisierung der beiden deutschen Staaten ist dann nicht etwa eine gefährliche Vorwegnahme einer Regelung, die zwischen den Großmächten weiterhin umstritten bleibt, sondern sie ist eine internationale Vereinbarung, die in einem besonders bedeutsamen Grenzgebiet zwischen West und Ost die bestehenden Gegensätze mildern und eine friedliche Entwicklung sichern soll. Fünfundzwanzig Jahre nach dem Ende des Krieges sollte endlich begonnen werden, eine solche Entwicklung einzuleiten.

14) Ein Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO, bzw. dem Warschauer Pakt würde einen — im einzelnen nach Umfang und Terminen festzulegenden — Abzug der Truppen der USA aus der Bundesrepublik (und vielleicht den übrigen westeuropäischen Staaten), der UdSSR aus der DDR (und möglicherweise den übrigen Staaten Osteuropas) beinhalten.

Hiergegen wird gewöhnlich vorgebracht, daß solche Abzüge militärisch niemals „gleichwertig" sein könnten: die USA würden sich über den Ozean hinweg zurückziehen, die UdSSR dagegen bestenfalls nur bis an die Ostgrenze Polens und der Tschechoslowakei, von wo ihre Truppen jederzeit sehr viel leichter wieder nach Mitteleuropa vorrücken könnten, als die USA von ihrem Kontinent aus im Stande wären.

Auch dieser Einwand ist verfehlt, heute sogar noch weniger überzeugend als je zuvor.

Ein „militärisches Gleichgewicht" von Menschen und „konventionellen" Waffen in Europa besteht weder jetzt, noch läßt es sich in Zukunft herstellen. Die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges können nicht rückgängig gemacht werden. Dafür reicht weder die Größe der wehrfähigen Bevölkerung des Westens noch vor allem ihre Bereitschaft aus, sich mit Waffengewalt für die Erhaltung der überkommenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen einzusetzen.

Die Verfügungsgewalt über Atomwaffen aber (und vielleicht auch B- und C-Waffen) hat zwar eine Zeitlang ein „Gleichgewicht des Schreckens" zwischen den beiden Giganten geschaffen und aufrechterhalten. Ob damit auf die Dauer der Weltfrieden gesichert ist, ist freilich schon durchaus zweifelhaft, da immer fürchterlicheren Waffen gegenüber auch immer neue „Abwehrsysteme" entwickelt werden, so daß sich eines Tages einer der Riesen vielleicht doch einen militärischen Vorsprung bei einem „ersten Schlag" ausrechnen könnte. Für Mitteleuropa und insbesondere die Bundesrepublik jedenfalls gibt es kein „Gleichgewicht des Schreckens" durch Verfügung über Atomwaffen, da es nach ihrem Einsatz bei uns nichts mehr gäbe, was noch zu verteidigen wäre.

Auf eine „militärische Gleichwertigkeit" des Rückzugs amerikanischer Truppen aus West- und sowjetischer aus Mittel- und Osteuropa also kann es in keiner Weise ankommen.

Hier liegt, wie mir scheint, der Kernfehler der Überlegungen des bisherigen Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag und jetzigen Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt. Durch sein ganzes neuestes Buch zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke: „Es ist heute schwer vorstellbar, wie ohne starkes amerikanisches militärisches Engagement ein ausreichendes Abschreckungsrisiko und damit das militärstrategische Gleichgewicht in Europa aufrechterhalten werden kann." „Aus der Sicht unserer eigenen Sicherheitsinteressen bleibt das militärische Gleichgewicht in Europa Conditio sine qua non für die politische Stabilität unserer Sicherheit" [10]). Dieser Gedanke geht davon aus, daß die USA und Westeuropa, darunter die Bundesrepublik, eine Einheit darstellen. Wäre das der Fall, dann könnte Abschreckungspolitik in der Tat auch weiterhin eine gewisse, wenngleich stets labile Sicherheit geben, die Zerstörung eines Teilgebiets ließe immer noch ein mehr oder minder großes Gebiet unversehrt übrig. Aber dieser Ausgangspunkt ist falsch: die USA und Westeuropa sind keine Einheit. Es hilft uns nichts, daß nach der Verwüstung unseres eigenen Landes und vielen Millionen Toten in einem konventionellen oder Atomkrieg die USA noch weiter existieren können. Im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gibt es kein „Gleichgewicht des Schreckens", überhaupt keine sinnvolle „Strategie des Gleichgewichts".

Nur von der falschen Ausgangsposition aus, die Helmut Schmidt einnimmt, erklärt es sich wohl, daß dieser kluge Politiker die Frage, ob es bessere Lösungen für uns als die NATO gibt, mit einigen wenigen Sätzen abtut [11]).

15) Eine international garantierte Neutralisierung der beiden deutschen Staaten wäre das Kernstück einer „Europäischen Friedensordnung" und könnte von Vereinbarungen über den Abbau der Rüstungen, auch in anderen Staaten Mitteleuropas, begleitet sein oder doch Voraussetzungen für solche Vereinbarungen schaffen. Sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie der Deutschen Demokrati-

[10]) Schmidt, a.a.O., S. 216, 246.
[11]) a.a.O., S. 214 ff., 246 f.

schen Republik eröffnete sich der Zugang zu den „Vereinten Nationen" (UNO) und zur Mitarbeit in allen ihren Organisationen. Ist erst einmal allseits anerkannt, daß heute weder ein Krieg noch die Drohung mit einem solchen noch auch ein „Verteidigungs"-Krieg in der Lage sind, irgendwelche Probleme zu lösen, dann könnte allmählich überall auf den weitaus größten Teil der heutigen Heere zugunsten der Erfüllung nützlicher Gemeinschaftsaufgaben verzichtet werden.

16) Eine Neutralisierung der beiden deutschen Staaten liegt ganz besonders auch im Interesse von West-Berlin, das nicht zum Bundesgebiet gehört, aber politisch, wirtschaftlich und kulturell aufs engste mit der Bundesrepublik verbunden ist. Die Probleme Berlins liegen noch weniger als die der Bundesrepublik auf militärischem Gebiet: der Gedanke, die Stadt — die militärisch ernstlich gar nicht bedroht ist — „verteidigen" zu wollen, wäre einfach absurd, problematisch aber auch die Annahme, unsere Verbündeten würden ihretwegen jederzeit ein sonstiges allgemeines Kriegsrisiko eingehen. Um so dringender ist West-Berlin auf internationale Vereinbarungen angewiesen, die den Zustand der Friedlosigkeit in Mitteleuropa beseitigen und die Stadt — die heute laufend mit riesigen Beträgen vom Bund subventioniert wird — langsam in die Lage versetzen, wieder aus eigener Kraft zu leben.

17) Eine militärische Neutralisierung der Bundesrepublik würde so wenig wie in der Schweiz, Schweden oder Österreich eine Preisgabe von Grundwerten westlicher Kultur bedeuten. Im Gegenteil, diese Werte, die Freiheit des geistigen Schaffens vor allem, würden auf längere Sicht weiter ausstrahlen als bisher, weil die Mauer zwischen West und Ost dünner würde, die feindlichen Brüder einander näher kämen. Daß auch uns die Auseinandersetzung mit den Errungenschaften der sozialistischen Länder — jawohl: Errungenschaften — etwas weniger bequem gemacht würde als zur Zeit, wäre gewiß kein Schaden. Diese Auseinandersetzung würde ja nur noch mit friedlichen Mitteln, durch wissenschaftliche, wirtschaftlich-technische, politisch-soziale, künstlerische Leistungen erfolgen.

Ich weiß, daß zu diesem Punkt heftiger Protest erhoben werden wird. Die Männer von Pankow, wird man sagen, betrachteten die Deutsche Demokratische Republik als „Vorbild für das künftige vereinigte Vaterland", wie schon 1959 der damalige Ministerpräsident Grotewohl erklärt habe; die neueste Verfassung der DDR sei von dem Gedanken getragen, „der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen . . ." Man werde drüben nicht aufhören, mit allen Mitteln die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung der Bundesrepublik zu untergraben.

Nun, selbstverständlich werden die führenden Politiker der DDR auch weiterhin für ihre Auffassung von Sozialismus werben, offen und versteckt. Man kann auch nicht leugnen, daß einer Wohlstandsgesellschaft wie der unseren hier Gefahren drohen. Aber diese abzuwehren, ist keine Aufgabe der Generäle, sondern der geistig führenden Schichten. Überzeugen wir immer breitere Kreise davon, daß unser Wohlstand ganz wesentlich auf einer weitgehend privatrechtlich strukturierten Gesellschaftsordnung beruht, führen wir andererseits aber auch längst fällige gesellschaftspolitische Reformen durch, dann haben wir eine Annäherung an die DDR nicht zu fürchten. Sollten wir aber wirklich der Auseinandersetzung mit ihr geistig und moralisch nicht gewachsen sein, dann hätten wir auch nichts anderes verdient, als von ihr überrundet zu werden.

Grundlegende gesellschaftspolitische Reformen freilich sind unumgänglich. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen in der Bundesrepublik wird nicht mehr lange möglich, eine weit stärkere Durchdringung

unseres gesellschaftlichen Lebens mit demokratischer Willensbildung und Kontrolle unerläßlich sein. Die Forderung der Gewerkschaften nach erweiterter Mitbestimmung in unseren Großunternehmen und Konzernen verdient daher, das sei hier beiläufig angemerkt, grundsätzlich volle Zustimmung.

18) Der Unterschied zwischen den Gesellschaftsordnungen in West und Ost wird unter dem Einfluß der technisch-wirtschaftlichen Erkenntnisse unserer Zeit ohnehin geringer. Ob dabei die westliche Welt sozialistischer oder die östliche „liberaler" werden wird und in welchen Zeiträumen sich Veränderungen vollziehen werden, das läßt sich weder voraussagen, noch ist es in unserem Zusammenhang von wesentlicher Bedeutung. Auf die von einigen westlichen, insbesondere amerikanischen Autoren entwickelte, in der Sowjetunion und der DDR heftig bekämpfte „Konvergenztheorie" brauchen wir hier nicht einzugehen. Überlebte Machtstrukturen und Wirtschaftsverfassungen gibt es überall und immer wieder, hüben und drüben. Längst ist der „Kapitalismus" des Westens nicht mehr der von 1914, 1939 und 1959, und er wandelt sich ständig weiter: man denke nur daran, daß eine Planung der Nationalbudgets für mehrere Jahre („mittelfristige Finanzplanung"), für Ludwig Erhard noch ein rotes Tuch, trotz ihrer unvermeidbaren Fehler heute bereits eine Selbstverständlichkeit ist. Längst ist aber auch die Welt des Ostens nicht mehr die Stalins, und sie wird sich, trotz mancher Rückschläge in Vergangenheit und Gegenwart, weiter wandeln. „Die Reformbewegung in den kommunistischen Ländern wird ja nicht nur von dem Willen zu persönlicher Freiheit, auch nicht nur von einem abstrakten Freiheitsbegriff getragen. Wissenschaftliche, wirtschaftliche, technische Entwicklungen fordern ihr Recht" [12]). Aber solche Reformen sind Sache der sozialistischen Länder selbst; kümmern wir in der Bundesrepublik uns nur um unsere eigenen Angelegenheiten. Gewiß steht es uns Deutschen am wenigsten an, „die Welt vom Kommunismus zu befreien".

19) In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort über die Schaffung eines „Vereinigten Europa" gesagt werden, wie sie vielen bundesdeutschen Politikern vorschwebt und nach dem Ausscheiden de Gaulles aus dem politischen Leben erneut stark propagiert wird.

Lassen wir dahingestellt, ob und in welchem Umfang eine räumliche und sachliche Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft politisch erreichbar ist. Wenn man feststellt, wie dringende innerdeutsche Reformen bisher an der „föderalistischen Struktur" der Bundesrepublik gescheitert sind, wird man die Aussichten einer „politischen Einigung Europas" vielleicht nicht sehr hoch einschätzen. Aber das ist kein Unglück.

Dieses „Vereinigte Europa" nämlich, das unsere Politiker zusammenzimmern wollen, wäre in jedem Fall nur ein Westeuropa, ein Gebilde vor allem der Abwehr, aus der Angst entstanden, der große Bruder jenseits des Ozeans könnte sich in Zukunft mehr und mehr den eigenen, wahrhaftig dringenden Aufgaben als der „Verteidigung" der Alten Welt gegen einen „gottlosen Feind" widmen. Dieses Europa würde an Stelle des bisherigen atlantisch-europäischen Militärblocks, in dem der alte Erdteil nur ein vorgeschobener Außenposten ist, ein neues Bündnis schaffen, in dem Europa und die Vereinigten Staaten gleich starke Partner werden sollen. Es würde die militärische Blockbildung erhalten, vielleicht verstärken, anstatt die Fronten aufzulockern. Es wäre nicht das Europa, das wir brauchen.

---

[12]) Wilhelm Wolfgang Schütz, Antipolitik, 1969, S. 101.

Vor einem „Vereinigten Europa" gar, das nach den Vorstellungen von Franz-Josef Strauß („Herausforderung und Antwort", 1968) mit einem eigenen atomaren Potential ausgerüstet wäre, in dem die Bundesrepublik — trotz etwaiger gegenteiliger Zusicherungen — bald die führende Rolle spielen würde, die Bundesrepublik, die sich bisher ganz offen für territorial unbefriedigt erklärt hat, — vor einem solchen Europa bewahre uns der Herrgott der Christlich Sozialen Union! Zum Glück haben wir wenigstens insoweit guten Grund, ihm zu vertrauen.

20) Eine militärische Neutralisierung der Bundesrepublik würde eine Bundeswehr nicht überflüssig machen. Aber eine neue Außenpolitik hätte zwangsläufig Auswirkungen auch auf sie. In einem militärisch blockfreien Deutschland hätte die Bundeswehr kaum eine andere Aufgabe als die eines erweiterten polizeilichen Grenzschutzes. Jedenfalls müßten Auftrag, Struktur und Bewaffnung grundsätzlich neu durchdacht werden.

Vor einiger Zeit sprach man viel von einer Krise der „Inneren Führung" in der Bundeswehr — und nicht nur davon. Sogar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" konnte man lesen, „daß sich die Gesellschaft von der Bundeswehr entfernt hat und zu dem Auftrag, den sie ihr gestern gegeben hat, heute nicht mehr stehen will. Die Krise der Inneren Führung ist in Wirklichkeit eine Krise der ‚äußeren Führung', eine Unsicherheit des politischen Gemeinwesens gegenüber seinem Sicherheitsinstrument" [13]). In der Tat, so ist es.

Welche Folgerungen im einzelnen hieraus zu ziehen sind, ist an dieser Stelle nicht darzustellen. Helmut Wolfgang Kahn erklärt die Bundeswehr schlechthin für schrottreif. „Zum Kern der Bundeswehrmisere stießen Grashey, Karst und alle, die heute Baudissin zum Sündenbock stempeln, nicht vor. Zum nüchternen Erkennen und Aussprechen der wahren Ursachen: falscher Auftrag, falsche Struktur und falsche Bewaffnung der Bundeswehr, ist eben mehr Courage nötig, als in der aktiven Generalität vorhanden ist. Was fehlt, ist der Mut und Anstand, die eigenen Fehler zu bekennen, um zu retten, was noch zu retten ist... Diese Bundeswehr kann von ihren Leiden nur erlöst werden, indem man sie auflöst — und eine von Grund auf neue konstituiert. Nur durch eine große Reform kann die Bundeswehr sich jene Achtung der Bevölkerung erwerben, die sie vermißt" [14]). Und selbst der Wehrexperte der SPD, Hauptmann der Reserve Helmut Schmidt, jetzt Bundesverteidigungsminister, beklagt nicht nur den „katastrophalen Mangel an voll ausgebildeten Führern und Unterführern in der Truppe", den „den Stil erfahrener ziviler Bürokratien höchst dilettantisch kopierenden Papierkrieg innerhalb der Bundeswehr" und die „Tatsache, daß von Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik keine Rede sein kann", sondern macht auch der Führung den Vorwurf, „trotz vieler Warnungen ihre eigenen Illusionen für Wirklichkeit genommen und auf dieser Basis in der operativen und taktischen Ausbildung wie vor allem in der Ausrüstung der Bundeswehr schwere Fehler gemacht zu haben, die bis weit in die siebziger Jahre nicht korrigierbar sein werden". „Die Bundeswehr bedarf einer allgemeinen Bestandsaufnahme, einer kritischen und realistischen Prüfung ihrer zukünftig wahrscheinlichen Aufgaben und ihrer voraussehbaren, herstellbaren finanziellen und personellen Möglichkeiten" [15]).

21) Welche Haltung werden die westliche und die östliche Welt gegenüber dem Gedanken eines Ausscheidens der Bundesrepublik und der DDR aus den militärischen Machtblöcken einnehmen?

13) Gillessen, FAZ v. 2. 9. 1969, Nr. 202.
14) Kahn, a.a.O., S. 128, 129.
15) Schmidt, a.a.O., S. 267 ff., 275, 277.

Aus Moskau sind grundsätzliche Einwendungen kaum zu erwarten, hat doch die Sowjetunion selbst gelegentlich die Auflösung der NATO und des Warschauer Pakts propagiert. Eher könnte schon Ost-Berlin Schwierigkeiten machen, weil man von einer Annäherung der beiden deutschen Staaten eine Aufweichung des eigenen Lagers befürchtete. Letzten Endes dürften solche Hemmungen aber nicht ausschlaggend sein.

Im Hinblick auf unsere westlichen Verbündeten liegt es vielleicht anders, hier könnte in Erinnerung an den Vertrag von 1922 sehr leicht, wenn auch sachlich durchaus zu Unrecht, eine Art „Rapallo-Komplex" hochkommen.

Helmut Schmidt spricht nicht nur von einem „für den Westen unverzichtbaren militärischen Beitrag (der Bundesrepublik) zur NATO", sondern meint sogar, ein an die Stelle von NATO und Warschauer Pakt tretendes „gemeinsames System von Rüstungsbegrenzungs-, Nichtangriffs- und Beistandsverpflichtungen ... würde für alle Beteiligten die Lage so weitgehend verändern, daß sie fürchten würden, der Transformationsprozeß könne zu unvorhergesehenen Beeinträchtigungen ihrer Interessen führen" [16]).

Das Problem darf nicht bagatellisiert, aber auch nicht überschätzt werden. Niemals würde ja die Bundesrepublik durch eine einseitige Kündigung aus der NATO ausscheiden (obwohl dies vertragsrechtlich möglich ist), jeder Schritt würde — in Übereinstimmung mit dem Deutschlandvertrag von 1955 — in vollem Einvernehmen mit unseren Verbündeten unternommen werden, und Entsprechendes würde natürlich auch in Ost-Berlin geschehen. In keiner Weise wäre zu besorgen, „daß die Bundesrepublik eines Tages — unter radikaler politischer Führung — aus Enttäuschung über die ausbleibende Wiedervereinigung der deutschen Nation sich einseitig dem Osten zuwenden könnte" [17]). Auch wäre das Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO, der DDR aus dem Warschauer Pakt nicht etwa primärer Verhandlungsgegenstand zwischen den Beteiligten, sondern günstigstenfalls das Ergebnis langwieriger Bemühungen auf und neben einer internationalen Sicherheits- und Friedenskonferenz. Gegen solche Bemühungen könnte ernstlich von keiner Seite etwas eingewandt werden, da keine der Weltmächte hierbei Terrain verlöre. Im Gegenteil: solche Bemühungen würden besser als alles andere den ehrlichen Friedenswillen der Bundesrepublik bekunden.

22) Wie kommt es, daß die Konzeption einer Neutralisierung der beiden deutschen Staaten, obwohl sie schon angesichts der Lage Deutschlands im Herzen Europas eigentlich nicht ganz fern liegen sollte, zum mindesten in den letzten zehn Jahren nur in engsten politischen Zirkeln erörtert, aber niemals Gegenstand einer breiten öffentlichen Diskussion geworden ist?

Eine präzise Antwort auf diese Frage könnte nur auf Grund einer ausführlichen Analyse der historischen Entwicklung und der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik gegeben werden. Hier ist nur folgendes zu sagen:

Sicher sind diejenigen unserer Politiker, die sich überhaupt mit außenpolitischen Fragen befassen, bisher ehrlich davon überzeugt gewesen, daß es für die Bundesrepublik keine andere Sicherheit als das NATO-Bündnis gibt. Ebenso sicher ist aber auch, daß einflußreiche Kreise bei uns und vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur ganz massive finanzielle Interessen an der Aufrechterhaltung und weiteren Verstärkung der Rüstungen und der „Abwehr" des

16) S. 164, 246 f.
17) S. 166.

potentiellen Feindes, sondern auch infolge der mehr oder minder weitgehenden Beherrschung der Massenmedien die Möglichkeit haben, der Bevölkerung die „Notwendigkeit" neuer, stärkerer Waffen immer wieder vor Augen zu führen. Ähnlich liegt es in der ganzen westlichen Welt. „Abschreckungspolitik" ist immer populär. „Es ist eine gerade die jüngsten Jahrzehnte tragisch kennzeichnende Tatsache, daß Mittel für destruktive Zwecke gewissermaßen sorglos ausgegeben und vergeudet werden..., während es bei der Bewilligung von Mitteln für konstruktive Vorhaben wie angemessene Wohnungen und Gesundheitsfürsorge hitzige Debatten gibt". „Was eine rationale, der öffentlichen Diskussion ausgesetzte Politik der Gemeinschaftsaufgaben für die Pazifizierung des trotz allen Reichtums immer noch notwendigen Daseinskampfes leisten könnte, wird durch eine nur partikularen Interessen dienende Strategie organisierter Friedlosigkeit verhindert" [18]). Und was vielleicht noch schlimmer ist: „Die Eingeweihten und Verantwortlichen wollen oder können nicht zurück: weil sie an der Macht hängen, weil sie von der Rüstung materiell profitieren, weil sie keinen anderen Ausweg sehen, als weiterzurüsten; denn sie haben Angst. Mit jeder technologischen Verfeinerung des Vernichtungsapparates wird die Entscheidungsfreiheit über Kontrolle und Abbau der Rüstung geringer" [19]).

Demgegenüber kämpft das kleine Häuflein derer, die für eine ehrliche Friedenspolitik eintreten, nicht nur mit unwiderlegbaren rationellen Argumenten, sondern auch ohne jedes eigene materielle Interesse. Das gibt ihm seine moralische Stärke.

23) Trotz der im Kern restaurativ-reaktionären Tendenzen der offiziellen deutschen Politik waren in den letzten Jahren dort schon einige Fortschritte zu verzeichnen. Die unsinnige Hallstein-Doktrin ist stillschweigend aufgegeben worden, der anmaßende „Alleinvertretungsanspruch" der Bundesregierung praktisch erledigt. Für die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze kann man heute eintreten, ohne sich den Ruf eines kommunistenhörigen oder halbirren Außenseiters zuzuziehen. Kein Mensch mehr würde Adenauers törichten Satz (1951) wiederholen: „Wer die Neutralisierung und Demilitarisierung in Deutschland hier bei uns will, ist entweder ein Dummkopf ersten Ranges oder ein Verräter".

Die aus den Wahlen vom 28. September hervorgegangene Bundesregierung Brandt—Scheel hat neue Chancen; sie bedarf nur des Mutes, um sie zu ergreifen, vor allem des Mutes, unserem Volk die Wahrheit über die außen- und militärpolitische Lage zu sagen. Freilich wird sie sich, wenn sie Erfolg haben will, um mehr als nur Nuancen von ihrer Vorgängerin unterscheiden müssen. Aber das will sie offenbar auch, wie die Regierungserklärung vom 28. Oktober trotz ihrer begreiflichen Zurückhaltung zeigt. „Die SPD ... wird sich ... bewußt bleiben, daß die NATO nicht Endstation, sondern nur Durchgangsstation der Deutschland- und Europapolitik sein kann, weil eine Änderung der Verhältnisse nur eintreten kann, wenn auf einer Friedenskonferenz eine andere Zuordnung Deutschlands zu den europäischen Nachbarn gefunden wird, als heute die Teile Deutschlands zugeordnet sind". An diese These unseres jetzigen Bundespräsidenten Gustav Heinemann von 1961 [20]), die auch heute noch Gültigkeit hat, sei die neue Bundesregierung nachdrücklich erinnert.

24) Die Regierung Brandt—Scheel wird mit einem heftigen Widerstand der CDU/CSU, verstärkt durch den weiter Kreise des gesamten Establishments, die

[18]) Senghaas, a.a.O., S. 85, 148.
[19]) Wolfgang Rieger, Der Weg zur Selbstvernichtung, Die Zeit v. 19. 9. 1969, Nr. 38, S. 52.
[20]) Gustav Heinemann, Verfehlte Außenpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung, 2. Aufl. 1969, S. 162.

ihre Machtpositionen bedroht sehen könnten, rechnen müssen, sie wird aber auch die ganze Meute der Neonazis gegen sich haben, die sehr schnell verstärkt mit dem Vorwurf „Verzichtspolitiker!" hervortreten werden. Dafür sollte sie auf weitgehende Unterstützung durch die „Intellektuellen" — deren „außerparlamentarische Opposition" in den letzten Jahren sich als viel wirksamer erwiesen hat, als von den Verächtern des Geistes angenommen — und durch die Gewerkschaften hoffen dürfen. Namentlich die Gewerkschaften sollten über ihre unmittelbaren Aufgaben hinaus ihren großen Einfluß nicht nur für grundlegende Reformen unserer gesellschaftlichen Ordnung, sondern gerade auch, ja in erster Linie für den Kampf um den Frieden einsetzen. Daß der wertvollste Teil der jüngeren Generation ebenfalls auf dieser Seite steht, ist nicht zweifelhaft.

25) Eine aufrichtige Friedenspolitik muß nicht nur in ihrer allgemeinen Zielsetzung von den Massen des Volks bejaht werden — das ist kein ernstliches Problem —, sie muß ihnen auch in möglichst vielen Einzelheiten verständlich gemacht werden. Politische Bildung zu verbreiten, anstatt durch Schaffung ständig wachsender Konsummöglichkeiten vom Nachdenken abzulenken, ist eines der dringendsten Erfordernisse unserer Zeit. Rüstungswahnsinn und „Abschreckungspolitik" beruhen nicht zuletzt auf Unwissenheit und geistiger Trägheit. „Müßte nicht längst in aller Welt und besonders dringlich auch bei uns die wissenschaftliche Erforschung des Friedens, das heißt seiner Voraussetzungen einschließlich der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen sowie der psychologischen Faktoren, die Grundlage aller Grundlagenforschung sein?", sagte Bundespräsident Heinemann bei seiner Ansprache am Tage der dreißigsten Wiederkehr des deutschen Überfalls auf Polen [21]). Und müssen nicht, fügen wir hinzu, die Ergebnisse dieser Forschung in allgemein verständlicher Weise bis in das letzte Dorf verbreitet werden?

26) Dies sind die ersten drängenden außenpolitischen Aufgaben, denen die neue Bundesregierung sich widmen sollte, um nicht nur Lippenbekenntnisse zum Frieden abzulegen, sondern praktische Fortschritte zu erzielen:

— Unterzeichnung und Ratifizierung des Kernwaffensperrvertrages;

— offizielle Zustimmung zur Teilnahme an der von den Staaten des Warschauer Pakts im März 1969 erneut vorgeschlagenen Sicherheitskonferenz und tatkräftige Förderung ihres baldigen Zusammentretens; natürlich muß diese sorgfältig vorbereitet werden, aber dazu gehört nicht die Sicherung eines Erfolges schon im voraus, denn der Erfolg kann nur von dem Verlauf der Konferenz selbst abhängen;

— Einleitung einer breit angelegten Diskussion im Bundestag, aber vor allem auch in der Öffentlichkeit, insbesondere den Massenmedien, über die Grundfragen unserer Außen- und Verteidigungspolitik und unverzügliche Inangriffnahme der sich hiernach als notwendig erweisenden Reformen. Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt wird Gelegenheit haben zu beweisen, daß es ihm hinsichtlich der Bundeswehr mit „einer allgemeinen Bestandsaufnahme, einer kritischen und realistischen Prüfung ihrer künftig wahrscheinlichen Aufgaben und ihrer voraussehbaren, herstellbaren und finanziellen und personellen Möglichkeiten" ernst ist. Möge er der „Herkules" sein, „der den Augiasstall der Bonner ‚Sicherheitspolitik' ausmistet" [22]).

Selbstverständlich müssen auch die Generäle zu Wort kommen. Aber das Schicksal unseres Volkes darf nicht länger den „Fachleuten" und ihrem parlamentari-

---

[21]) FAZ v. 2. 9. 1969, Nr. 202.
[22]) Kahn, a.a.O., S. 116.

schen und journalistischen Anhang oder gar den Geschäftemachern anvertraut werden. Das übliche Argument, die bestehenden Verträge und Gesetze machten wesentliche Reformen für unabsehbare Zeit unmöglich, wird eine kritische Öffentlichkeit und vor allem die junge wehrpflichtige Generation nicht gelten lassen. Wenn dem so ist, dann muß eben eine Änderung der Verträge und Gesetze erstrebt werden. Ohne energischen Kampf im Innern und nach außen wird es nicht gehen.

„Zwei Faktoren lassen sich benennen, die ernstlich im Lauf der Geschichte einer Entwicklung zu größerer Friedlichkeit im Wege standen", sagte Alexander Mitscherlich anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 12. Oktober 1969 [23]). „Sie tun es immer noch. Es sind dies die leicht weckbare Feindseligkeit des Menschen gegen seine Artgenossen und die, wie man zu sagen pflegt, unausrottbare Dummheit, ... die sorgfältig durch Erziehung zu Vorurteilen herbeigeführte Dummheit".

„Nationale Dummheit und nationaler Stolz wachsen auf einem Holz". „Man müßte blind für die Zeichen der Zeit sein, wenn man in ihnen nicht die Verzweiflung allenthalben entdeckte. Wird es auf dem Weg in die Zukunft eine Erleichterung von der Bürde der Aggression geben? Dies hängt davon ab, ob uns eine Selbstüberwindung gelingt, die auf dem Respekt vor dem Mitmenschen gründet. Selbstüberwindung also nicht in Opferhaltung, um unseres eigenen Seelenheiles, sondern um des Verständnisses der Pluralität menschlicher Daseinsformen willen. Skepsis, was unsere Güte betrifft, ist sicher angebracht. Wie die Welt auch aussehen mag, bewohnbar wird sie nur bleiben, solange wir Glück und Unglück des einzelnen nicht aus dem Auge verlieren".

Conrad Taler

Deutsche Industrie im Rüstungsgeschäft

Produktion konventioneller Waffen — Vorspiel für atomare Rüstung?

I

„Es gibt wohl kaum jemanden in Deutschland, der sich gegen die Demontage wirklich kriegswichtiger Industrien wendet." Mit diesem Satz erweckte Konrad Adenauer am 20. September 1949 in seiner ersten Regierungserklärung den Eindruck, als betrachte die soeben aus der Taufe gehobene Bundesrepublik Deutschland die Beachtung der von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges beschlossenen Abrüstungsverpflichtungen als eine selbstverständliche Pflicht.

23) FAZ v. 13. 10. 1969, Nr. 237.

Zwanzig Jahre danach ist im Jahresbericht 1968/69 des Bundesverbandes der deutschen Industrie zu lesen: „Die außerordentlichen Erfolge unserer Industrie bei der Entwicklung des Kampfpanzers ‚Leopard' und des Kurzstarters Do 31 sowie die Leistungssteigerung bei konventionellen Waffenanlagen sind Beispiele dafür, daß die deutsche Industrie den Anschluß an die wehrtechnologische Entwicklung gefunden hat; sie wird ihr Können bei der Entwicklung neuer Kampfpanzer und Kampfflugzeuge erneut unter Beweis stellen."

Am 2. August 1945 erklärten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in ihrem Potsdamer Abkommen unter anderem: „Die Ziele der Besetzung Deutschlands ... sind: Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung."

Dreiundzwanzig Jahre danach betonte die Bundesregierung in einem Memorandum vom 9. April 1968 an den sowjetischen Botschafter in Bonn, Zarapkin: „Was die wiederholt geäußerten Auffassungen der sowjetischen Regierung über die Bedeutung der Potsdamer Abmachungen von 1945 betrifft, ist es nach Ansicht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist."

Am 5. Dezember 1949 versicherte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer Presseverlautbarung, daß er „grundsätzlich gegen jede deutsche Wiederaufrüstung" sei. Er betonte, daß „Deutschland seine ganze Kraft dem Wiederaufbau zuwenden müsse, besonders nach den schweren Verlusten an Menschenleben des vergangenen Krieges."

Zwanzig Jahre danach verfügt die Bundesrepublik über die stärkste konventionell ausgerüstete Militärmacht Westeuropas und über einen Rüstungsetat von jährlich 18,8 Mrd. Mark.

Am 5. Dezember 1949 erklärte Konrad Adenauer: „Wenn überhaupt eine Aufrüstung erfolgen muß, dann kann sie nur mit amerikanischen Waffen vorgenommen werden."

Zwanzig Jahre danach heißt es im Jahresbericht 1968/69 des Bundesverbandes der deutschen Industrie: „Zur Zeit werden nur etwa 25 bis 30 Prozent des Rüstungsmaterials im Ausland beschafft; diese Quote dürfte in den nächsten Jahren zunächst noch einmal leicht ansteigen, später jedoch weiter sinken."

Hier soll nicht untersucht werden, welche Faktoren beim Aufstieg der Bundesrepublik von einem zur Entmilitarisierung verpflichteten Land zu einer hochgerüsteten Militärmacht eine Rolle gespielt haben. Es soll nur gezeigt werden, wie relativ rasch sich die Szenerie gewandelt hat und wie rasch sie sich demgemäß auch in der Folgezeit wandeln kann. Was heute noch unvorstellbar erscheint, nämlich der Sprung von konventioneller zu atomarer Bewaffnung, muß in den Bereich des Möglichen einbezogen werden; denn auch was jetzt ist, schien vielen einst unvorstellbar.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit entstand in der Bundesrepublik eine Rüstungsindustrie, die alle Erkenntnisse der modernen Technologie von vornherein berücksichtigen konnte. Die Demontage der alten Fertigungsanlagen aus der Hitlerzeit erwies sich am Ende als Vorteil. Unausweichlich mußte der Tag kommen, an dem die deutsche Industrie am großen Geschäft teilhaben und die Ausrüstung der Bundeswehr nicht länger vornehmlich amerikanischen Konzernen überlassen wollte. In Franz-Josef Strauß, den der Londoner „Observer" einen

„starken Sprecher der deutschen Großindustrie" nannte, fand sie einen energischen Mentor. Er artikulierte als erster Politiker ihre Wünsche. Vor dem deutschen Industrie- und Handelstag erklärte Strauß Mitte Februar 1967, auf dem Gebiet der Rüstungspolitik dürfe es nicht bei der einseitigen Abhängigkeit bleiben, „in die wir auf diesem Gebiet geraten sind." Auch Verteidigungsminister Schröder zeigte sich geneigt, die deutsche Industrie an den Rüstungspfründen künftig stärker teilhaben zu lassen. Einen Ansatzpunkt bot der immer wieder aufflammende Streit um den Devisenausgleich für die US-Truppen in der Bundesrepublik, den interessierte Kreise als „Absatzgarantie" für die amerikanische Rüstungsindustrie abgeschafft sehen wollten. Unter Hinweis auf rüstungswirtschaftliche Notwendigkeiten bezeichnete es die Bundesregierung im Verteidigungs-Weißbuch zu Beginn des Jahres 1969 als unmöglich, „in Zukunft einen Devisenausgleich allein oder überwiegend mit Mitteln der Rüstung herbeizuführen." Bonn werde künftig „nur solche Rüstungsgüter erwerben . . ., die nach eigenem Urteil für die Bundeswehr benötigt werden."

Auch gegenüber Frankreich versuchte Schröder die Interessen der deutschen Rüstungsindustrie ins Spiel zu bringen. Nach einem Gespräch mit seinem damaligen Amtskollegen Messmer beantwortete Schröder im Oktober 1968 französische Wünsche nach größeren deutschen Rüstungskäufen in Frankreich reserviert mit der Anmerkung, die Waffenexporte aus Frankreich hätten seit 1956 rund 4,5 Mrd. Mark gekostet, während Paris nur Gerät für 500 Mio. aus der Bundesrepublik abgenommen habe. Auf ähnliche Weise zeigte Bonn auch gegenüber Großbritannien zunehmend die kalte Schulter.

Die einschlägigen Unternehmen in den drei westlichen Ländern sehen sich mehr und mehr in der Hoffnung getäuscht, die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik werde ihnen auf unabsehbare Zeit zu einem einträglichen Geschäft ohne deutsche Konkurrenz verhelfen. Offenbar war ihnen Ende der vierziger Jahre entgangen, mit wem sie sich eingelassen hatten. Lapidar erklärte der Bundesverband der deutschen Industrie in seinem Bericht 1967/68: „Der Zustand, daß eine der größten Industrienationen sich den Hauptteil des Großgeräts für ihre Streitkräfte in anderen Ländern beschaffen muß, sollte überwunden werden." Der BDI hatte damit vorweg seine Schlußfolgerungen aus der Forderung des CSU-Vorsitzenden Strauß vom Januar 1969 gezogen, die Deutschen müßten ihren „Platz an der wirtschaftlichen Sonne behaupten."

Unbeschadet der bereits seit Bestehen der Bundesrepublik vorhandenen mannigfaltigen Einflußmöglichkeiten der Industrie auf politische Entscheidungen drängt die Rüstungslobby neuerdings auf eine noch stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen. Sie wünscht eine möglichst enge Verflechtung der ökonomischen und staatlichen Hierarchien nach dem Vorbild des militärisch-industriellen Bündnisses in den USA, das über 22 000 Rüstungsfirmen mit vielen hunderttausend Beschäftigten regiert und das nach Meinung mehrerer Senatoren „zu einer immer größeren Gefahr für die amerikanische Demokratie wird."

Als der Bundesverband der deutschen Industrie 1968 erklärte, die deutsche Wehrtechnik erwarte eine großzügigere Unterstützung, die „nicht nur von fiskalischen Gesichtspunkten ausgehen sollte", rannte er in Bonn offene Türen ein. Bereits im März jenes Jahres hatte nämlich Bundesverteidigungsminister Schröder auf der Jahresversammlung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens versichert, es sei das Ziel der Regierung, „den deutschen Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten so viel Förderung und Aufträge zukommen zu lassen, wie dies nur eben möglich ist." Das waren keine leeren Worte. Befriedigt konnte ein Jahr danach der BDI feststellen:

„Für Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung standen im vergangenen Haushaltsjahr 914 Mio. DM zur Verfügung; in diesem Jahr (1969) werden es 977 Mio. DM sein. Der BDI, der immer wieder auf die — heute unbestrittene — Bedeutung der Wehrtechnik hingewiesen hat, begrüßt die überdurchschnittliche Förderung dieses für die gesamte technologische Entwicklung immer wichtiger werdenden Bereichs sehr." Ebenso begrüßte der Bundesverband den ersten Rüstungsplan der Bundeswehr, in dem Angaben über die zukünftige Bewaffnung und Ausrüstung gemacht werden. Mit diesem Mehrjahresplan kam die Regierung entsprechenden Forderungen der Industrie entgegen. Noch 1968 hatte der BDI darüber Klage geführt, daß die Rüstungsplanungen der Industrie erschwert würden, weil nach dem Haushaltsgesetz die für die Rüstung vorgesehenen Mittel „nur jeweils für ein Jahr bewilligt werden können, während sich die Entwicklung moderner Waffensysteme im allgemeinen über längere Zeiträume erstreckt."

II

Der 1969 bekanntgegebene Finanzrahmen für die Rüstungsplanung der nächsten Jahre sieht nicht nur eine kontinuierliche Steigerung des jährlichen Militäretats vor, sondern auch — und darauf war von der Industrie besonders Wert gelegt worden — eine ständige Erhöhung des prozentualen Anteils der Rüstungsinvestitionen. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Verteidigungsetat	Davon Rüstungsinvestitionen
1968	18,05 Mrd. DM	3,72 Mrd. DM = 20,6 Prozent
1969	18,80 Mrd. DM	4,24 Mrd. DM = 22,5 Prozent
1970	19,76 Mrd. DM	5,01 Mrd. DM = 25,4 Prozent
1971	20,36 Mrd. DM	5,26 Mrd. DM = 25,7 Prozent
1972	21,07 Mrd. DM	5,62 Mrd. DM = 26,7 Prozent

Ziel des Rüstungsplanes ist es unter anderem, überalterte Waffensysteme zu ersetzen und das nicht mehr dem neuesten technologischen Stand entsprechende Material zu modernisieren. Als Schwerpunkte zeichneten sich ab: die Erhöhung der sogenannten Aufklärungskapazität bei den Teilstreitkräften, die Verstärkung der konventionellen Kampfkraft, insbesondere bei der Luftwaffe, die Verbesserung der Beweglichkeit und die — wie es im BDI-Bericht 1968/69 heißt — „Erhaltung der nuklearen Einsatzfähigkeit". Der Bundesverband der deutschen Industrie meldete dazu die Forderung an: „Die deutsche Industrie erwartet, daß sie in angemessenem Umfang auch in die neuen Vorhaben eingeschaltet wird."

Bei diesen neuen Vorhaben handelt es sich unter anderem um folgende Großprojekte: Bau von Heerestransporthubschraubern und von Feldraketenwerfern; Nachbau verschiedener Flugzeuge, Verbesserung von Boden-Boden-Raketen sowie Neubau von U-Booten und Fregatten. Darüber hinaus ist vorgesehen: die Verbesserung der Führungs- und Fernmeldesysteme, die Erhöhung der Feuerkraft unter anderem durch die Beschaffung von Feld- und Panzerhaubitzen, die Aufstockung des Kriegsvorrates an konventioneller Munition für alle drei Teilstreitkräfte, die Verbesserung der Luftabwehr sowie bestimmte logistische Maßnahmen.

Nach Angaben der „Welt" (22. 6. 1968) will die Bundeswehr bis 1973 insgesamt für mehr als 20 Mrd. DM Geräte und Ausrüstungen anschaffen. Für die Zeit von 1974 bis 1978 sind für diesen Zweck 30 Mrd. DM vorgesehen. Innerhalb von zehn Jahren locken damit Aufträge der Bundeswehr mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Mrd. Mark; begreiflich, daß die deutsche Rüstungsindustrie begierig ist, sich den Löwenanteil zu sichern. Etwaigen Einwänden wegen einer Vergeudung

von Volksvermögen trat Bundesverteidigungsminister Schröder mit dem Satz entgegen: „Es kommt sehr darauf an, daß die Öffentlichkeit ... deutlich den Willen bekundet, für Sicherheit und Freiheit einzustehen und materielle Opfer zu bringen" (Deutsches Monatsblatt, Ausgabe 10/1968). Und Bonns Botschafter in London, Blankenhorn, forderte im November 1968 einen „neuen Geist der Opferbereitschaft und Entschlossenheit". Wie viel oder wie wenig die Bewohner der Bundesrepublik von diesem neuen Geist der Opferbereitschaft halten, hatte kurz zuvor im September eine Blitzumfrage des Zweiten Deutschen Fernsehens deutlich gemacht, bei der sich 52 Prozent der Befragten ausdrücklich gegen eine Erhöhung der Militärausgaben wandten.

Doch ein solches Votum zählt für die Manager des großen Rüstungsgeschäfts nicht. Für sie zählt allein, daß Panzer, Hubschrauber und Transportflugzeuge „in bedeutenden Stückzahlen", wie es im BDI-Bericht 1968/69 heißt, der Bundeswehr zugeführt werden konnten. Als besonderer Verkaufsschlager erwies sich dabei der von Krauss-Maffei (Flick-Konzern) gebaute Kampfpanzer „Leopard", der an die Stelle des bis dahin in der Bundeswehr eingeführten US-Panzers M 47 tritt und der als eine neue Art von Wunderwaffe gepriesen wird. Ähnliche Hoffnungen setzt die deutsche Rüstungsindustrie in den im Mai 1969 vorgestellten, von der Rheinstahl Henschel AG gebauten Schützenpanzer „Marder", der den skandalumwitterten HS 30 ablösen soll. Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Schnez, rühmte das Gefährt als „ein gut gelungenes Gerät". Schwärmerisch fügte er, wohl im Gedenken an Hitlers „Tiger"-Panzer, hinzu: „Die deutsche Industrie knüpft an eine große Tradition an."

Mehr als dieses Lob dürfte das Herstellerwerk indes die Tatsache beeindrucken, daß im Rüstungsplan der Bundeswehr die Anschaffung von 2 873 „Mardern" (Stückpreis 700 000 DM) vorgesehen ist. Schon knapp einen Monat nach der Vorstellung des neuen Schützenpanzers lag dem Verteidigungsausschuß des Bundestages eine Empfehlung Minister Schröders vor, für den „Marder"-Kauf 1,78 Mrd. DM zu bewilligen. Der Ausschuß stimmte zu. In einem Aufwasch genehmigte er außerdem die Anschaffung von 22 Seenothubschraubern für 220 Mio. DM, von 121 Verbindungs- und Transportflugzeugen für 185 Mio. DM und von 210 Salvengeschützen für 80,4 Mio. DM.

Aber das sind kleine Fische im Vergleich zum NKF-Projekt, mit dem die Industrie der Bundesrepublik erstmals nach Kriegsende Gelegenheit erhält, sich die Basis für die Produktion von Kampflugzeugen in großer Serie zu schaffen. Rund 8,5 Mrd. DM sollen für die Umrüstung der deutschen Luftwaffe auf das „Neue Kampfflugzeug" der siebziger Jahre aufgewendet werden. Das größte militärische Beschaffungsprogramm Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg geht auf eine Initiative des Luftwaffeninspekteurs General Steinhoff vom August 1967 zurück. Beteiligt sind die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien. Der Vertrag wurde Mitte Mai 1969 unterzeichnet, nachdem ein heftiges Tauziehen zwischen den Industrien der Bundesrepublik und Großbritanniens um die Führung des Projektes vorausgegangen war. Am Ende mußte sich die British Aircraft Corporation mit dem mehr repräsentativen Posten des Vorsitzenden des gemeinsamen Konsortiums begnügen, während die Münchener Messerschmitt-Boelkow GmbH, die zur Vergrößerung der eigenen Potenz gleichzeitig mit der Hamburger Flugzeugbau GmbH fusionierte, den geschäftsführenden Direktor und damit den wirklich entscheidenden Mann stellt.

Von dem neuen Kampflugzeug, das zunächst auch MRCA (Multi Role Combat Aircraft) hieß und dem schließlich die Bezeichnung „Panavia 100" (für die einsitzige deutsche Version) und „Panavia 200" (für die zweisitzige britische Ver-

sion) gegeben wurde (und zwar in Anlehnung an den gleichlautenden Namen der internationalen Herstellerfirma Panavia), wird die Bundesrepublik die meisten abnehmen, nämlich 600 Stück. Die Briten kaufen 385 und die Italiener 200 Flugzeuge, von denen jedes (ohne Entwicklungskosten, aber einschließlich der Nebenkosten u. a. für die Ausrüstung von Feldflugplätzen) rund 14 Mio. DM kostet und damit ungefähr doppelt so teuer ist wie der Starfighter F 104 G. Der Prototyp soll 1973 fertiggestellt sein. Die Gesamtkosten belaufen sich ohne Entwicklungskosten auf rund 17 Mrd. DM. „Das Ganze ist ein Projekt", schrieb Ende Juni 1969 ein dpa-Korrespondent, „das den Managern der Flugzeugwerke in den drei Ländern schon das Wasser im Munde zusammenlaufen lassen kann." Das Ganze ist aber auch symptomatisch für die immer erfolgreicher werdenden Bemühungen vornehmlich der deutschen Rüstungsindustrie, den lästigen Konkurrenten aus den USA abzuschütteln, der mit dem Ankauf von 88 US-Phantom-Kampfflugzeugen für die Bundesluftwaffe lediglich nur noch eine Art Trostpreis erhielt. Aber selbst diesen Kauf nannte das Strauß-Organ „Bayern-Kurier" eine „unrühmliche Entscheidung", bei der die „vorrangige Wahrung" der existentiellen Interessen eines Zweiges der deutschen Industrie versäumt worden sei.

III

Neben dem Bau von Kampflugzeugen beginnt die deutsche Industrie ein weiteres Gebiet des großen Rüstungsgeschäftes für sich zu erobern, den Bau von modernen Rakentenwaffen. Nach vierjähriger, streng geheimer Entwicklungsarbeit stellte die Messerschmitt-Boelkow GmbH im Mai 1969 in München das Flugkörper-Waffensystem „Kormoran" vor, das von einem Sprecher des Unternehmens als Krönung der Entwicklung von Waffensystemen in der Bundesrepublik bezeichnet wurde. Die Kosten in Höhe von 120 Mio. DM für den Bau der laut „Bayern-Kurier" modernsten Flugzeug-Schiff-Rakete der westlichen Welt, mit der Schiffseinheiten „jeder zu erwartenden Größenordnung lahmgelegt" werden könnten, wurden vom Verteidigungsministerium aus Steuergeldern getragen. Überschwenglich schrieb das CSU-Organ, die aus der Versenkung der Geheimhaltung aufgetauchte Rakete sei ein „Beispiel für die Spitzenleistungen, die — größtenteils unbekannterweise — in den Ingenieurbüros und Fertigungsstätten der bayerischen Luft- und Raumfahrtindustrie nahezu an der Tagesordnung" seien.

Inzwischen hat das größte westdeutsche Flugzeugbauunternehmen, die Messerschmitt-Boelkow-Blohm GmbH, sich mit der Nitrochemie GmbH in Aschau/Oberbayern, einer Tochterfirma der Wasag-Chemie AG Essen, zusammengetan und unter dem Namen „Bayern-Chemie Gesellschaft für flugmechanische Antriebe mbH" in Aschau ein Raketentreibstoffwerk gegründet, das auch die Fertigung von vollständigen Gefechtsköpfen, Teilen von solchen Köpfen und ähnlichen militärischen Geräten übernehmen will. Vor dieser Firmenneugründung waren im Juli 1969 bei einer Bundeswehrparade auf dem Nürburgring erstmals öffentlich die für die Bundeswehr vorgesehenen Mehrfachraketenwerfer deutscher Produktion vorgeführt worden. Von dieser „Flächenfeuerwaffe", die aus 36 gebündelten Rohren auf einer Selbstfahrlafette besteht, soll das Heer insgesamt über 200 Exemplare erhalten.

Auch auf dem Gebiet der modernen Elektronik haben deutsche Unternehmen Boden gewonnen. Bei der Errichtung eines Systems integrierter und automatisierter Luftverteidigung der NATO, das unter der Bezeichnung Nadge (Nato Air Defense Ground Environement) 75 elektronische Anlagen in zahlreichen NATO-Ländern vereint, konnte sich die deutsche Telefunken nach den USA (32 Prozent) mit einem Anteil von 19,5 Prozent vor Frankreich (11,7 Prozent), Großbritannien,

den Niederlanden und Italien den zweiten Platz in einem internationalen Konsortium sichern. Der Auftrag im Gesamtwert von 1,2 Mrd. DM gehört zu den größten Finanzprogrammen der NATO.

Weniger weitverzweigt als dieses Projekt ist die Abmachung über den Bau einer Feldhaubitze vom Kaliber 155 (K 70), die deutsche Firmen mit britischen Unternehmen abgeschlossen haben. Das Geschütz soll in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in den Armeen beider Länder eingeführt werden. Wie es heißt, wird die Haubitze erheblich leistungsstärker sein als die jetzt von der Bundeswehr verwendete Haubitze 155. Die Reichweite der Mehrzweckwaffe, die keine spezielle Konstruktion zum Verschießen nuklearer Sprengköpfe sein soll, wird mit 23 km angegeben.

Unter der Bezeichnung „Alpha Jet" wollen das deutsche Flugzeugwerk Dornier und das französische Unternehmen Breguet in Paris eine gemeinsame Firma gründen, die ein gleichnamiges militärisches Schulflugzeug bauen will. Ob dafür ein Regierungsauftrag erteilt wird, ist noch unbekannt. Die deutsche Seite schätzt den Bedarf auf 500 Stück und beurteilt die Exportchancen günstig. (Messerschmitt-Boelkow-Blohm und die französische Nord Aviation hatten bereits zuvor ein Abkommen über die Entwicklung eines militärischen Schulflugzeuges abgeschlossen, das mit dem „Alpha Jet"-Projekt konkurriert.)

Die von Dornier geäußerte Hoffnung auf gute Exportchancen gründet sich auf Erfahrungen bei anderen Waffensystemen. Die deutsche Rüstungsindustrie ist längst darüber hinaus, nur die eigenen Streitkräfte auszurüsten. Sie tritt vielmehr auf dem internationalen Rüstungsmarkt immer stärker als Konkurrent gegenüber den USA, Großbritannien und Frankreich auf. Bereits im Jahresbericht 1967/68 konnte der Bundesverband der deutschen Industrie befriedigt konstatieren: „Der hohe Stand der Entwicklung unserer Industrie brachte erste Früchte. In zunehmendem Ausmaß finden deutsche Geräte wieder das Interesse anderer NATO-Partner und neutraler Länder. Mit dem Kampfpanzer ‚Leopard' wird zum erstenmal ein Großprojekt in erheblicher Stückzahl an andere NATO-Länder geliefert. Länder außerhalb der NATO zeigen für ihn Interesse."

Auf welches Land außerhalb der NATO der letzte Satz speziell gezielt war, enthüllte ein Jahr später im Juli 1969 die Londoner „Times". Sie berichtete, die Bundesrepublik wolle mehrere hundert „Leopard"-Panzer an Hitlers Waffengefährten aus dem Zweiten Weltkrieg, an den spanischen Diktator Franco, liefern. Die Sache wurde publik, nachdem aus britischen Regierungskreisen durchgesickert war, die Regierung Wilson habe ihr Veto gegen die Lieferungen an Spanien eingelegt. Der „Leopard"-Panzer ist nämlich mit einer britischen 105-mm-Kanone ausgerüstet, und Großbritannien hat sich ausbedungen, daß der Wiederverkauf der Kanone einer britischen Genehmigung bedürfe. Im Falle Franco wurde sie versagt, weil die Labourregierung ein Embargo über alle Waffenlieferungen an Spanien verhängt hat. Peinlich berührt von der „Times"-Veröffentlichung, meinte ein Sprecher des deutschen „Leopard"-Herstellerwerkes Krauss-Maffei, die Lieferung an Spanien sei „noch keineswegs spruchreif", aber es sei denkbar, daß London die Ausfuhr „über ein drittes Land" genehmige. Damit war zugleich bestätigt, daß tatsächlich deutsche Panzer an Franco-Spanien geliefert werden sollen.

Die deutsche Rüstungsindustrie ist mit dem „Leopard" jedenfalls gut im Geschäft. Ende Oktober 1968 teilte Krauss-Maffei mit, das Unternehmen habe Lieferaufträge für insgesamt 809 Panzer dieses Typs erhalten. In den Niederlanden schlug das deutsche Werk den von den Briten angebotenen „Chieftain"-Panzer

aus dem Feld. Die erste Kammer des Parlaments in Den Haag beschloß einen Tag vor Weihnachten 1968 mit 56 zu drei Stimmen, 415 „Leopard"-Panzer im Wert von rund 570 Mio. DM anzuschaffen, die den britischen „Centurion"-Panzer ersetzen sollen. An Belgien liefert die Bundesrepublik 334 „Leopard"-Kampfpanzer. Norwegen gab gleichfalls eine Bestellung auf. Die ersten 75 Stück sollten bereits bis Ende 1968 geliefert werden. Hier warf die deutsche Konkurrenz die Schweden aus dem Rennen, die ebenfalls ein Angebot gemacht hatten. Demnächst dürften deutsche Panzer auch in Italien rollen. Im Juli 1969 verlautete, ein entsprechender italienischer Auftrag werde geprüft.

IV

Nicht ganz so problemlos wie die Ausrüstung fremder Streitkräfte mit „Leopard"-Panzern (und demnächst wohl auch mit dem Schützenpanzer „Marder") erwies sich die Lieferung deutscher U-Boote. Ein Auftrag der Athener Militärjunta an die Kieler Howaldtwerke-Deutsche Werft AG zum Bau von vier U-Booten mit eine Tonnage von je 1 000 Tonnen, über den erstmals im Herbst 1968 Einzelheiten bekanntgeworden waren, wurde zwar im Juli 1969 offiziell von der Bundesregierung bestätigt, konnte aber dennoch noch nicht ausgeführt werden. Nach dem Vertrag über die Westeuropäische Union vom 23. 10. 1954 ist die Bundesrepublik der Bau von U-Booten mit einer Wasserverdrängung von mehr als 350 Tonnen bedingt verboten. Ein Trick, mit dem das Verbot umgangen werden sollte — es hieß, man werde nicht ganze U-Boote liefern, sondern nur die entsprechenden Teile dazu —, führte nicht zum Ziel. Daraufhin beantragte die Bundesregierung im Herbst 1968 bei der WEU eine Ausnahmegenehmigung. Am 30. 7. 1969 lag die Entscheidung aber noch immer auf Eis. Der Grund dafür dürfte nicht nur darin zu suchen sein, daß Frankreich die Sitzungen des WEU-Rates boykottiert, sondern es gibt darüberhinaus anscheinend schwerwiegende politische Bedenken bestimmter Mitgliedsländer. Ein Anzeichen war die Mitteilung des niederländischen Außenministers Luns vor dem Parlament in Den Haag, seine Regierung werde sich — ungeachtet einer NATO-Empfehlung, die die Lieferung von U-Booten an Griechenland als erforderlich für die Sicherheit der Allianz bezeichnete — gegen den Verkauf deutscher U-Boote an Griechenland aussprechen. Luns wurde deswegen vom CSU-Organ „Bayern-Kurier" heftig angegriffen. Das Blatt beschuldigte den Außenminister einer Einmischung in Angelegenheiten der deutschen Politik und meinte, es sei unerfindlich, was das Ganze die Niederlande überhaupt angehe. Unbeschadet des Fehlens einer WEU-Ausnahmegenehmigung wurde in Kiel gleichwohl mit dem Bau der Kriegsschiffe für Griechenland begonnen.

Ähnlich dürfte es sich wahrscheinlich auch mit einer entsprechenden Lieferung an Argentinien verhalten. Auch hier versuchte die Bundesregierung sich mit der Ausflucht aus der Affäre zu ziehen, eine argentinische Bestellung auf zwei U-Boote bedeute nicht, daß ganze U-Boote gebaut werden sollten; es gehe lediglich um die Produktion von Teilen, die dann nach Argentinien transportiert würden. Und eine solche Teilelieferung, so erklärte ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes im März 1969, falle nicht unter das Produktionsverbot entsprechend dem WEU-Vertrag.

Neben der Athener Militärjunta steht auf den europäischen Kundenlisten deutscher Werften noch ein weiteres diktatorisches Regime: Portugal. Zum Stückpreis von 50 Mio. DM baut die Werft Blohm und Voss in Hamburg drei Korvetten für Portugal, von denen die erste am 2. Mai 1969 vom Stapel gelaufen ist. Über die Lieferung dieser Schiffe, die nach deutschen Angaben der U-Boot-Abwehr im Rahmen der NATO dienen, erfuhr die Öffentlichkeit auf einem denkwürdigen

Umweg, nämlich durch ein Flugblatt der afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln, das in Dakar aufgetaucht war und dessen Einzelheiten ein deutscher Korrespondent in die Bundesrepublik gekabelt hatte. Das Flugblatt hatte durch seine präzisen Angaben Aufsehen erregt. Sie besagten: Blohm und Voss in Hamburg baue drei Schiffe für Portugal, die mit Raketen bestückt seien, einen extrem geringen Tiefgang von nur einem Meter hätten und von denen eines bereits vom Stapel gelaufen sei. Die Schiffe sollten von Flüssen aus gegen afrikanische Freiheitskämpfer operieren. Die Lieferung an Portugal, so hieß es in dem Flugblatt weiter, bestätige „die bedeutende und täglich wichtiger werdende Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland in dem Kolonialkrieg spielt, den die portugiesische Regierung gegen Afrika führt."

Angaben darüber, wie es sich im Hinblick auf diese Schiffslieferung an Portugal mit den WEU-Bestimmungen verhält, liegen nicht vor. Der WEU-Vertrag von 1954, mit dem einst die deutsche Rüstungsproduktion bestimmten Verboten oder Beschränkungen unterworfen wurde, ist nur noch eine Farce. Sein ursprünglicher Hauptzweck bestand offenbar darin, die noch unter dem Eindruck der zerstörerischen Kriegsmaschine Hitlers stehende Weltöffentlichkeit wegen der zuvor beschlossenen Wiederaufrüstung Deutschlands zu beruhigen. In den folgenden Jahren war nicht die strenge Beachtung der Rüstungsbegrenzung die Regel, sondern die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen. Unter anderem wurden folgende derartige Genehmigungen durch den WEU-Rat erteilt:

Am 16. 10 1958 für den Bau eines Kriegsschiffes mit 4 000 bis 5 000 Tonnen Wasserverdrängung; am 12. 12. 1958 für die Herstellung von Panzerabwehrraketen des Typs „Sidewinder" (Luft-Luft-Rakete) gemeinsam mit Dänemark, Griechenland, den Niederlanden, Norwegen und der Türkei bei technischer Hilfe durch die USA sowie für den Bau von Boden-Luft-Raketen des Typs „Hawk". Ferner wurde der Bau von Kreuzern und Versorgungsschiffen genehmigt. Der Grund für diese Ausnahmegenehmigungen war vermutlich die Überlegung, daß die Industrie der anderen WEU- und NATO-Länder künftige Gewinnerwartungen aus der deutschen Aufrüstung leichter realisieren könnte, wenn sie die Industrie der Bundesrepublik, deren Finanzkraft und deren großzügige staatliche Förderung ohnehin eine gewisse Entlastung von weniger lukrativen Entwicklungen versprach, auch an Projekten teilnehmen ließe, die ihr ursprünglich vorenthalten werden sollten. Wie sehr sich die einstige Kräftekonstellation im Konkurrenzkampf der Rüstungsindustrien mittlerweile zugunsten der deutschen Industrie geändert hat, beweisen die Erfolge beim Export des Kampfpanzers „Leopard" und die führende Position der Bundesrepublik beim NKF-Projekt.

Auf der Liste der für die Bundesrepublik „bedingt verbotenen" Waffen (WEU-Vertrag, Anlage III) stehen zwar gelenkte (Raketen) Geschosse, bei denen eine Länge von zwei Metern nicht überschritten werden darf, aber Messerschmitt-Boelkow baut ungerührt die mehr als doppelt so lange (4,4 Meter) „Kormoran"-Rakete; zwar sind U-Boote über 350 Tonnen gleichfalls bedingt verboten, aber wenn alle Stricke reißen, liefert man sie eben in Teilen; im WEU-Verzeichnis der der Kontrolle unterliegenden Rüstungstypen stehen zwar „alle Kanonen, Haubitzen und Granatwerfer jeder Art und für jeden Verwendungszweck von mehr als 90 mm", aber das deutsch-britische Haubitzengeschäft (155 mm) geht glatt über die Bühne; der Kontrolle unterworfen sind auch Panzer sowie „sonstige gepanzerte Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von mehr als 10 Tonnen", aber nach dem „Leopard"-Kampfpanzer verläßt nunmehr der 27,5 Tonnen schwere Schützenpanzer „Marder" die Werkshallen; der Kontrolle unterliegen ferner der Bau vollständiger Militärflugzeuge, aber mit der führenden Teilhabe am NKF-

Projekt sitzt die deutsche Industrie inzwischen mitten drin im selbst initiierten dicken Geschäft mit kompletten Kampfflugzeugen.

Zwanzig Jahre nach Konrad Adenauers ausdrücklicher Versicherung, er sei „grundsätzlich gegen jede deutsche Wiederaufrüstung", verfügt die Bundesrepublik über eine moderne Rüstungsindustrie, die den Bedarf der eigenen Streitkräfte an Waffen und Ausrüstungen zu drei Vierteln selbst deckt und darüber hinaus erstaunliche Erfolge im Rüstungsexport aufzuweisen hat. Zwanzig Jahre nach jenem Satz Adenauers ist die Bundeswehr „auf dem Sektor konventioneller Waffen die bestausgerüstete Armee Europas" (Strauß-Referent Hepp im „Bayern-Kurier"). Die militärische und wirtschaftliche Großmacht Bundesrepublik verfügt nur noch nicht über das atomare Kronjuwel. Ihre Industrie ist ausgeschlossen von der Kernwaffenproduktion. Wird sie sich damit auf alle Zeit abfinden?

Die Idee der europäischen Integration und die Aufnahme der Bundesrepublik in den Nordatlantikpakt ebneten der deutschen Industrie den Weg zurück ins Rüstungsgeschäft, das ihr nach dem Pakt mit Hitler und der folgenden Niederlage für immer verschlossen zu sein schien. Die nächste Etappe, nämlich der gewaltige Sprung von konventioneller zu atomarer Rüstung, dürfte schwieriger werden. Daß sie in Angriff genommen wird, ist kaum zweifelhaft. Nahezu ausgeschlossen scheint freilich, daß die deutsche Industrie jemals allein und unabhängig von den einschlägigen Industrien benachbarter Länder im Westen auf dem Gebiet tätig werden kann. Sie wird deshalb die Zusammenarbeit suchen.

Es wäre falsch für Europa, erklärte Strauß am 8. 12 1968, in immer größere psychologische, politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von den USA zu geraten. Ausdruck der militärischen Abhängigkeit ist „die Exklusivität des amerikanischen Fingers am atomaren Druckknopf", die — wie der „Bayern-Kurier" weiter schrieb, selbstverständlich „das entscheidende Bündnis-Kriterium" sei (7. 6. 1969). Während seines Besuches in London im Mai 1969 setzte sich Strauß dafür ein, innerhalb der NATO eine eigene europäische Verteidigungsorganisation zu bilden, die zum gleichberechtigten und autonomen militärischen Partner der USA werden solle. Als ersten Schritt, so empfahl Strauß, könnten England und Frankreich ihre Atomwaffen zusammenfassen, um daraus den Kern einer europäischen nuklearen Streitmacht zu schaffen, zu der „andere europäische Länder geeignete Beiträge leisten könnten" („Welt" vom 21. 5. 1969). Was mit diesen „geeigneten Beiträgen" gemeint war, blieb im Dunkeln, doch daß Strauß mit den „anderen" europäischen Ländern hauptsächlich die Bundesrepublik meinte, ist kaum zu bezweifeln.

„Die Begeisterung von Strauß für ein vereinigtes Europa wird von verschiedenen Motiven gespeist", bemerkte hintergründig der Londoner „Observer" um die Jahreswende 1968/69. „Das Beunruhigendste dabei ist sein Ehrgeiz hinsichtlich der Schaffung einer europäischen Atommacht." In der CDU sind die Auffassungen im Hinblick auf die von Strauß propagierte europäische Atomstreitmacht nicht einheitlich. Während der CDU-Bundestagsabgeordnete Kliesing in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der christlich-demokratischen Fraktion in der WEU-Versammlung die entsprechenden Pläne als „unnütz" und „politisch gefährlich" ablehnte, enthält das von Vertretern der CDU-Fraktion im Bundestag Anfang August 1969 vorgelegte wehrpolitische Schwerpunktprogramm Elemente, die nach Meinung des sozialdemokratischen Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes auf eine europäische Atomstreitmacht hinauslaufen. Auch der CDU-Vorsitzende Kiesinger scheint sich den Intentionen von Strauß anzupassen. „Wenn wir Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch einigen", sagte er in einem Interview des Zweiten Deutschen Fernsehens (17. 8. 1969), „bedeutet das, daß Europa

dann eben auch eine eigene Verteidigungskraft entwickeln wird, die Stufe für Stufe die amerikanische Präsenz ablösen könnte."

Beim Widerstand der CDU/CSU und der deutschen Industrie gegen den Atomwaffensperrvertrag geht es unverkennbar nicht nur darum, die eigenen Interessen in der friedlichen Nutzung der Kernenergie und die Exportchancen der Reaktorindustrie zu wahren — wie immer behauptet wird — sondern sich auch die Möglichkeit einer europäischen „atomaren Option" offenzuhalten, mit der nichts anderes gemeint ist als die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht mit deutscher Beteiligung. „Wo steht denn geschrieben, daß die Vermehrung der Nuklearmächte die Gefahr für den Weltfrieden erhöht?" fragte forsch Straußens persönlicher Referent in München im „Bayern-Kurier" (27. 7. 1968). Den Einwand, die Bundesrepublik beschwöre mit ihrem Widerstand gegen den Sperrvertrag die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung für sich herauf, fegte Hepp mit der Bemerkung beiseite, man solle nicht immer im „Jargon der Hasenfüße" reden („Bayern-Kurier" vom 1. 2. 1969).

Während ein Teil der Regierungsverantwortlichen in Bonn versucht, auf dem Weg über die Anstachelung eines europäischen Nationalismus (Kiesinger: „Ist es nicht eine Schande, daß 200 Millionen Amerikaner 300 Millionen Europäer schützen müssen?") psychologisch den Boden für eine europäische Atomstreitmacht vorzubereiten, ebnen andere, wie z. B. Forschungsminister Stoltenberg, der deutschen Industrie die Bahn beim Sammeln von Erfahrungen auf dem Gebiet der Nutzung der Kernenergie. Er sicherte ihr durch entsprechende Verträge mit Brasilien und Argentinien Nachschub an Natur-Uran, der auch dem deutsch-britisch-niederländischen Gemeinschaftsprojekt zur Gewinnung von angereichertem Uran zufließen soll. Die in Almelo (Niederlande) und Capenhurst (Großbritannien) geplanten Anlagen werden dadurch zum Teil in Abhängigkeit von der Bundesrepublik geraten. Zunächst sollen jährlich 50 Tonnen angereicherten Urans für Kernreaktoren produziert werden. Später ist eine Jahreserzeugung von 350 Tonnen vorgesehen. Befürchtungen wegen eines möglichen Verstoßes gegen die Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages und einer etwaigen militärischen Verwendbarkeit des angereicherten Urans beantwortete ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes am 13. Juni 1969 mit dem Hinweis, das Uran werde in den beiden Gaszentrifugen in den Niederlanden und in Großbritannien (der Bau einer dritten, wahrscheinlich in der Bundesrepublik, ist bei steigendem Bedarf vorgesehen) nur einen Anreicherungsgrad von drei Prozent erreichen; wenn Uran für militärische Zwecke verwendet werden solle, sei ein wesentlich höherer Prozentsatz notwendig. Daß mit dem angereicherten Uran aber eine Vorstufe der militärischen Nutzung erreicht ist, geht daraus hervor, daß die Niederländer bei den Verhandlungen über die Gaszentrifugen Einwände dagegen erhoben hatten, Großbritannien könne das angereicherte Uran in eigenen Trennanlagen weiter für militärische Zwecke anreichern. Bis Mitte Juni 1969 hatte man sich noch nicht auf eine Formel geeinigt, die eine solche Möglichkeit ausschließt.

V

Die Frage nach dem Sinn des Einstiegs der Bundesrepublik und ihrer Industrie in das nationale sowie das internationale Rüstungsgeschäft ist müßig. An politischen Motivationen dafür hat es deutschen Kaisern, Führern und demokratischen Regierungschefs niemals gefehlt. Stets führten sie den Wunsch und die Verpflichtung zu wirkungsvoller Verteidigung gegen drohende Gefahren von außen

ins Feld. Zwei Weltkriege mit ihren schrecklichen Folgen für das eigene Volk und für andere Völker demonstrieren freilich die Sinnlosigkeit und die Gefährlichkeit dieses Weges. Ganz harmlos fing es jedesmal an, und jedesmal war der Aufbau einer waffenstarrenden Armee gepflastert mit Bekenntnissen zur Abrüstung. Nur sollten dabei stets die anderen vorangehen. „Deutschland ist ohne weiteres bereit, auf die Zuteilung von Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Rüstungsnationen ihrerseits diese Angriffswaffen ebenfalls vernichten und durch eine internationale Konvention die weitere Anwendung verboten wird. Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit bewahren und seine Grenzen beschützen zu können. Soweit indes Waffen anderen Mächten gestattet bleiben, können die Waffen der Verteidigung Deutschland allein nicht für alle Zukunft verboten werden. Alle diese Forderungen beinhalten nicht eine Aufrüstung, sondern nur ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten ... Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ihrer entsagt." So äußerte sich Hitler am 17. Mai 1933. Haben sich die Denkweisen geändert in den verflossenen Jahrzehnten? Kiesinger sagte am 16. Oktober 1968 in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag: „Die Sowjetunion weiß genau, daß der verbündete Westen niemals einen Angriff gegen sie oder gegen ein Land des sozialistischen Lagers beginnen würde. Der Zweck des Bündnisses ist die Verteidigung im Falle eines Angriffs bzw. die Verhinderung eines solchen durch die Existenz der Allianz. Die Sowjetunion weiß ebenso gut, daß die Verteidigungsanstrengungen des Westens sich nach dem Bestand ihrer eigenen militärischen Macht richten. Sie hätte es also selbst in der Hand, durch die Verminderung ihrer militärischen Macht auch auf die Rüstung des Westens Einfluß zu nehmen." Es ist das alte Lied.

Gewiß, die Streitkräfte und die Rüstungsindustrie der Bundesrepublik sind heute eingebettet in ein Bündnis mit Nationen, die einst vereint gegen jenen Mann gekämpft haben, der von Verteidigung redete und den Angriff vorbereitete. Aber lebt nicht die hundertmal totgesagte „Politik der Stärke" unvermindert weiter? „Wenn andere eine große militärische Maschinerie haben," so Kiesinger am 9. Dezember 1968, „brauchen wir auch eine, um unter gleichen Bedingungen verhandeln zu können." Verhandeln worüber? Daß Polen die Gebiete jenseits von Oder und Neiße wieder herausrückt und die DDR ihre Existenz als Subjekt des Völkerrechts verleugnet? Was soll es bedeuten, wenn Franz-Josef Strauß davon spricht, der Westen befinde sich mit seinen Entspannungsbemühungen gegenüber dem Osten „zu sehr auf Vorsichtskurs" („Welt am Sonntag" vom 3. 11. 1968)? Was bedeutet es, wenn er den Status quo als „unerträglich und unannehmbar" bezeichnet und wenn er, im Bunde mit anderen, dessen Änderung verlangt? Das ist der Hintergrund, vor dem man die Rüstungsanstrengungen der Bundesrepublik sehen muß. Und hier liegt auch die Ursache dafür, daß Vorbehalte gegen eine europäische Sicherheitskonferenz schwerer wiegen, wenn sie von Bonn aus angemeldet werden.

Eine Million Mark will die Bundesregierung 1970 der deutschen Friedensforschung zur Verfügung stellen. Das ist genau soviel, daß man davon den siebenten Teil eines Starfighters kaufen könnte. Der Militäretat des kommenden Jahres wird 19 760mal größer sein. Und er soll in den folgenden Jahren weiter steigen, auf 20,36 Mrd. DM, auf 21,07 Mrd. DM. Können wir uns dafür wirklich Sicherheit kaufen, oder liegt diese Sicherheit nicht vielmehr in der Bereitschaft zur Abrüstung, zur Verständigung, zum Ausgleich? Sie wird uns nicht in den Schoß fallen. Wir müssen für sie kämpfen.

Hans-Dieter Bamberg

Militärseelsorge in Westdeutschland (II) *)

Psychologische Rüstung

Die statische Gesellschaft

Wenn die oben bleiben sollen, die oben sind, ist nicht verwunderlich, daß uns aus den MS-Schriften unaufhörlich das Ideal der statischen Gesellschaft entgegenleuchtet, die lieber immer Gemeinschaft genannt wird, damit das Wort die Harmonie verbreite, die die Realität nicht hat. Die vielzitierten „Vorgesetzten" haben in diesem Jargon „jedem Glied der Gemeinschaft an Rechten und Pflichten, an Würden und Ehren, an Mitteln und Hilfen das zukommen (zu lassen), was ihm gebührt, was er verkraften kann und was er benötigt" (BS 8, 5). Daß das Bestehende grundsätzlich ungerecht sein könnte, daß die unteren Klassen etwa auch die Fähigkeit hätten, das Ganze nach alternativen Prinzipien zu organisieren, taucht dabei nicht einmal als Frage auf. Gar nicht untypisch für die Gesellschaft, in der die MS wirkt, hilft sie mit den falschen Eindruck zu verbreiten, als ob die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Voraussetzung, dem Privateigentum an Produktionsmitteln, notwendig, gottgewollt und richtig sei. (Gerade bei der Lektüre der MS-Schriften der katholischen Seite fällt freilich die Neigung zum Verherrliche feudal-bäuerlicher Strukturen auf, so daß Kontinuität ohne großen Wandel noch besser versinnbildlicht werden kann. Typisch dafür sind die Auswahl und Beschreibung des Bildes eines durchtriebenen Händlers, der mit schlauem Gesicht und einer Zigarette — der Bauer raucht Pfeife —, gerissen und gewissenlos wie die weite moderne Welt, aus der er kommt, Kärntner Bauern hereinlegt, die „von der harten Arbeit im Gebirge dürre, hagere Kerle bleiben" (BS 63, 1 f.).) Daß autoritäre Denkweise nicht ohne den privatautonomen Kapitalisten auskommen kann, der die breite Masse befehligt, dürfte schon von den vorhergehenden Ausführungen her klar sein; einen Gipfel erreicht die Volksverdummung, wenn die liberalkapitalistische Ausbeutermaxime im perfidesten Appell an den egoistischen Raffke in jedem Menschen zur allgemeinen Norm erhoben wird. Neben dem Bild von Daumiers „Bankier" heißt es: „Der kleine Mann schaut mit Verachtung und Haß auf diese ‚Kapitalisten'. Dabei macht er allerdings zwei Fehler: Erstens darf nicht übersehen werden, daß es reiche Leute geben muß, die Industrien und Arbeitsplätze schaffen; die Enteignung der Besitzer hat für den kleinen Mann noch nie (!) etwas eingebracht. Zweitens ist der ‚kleine Mann' meist nur ein verhinderter Kapitalist, und zwar ein echter (der oben wurde ja apostrophiert! H.-D. B.): Wenn er nur ein Zimmer zu vermieten hat, verlangt er Wucherpreise" (BS 59, 5), — an welchen nach dieser Ideologie, wie wir noch hören werden, auch wiederum nicht viel zu machen ist, weil entsprechende Staatseingriffe zum „Kollektivismus" führten, während kollektive Selbsthilfe ihn ja schon leibhaftig verkörpere. Nun geht es aber bekanntlich bei der Kapitalismus-Kritik nicht um das ephemere Problem, ob einige Wucherpreise nehmen, sondern darum, ob durch die übers Privateigentum vermittelte Herrschafts- und An-

*) Vgl. „Blätter", Heft 10/69.

eignungsbefugnis über fremde Arbeitskraft nicht schon Ausbeutung ist. Letztere aber ist sanktioniert, wenn Privateigentum an Produktionsmitteln den Rang eines elementaren Menschenrechtes bekommt (BS 8, 2; „Brief an Rekruten", 5), welche Ideologie allerdings meist vernebelt wird und die Eigentumsromantik den Unterschied zwischen Privateigentum an Gebrauchs- und Produktivgütern gern verwischt. Unterm Banner eines konservativen Christentums werden so die verdummten Kleinbürger (die gar keine Produktionsmittel haben) mit dem natürlichen Hang zum Eigenen vor den Karren des Großkapitals gegen Emanzipationsforderungen wie Mitbestimmung u. ä. gespannt. Daß wir „für uns selbst arbeiten" — wiewohl Arbeit auch „Gehorsam gegen Gott" ist (ZT 5, 12) — und nicht etwa die meiste Zeit für andere, wie böse Linke behaupten, wird am Beispiel Karls suggeriert, der „regelmäßig seinen Bausparvertrag einbezahlt" hatte: „Am Hochzeitstag zog er ins Eigenheim" (BS 31, 3 — bei den heutigen Grundstücks- und Wohnverhältnissen ein Appell an kleinbürgerlichen Milieu-Egoismus, wie er für die Gesamtgesellschaft nicht schädlicher sein kann!) [46a]) Natürlich fehlt bei dieser Eigentumsideologie nicht der Hinweis, daß nur so der Kommunismus zu schlagen sei (BS 26, 10; BS 25, 10 f.). Wurde so dem kleinen Lohnabhängigen der Marschallstab zum wohlhabenden Besitzbürger in die Tasche gegaukelt, fehlt zur ideologischen Absicherung nur noch die vielerzählte Geschichte von dem einen Boot, in dem wir alle säßen, ein mit religiösem Firnis verzuckerter Nachguß der Volksgemeinschaftsideologie: „Wir alle bauen mit an einem gewaltigen Dom: am Aufbau unserer Familien, an der Erhaltung unseres Volkes, seines Wohlstands und seiner Freiheit, an der Kultur, am Reiche Gottes, an der Heimholung (!) der Welt zu Gott" (BS 31, 2). Im System der gesellschaftlichen Arbeit, als Gottesdienst aufgefaßt, gibt es somit keine gegensätzlichen Interessen (es sei denn nach außen oder gegen den inneren Feind, der sich außerhalb der Gemeinschaft stellt) — wo es aber theoretisch keine Konflikte geben darf, heißt das, daß praktisch diejenigen die Dominierenden bleiben, die es ohnehin schon sind.

Abgesehen davon, daß Arbeit nicht Quelle der menschlichen Freiheit werden soll, hat sie im Gegenteil eine repressive Funktion. In wohl richtiger Interpretation langjähriger abendländischer Indoktrination wird das Freisein von Arbeit denunziert, weil das zugleich die Gefahr des Freiwerden-Wollens von Herrschaft heraufbeschwört: „Müßiggang ist aller Laster Anfang. Kein Mensch ist charakterlich so gefährdet wie der Arbeitslose; denn ihm fehlt der stärkste Erziehungsfaktor: die Arbeit. Niemand neigt so zu Faulheit, Schlamperei, Genußsucht, Trunksucht, Ausschweifung und Ehebruch, zu Unzufriedenheit und Revolution (!) wie der Arbeitslose. An dieser Gefährdung ist er unschuldig. Der Mensch braucht einfach die Arbeit für seine Seele und seinen Charakter so notwendig wie das tägliche Brot" (BS 31, 4). (Hier ist anzumerken, daß mit den gleichen Parolen im vorigen Jahrhundert die zwölfstündige Kinderarbeit „begründet" wurde.) Und selbst die Konterrevolution hat hier einen Ursprung: Der junge Hitler „weigerte sich, einen festen Beruf zu erlernen und in eine Lehre einzutreten", und „einer geregelten Tätigkeit ging er aus dem Wege (BS 14/15, 8). Leider aber werde nun durch zunehmende Arbeitszeitverkürzung das hervorragende Disziplinierungsinstrument der Arbeit etwas stumpfer, so daß die folgende Beschreibung der notwendigen Anpassung für weite Strecken des Tages ihr Grauen verliert: „Auf dem Arbeitsplatz fegt der scharfe Wind des Konkurrenzkampfes. Da herrschen die eisernen Gesetze des Leistungsprinzips. Da langt es nicht, die Hacken zusammenzuschla-

[46a]) Zur unverantwortlichen Propaganda fürs Eigenheim vgl. Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. edition suhrkamp Nr. 123.

gen und laut ‚Jawoll' zu brüllen (und im stillen an Götz von Berlichingen zu denken). Hier heißt Gehorsam: Mitdenken. Hier heißt Pflichterfüllung: Verantwortung übernehmen" (SB „Zur Entlassung", 5). Aber auch hier gibt's Ersatz, und wir wundern uns nicht zu lesen, daß „Hobbies für das Leben so wichtig sind": „Das entwickelt seine persönlichen Kräfte und lenkt ihn am besten von dummen Streichen ab und von dunklen Trieben (F. W. Forster)" (BS 21, 6). Und da wir wissen, daß Hobbies dann am besten sind, wenn sie ganz unpolitisch sind und zu den „Streichen" und „Trieben" sicher auch Aktivitäten wie Streiks, Revolutionen oder auch nur Versuche zur schrittweisen Mit- und Selbstbestimmung gezählt werden, geht uns der üble Sinn der folgenden Sätze ganz auf: „Viel weniger Arbeit und viel mehr Freizeit bedeutet auch weniger Erziehung und mehr Gefährdung. Wenn uns die moderne Technik mehr Freizeit schenkt, müssen sich die Menschen mehr sinnvolle Hobbies besorgen, welche seelisch eine ähnliche Wirkung haben wie die Arbeit; sonst vergammeln sie" (BS 31, 5).

Nun können unsere MS-Ideologen nicht die Disparitäten des kapitalistischen Systems durch Beschwörungen und Interpretationen aus der Welt schaffen. Sie wettern in handfest anmutender Scheinradikalität denn auch gegen Fremdbestimmungen (SB 11, 11), gegen das Unbefriedigtsein (SB 18, 10), gegen Roboterdasein, Betriebsamkeit und Produktionsfetischismus (deren „Aufhebung" allerdings immer nur in Gott oder im je einzelnen Gewissen vorgeschlagen wird) (BS 28, 4 ff.), gegen Leiden der modernen Arbeitswelt (die aber wiederum nie in ihr, sondern nur von außen und unabhängig von ihr „gelöst" werden sollen) (BS 36, 10), gegen Einsamkeit und Entfremdung (BS 48, 2 ff.), gegen Manipulation durch alles Mögliche (ZT 59, 4 ff.). Nur werden freilich nie Ansatzpunkte für die reale Aufhebung gezeigt, und das kann auch nicht anders sein, weil schon diese „Proteste" diffus und oberflächlich sind — selbst die Tatsache, daß, wie es zuweilen erkannt wird, „die Produktion statt dem Aufbau der Vernichtung dient", wird zum „Fluch" und zum nicht zu ändernden Schicksal hochstilisiert (BS 31, 7), obwohl doch gerade hier gut die Zusammenhänge mit dem politökonomischen System analysiert werden könnten. Und der Hinweis darauf, daß einige „die wirtschaftliche Freiheit (mißbrauchen) und (. . .) den Schwachen an die Wand" drükken, wird nicht zum Ausgangspunkt einer Analyse genommen, warum das so sein kann und was man daran ändern kann und muß, sondern es wird im Gegenteil direkt zur resignativen Passivierung eingeladen und wieder einmal die private Analogie zu strukturellen Vorgängen herbeigezaubert, die alles andere als privat sind: „Aber Hand aufs Herz! Hast nicht auch Du Deine Freiheit schon manchmal mißbraucht für Deine Lust, für Deinen Profit, für Deinen Ehrgeiz und Dein Fortkommen?" („Brief an Rekruten", 7). Der Mechanismus ist gekonnt; wie eine selbstherrliche Obrigkeit Kritiker zu Pharisäern stempelt, die etwas gegen einen Weihbischof haben, der im Kriege unschuldige Zivilisten totschlagen ließ („Wir sind ja alle Sünder"), kann im selben Jargon wahrscheinlich auch noch Axel Springers Presse-Imperium mit wohlwollendem Verständnis rechnen: wer würde nicht schon einmal seine Freiheit etwas weit ausgelegt haben! Einmal in die sündige Innerlichkeit verlagert, wird auch „Berufsnot und Unzufriedenheit" zum Fatum, das immer so war, ist und bleiben wird und zusammenhängt mit der Vertreibung aus dem Paradies und dem Ungehorsam des selbst Herr sein wollenden Menschen (ZT 5, 11).

Der Sozialstaat

In Erinnerung an die christliche Lehre, die Gerechtigkeit und soziale Haltung vorschreibt, sind sozialen Problemen in den MS-Schriften zwar lange nicht soviel wie geschlechtlichen, aber immerhin doch eine beträchtliche Anzahl von Seiten

eingeräumt. Inhaltlich ist die Ausbeute ernüchternd, weil man schnell merkt, wie panische Angst darin ist vor einer Füllung der Begriffe von Gerechtigkeit und sozial über die ständischen Schablonen hinaus, daß Gerechtigkeit eben heiße, jedem das Seine zu geben (BS 8, 1 ff.) [47]; daß wir froh sein sollten, daß unser Staat ein Rechtsstaat „ist" (BS 8, 3), und daß das Richtige immer sei, hübsch in der Mitte zu bleiben, so daß immer das gerechtfertigt ist, was gerade ist — zur Freude derer, die das Bestehende gut und profitabel finden.

Wenn es konkret wird, überschlägt sich die Lobhudelei auf die Gegenwart. Ungeschützt wird behauptet, daß sich die Arbeiter inzwischen „auf den Hosenboden gesetzt und geschuftet (haben), um es dem Bürgertum gleichzutun", und so „dieses an Wissen und Macht eingeholt" hätten (BS 21, 7) und jeder Arbeitersohn Minister oder sonst etwas Hohes werden könne (BS 58, 12), wo doch an anderer Stelle die harte Wirklichkeit gestreift wird, nach der „eine ganz kleine Oberschicht von ihrem Besitz und wohl 95 Prozent des Volkes vom Erwerb" lebt (BS 58, 7), und daß die Unternehmer, die 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen, 60 Prozent des Volksvermögens besäßen (BS 59, 9). Auch die Bevorzugung der Kapitalisten besonders nach 1945 wird nicht verschwiegen, aber als notwendig zur „Arbeitsbeschaffung" hingestellt (BS 59, 8 f.). Das Ganze wird mit der bekannten Volksgemeinschaftsideologie verbrämt, in der auch die 312-Marks-Romantik vom Eigentum für alle („denn nur der Mensch, der etwas besitzt, fühlt sich als Vollmensch"! (BS 25, 10)) ihren Platz hat und die weder Klassen noch Parteien noch ernsthafte Konflikte kennt: „Wir alle tragen die Verantwortung! Wir müssen weiterhin in die Hände spucken und die Ohren steif halten! Die von manchem geforderte Revolution gegen das vielgeschmähte Establishment würde auf jeden Fall alles (!) gefährden, was in 20 Jahren durch Fleiß und Klugheit erarbeitet wurde" (BS 59, 9). Niemals ginge es dem kleinen Mann so gut, zu diesem Urteil werden selbst illustrative Unwahrheiten zu Hilfe gerufen: „Wer großen Besitz hat, versteuert auch noch diesen. Noch nie war der kleine Mann mit seiner Familie in steuerlicher Hinsicht in Deutschland so günstig daran wie gegenwärtig in der Bundesrepublik. Die großen Einkommen werden bei uns mehr belastet als in der Sowjetunion" (BS 8, 5). Wenn es aber passiert, daß ein Rentner verhungert aufgefunden wird, hat eben „die Liebe (...) gefehlt, die ihm über die böse (!) Zeit hinweggeholfen hätte" (BS 8, 6).

Zur Ideologischen Mitte paßt die empirische, die es freilich bald auch nur noch in der Ideologie gibt. Das große Boot der Volksgemeinschaft wird in drei kleine (Arbeiter, Handwerker, Bauern) aufgeteilt, mit den beiden letzten als dem klassischen „Rückgrat eines jeden Volkes" (BS 25, 5); analog dazu wird auch der ständische Ratschlag gegeben, Reiche und Arme sollten doch nicht einander heiraten (BS 50, 8) — Maximen für ein Leben, in dem das Bestehende mit Ordnung und der erzwungene Gehorsam mit Ruhe verwechselt wird.

Der politische Prozeß

Zwei Voraussetzungen können wir nach dem Vorhergehenden schon der Behandlung des Politischen in den MS-Schriften zugrunde legen: Das Leugnen struktureller Zusammenhänge zwischen Politik und Ökonomie [48] — die sozial-

47) Die autoritär von oben definierte „Gerechtigkeit", wie die Scholastik sie lehrt(e), hat zuweilen romantisch-patriarchalische Züge, die zwar gegen die kalt-unpersönliche Macht des Marktes liebenswert scheinen, gegen die Wirklichkeit freilich nichts ausmachen können, sondern ihr eher einen falschen, beruhigenden Schein geben. Was Harmonie-Theologen heute noch nicht bemerken, hatte Hobbes schon im 17. Jhdt. erkannt: „Wo alle Werte auf Marktwerte reduziert werden, wird Gerechtigkeit selbst auf einen Marktwert reduziert." C. B. Macpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt/M. 1967, S. 80.

48) Daß die große Gefahr des „militärisch-industriellen Komplexes" (Eisenhower), der Verzahnung von Industrie und Rüstung und der schließlich lediglich aus ökonomischen Gründen forcierten Rüstung in den erbaulichen MS-Schriften nicht angerührt wird, versteht sich am Rande. Vgl. aber dazu Fritz Vilmar, a.a.O.;

politischen Eingriffe des Staates sind ja nur Korrekturen — und die Ablehnung der Basisdemokratie. Wir werden den ersten Punkt, der uns schon bei dem begriffslosen Plakatieren des Faschismus begegnet ist, nicht näher aufgreifen. Beim zweiten ist auffallend, wie sehr die Ablehnung der fundamentalen Demokratie auch schon die Zurückhaltung Politik überhaupt gegenüber erzeugt; während von Einsatzbereitschaft, Aktivität usf. auf allen Gebieten dauernd die Rede ist, wird kaum konkret von der Positivität solidarischer politischer Aktivität in Parteien, Gewerkschaften oder gar in politischen Organisationen außerhalb der etablierten Parteien und kirchlichen Organisationen gesprochen, ein Mangel, der uns nicht zufällig zu sein scheint.

Die schon fragwürdige strikte Trennung von Staat und Gesellschaft könnte allenfalls noch aus pädagogischen Gründen hingenommen werden, wenn der Staat als demokratische Organisationsform der Gesellschaft gezeichnet würde. Genau das aber tun die MS-Schriften nicht. Typisch ist eine Textstelle, an der Freud sicherlich seine Freude gehabt hätte: Dort wird der Sexualtrieb im „Es" an dem revoltierenden Sklaven (man beachte die beiläufige Inhumanität!), das „Ich" an Polizei und Armee im Staat und das „Uber-Ich", „das moralische Gesetz, das Gewissen", am Staat exemplifiziert (BS 29, 6) — der Vater Staat in höchster Potenz. Unter dem werbewirksamen Titel „Der Staat sind wir..." (BS 33, 1) — an anderer Stelle wird mit diesem Spruch gleich mögliche Energie, ihn zu verändern, in eine abstrakte Innerlichkeit verlegt und zum Nutzen des Faktischen neutralisiert: „Wenn in unserem Staat etwas nicht in Ordnung ist, dann ist etwas bei uns selbst nicht in Ordnung. Denn der Staat sind wir!" (BS 33, 15). Hier wird wieder die Familienideologie weitergetrieben, die alles auf der Welt nach Art der hierarchisch strukturierten Familie begreifen will. Der Staat als lieber Vater und lebenspendende Mutter, der allerdings für seine Dienste auch manches fordern darf — vor allem Gehorsam (BS 33, 1 ff.). Das Volk hat am Staat nicht viel mitzumischen: indem wieder einmal Schindluder mit Röm. 13, 1—7 getrieben wird [49]) (an anderer Stelle findet sich in ebenso alberner Schriftinterpretation der Satz „Unsere normale Pflicht im Alltag ist der Gehorsam gegenüber dem Staat nach der Weisung unseres Herrn: ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist!' " [BS 33, 9]), verkündet man: „Wir Christen wissen: Der Staat ist von Gott!" (BS 33, 7). Und: „Der Staat gehört zur Schöpfungsordnung Gottes, ähnlich wie die Ehe" (BS 33, 8) [50]). So abgesichert, kann dann gefolgert werden, daß, was nicht ist, auch nicht sein darf, und die lange Reihe der autoritären und faschistischen christlichen Herrscher von den Päpsten über Philipp II. und die deutschen Könige, Fürsten und Kaiser bis hin zu Mussolini, Franco und Salazar wird zu einem harmonischen Idyll stetiger Volksverbundenheit in der Nachfolge der drei Könige aus dem Morgen- und Mohrenlande: „Befehlen darf nur, wer gehorchen kann und ein über den Menschen stehendes Recht und Gesetz anerkennt. Das christliche Volk weiß, warum es seit eh und je die Heiligen Drei Könige hoch in Ehren hält: Der Herrscher und Politiker, der sich der Oberhoheit Christi unterwirft, Seinem Wort und Seinem Gesetz, darf gebieten. Man braucht kaum zu befürchten, daß er sein Volk tyrannisiert" (BS 33, 8; vgl. auch BS 60, 10). Es ist klar, daß diese Auffassung selbst der bescheidensten Interpretation der im Grundgesetz postulier-

John K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München und Zürich 1968 (vgl. auch die Rezension der neuesten Schrift von G. darüber — „How to Control the Military" —, in: Die Zeit, 25. 7. 1969, S. 10); Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, Monopolkapital, Frankfurt/M. 1967; Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten und Berlin 1966; Hans-Dieter Bamberg, Ökonomie und Remilitarisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1969, S. 829 ff.; Die Zeit: 16. 5. 1969, S. 3 (Claus Grossner), 4. 4. 1969, S. 9 (Theo Sommer), 25. 7. 1969, S. 39 (Robert Jungk).

49) Vgl. die Kritik an der traditionellen kirchlichen Uberinterpretation von Röm. 13 in den Beiträgen bei: Theodor Filthaut, Politische Erziehung aus dem Glauben, Mainz 1965.

50) Der Ruf nach der Todesstrafe ist bei solcher Auffassung nicht mehr verwunderlich. Vgl. MA, Nr. 13/1968, 6 (Prof. A. Huth, München).

ten Volkssouveränität diametral entgegensteht. Unklar ist (und auch andere Textstellen besonders in den katholischen MS-Schriften legen diesen Zweifel sehr nahe) die Rechtsgrundlage, auf Grund deren das Bundesverteidigungsministerium solche antidemokratische Propaganda finanziert, die gegen die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung des weltanschaulich neutralen Staates gerichtet ist.

Nun ist man explizit natürlich nicht gegen die demokratische Staatsform — wie man sie sich zurechtinterpretiert. Wir müssen hier das Menschenbild in Erinnerung rufen, wie es der MS als ideal erscheint: die Fetische von Ordnung und Opfer, die heroische Überbetonung von Pflicht und Dienst, die kaum danach fragt, wofür, und die im Sinnlosen noch höchste Werte aufspürt; dazu die Sünden- und Angstindoktrination, die dem einfachen Menschen, sofern er diese Maximen beachtet, gar keine Chance gibt, autonom so weit wie möglich über sich selbst zu bestimmen und sich frei mit anderen in die Gesellschaft herein zu verwirklichen. Das alles wird konfus mit Egoismus, Rassismus und Klassendiktatur identifiziert, wofür die folgende Belegstelle exemplarisch ist: „Die Abkehr von der jahrtausendealten Ordnung ist eben deshalb besonders gefährlich, weil jeder, der sich eine eigene ‚Ordnung' schaffen will, von sich und seinem Egoismus ausgeht: ‚Gut ist, was mir nützt!' oder: ‚Gut ist, was meinem Volke nützt, was unserer Klasse oder Rasse nützt!' (...) Alle diese Versuche, die alte Ordnung abzuschaffen, hat der Mensch letztlich unternommen, um das Gefühl von Schuld und Sünde loszuwerden (sieh da, H.-D. B.) und noch mehr (!!) Freiheit für seinen Egoismus zu gewinnen. Es ist klar: Wo keine Verkehrsordnung, da gibt es keine Verkehrssünder und keine Verkehrsstrafen. (...) Wo der Mensch sich über Gesetze und Normen hinwegsetzt, hört bald alle sittliche und staatliche Ordnung auf. Ordnung muß sein! — Wer also gegen die Begriffe ‚Schuld und Sünde' ist, der steht stark im Verdacht, daß er auch jede Ordnung ablehnt. Ihm ist vermutlich sein Ich und sein Egoismus oberstes Gesetz. Ein solcher Mensch ist im Grunde genommen gefährlich. (...) Wer (...) Schuld und Sünde leugnet, steht auch im Verdacht, keine Wertwelt zu besitzen. (...) Leugnung von Sünde und Schuld ist deshalb oft ein Zeichen von Gedankenlosigkeit und Unreife, Zeichen eines unfertigen Charakters. Der Mensch, der Werte und Ordnungen anerkennt, weiß um (!) seine Verstöße dagegen und damit um seine Schuld und Sünde" (BS 49, 9). Soweit die Demaskierung der autoritären Persönlichkeit, die unserer noch lange nicht gefestigten Demokratie gefährlich ist. Der Vorwurf der Infantilität ist offensichtlich reine Projektion; die operationelle Benutzung der Religion für verdummende Einschüchterungspropaganda an den Spießerhorizont müßte selbst einem Atheisten im Hinblick auf wesentliche humane Inhalte aller Religionen die Zornröte ins Gesicht treiben. Natürlich kann das Zitierte nicht mit dem Kern der demokratischen Idee, daß sich nämlich die Menschen ihre Gesetze und Ordnungen selbst geben, vereinbart werden, und es ist nur folgerichtig, daß über den realen politischen Prozeß kaum mehr ausgesagt ist, als daß der kleine Mann, wie er eben „frei" unter verschiedenen Zigarettenmarken, auch unter den ihm angebotenen Parteien irgendwie abstrakt „wählen" kann — von anderen Betätigungsmöglichkeiten in der Demokratie ist keine Rede, wenn man von gelegentlichen Mahnungen zum Schreiben von staatserhaltenden Leserbriefen (z. B. BS 33, 13) absieht: „Bei uns können sich viele Parteien bilden. Das Volk bestimmt, welche ans Ruder kommen. (...) Du kannst die eine loben und die andere kritisieren" („Brief an Rekruten", 6). Oder es kommt die Definition von Demokratie noch weiter herunter, als es bei solcher dürren Institutionenkunde schon der Fall ist, und wird gleich von der Mißbrauchsangst her warnend um ihren Wesensgehalt gebracht: „Der französische Staatsrechtler (!) Montesquieu (...) setzte sich dafür ein, daß die

absolute Macht der damaligen Könige in drei Gewalten aufgeteilt wurde (. . .). Drei kleine Fäßchen also! Ja, jeder volljährige Bürger sollte ‚seinen Krug' an Macht bekommen, indem er in geheimer Wahl die Abgeordneten wählt. Dieses System heißen wir (!) Demokratie. Demokratie tut nichts anderes, als das gefährliche Faß der politischen Macht abfüllen in kleine Fässer und Krüge. Jetzt ist die Gefahr des Mißbrauchs wesentlich verringert" (BS 1, 3).

Die andere Fakultät sieht diese Probleme nicht erfreulicher. In einem „Unterführerbrief" (März 1963, 3) ist das Neue an der Demokratie, daß sie den „Staat" besser funktionieren läßt: „Damit der Staat nicht entartet, die Regierung keinen Machtmißbrauch ausübt, sind in einer Demokratie Sicherungen eingebaut. Da ist zum Beispiel die Opposition ein hilfreicher (!) Faktor." So wird auch klar, daß Opposition zur „positiven Aufgabe" der „Freiheit zu einer aufbauenden Kritik" verfälscht wird („Brief an Rekruten", 6), welche „Freiheit" ja traditionell von dem definiert wird, gegen den opponiert wird; daß Kritik am Staat zur Sünde wird (BS 49, 16; BS 52, 15; BS 55, 14), die mit dem Gram verglichen wird, den man der Mutter gemacht hat und die darum früher stirbt (BS 33, 13). Nonkonformismus schließlich wird in sein Gegenteil umgewandelt — zum „Mut (!), sich innerhalb der vorhandenen, von der Ordnung einer Gesellschaft gegebenen Möglichkeiten für den bestmöglichen Weg einzusetzen" (SB 11, 3). Ganz übel wird es, wenn solche diffusen Autoritarismen im Munde eines Generalmajors (Gerhard Heß) zur eindeutigen Grundgesetzverletzung gesteigert werden. In einem „Programm für die ganze (!) lebende (!) Generation der Bundeswehr" heißt ein Punkt: „Liberalität der Toleranz, aber nicht der religiösen Indifferenz, die uns abgleiten lassen kann in Haltlosigkeiten, Intellektualismus und moralische Aufweichung" (Ms 1/2/1964, 74). Diese Haltungen schließen das ganze Syndrom der „autoritären Persönlichkeit" ein, und es ist schon darum kein Wunder, daß es kaum ein banales und abgedroschenes Schlagwort gegen aufklärerische Politik gibt, das nicht in den MS-Schriften mit Vehemenz vorgebracht wird. Die Soldaten erfahren, daß die Opposition Erwachsener aus Liebesentzug gespeist wird (BS 6, 3), daß die Kritik am Staat nicht zu groß sein darf (BS 8, 3), insonderheit nicht solche an „höchste(n) Persönlichkeiten", zu deren Ehrenschutz ein Maulkorb-Pressegesetz gefordert wird (BS 9, 6), daß gegenüber solchen Nörglern (BS 14/15, 5) gesunde Kritik (BS 33, 13), die immer das Positive sieht (BS 33, 12), unserer Zeit angemessen ist, und zwar in rechter Nachfolge Christi, der Zeit seines Lebens „nicht ‚gegen'" war; „er war ‚für'!" (ZT 62, 3), selbst als er die Händler aus dem Tempel trieb. Die elitäre Staatsideologie schlägt geradewegs in Richtung auf den antiliberalen Faschismus um, wenn mit Ernst Jünger der autoritäre Obrigkeitsstaat verherrlicht wird: „Immer ist ja der Staat auf Glauben angewiesen, wenn er nicht in kurzer Zeit verfallen (. . .) will (. . .). Wer philosophisch, wer als Künstler, wer in den Einzelwissenschaften heute zu den Eliten zählt, ist auch am nächsten am Unerklärlichen, — dort, wo Erkenntnis der Offenbarung weichen muß (. . .). Der Staat verfährt zu seinem eigenen Wohle, wenn er nicht nur die großen Heilslehren fördert, sondern wenn er zugleich nur jenen seiner Bürger, die sich zum Glauben an eine höhere als die menschliche Vernunft bekennen, Vertrauen schenkt" (BS 32, 16). Die Soldaten lernen weiter, daß es heute insbesondere Kritizismus, Skeptizismus, Nihilismus und gottloser Existentialismus — „Verfallserscheinungen der westlichen Kultur" (Ms 4/62, 252) — sind, die zur Verdrossenheit an Welt, Kirche und Staat ermuntern, weil sie kaum wüßten, „wofür der Mensch leben, noch weniger, wofür er sterben soll" (BS 41, 13), und weil diese bösen Haltungen nicht nach oben führten (BS 49, 5). Tut man einerseits — gerade in bezug auf Staat und andere Ordnungsmächte — nicht genug, um ein autoritäres Elite-

bewußtsein zu bilden, appelliert die Intellektfeindlichkeit, die meist synonym mit Aversion gegen Kritik ist, an die muffigsten Spießerinstinkte gegen die heutige „zersetzende Produktion" der Intellektuellen und Forscher (Ms 4/62, 256): „Hoch über Mob und Masse / schwelgt hier die ‚bessre Klasse'. / Kultur allen (wir wetten) / kann unsre Welt nicht retten" — wird dem „kleinen Mann" unter einem Bild von Gelehrten und Künstlern in den Mund gelegt (BS 28, 8). Im „Taschenbuch für katholische Soldaten" [51]) wundert man sich, daß bei der „Zügellosigkeit und Verantwortungslosigkeit" unserer „Kaffeehausliteraten", „dekadente(r) Presseorgane" u. a. m., die dem Volk unseren Staat und unsere Gesellschaft miesmachten, während sie selbst verchromte Wagen führen, Whisky tränken und Zigaretten rauchten (!), unser Volk noch keinen ernsthaften Schaden genommen hat: „Es grenzt an ein Wunder, daß unter dem täglichen Niederschlag eines werteleugnenden, nihilistischen Staubregens die geistig-moralische Gesundheit unseres Volkes bisher einen robusten Widerstand bewiesen hat." In dunkler Dialektik lebt dann das eben abgelehnte elitäre Bewußtsein wieder auf, wenn es an eine Klassifizierung der Kunst selbst geht: Positiv sei die Literatur, die für Bindungen, Werte und eine neue Ethik ist (BS 61, 14) — leider immer noch in der Minderheit gegen die, die den Menschen gemein zeichne und keine Sinndeutung gebe (BS 36, 12; BS 53, 15; BS 57, 3). (Diese Kritik gilt nur in abgeschwächter Weise auch für die protestantischen MS-Schriften, wo sich z. B. auch Anerkennungen für Erich Kästner und Carl v. Ossietzky finden (ZT 56, 14).)

Ein Vorbehalt wird in der MS-Ideologie nun aber beim Bild des autoritären Vater-Staats gemacht: Auch er hat die traditionelle Ordnung zu wahren und darf nicht — daran, daß er das in demokratischer Weise tun könnte, wird ja ohnehin nicht gedacht — „eigenständige" Lebenskreise tangieren, was man mit „Freiheit" umschreibt. Die „Übergriffe des Staates", gegen die wir uns zur Wehr setzen müßten, sind in Illustration des Subsidiaritätsprinzips auf dreizehn kleinen Bildchen zusammengestellt, wo der Staat jetzt als roter Buhmann gezeichnet ist, stört und Planung und Kollektivismus verbreiten will: etwa, wenn er „Kinderkasernen" einrichten, wenn er ein Schulmonopol beanspruchen will, wenn er alle Wohlfahrtseinrichtungen an sich ziehen will, wenn er gar „in Religion und Weltanschauung macht" oder auch, „wenn er immer mehr Betriebe verstaatlichen und nicht bloß der größte, sondern der einzige ‚Brötchengeber' werden will" („Dann gibt es keine freie Wahl des Arbeitsplatzes mehr!" [BS 33, 14 f.]). Besonders auf wirtschaftlichem Gebiet ist ja traditionell der Autoritäre wie auch der liberale Kapitalist gegen zu große Eingriffe des Staates, insbesondere, wenn es für das Wohl des Volkes ist. Die letzteren haben immerhin noch — in ihrem Interesse — rationale Gründe dafür, die ersteren hassen jedoch den Wohlfahrtsstaat, weil der die autoritär-repressiven Schemata von dauernder Mühe, Leistung, Unterordnung usw. etwas durcheinanderbringt. In einem Land, in dem große Teile der Machtcliquen Rentenerhöhungen und kostenlose Behandlung der Kranken als „Kollektivismus" denunzieren, fallen natürlich die folgenden Beschwörungen eines Kirchenrates auf einem christlichen Soldatentreffen [52]) auf fruchtbaren Boden: „Diese gewissenhafte Treue, stehend vor Gott für das Volk und stehend vor dem Volk für Gott, ist Absage an den reinen (?) Wohlfahrtsstaat. Ich kann dann mein (!) Volk (...) nicht einfach im schrankenlosen und höchst gefährlichen Lebensgenuß versinken sehen. Denn dieses wäre die unmittelbare Vorstufe zum greulichsten abgöttlichen Totalstaat, der in grausiger Verkehrung der Wohlfahrtsverheißungen alles erst recht (?) verschlingen wird. Auch hinter dem Wohlfahrtsstaat lauert das Tier aus dem Abgrund." An diesem Punkt demaskiert sich regel-

51) a.a.O., S. 18 f.
52) Eduard Putz in: In einev Boot, a.a.O., S. 79.

mäßig der wahre Sinn der Gegenüberstellung von Individualismus und Kollektivismus bei Rechtskatholiken und -protestanten. Unter dem falschen Schein der unabhängigen Individualität, die es aus objektiven Gründen heute zumindest für die weitaus meisten nicht gibt, werden durch die Ideologie der Gewerbefreiheit, der Freiheit des Eigentums usw. soziale Privilegien maskiert, die dann noch zu christlich-abendländischen Kulturwerten hochstilisiert werden. Denn die so ideologisch abgesicherte Eigentumsbildung in Arbeitgeberhand und die durch die kapitalistische Gewerbefreiheit, die sich die Arbeitskraft unterordnet, bedingte Herrschaft der Wenigen über die Vielen — s i e müßte Kollektivismus genannt werden und nicht (wie es bei uns üblich ist) die Intervention des dem Anspruch nach demokratischen Gemeinwesens zugunsten der sozial Schwachen.

Die eher ständisch-patriarchalische Auffassung vom Staat hindert natürlich nicht, ihn in seiner Funktion als Ordnungserhalter zugunsten des Bestehenden zu glorifizieren. Wenn Revolutionäre mit Arbeitslosen, Nichtsnutzen, freudlosen Menschen und Nörglern identifiziert werden (BS 7, 4; BS 21, 1), Revolutionen mit Teufelspsychosen (BS 17, 8), wird man gespannt sein, was über den Widerstand gegen den Staat gelehrt wird. Die Sache wird höchst einfach gelöst: Wie die Führung der Geschäfte im Staat, so ist auch der Widerstand gegen ihn — sollte er in der Tat einmal nötig sein — eine so hohe Sache, daß das einfache Volk sich in beides mangels Sachkenntnis und fehlender Intuition über die höchsten und hohen Werte nicht einzumischen habe. Widerstand ist nur für Urteilsfähige und Berufene da, was am Beispiel des 20. Juli, verständlicherweise so gut wie nur am militärischen Widerstand, exemplifiziert wird (BS 33, 8 f.); bei uns ist er nicht mehr erlaubt, da wir eben einen Rechtsstaat hätten (SB 11, 3; BS 33, 8 ff.). Ist also das theoretisch eingeräumte Recht auf Widerstand (wieder einmal) für die Gegenwart obsolet, so werden folgerichtig auch die darunter liegenden Methoden der Opposition zumindest als verdächtig eingestuft. Als Ideal schwebt (wieder einmal) die störungsfreie Volksgemeinschaft vor, und die Demokratie wird mit Brandbekämpfung verglichen: „Grundsatz der Freiwilligen Feuerwehr: Einer für alle! Alle für einen! Das ist auch ein Grundsatz der Demokratie" (BS 33, 12). „Demokratie heißt Mitarbeit", heißt es weiter (BS 32, 12), und der Inhalt dieser Mitarbeit ist nicht etwa auch politische und gesellschaftliche Alternativdiskussion und demokratische Entscheidung, sondern wird gesehen im „Dienst an der Allgemeinheit" bei der Aufsicht über Kindergärten, der Bereitschaft zur Pflege von Soldatengräbern, im Schreiben von Leserbriefen gegen Fernsehsendungen, die „nur das Negative und nicht das Positive in unserem Staat" sehen und für eine „gediegene" Sendung zum „frohen Samstagnachmittag", „voller Witz und Überraschungen" (BS 33, 12). Wenngleich die Wirklichkeit diese Perversion selbst liberalen Demokratieverständnisses, wie es auch unserer Verfassung zugrunde liegt, längst eingeholt hat, wäre hier doch zu fragen, was so erzogene „Staatsbürger" eigentlich noch gegen eine neonazistische Partei haben könnten, wenn sie sowohl auf antiklerikales wie auch auf antisemitischen Beiwerk weitgehend verzichtet. Der Mensch als Glied der großen Volksgemeinschaft, der in der Vorbereitung auf die Beichte gefragt wird, „kritisierst und schimpfst Du zuviel auf die Regierung und den Staat?" (BS 49, 16), dem Kritik unter der Hand zur Lobhudelei verfälscht wird („Gesunde (!) Kritik erkennt man daran, daß sie auch das Gute anerkennt, sachliche Urteile fällt und etwas Besseres vorzutragen weiß" [BS 33, 13]), dem in einer antagonistischen Gesellschaft der Rat gegeben wird, ohne nach rechts und links zu sehen „die Ohren steif (zu) halten" (BS 59, 9) und am großen Gemeinschaftswerk mitzuschaffen, dem in willkürlich-deutschnationaler Geschichtsinterpretation die Idee der Einheit als mit der der Freiheit identisch beschrieben

wird (BS 60, 10 f. u. 14 ff.), dem Vaterlandsliebe schlicht „als Ausfluß und eine Form der Nächstenliebe" (BS 60, 20) schmackhaft gemacht und dem gesagt wird, daß nicht der Staat nach den Vorstellungen der Menschen, sondern umgekehrt sie nach der Normen des Staates auszusehen haben („Dem Staat, der Gemeinschaft (!) unseres Volkes, (. . .) kann es nicht gleichgültig sein, wie Du lebst, ob Du ein wertvolles Glied der Gemeinschaft bist oder ein Ballast" (!) (BS 56, 7)) — ist er nicht der Antidemokrat par excellence?

Über die Haltung der MS-Schriften zur demokratischen Opposition kann es darum keinen Zweifel geben. Militärgeneraldekan a. D. Georg Werthmann [53]), der es ja nicht anders gelernt hat, sieht denn auch das Heil der für ihn zu wenig harmonischen Gesellschaft heute in der bewährten Methode seines Lehrmeisters Carl Schmitt, nicht kritikwürdige Mißstände, sondern die Kritik abzuschaffen: „Ist das politische Leben heute nicht weithin ein Murren und Anklagen, als ob es nur noch Parteien und kein Volk mehr gäbe? Man gebe sich keiner Täuschung hin, dieses anhaltende Murren und Rumoren, am Stammtisch (?) und in der Öffentlichkeit, in der Kasernenstube und am Arbeitsplatz, im kleinen Kreis und im politischen Bereich, die verdrossene Kritik an allem und jedem kann auf die Dauer zu einer geradezu tödlichen Gefahr für uns werden." Wir sähen freilich einen Gewinn für diesen Staat in der Kritik, die Verherrlichern des NS-Regimes vom Schlage des Militärtheologen Werthmann gefährlich scheint. War im letzten Zitat der Adressat des Unbehagens noch diffus gestreut (und tut Werthmann den durchschnittlichen Stammtischen in Deutschland durch deren Einreihung gewiß bitteres Unrecht), so kann kein Zweifel daran sein, wer mit folgendem aggressiven Satz gemeint ist: „(. . .) müssen wir uns gegen jeden Angriff auf unsere Freiheit zur Wehr setzen, gleichgültig, ob er von innen oder von außen kommt" („Brief an Rekruten", 6). Denn gegen die Neonazis von rechts ist ja kaum jemals etwas gesagt, wenn man von der dümmlichen Parole „rot gleich braun" (z. B. ZT 53, 1 ff.; BS 60, 4) hier einmal absieht.

Partiell wird sogar das Recht auf Protest nicht abgestritten, wenn es nicht um Essentielles geht: etwa gegen die Wehrungerechtigkeit, den Amtsschimmel, gegen veraltete Pfarrerausbildung usw. (ZT 62, 4 ff.), und auch die neutralisierende Behauptung fehlt nicht, daß linke Demonstrationen rechtes Potential stärkten — ironischerweise wird das mit einem Spruch zu illustrieren versucht, wie er für die albernsten Hippies selbst als Parodie noch zu blöd wäre: „Ich will mich niemals bücken — in Windeln noch auf Krücken! / Ich will euch allen trotzen — die Welt ist doch zum Kotzen! / An jedem Tag Proteste — das ist noch stets das beste!" (ZT 62, 9). Schließlich wird Protest als Konformismus (zuweilen werden z. B. Langhaarige auch schlicht als bemitleidenswerte Menschen, die nicht arbeiten wollen, abqualifiziert (ZT 44, 14)) und neue Norm umfunktioniert (ZT 53, 2 ff.), während andererseits die Tauben und die Falken getrennt werden und aufatmend festgestellt wird, daß die meisten Jugendlichen ja gar nicht protestierten und nur zusammen mit der kleinen radikalen Minderheit schlecht gemacht würden (ZT 53, 9; SB 18, 11), obwohl die „Müdigkeit der Guten" (ML März 1968, 48, nachgedruckt aus: Deutsche Tagespost, 22. 11. 1967) insofern doch als bedenklich angesehen wird. Der harte Kern aber wüßte auch nichts Besseres als das, was wir haben, sei aber für Propaganda, Druck, Manipulation („Instinkte aus den Frühtagen der Menschheit" (ZT 59, 11) — man beachte die elegante Hinwendung zum Tierreich!) und Gewalt (BS 63, 4; ZT 59, 2 ff.), während der friedliche Normalbürger doch nichts als seine Ruhe haben wolle, was sich bei den Wahlen in Baden-Württemberg (von den NPD-Erfolgen daselbst wird nichts gesagt) und

53) Georg Werthrann, Die Parole, a.a.O., S. 62 f.

in Frankreich gezeigt habe (ZT 59, 11). Nur ganz selten kommt heraus, daß die autoritären MS-Schreiber gar nichts gegen die Formen haben, an denen sie sich aus inhaltlichen Gründen bei der demokratischen Opposition festbeißen (ganz abgesehen sei beim folgenden Zitat von den unzutreffenden Tatsachenbehauptungen): „Warum schreien sie ‚Ho-ho-ho-Chi-Minh'? Warum schreien sie nicht ‚C-S-R! (Das eine „S" fehlt hier sicherlich nicht aus Nachlässigkeit, H.-D. B.) oder ‚Bi-a-fra!'?" (ZT 59, 11). Manchmal wird auch explizit klar, daß es nicht Irrationalismen der linken Opposition sind, sondern gerade ihre Rationalität es ist, die den Zorn der Militärchristen hervorruft. Militärgeneraldekan v. Mutius [54]), für den in verquollenem Deutsch Autorität „geknüpft (ist) an das Wissen um (!) mein Sein" und der uns herausgefordert fühlt, „der von Entartung bedrohten Emanzipierung des Verstandes den Geist entgegenzusetzen, der im Bewußtsein nur verliehener Autorität noch für das Ganze des Menschen Verantwortung zu tragen bereit ist", läuft es „eiskalt den Rücken herunter", wenn die „Kurzschlußapostel" von „Entspannung" reden oder wenn ihm ein Offizier als Zielvorstellung „eine Welt beschreibt, die soweit rationalisiert sei, daß Barmherzigkeit eine belächelnswerte Erinnerung an Großmutters Märchenwelt ist". Die Rationalität war ja immer schon der Feind aller Autoritären, denen menschliche Planung ein Greuel ist, weil das Autorität und Herrschaft minimalisieren könnte, und denen auch ein durch die Entwicklung der Produktivkräfte weniger mühsames und beschwerliches Leben zuwider ist, weil auch das (der Möglichkeit nach) weniger repressive Ordnungsmechanismen zur Folge hat. (Das letzte Ziel zu erschweren, leisten auch die unproduktiven Ausgaben für die Wehrmacht eine wesentliche Hilfe, weil dadurch materielle und, was noch relevanter ist, wichtige personelle Ressourcen in einem unproduktiven parasitären Zwangsapparat gebunden werden.)

Das Feindbild [55])

Der äußere Feind steht für unsere Hüter der Ordnung da, wo auch der innere ist: links. Dazu: im Osten (aus dem fürs Abendland nie etwas Gutes kam). Diese zwei Komponenten der Feindschaft genügen, um ein Bild des Gegners herzustellen, gegen welches die Opfer der Bundeswehrtätigkeit gerechtfertigt erscheinen sollen. Schließlich — so v. Mutius [56]) — lebten wir in einer unerlösten Welt, „in der vieles nicht so läuft, wie Gott es haben will". Und General Ulrich de Maizière [57]) „argumentiert" auf einem „ökonomischen Soldatentreffen" 1967 mit Hilfe Luthers, daß eben dieser Kampf gegen das satanische Böse keinesfalls etwas mit sublimiertem Egoismus zu tun habe: „Nach Luther habe Christus das Amt des Schwertes nicht aufgehoben, sondern für das Reich dieser Welt bestätigt. Der Christ solle für sich selbst Unrecht leiden und Übel erdulden. Aber für andere solle er Recht, Schutz und Hilfe bieten und zur Abkehr des Bösen alles leisten, dessen er fähig ist." Wobei freilich die Frage bleibt, welche „anderen" die vielzitierten 95-Prozent-Mehrheits-Christen denn in der Bundesrepublik mit ihren Waffen schützen wollen.

Die Ideologie in der Sowjetunion und der DDR (ein „künstliches Staatsgefängnis" [58]) ist für die MS-Schreiber recht einfach: Während der Vorläufer des mate-

---

54) Theodor v. Mutius, Soldatische Erziehung heute und morgen, in: Heft 73 der Schriften der Evangelischen Akademie in Hessen und Nassau, hrsg. von Hanns Kallenbach und Willi Schemel, Frankfurt/M. 1968, S. 16, 20, 19.

55) „Eine Armee ohne einen faktischen Gegner sichert und perpetuiert ihre Existenz durch die theoretische Konstruktion eines solchen. Der Zwang zur Rechtfertigung des eigenen Bestandes durch den Hinweis auf eine supponierte out-group-Gefahr veranlaßt den ursprünglich vielleicht gar nicht vorhandenen oder nur theoretischen Gegner zur Konzentration der eigenen Kräfte und verwandelt diesen in einen faktischen Feind." Wido Mosen, Eine Militärsoziologie, Neuwied und Berlin 1967, S. 109.

56) Zit. bei Martin Skambraks, „Kirche unter den Soldaten", in: Junge Kirche, 28. Jg. 1967, S. 667.

57) Zit. n. Die militärische Ökumene des Militärbischofs, in: Junge Kirche, 28. Jg. 1967, S. 736.

58) So in: Taschenbuch für katholische Soldaten, a.a.O., S. 13.

rialistischen Marxismus Judas ist, weil der ja auch zuerst ans Geld gedacht habe (BS 30, 16), ist er selbst in einer Art Teufels-„Hochzeit" aus Feuerbachschem Materialismus und Hegelscher Dialektik geboren worden (BS 26, 3). Beides Teufelswerk, das heute als „Bazillus" in armen und unzufriedenen Nährböden sich herumtreibt und durch „gesunde (!) Verhältnisse und Zufriedenheit" desinfiziert werden muß (BS 26, 13). Selbst die Stalinsche stillgestellte Dialektik und sein unhistorisch-erstarrter Materialismus ist an Subtilität noch weit dem Schema voraus, das ein MS-Heft exemplarisch als Kommunismus anbietet und dessen Dogmatismen und Falschinterpretationen (etwa die unsinnige Behauptung, der Marxismus konstatiere die Änderung von Politik, Kultur usw. sogleich mit der Änderung der ökonomischen Basis — dann gäbe es ja nie einen Grund zur Revolution! — oder die Unterstellung der auch von Stalin heftig bestrittenen Auffassung, alles Geistesleben sei ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Verhältnisse [59]) [BS 26, 8]) nur von den Thesen übertroffen werden, die in gleich primitiver Weise die ersteren „widerlegen" sollen (BS 26, 4 ff.).

Die andere Komponente des Zugangs zum Feind ist der Rückgriff auf die Historie. Wo selbst der kommentarlose Satz, daß von den 10 000 Priestern, die im Spanischen Bürgerkrieg umgekommen seien, kein einziger seinen Glauben verraten habe (BS 24, 9), zweifellos als Diffamierung der Kommunisten gemeint ist und so aufgefaßt wird (von Francos Verbrechen findet sich natürlich keine Spur), kann man in ähnlicher Weise die ganze Geschichte in grobe Freund-Feind-Raster hereinquetschen — sei ja, auch nach Meinung Albrecht v. Mutius' [60]), „die geistige Offensive des Dialektischen Materialismus gekoppelt mit der militärisch-politisch-wirtschaftlichen Expansion Sowjetrußlands." Die oftmalige Erwähnung der Kriegsgefangenschaft in Rußland geschieht durchweg im Stile des folgenden Textes, der über Bildern von ausgemergelten Gefangenen steht: „Brutales Unrecht hat ihn (denP farrer, H.-D. B.) genauso armselig gemacht wie seine Schicksalsgefährten" (BS 20, 15), wobei regelmäßig die doch wesentlichen Fakten verschwiegen werden, daß die Sowjets nicht den Krieg begonnen haben, sondern von Hitlerdeutschland überfallen wurden, daß die Menschen in der Sowjetunion zur Zeit von Weltkrieg und Gefangenschaft auch kaum mehr als die deutschen Gefangenen zu essen hatten und — ein makabres Argument — die Todesquote der sowjetischen Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter, die Opfer der Deutschen waren, höher war als die der deutschen Gefangenen in der Sowjetunion. Die Polen kommen nicht besser weg als die Russen — in einer rührseligen Geschichte wird ihnen etwa vorgeworfen, daß sie erschossene deutsche Soldaten ohne Kleider beerdigten (BS 60, 17). Ähnlich wird ein sowjetischer „kommunistischer Leut nant" beschrieben, der das Aufwerfen von Grabhügeln bei toten Deutschen verbietet — mit dem angesichts der gewaltigen Blutschuld der Hitler-Faschisten besonders gegenüber der Sowjetunion ungeheuerlichen und zynischen Nachsatz: „Hier bewahrheitet sich das Wort Rückerts: Wenn ihr aus dem Glauben reißet, / sehet, wess' ihr euch befleißet!/ Glauben ist ein Herzbedarf!/ Keine Lücke füllt Unglaube!" (BS 17, 4). Sind so die Fronten klar und Deutschland das Land des Glaubens, Rußland das des Unglaubens, kann das Gefangennehmen von Deutschen durch Sowjetrussen nach der Niederlage des Faschismus als Transport „aus der Freiheit, aus der Freiheit eines restlos besiegten Landes" bezeichnet werden (BS 50, 21). Bei ergötzlichen Militärgeschichten über Tapferkeit u. a. m., über Mut

[59]) Wenn freilich damit gemeint sein soll, daß die (bei uns: kapitalistische) Produktionsweise das unkritische Denken völlig in seinem Bann hat, wären gerade die katholischen MS-Schriften das beste Beispiel dafür. Selbst die Sünde wird dort in kapitalistischen Profitkategorien erfaßt: „Sie (die Sünde, H.-D. B.) lohnt sich nicht" (BS 30, 1 ff.).

[60]) Albrecht von Mutius, Kritische Fragen innerhalb der Militärseelsorge, in: Deutsches Pfarrerblatt, Nr. 18/1962, zit. n. einem Sonderdruck des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, Bonn o. J., S. 9.

und Glück, versteht es sich von selbst, daß als Schauplatz die Sowjetunion gewählt wird, und die Scharfschützen, die es auf den guten deutschen Landser abgesehen hatten, sind natürlich böse Russen (z. B. SB 15, 7) (die freilich oft nicht mal richtig schießen konnten: „Der Schlumpschütze von Russe hatte das Visier falsch eingestellt" (SB 13, 4)).

Das Feindbild wird natürlich nicht durch Vermittlung empirischer Kenntnisse über den Feind aufgefüllt, weil die Kenntnis seiner Lebensweise den vermeintlichen Feind näher bringen könnte. Außer pauschalen Verurteilungen, daß es dort seelenlose Kolchosbetriebe, Zwangsverpflichtungen im Beruf, Steineklopfen in der Freizeit usw. gebe („Brief an Rekruten", 5 ff.; vgl. auch BS 10, 7), finden sich nur sporadische Bemerkungen zum wirklichen Leben dort, wie etwa die, daß in Kuba selbst Frauen mit Landsknechtsmienen beim Militär dienen müßten (BS 19, 3), oder auch ein Bild von einer Maidemonstration auf dem Roten Platz in Moskau mit der sinnigen Unterschrift, daß Gott den Menschen als Individuum geschaffen habe, der Teufel aber das Kollektiv liebe (BS 66, 13). Im übrigen nimmt man die diffamierenden „Argumente", wie sie sich gerade anbieten: Im selben Heft bekommen die Soldaten zu lesen, daß „westliches Denken von dem des Ostens" gerade dadurch unterschieden sei, daß dem Menschen bei uns nicht nur Ehre für seine Leistungen, sondern an sich gebühre" (BS 9, 2), während drei Seiten weiter als Maßstab der Ehre wieder die Leistung hingestellt wird (BS 9, 5). Quod licet Iovi, non licet bovi! Ähnlich zweispältig ist die Interpretation der Leistungen der sozialistischen Staaten: Während ihnen einerseits als „Ausbeutung" angekreidet wird, daß sie „ein Viertel des Volkseinkommens in die Wirtschaft" investieren (BS 25, 9 — wenn der Traktätchenverfasser dieses liest, sei ihm verraten, daß — vorausgesetzt, seine Angabe über die sowjetische Investitionsquote sei richtig — der entsprechende Anteil bei uns höher liegt!), andererseits wird immerhin konzediert, daß die Maschinerie drüben zwar „seelenlos" (an solchen Stellen bricht immer wieder ein irrational-organizistisches Weltverständnis durch), aber doch Inbegriff „eines technisch brillant funktionierenden Apparates" sei (ZT 62, 8).

Aber informative Einzelheiten wollen die MS-Schriften den aufzurüstenden Soldaten über ihre „Feinde" gar nicht mitteilen, stattdessen wärmen sie sie mit dem falschen Licht von Schablonen, Schlagwörtern, Unterstellungen, Diffamierungen und schlichten Lügen, stattdessen helfen sie mit, über die tatsächlichen Informationssperren hinaus auch noch das nicht zu nutzen, was man hierzulande über die DDR, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten erfahren kann: Der wachsame Soldat hüte sich vor „Feindpropaganda" (SB 18, 13). Wenn alle Stricke reißen, bietet sich immer wieder der wohlbekannte Raster an, der alles Kommunistisch-Sozialistische zum Gegenpol des wahren Christentums macht; da wird dann gegenübergestellt, was inkommensurabel ist: Soziale Reform und Revolution gegen göttliche Erlösung, revolutionäre Gewalt gegen die leidende christliche Liebe, revolutionäre Herrschaft gegen betende Christen, das Handeln der sozialistischen Staaten gegen barmherzige Fürsorgeleistungen einzelner Christen in Krankenhäusern und Altersheimen, Gedenk- und Feiertage in der DDR gegen Taufen und christliche Begräbnisse, sowjetische Weltraumfahrt gegen Christi Himmelfahrt (ZT 17, 1 ff.) — die Primitivität erübrigt jeden Kommentar. Wie aber in der MS-Ideologie unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung" unentwirrbar mit der christlichen Religion extrem konservativer Prägung zusammenhängt, so wolle uns der böse Feind auch beides nehmen, mit der christlich-abendländischen Kultur auch die Freiheit, ja sogar das nackte Leben: „Ohne unseren eigenen Schutz und den der Alliierten wären wir bald unter kommunistischer Herrschaft. Was Arme und Beine hat, würde deportiert zum Aufbau Sowjetruß-

lands. Familien würden auseinandergerissen. Auf dich wird keine Rücksicht genommen. Der einzelne ist nichts" (ML, Apr. 1968, 11). Während die Frage, was solche lügnerische Greuelpropaganda mit dem christlichen Friedensgebot zu tun hat, nur ironisches Interesse beanspruchen kann, wäre hier ernsthaft der staatlich subventionierten Grundgesetzwidrigkeit (Art. 26 GG) bei der Aufreizung zum Völkerhaß nachzugehen; es würde gewiß schwierig sein, selbst in NPD-Zeitungen solche haßerfüllten Sentenzen gegen andere Staaten aufzuspüren.

Zur Funktion der Bundeswehr

Die Funktion, die der Bundeswehr in den zu analysierenden Schriften zugesprochen werden, lassen sich in erster Linie aus dem skizzierten Feindbild erklären. Die Bundeswehr tue ihre Pflicht fürs Volk („Komm gut durch", 13 f.), sie bringe das Opfer der Wehrbereitschaft für die Sicherheit aller gegen den Kommunismus („Brief an Rekruten", 2). Sie ist das integrierende Symbol und Mittel der autoritär-harmoniserten „Schicksalsgemeinschaft" des ganzen Volkes, die wir nach Militärgeneraldekan v. Mutius [61]) wieder einmal haben und aus dem sich „kein Stand", schon gar nicht der des Soldaten, herauslösen könne. Daß der Kommunismus aggressiv sei, wird hier, wie wir schon sahen, konstatiert und nicht begründet. Weil wir eben weitgehend in einer Welt ohne Gott lebten, sei unssre Armee nötig (SB „Eid und Gelöbnis", 4), die uns schützt vor den Gangstern draußen (BS 51, 14), die notfalls den gerechten Verteidigungskrieg führt (BS 55, 10), und zwar in erster Linie dagegen, daß „ganze Völker seelisch verschrottet und zu funktionierenden Kadavern degradiert werden" (SB „Eid und Gelöbnis", 10) — der Textzusammenhang ließe hier (wie anderswo) übrigens nicht bloß einen Defensivkrieg zu! — , für welche Aufgabe gerade Christen die geeignetsten Leute seien (ebd., 11). Die Wehrmacht ist da gegen Unfreiheit und Angst, die uns von außen bedrohen würden („Brief an Rekruten", 7), für die Verteidigung des Abendlandes (BS 13, 8), für Frieden und Sicherheit (BS 14/15, 7; BS 55, 10), für das Gleichgewicht der Kräfte (BS 60, 13), gegen den Bolschewismus (BS 31, 9), der das offenbar alles bedroht.

Daß wir einen Krieg beginnen könnten, wird mit dem Verhältnis unserer 12 zu den 130 Divisionen des Warschauer Pakts als unsinnig hingestellt (BS 51, 13), wobei weder ein Schlag der ganzen NATO noch das Problem der Atomwaffen, die ja bei uns z. T. gefordert werden und die auch relativ „kleinen" Mächten Chancen für die Entfesselung von Kriegen geben, reflektiert werden. Ein anderer Grund ist nicht stichhaltiger: „Außerdem würde unser ganzes Volk streiken, wenn es das Gefühl hätte, daß unsere Regierung einen Angriff vom Zaun bräche. Ferner dürfen wir zu den demokratischen Regierung und zu den großen Parteien (...) das Vertrauen hegen, daß sie absolut friedlich gesonnen sind und nichts mehr erstreben als ein Leben in Sicherheit, Wohlstand und Freiheit" (BS 51, 13). Gewiß — nur kann der Streik, und gerade der politische, um den es hier geht, durch die Anwendung der Notstandsgesetze verhindert werden (außerdem haben rechtschristliche Theologen theoretisch fast immer und praktisch bisher immer die Legitimität von Streiks überhaupt verneint), und weiter wollen bei uns maßgebliche Kreise eben doch ein wenig mehr als die genannten schönen ideellen Werte für Deutschland: nämlich die Grenzen von 1937, was Landansprüche an drei bis vier Staaten bedeutet — Parlamentspräsident v. Hassel und andere sogar noch mehr! —; die absolute Friedfertigkeit muß in diesem Licht doch etwas differenzierter gesehen werden.

---

61) Albrecht von Mutius, Militärseelsorge in neuzeitlichen Streitkräften, in: Wehrkunde, Nr. 12/1960, zit. n. einem Sonderdruck des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, Bonn o. J., S. 10.

Wie diese Idologie ist auch das Kriegsbild bestenfalls an der Vergangenheit orientiert. Die Schrecken der ABC-Waffen erscheinen nie drastisch — obwohl hier wie an anderer Stelle die Schemata vom „gerechten Krieg" in rechtfertigender Absicht schon kirchlicherseits zu einer „Atombombentheologie" (Friedrich Heer) gesteigert wurden —, vor allem an den wenigen Stellen nicht, an denen vom Krieg konkret die Rede ist, sondern nur hier und da bloß, wenn es um Sünde, Schicksal und Verderben geht. Die mögliche Vermittlung von heutiger Bundeswehr und zukünftigem Krieg wird bewußt verschleiert. Als Ursachen des Krieges werden Abstrakta hingestellt: der böse Bolschewismus, der Aufklärung und Liberalismus zu seinen Stiefeltern hat, und natürlich die immerwährenden Lückenbüßer Schicksal und Sünde (BS 40, 2 ff.; BS 55, 15); daß Rüstung und Krieg innergesellschaftliche Gründe haben könnten, daß aus Profitinteresse waffenstarrende Systeme gebaut werden, daß gerade die Existenz von Armeen die Friedenssicherung behindern kann, das kann solcher Indoktrination nicht in den Sinn kommen.

Der totale Krieg wird selbstverständlich abgelehnt (BS 55, 13), und die „absolute Ächtung des Krieges" wird abstrakt gefordert (BS 51, 8), aber der Vietnam-Krieg wieder nur abstrakt als solcher negativ bewertet — eben nicht als der, den die USA führen gegen das vietnamesische Volk; er taucht denn auch nur in Beschwörungen, Gebeten und Tapferkeitssagas auf (ZT 57, 6; SB 68, 11; BS 33, 13; BS 51, 2; BS 28, 10). Einmal freilich wird es etwas konkreter, und es wird zustimmend die Meinung des geistlichen Gesprächspartners von Günter Wallraffs fingierter Reportage zitiert, der — auf Anfrage des vermeintlichen Chemie-Industriellen nach der Erlaubtheit der Napalm-Produktion — das Problem des gerechten Krieges bei der Obrigkeit und bei Spezialisten, die etwas besonderes leisten, gut aufgehoben weiß. Er riet, diese Fragen beim außenpolitischen Ausschuß des Bundestages und bei Geschichtswissenschaftlern (die zugestandenermaßen allerdings Jahre bräuchten, „um hinter die Geheimnisse (!) der Geschichte zu kommen") zu eruieren, aber fürs erste in weltpolitischer Hinsicht denn doch dem „weltgereisten (!) österreichischen Schriftsteller Kuehnelt-Leddihn" zu folgen, der „die Auffassung vertrete, wenn die USA, Neuseeland und Australien sich aus Vietnam zurückzögen, ohne einen echten (!) Frieden herbeigeführt zu haben, würden sie ihr Gesicht verlieren und die ganze (!) freie (!) Welt auch, was einer Einladung zur weiteren (!) Aggression gleichkäme" (BS 51, 2) [62]). Da sei Gott vor — der barbarische US-Aggressionskrieg wird so wieder wie so viele Kriege, Kreuzzüge usw., die handfeste materielle und machtpolitische Gründe hatten, zur ideellen Christenpflicht gemacht, Kardinal Spellmans unmenschlich-militaristischen Vietnam-Elogen werden mehr (vom Militärgeneraldekan der faschistischen wie der postfaschistischen Armee Georg Werthmann: Ms, Apr. 1968, 119) oder weniger (von Weihbischof Kampe: KO, Apr. 1967, 21 ff.) gerechtfertigt, und „zur Verteidigung unseres Landes (. . .) im Bündnis mit der gesamten freien Welt" (BS 51, 14), wozu auf geheimnisvolle Weise noch der „Dialog mit der gesamten Welt" (ebd.) kommen soll, wird energisch nach mehr und besseren (Atom-?)Waffen gerufen, indem hingewiesen wird auf einen „Mißbrauch des Soldaten", „von dem fast keine Zeitung schreibt": Daß nämlich eine Verteidigung mit schlechten

62) Eine makabre Fehlleistung in bezug auf Vietnam findet sich in einem Schulungsheft für evangelische Militärseelsorger. Mit folgenden Worten wird auf die Manipulationsmöglichkeiten zur Weckung eines „geheimen ‚Chauvinismus' " bei Soldaten hingewiesen, die „zumeist ‚Nationalismus' " ablehnen würden: „Dieser Weg ist relativ einfach: ‚Gastarbeiter' — wie beurteilen wir sie? Kritik an ‚Ausländern': Juden, Amerikaner in Vietnam, Russen. (. . .)" Die Technik, im Plauderton die Aggressionsarmee der USA auf eine Stufe mit inferior beurteilten Gastarbeitern und verfolgten Juden zu stellen, dabei aber gleichwohl die Ressentiments gegen Russen, Juden und Gastarbeiter als Folie einer geforderten Gewissenserforschung zu benutzen, zwingt trotz der inhaltlichen Infamie zur Bewunderung dieser Stufe von gemeingefährlicher Manipulation. Vgl. SL, November 1968, 25. Militärgeneraldekan von Mutius (Soldatische Erziehung heute und morgen, a.a.O., S. 18) stilisiert den US-Aggressionskrieg in Vietnam zu einem Opfer der Angreifer um: Da sie den Atomkrieg für „anormal" hält, wird die amerikanische Armee wegen ihres „beispielhaften (!!) Blutzoll(s)" gelobt.

Waffen unzumutbar sei. „Es wäre unmoralisch (!) und unrecht, einen Polizisten mit einem Prügel einer Gangsterbande entgegenzuschicken, die mit Pistolen und Maschinengewehren bewaffnet ist" (BS 51, 14). Nachdenklich aber sollte auch trotz aller Beteuerungen, daß es nur um die Defensive gehe, der aggressive Geist machen, der in einer Interpretation einer Paulus-Plastik „christlichen" Heroismus evozieren will: „Er hat ein Programm zur Erneuerung der Welt. Seine Hand am Schwert drückt aus, daß er dieses Programm gegen alle Widerstände durchsetzen wird. Das ist der christliche Mann der Gegenwart!" (BS 26, 16) — das betreffende Heft beschäftigt sich unter dem Titel „Woran sie glauben müssen" mit dem Kommunismus!

Während in den MS-Schriften die andere relevante Funktion jeder Wehrmacht, die Aufrechterhaltung des Bestehenden gegen Umwälzungsversuche im Innern überhaupt nicht erwähnt wird — selbst nicht die „Aufgaben" unterhalb dieser Schwelle (z. B. bei der Niederschlagung von Streiks, die die herrschende Justiz für nicht sozialadäquat hält), die sie mit den Notstandsgesetzen [63]) bekommen hat —, wird ihre Anpassungs- und Erziehungsfunktion detailliert geschildert. Der Soldatenberuf wird als besonderer „Stand" glorifiziert, als ideeller Beruf, den man aus „Liebe zu seinem Volk" ergreife und dessen Angehörige „nicht bloß unseren jetzigen Staat (verteidigen), sondern (...) durch ihr Vorbild und ihr Wort die junge Generation in einem entscheidenden Lebensabschnitt (formen)" (BS 33, 11). Der Vorbildcharakter des Soldaten liegt offenbar genau da begründet, wo auch der Grund für das relativ große NPD-Reservoir gerade unter Soldaten liegt: in seiner größeren Autoritätshörigkeit, die sich teilweise aus Angst vor Selbständigkeit und eigener Entscheidung an objektivierte „Ordnungen" klammert, in seiner Neigung zum „Dienst", der kaum fragt, wofür, und im allgemeinen in der Überschätzung der Sekundärtugenden, die zu Werten an sich werden — alles „Tugenden", die auch im zivilen Leben von denen, denen die bestehende autoritäre Leistungsgesellschaft behagt, zweifellos als positiv empfunden werden müssen. Das Gefühl, in der großen verschworenen, harmonischen und sexuell abgedichteten Männergemeinschaft ein kleines Rädchen zu sein, auf das es gleichwohl irgendwie ankommt, wenn es gegen harmonieunwillige Störer im Inneren wie draußen geht, läßt soldatische „Kameradschaft" als Schicksalsgemeinschaft zu einem zeitlosen Ideal fürs ganze Leben und für die ganze Gesellschaft erscheinen (BS 6, 5 f.). Zahllos sind die Texte, in denen soldatische Tapferkeit gerühmt wird, vor allen Dingen natürlich an der Front (BS 7, 3 f. und 7 f.), aber selbst die Schilderung von einem „Heldentod 1944 im Luftkampf" sieht nur die private Seite dieses Todes — daß der Flieger sein „ganzes Leben echt christlich nur als eine große Bewährungsprobe" auffaßte und durch seinen Heldentod seine Sünden büßen wollte. Das Problem, ob der Tod für ein verbrecherisches Regime zwar als Tragik, aber vielleicht doch nicht als Heldentat dargestellt werden sollte, stellt sich nicht, wenn auch mit Hitlers Kriegsfolgelasten offenbar Absolutionen erwirkt werden können (BS 27, 12). Kritik an Existenzberechtigung und Funktion der Soldaten ist ohnehin ausgeschaltet, wenn ihre Beschäftigung als tragender Wehrstand quasi zur Naturnotwendigkeit und ihre Funktion als die der „Nächstenliebe" (BS 22, 11) und eine „Opfergabe vor Gott" (BS 37, 11) ausgegeben wird, wogegen dann nur hartgesottene Bösewichter etwas haben können. So ist auch der Soldat an sich zweifellos und zeitlos gut: „Es steht fest, daß unser Volk schon oft (!) seine Freiheit und seine höchsten Güter verspielt hätte, wenn nicht tapfere Männer sie tapfer verteidigt hätten" (BS 7, 3). Die

[63]) Das hat u. a. zur Folge, daß für solche Militärtheologen der Einsatz der Bundeswehr im Innern aufgrund der NS-Gesetze natürlich nicht als Grund zur Kriegsdienstverweigerung, sondern allenfalls als private politische Meinung betrachtet werden kann. Vgl. etwa OF, 3, 25 ff.

historisch-empirische Verifikation dieser Behauptung dürfte gewiß schwerfallen, wenn natürlich auch der letzte Krieg davon wohl ausgenommen scheint, welches „Unheil" freilich selbst „soldatische Tapferkeit" „nicht aufhalten" konnte, weil sie eben auch von dämonisch-unerklärbaren Kräften mißbraucht worden sei (BS 7, 3). Nur sei auch das noch lange kein Grund für zersetzenden Pazifismus gegenüber den Soldaten, denen unser Volk heute wieder „Sicherheit und Freiheit, Ruhe und Ordnung" verdanke — und zur Abwehr der Nestbeschmutzung durch die, die von Nestbeschmutzungen Zeugnis geben, wird ein Zitat vom ehemaligen Minister Lindrath aus dem Jahre 1958 gebracht, das ohne Änderung auch heute in den „Deutschen Nachrichten" oder in anderen neofaschistischen Blättern stehen könnte: „Die Bundesregierung betrachtet es als ein echtes Anliegen, dem deutschen Soldaten das Ansehen wieder (!) zu verschaffen, das ihm gebührt. Nach der Überwindung der unseligen Einstellung vieler Kreise in den Jahren nach dem Kriege, als das Ansehen des deutschen Soldaten unterschiedslos in den Schmutz gezogen wurde, war es Zeit, daß der Soldat den Platz in der Gesellschaft wieder (!) erhielt, der ihm zusteht" (BS 9, 3).

Zur Funktion der Militärseelsorge

Wir haben zu Anfang schon auf das staatliche Wohlwollen hingewiesen, das der MS aus Gründen der inneren „Harmonisierung", der festgefügten „Wehrgemeinschaft" und der ideologischen Ausrichtung auf das möglicherweise auch praktisch-kriegerisch zu bekämpfende „Feindbild" hingewiesen. Zur näheren Ausführung erscheint es uns erhellend, kommentarlos Aussprüche über die MS aus älterer und neuerer Zeit voranzustellen, die zweifellos für sich selbst sprechen:

„Weilen ein Bursche, der nicht Gott fürchtet, schwerlich seinem Herrn treu dienen und seinen Vorgesetzten rechten Gehorsam leisten wird, so sollen die Offiziere den Rekruten wohl einschärfen, eines christlichen und ehrbaren Wandels sich zu befleißigen" (Der Atheist Friedrich II. von Preußen, 1743 [64]).

„Eine wahrhaft christliche Armee ist nicht bloß durch ihre waffengeübte, gut disziplinierte Masse ein unüberwindliches Bollwerk gegen sozialdemokratische Umsturzgelüste, sondern sie ist auch innerlich ihr Todfeind" (In: Der Offizier als Erzieher des Volkes, 1888, S. 27, zit. n. Reinhard Höhn, Die Armee als Erziehungsschule der Nation. Das Ende einer Idee, Bad Harzburg 1963, S. 171).

„Leugnen die Leute erst das Dasein Gottes in ihren Herzen, so verliert die Treue zum Kaiser ihren Halt, der Eid seine Bindekraft" (I. Scheibert, Offizier-Brevier, 2. Aufl., 1891, S. 106, zit. n. ebd.).

„Kinder, ich kenne Euch nicht, aber Gott kennt Euch; wer im Kochloch totgeschossen wird, stirbt als ein schlechter Mensch und sündigt noch im letzten Augenblick des Lebens. Er fährt schnurstracks zur Hölle. Wer aber an seinem Berufsplatz (!) stirbt, der tut zuletzt doch noch etwas Gutes, ihn tragen die Engel gen Himmel." Feldprediger Küster in der Nachtschlacht von Hochkirch zu Soldaten, die den Kampf aufgeben wollten — in Erinnerung gebracht 1909 in einem Periodikum für evangelische Militärseelsorger (Nach: E. Schnackenburg (Oberstleutnant a. D.), Gottesdienst und Seelsorge im Heer Friedrichs des Großen, in: Mitteilungen für die evangelischen Geistlichen der Armee und der Marine, Nr. 9, Sept. 1909, Sp. 159, zit. n. ebd., S. 176).

„Ich will Soldaten haben, die ihr Vaterunser beten!" Wilhelm II. (Zit. n. P. Sebastian von Oer (Mitglied der Beuroner Benediktiner-Kongregation u. kgl. sächs. Major a. D.), Ohne Furcht und Tadel. Ein Wort von einem alten Kameraden an unsere jungen Offiziere, Freiburg i. Br. 1917, S. 58.)

[64] Zit. n. Albrecht Schübel, 300 Jahre evangelische Soldatenseelsorge, München 196, S. 26.

„Wie ich von Jugend auf gelernt habe, auf Gott den Herrn meine Zuversicht zu setzen, so empfinde ich in diesen ernsten Tagen das Bedürfnis, vor ihm mich zu beugen (. . .), daß Er mit uns sei und unsere Waffen segne!" Wilhelm II. in einem Erlaß zum Kriegsbeginn, 2. 8. 1914 (Zit. n. ebd., S. 59).

„Von uns als Staatsvertreter angesehen müssen wir gläubige Menschen haben. Es droht eine schwarze Wolke mit Polen. Wir haben Soldaten notwendig, gläubige Soldaten. Gläubige Soldaten sind die wertvollsten. Die setzen alles ein" (Reichskanzler Hitler am 26. 4. 1933 zu einer Abordnung des katholischen Episkopats [65]).

„1. Alle Kriegserfahrungen haben gelehrt, daß die seelische Kraft eines Heeres seine beste Waffe ist. Sie zieht aber ihre Kraft in erster Linie aus einem festen Glauben. Die Feldseelsorge ist daher ein wichtiges Mittel zur Stärkung der Schlagkraft des Heeres. Sie ist eine dienstlich befohlene Einrichtung der Wehrmacht und wird der Förderung und Aufrechterhaltung der inneren Kampfkraft um so wirksamer dienen, je mehr sie sich nach den seelischen Bedürfnissen des deutschen Soldaten im Kriege ausrichtet (. . .) 2. (. . .) soll die Feldseelsorge in erster Linie der kampffähigen Truppe dienen und durch möglichst enge Fühlung mit allen Teilen der Truppe und ihrer Führung um die soldatische Haltung der Soldaten und um ihre Ausrüstung mit tapferem und getröstetem Glauben bemüht sein. a) Ein Soldat, der seinen Dienst und Einsatz für das Vaterland als Gottes Auftrag ernst nimmt und der bei äußerster Anspannung und mutiger Anwendung aller eigenen Kräfte zugleich auf Gottes Hilfe vertraut und endlich einem ewigen Leben entgegensieht, kann standhaft bleiben, tapfer kämpfen und mutig sterben. b) (. . .) (Hier folgt das oben von mir schon erwähnte Zitat Friedrichs d. Gr.: „Weilen ein Bursche (. . .)", H.-D. B.) 3. (. . .) Der Feldseelsorger „wird diese Aufgabe am besten erfüllen, wenn er sich selbst als ein Glied der kämpfenden Truppen fühlt, ihre Freuden und Leiden teilt und sich bei der Führung, Truppe und rückwärtigem Dienst als verstehender und hilfsbereiter Kamerad der einzelnen erweist". „Merkblatt über Feldseelsorge", hrsg. v. Oberkommando der Wehrmacht kurz vor Entfesselung des Zweiten Weltkrieges am 21. 8. 1939 (Zit. n. Ulrich Krüger, Der Militärseelsorge-Vertrag und die Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1958, S. 22).

Sie seien bis an ihr „Lebensende keine Privatpersonen, sondern eine dem Führer verschworene Kampfgemeinschaft", die nichts von ihrem Eid entbinden könne. Der heutige Militärbischof Kunst bei der Vereidigung junger Rekruten, 1935 (Zit. n. Günter Wallraff in Pardon, Nr. 11/1967).

„Vorwärts, christliche Soldaten, auf dem Weg zum Sieg!" Feldbischof Rarkowski im Frühjahr 1945 (Zit. bei Josef Fleischer, Das wahre Gesicht der Militärseelsorge. Zur Berufung von Kardinal Wendel als Militärbischof, in: Das Andere Deutschland, Nr. 5/56, hier zit. n. Karlheinz Deschner, Mit Gott und den Faschisten, Stuttgart 1965, S. 164).

„Meine Erfahrungen im Frieden, in den beiden Weltkriegen und in der Zeit zwischen ihnen sind mir Beweis für die Notwendigkeit der Soldatenseelsorge. (. . .) Je kritischer die Lage, um so bedeutender war ihr Dasein. Der mit seiner Truppe vertraute Pfarrer hatte ein (. . .) zuverlässiges Urteil über die Stimmung der Soldaten. Ein für die Führung bedeutsamer Faktor" (Generalfeldmarschall L. . . . [66]).

„Ich würde eher ohne meine Artillerie in den Kampf ziehen als ohne meine Feldgeistlichen. Ich bin überzeugt, daß eine Armee der moralischen Unterstützung

[65] Zit. n. Müller, a.a.O., S. 119.
[66] Zit. n. Schübel, a.a.O., S. 126.

durch die Kirche nicht entarten kann, denn der moralische Faktor ist in einer Armee der entscheidende" (Marschall Montgomery nach der Schlacht von El Alamein 1943 [67])).

„In allen Kriegen der jüngsten Vergangenheit hat sie die Soldaten aller Armeen in ihrem Pflichtbewußtsein gestärkt" (Herder Korrespondenz, Freiburg i. Br., Februar 1952, über die Kirche).

„Im Frieden und im Krieg muß der Soldat wissen, wofür und wogegen er steht. Wissen formt Überzeugung. Aus ihr entspricht die moralische Stärke der soldatischen Pflichterfüllung" („Information für die Truppe", jeweils vorletzte Seite).

„Der Soldat mit dem getrösteten Gewissen ist der bessere Soldat! Für uns ist der ‚Lebenskundliche Unterricht' ein wertvoller Beitrag zur Festigung des Soldaten. Der Soldat muß wissen, wofür er kämpft. Das Ziel unserer Arbeit in der Inneren Führung ist der psychologisch geschulte Einzelkämpfer. Der ‚Lebenskundliche Unterricht' soll Stützen geben im Zweifel und eine Basis vermitteln, von woher der Soldat kämpfen kann" (Oberst Karbe in der Schule für Innere Führung, Koblenz [68])).

„Religiöse Glaubensüberzeugungen und die liberalen Ordnungsbegriffe sind geschwächt oder unklar. Die Autorität ist nicht nur in einzelnen Gebieten fragwürdig, sondern steht in der Krise überhaupt. In diese noch werdende, naturgemäß (!) schwierige Lage stößt der Bolschewismus mit seiner Agitation und Propaganda." „Durch die Einrichtung des ‚Lebenskundlichen Unterrichts' durch Geistliche erfahren wir, von der sittlichen Seite her, wirksame Unterstützung. Wir haben, verglichen mit früher, die Militärseelsorge erheblich verstärkt" (Oberst Wolfgang Schall, Leiter des Referats „Truppeninformation und Psychologische Rüstung" im Führungsstab der Bundeswehr [69])).

„Durch die Vergangenheit des deutschen Soldatentums zieht sich eine zeitbedingte Koppelung von Wehrdienst und Religion, in der sich unentwirrbar tiefe religiöse Glaubensüberzeugung mit mehr vordergründiger Religiösität paaren. Nicht selten trat die christliche Religion in den Dienst der Wehrhaftmachung; weit häufiger aber ergab sie in allen Stufen ein Fundament ab für den Ernst des Dienens. Eines ist sicher: Je entschiedener man sich in die Lage des Soldaten im atomaren Krieg versetzt, desto eher wird man gedrängt, sich die Frage nach dem Sinn des Lebens, nach Auferstehung und Erlösung zu stellen (. . .) Es ist keine Frage, daß die Militärgeistlichen an der vordersten Front (!) der Verkündigung wirken (. . .) Wer tiefer steht, der weiß, daß die letzten Entscheidungen in der weltweiten Auseinandersetzung im Felde (!) des Glaubens fallen, mit dem die freie Welt der Ersatzreligion des totalitären Bolschewismus zu begegnen vermag" (Der Gegner der „Inneren Führung" und Brigadegeneral des Erziehungs- und Bildungswesens im Heer, Heinz Karst [70])).

„Es bleibt hier zu bemerken, daß gerade in jüngster Zeit die NATO-Stabsübung ‚Fallex 62' wieder (!) deutlich erwiesen hat, daß nur derjenige Soldat ein Inferno eines mit den modernen Hochleistungswaffen (!) geführten Krieges bestehen kann, der den seelischen Belastungen gewachsen ist. Dazu bedarf es in erster Linie eines festen (!) christlichen Glaubens an die göttliche Allgegenwart und Liebe, aber auch einer Überzeugung von dem Wert der unter Einsatz des eigenen Le-

67) Zit. n. Taschenbuch für katholische Soldaten, a.a.O., S. 149.
68) Zit. n. Pardon, Nr. 11/1967.
69) In: Wehrkunde, März 1961, hier zit. n. der Beilage zu Heft 3/1962 der Information für die Truppe, S. 6 f. und 9.
70) Heinz Karst, Das Bild des Soldaten, Boppard 1964, S. 370 f.

bens zu verteidigenden Güter. Ihm diese Überzeugung zu vermitteln, ist Aufgabe der geistigen Rüstung" (Das militärische Bildungsorgan „Wehrkunde" [71]).

Es wäre unsinnig zu behaupten, daß die Bundeswehr (oder überhaupt eine Armee) nicht ohne eine Standesseelsorge auskäme; eine Gehorsams-, Autoritäts- und Ordnungsideologie mit dazugehörigem Freund-Feind-Weltbild läßt sich zweifellos auch ohne religiösen Firnis mit Erfolg verbreiten. Gerade aber für die Bundeswehr und die Bundesrepublik lassen sich die stabilisierenden Funktionen, die die MS für beide hat, nicht übersehen. Zunächst einmal ist die „Trostfunktion" zu notieren, d. h., der Militärseelsorger kann den mit ihrem Beruf — und das würde besonders im „Ernstfall" relevant- unzufriedenen und unausgeglichenen und möglicherweise mit Schuldgefühlen belasteten Soldaten sowohl Erleichterung wie auch Sicherheit geben [72]). Die zweite Funktion ist heute spezifisch in Anbetracht der Geschichte der deutschen Wehrmacht: Die MS kann heute zum erstenmal ohne mehr oder weniger an den Haaren herbeigezogenen Wortklaubereien darauf hinweisen, daß der einzige mögliche Adressat der Rüstung eben auch Gegner der Religion ist und kann somit in psychologisch günstiger Position die Existenz und Stärke der Bundeswehr rechtfertigen und den unbedingten Gehorsam ihr gegenüber verfechten wie etwa Kardinal Jaeger, wenn er „seinen" Soldaten sagt: „Stehen Sie während Ihrer Wehrdienstzeit treu zu Ihrem Militärseelsorger. Betrachten Sie Ihren Dienst für Volk und Vaterland als Dienst vor Gott (. . .)" [73]). Ohnehin verbreitet ja die Existenz der MS schon das (falsche) Gefühl, als seien „die" Kirchen vorbehaltlos für die Bundeswehr und ihre jetzige Form und als gäbe es keine Alternative dazu (daß die Bandbreite der Diskussion in Theologie und Kirche, auch über andere Probleme, nur mit eindeutiger Schlagseite zum Konservativen hin in der MS widergespiegelt wird — am eindeutigsten ist das in der katholischen MS zu beobachten —, ist ein weiteres Problem). Man findet in allen Verlautbarungen der MS den Gedanken nicht einmal angedeutet, ob denn nicht die Existenz der Bundeswehr genau das Gegenteil von dem bewirkt, was sie angeblich tun soll: den Frieden bewahren [74]). Und wir finden darin auch nicht die gerade kirchlicherseits längst fällige Aufgabe der heuchlerischen Doppelmoral, die, aus durchsichtigen Gründen übrigens, alle verbissene und verkrampfte Energie gegen sittliche und sexuelle „Aufweichung" ins Feld führt, das Töten für höhere „Werte" aber und die inhumanen militärischen Lebensformen mit den

---

71) Wehrkunde, Nr. 11/1962, S. 599.

72) Eine weitere Funktion der MS kann hier nicht näher behandelt werden: sie kann den Soldaten das Gefühl geben, sich durch aggressiven Einsatz für das „Gute" von seiner persönlichen Schuld und Sünde zu salvieren. In einer MS-Schrift heißt es dazu offenherzig über die Raub- und Beutezüge, denen ein christliches Abendland den Namen „Kreuzzüge" gab: „Für viele sog. ‚öffentliche Sünder' bedeutete (. . .) die Teilnahme an einem Kreuzzug zugleich auch ein vor Gott meretorisches Tun, das sie von ihrer Sündenschuld befreite und ein Anrecht auf die ‚ewige Seligkeit' sicherte. Hier verbindet sich die Idee des miles christianus mit jener des miles Christi zu einer Einheit." Anselm Hertz, Christ und Soldat, in: KO, Februar 1967, 10.

73) Zit. n. Ms, April 1968, 115. 1941 hatte der Erzbischof gesagt (vgl. Im Dienste der Seelsorge. Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt für die Erzdiözese Paderborn, 20. Jg., September 1966, S. 5.): „Wir können den Kampf des guten Soldaten (!) Jesu Christi nur führen, wenn wir zunächst uns selbst in Zucht und Disziplin genommen haben. (. . .) Nur so wird der Soldat imstande sein, vor dem Feinde das zu leisten (!), was man (!) von ihm erwartet. (. . .) Zeigt aber auch den Alten, die die Jugend nicht immer verstehen, die so leicht bereit sind, das Wort auszusprechen von der Autoritätslosigkeit der Jugend, daß Jugendhaltung und Jugendzucht mehr sind als bloß ein Name. — Wir wollen zeigen, daß wir in Ehrfurcht (!) und Bereitschaft und Gehorsam (!) stehen, da wo Kirche und Staat (!) etwas (!) von uns verlangen." Im Kirchlichen Amtsblatt für die Erzdiözese Paderborn äußerte sich der hohe Herr in einem Brief zur Fastenzeit am 11. 2. 1942 (S. 17, n. Deschner, Mit Gott und den Faschisten, a.a.O., S. 163, vgl. auch Lewy, a.a.O., S. 231) in Gehorsam zum Nazi-Staat denn auch abfällig über die tierähnlichen Russen und erklärte seinen Schafen den Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion als Heldentat „für die Errettung der Kirche aus der Bedrohung durch den antichristlichen Bolschewismus." (Vgl. dazu auch Der Spiegel, Nr. 6/1965) Jaeger scheint trotz allen Schadens immer noch nicht klug geworden zu sein: 1957 forderte er schon wieder die Erfüllung der „Ideale der Kreuzzüge (. . .) in neuzeitlicher Form". Nach: Deschner, Abermals krähte der Hahn. Eine kritische Kirchengeschichte von den Anfängen bis zu Pius XII., 2. Aufl., Stuttgart 1964, S. 591.

74) Wie der faschistoide Todesstrafenbefürworter und Moraltheologe Werner Schöllgen (vgl. zu diesem Vorwurf meine Sammelrezension: Die verderbliche Mitbestimmung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7/1969, S. 767 f.) die Frage „Strategie des Friedens: Wehrdienstverweigerung — Hilfe oder Hemmnis?" (in: Ms 1/1969, 24) beantwortet, braucht wohl nicht gesagt zu werden.

den Menschen bedrückenden Sekundärtugenden ohne Inhalt zu etwas Ideal-Heroischen aufplustert [75]).

Die dritte Funktion der MS schließlich ergibt sich aus der Analyse ihrer populären Schriften: Lebenshilfe, die zur mehr (kath.) oder weniger (ev.) kritiklosen Erziehung zur Anpassung an die dominierenden kapitalistischen und autoritären Strukturen wird. Eine heile Welt wird da suggeriert, was unsere Verhältnisse angeht, wenn nicht der Mensch an sich stets zur Sünde neigte und das Heil dauernd gefährdete und wenn nicht Bösewichter im Inneren und von außen sie immer in Frage stellten. Die Personalisierung der Schäden, die Individuum und Gesellschaft erleiden, trägt selbst dazu bei, daß strukturelle Mängel nicht in den Blick kommen [76]): weil das wieder im Individuum lähmende Schuldgefühle erzeugt, die es aus Angst um die Chance bringen, selbst über sich zu bestimmen. Ebenso schädlich ist die Tendenz der MS-Schriften, allgemein die humanen Forderungen nach einer Gesellschaft, in der die Diskrepanz zwischen technologischen Möglichkeiten und der zu oft armseligen Wirklichkeit tendenziell überwunden werden, als schlechte Utopie zu denunzieren — nicht selten mit dem „christlichen" Lehrsatz, der Mensch brauche eben Mühe, Opfer und Arbeit und vor allen Dingen Herrschaft. Zur heilen Welt, deren heutige Strukturen wieder einmal als die überhaupt bestmöglichen verklärt werden, tritt die lückenbüßerische „ewige" Natur des Menschen, die, weil sündig, alle Diskrepanzen zu verantworten hat und aus dem gleichen Grund immer in feste „Ordnungen" und Autoritätsstrukturen hereingepreßt werden muß. Es fehlen charakteristischerweise in dem Kompendium der MS-Schriften, die ja das ganze Leben behandeln wollen, über allgemein abstrakte Deklamationen über alle möglichen Negative heutigen Lebens hinaus konkrete Informationen etwa über unsere Misere im Bildungswesen, im Städtebau, im Gesundheitswesen, über die zunehmende Verschärfung der Einkommens- und Vermögensdifferenzen usw. usw. — ganz zu schweigen von noch grundsätzlicheren Problemen wie den Zusammenhängen zwischen Kapitalismus, Rüstung und Krieg, zwischen Not der Dritten und ekelhafter Verschwendung in der ersten Welt (typischerweise ist eine der wenigen Anklagen gegen Verschwendung nicht an die Adresse der sinnlosen Waffenproduktionen, Mondfahrten, der Verschleuderung von Volksvermögen durch Werbung, der Vernichtung von landwirtschaftlichen Gütern u. ä., sondern an die der Arbeiter gerichtet, die mit dem Material sparsam umgehen sollten (BS 31, 11)); gar nicht zu reden von politischen Gefahren wie denen der Notstandsgesetze (eine Erwähnung: ZT 59, 2) und dem Ruck nach rechts (nur oberflächliche Berührung bei: ZT 59, 2 und 11; ZT 62, 2 und 12; ZT 63, 9). Daß von unten sich bildende Solidarität nicht als Wert dargestellt wird, versteht sich am Rande, und in den vielen besinnlichen und zu Beichtzwecken zu benutzenden Gewissenserforschungen der MS-Hefte findet sich auch keinmal eine kritische Beurteilung derer, die als „Trittbrettfahrer" gewerkschaftliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen, ohne selbst die Lasten dafür mitzutragen. Daß über Gebilde wie die DDR und die anderen sozialistischen Staaten nicht einmal die trockensten Fakten mitgeteilt werden, dürfte ebenfalls nicht überraschen.

Im Ergebnis erwecken die Schriften der MS, die ja Grundlage des mündlichen „Lebenskundlichen Unterrichts" sind, den fatalen Eindruck, als lebten wir in einer harmonischen Welt, die allenfalls durch persönliches Streben zum Guten

75) An dieser Stelle setzt Herbert Marcuses glänzende Neubestimmung des Begriffes „obszön" ein. Vgl. Herbert Marcuse, Versuch über die Befreiung, Frankfurt/M. 1969, S. 21 ff. Zum gleichen Problem vgl. Heinrich Böll, Brief an einen jungen Katholiken, 1958.

76) Bischof Höffner sagte beim Besuch einer Kaserne im Jahre 1968, der Friede lasse sich weder durch Protestmärsche, noch durch „unechte Rhetorik (Papst Paul VI.)", noch durch das Gleichgewicht des Schreckens, sondern nur durch Frieden in uns, d. h. mit Gott herbeiführen. Vgl. Dokumentation zur katholischen Militärseelsorge, Heft 2, a.a.O., S. 36.

(„Jeden Tag eine gute Tat") noch zu verbessern ist. Die beste Stütze fürs Bestehende ist auch die Schulung zur Verhinderung weltlicher Bestrebungen nach Formung der Umwelt in freier Selbstbestimmung, indem das als nebensächlich geschildert wird und wenn das menschliche Glücksstreben gar gegenüber dem Ertragen von Verzicht, Opfer und Entsagungen abqualifiziert wird (z. B. BS 22, 7 f. — mit der Folgerung: „Wer das Leben nimmt, wie es kommt, wer täglich sich selbst überwindet und sich schlicht und unbekümmert hineinbohrt in die großen und kleinen Aufgaben, die ihm das Leben stündlich stellt, der wird bald spüren, wie im Winkel seines Herzens so etwas aufblüht wie ein kleines Glück, das gute Gewissen, das Gefühl (!) des Friedens, der Geborgenheit und der Ausgeglichenheit"). Wenn im Verein damit noch Gottesdienst, Religion, höchste Werte und Willenskraft schlicht mit Freiheit und Demokratie gleichgesetzt werden (BS 23, 15), vermischt mit der gefährlichen „Sicherheit", daß Gott wie überall auch „neben mir am Arbeitsplatz" steht (BS 31, 13), die zur Abqualifizierung der anderen führen kann, die das nicht glauben und neben denen Gott darum angeblich nicht stehe, kann eine Auffassung von Demokratie als Mischung von gegebener Stabilität und religiösem Firnis darüber nur konsequent sein. Zufriedenheit mit dem, was ist und metaphysische „Antworten" wie „Gott", „Glaube", „Jenseits" usw. auf bohrende Fragen nach Sinn und Zweck irdischer Veranstaltungen, Strukturen und Interessen können den Nutznießern des Status quo nur angenehm sein. Die aber den gesellschaftlichen Status quo wollen, sind es zugleich, die die Bundesrepublik zum einzigen europäischen Staat machen, der bestehende Grenzen revidieren will. Und wenn religiöse MS-Schriften die nach dem Krieg entstandene Lage „Unrecht" betiteln und die in den abgetrennten Gebieten herrschenden Kommunisten als Glaubensfeinde verteufeln, sind sie in gefährlicher Nähe zu den Kräften, denen man um des Friedens in der Welt willen nicht mehr glauben sollte, sie würden ihre Forderungen nur mit friedlichen Mitteln zu verwirklichen suchen.

Die MS-Ideologen hätten allerdings noch ein Argument gegen Kritik der hier vorliegenden Art: Sie würden in gleicher Weise auch von rechts bekämpft — so daß sie, wie so oft, wieder als Weltkinder „in der Mitten", in der nach Mörike „holdes Bescheiden" liegen soll, richtig zu liegen meinen. Die einem mechanischen Weltbild entstammende Ideologie der „rechten" Mitte dürfte auf Grund der jüngsten Vergangenheit, in der sich gerade die Mitte radikalisierte und die Massenbasis für die Nazis abgab, für historisch Denkende reichlich diskreditiert sein; wir halten im übrigen im allgemeinen nichts von mechanischen Analogien. Wesentlich erscheint uns die Interessenbasis, die Vorliebe für den autoritären Staat und die festgefügt-„harmonische" Gesellschaft, mit dem Wehrstand als dem heroisch-asketischen Vorbild fürs Ganze, das seine ihm zugleich Existenzberechtigung verleihende Widersacher innen und außen sucht, aufbaut und findet. Das kalte Argument für den „garrison-state" braucht, wie gesagt, nicht unbedingt die religiöse Überhöhung und findet sie hier und da auch nicht ganz geheuer und auch nicht exakt in die Zukunft hinein kalkulierbar, so daß die miltaristischsten Militaristen, die freilich eine Wirklichkeit verkennen, in der auch noch konservativ-rektionäre Parteien bei uns nicht auf die religiös stimulierte Massenbasis verzichten können, darauf verzichten möchten. Von Studnitz, der die Bundeswehr bekanntlich durch Entfernung der wenigen zivilen und demokratischen Schaustücke in ihr „retten" möchte, betitelte die evangelischen Militärseelsorger als die „trojanischen Pferde auf dem Kasernenhof", und der rechts unüberholbare Winfried Martini sprach im gleichen Zusammenhang vom „pietistische(n) Flüstern unserer Baudissinisten" [77]). Die Regel sind solche Aussagen nicht bei uns. Noch

[77]) Zit. n. Militärdekan Ernst Mittelmann in: Soldatische Erziehung heute und morgen, a.a.O., S. 4.

wird die Religion als beruhigende Übertünchung des Militärischen für nötig gehalten, und sei es als Lückenbüßer für sonst nicht rational zu rechtfertigende Strukturen und Macht- und Ohnmachtsverhältnisse, der aber — historisch gesehen — dann immer fallengelassen wird, wenn die nackte Autorität und Gewalt ohne das auskommen kann. Die Funktion der MS als Magd der Herrschenden, deren Form und Inhalt von den letzteren bestimmt wird — sie kann zuletzt nicht besser charakterisiert werden, als es Wilfried Daim [78]) in einem Bonmot tut: „Der Archetyp des deutschen Klerikers ist der Kaplan im Nibelungenlied. Hagen gibt ihm zunächst ein paar Ohrfeigen, dann wirft er ihn in die Donau. Der Kaplan wird jedoch an Land getrieben, schüttelt sich ab wie ein nasser Pudel und ist schließlich der einzige Überlebende."

Konsequenzen

Wir haben es uns aus Platzgründen erspart, die an vielen Stellen ins Auge springende Analogien zum neofaschistischen Gedankengut, wie es die NPD-Presse vertritt [79]), ausdrücklich zu belegen. Wir können hier auch keine juristische Expertise hinzufügen, die das System der MS auf seine Vereinbarkeit mit dem weltanschaulich neutralen Grundgesetz prüft (man stelle sich aber einmal die Entrüstung unserer Ordnungshüter vor, wenn etwa auch die Humanistische Union oder eine muselmanische Religionsgemeinschaft gleichberechtigten Zugang zum „Lebenskundlichen Unterricht" bekommen wollte!) und die die Verfassungswidrigkeit von Äußerungen hoher Staats-, Bundeswehr- und MS-Funktionäre über „unsere" „christlichen" „Werte" [80]), die es gegen Feinde von innen (möglicher Tatbestand der Volksverhetzung) und von außen (mögliche Anstiftung zum Völkerhaß und zum Präventivkrieg, die gegen Art. 25 und 26 GG verstößt) zu „verteidigen" gilt, in der für deutsche Juristen üblichen Form nachweist. (Dazu hätte man die blasphemische Verhunzung der christlichen Religion durch manche Äußerungen in den MS-Schriften bis zum 1. September 1969 als Gotteslästerung möglicherweise belangen lassen können.)

Abgesehen aber von juristischen Konsequenzen, die z. B. auch in der Überprüfung [80a]) der beträchtlichen Mittel, die für diese autoritären Propagandaapparate ausgegeben werden, liegen würden, plädieren wir für politische Folgerungen in Form der Infragestellung der MS sowohl von Angehörigen der Bundeswehr wie von denen der Kirchen wie aber auch letztlich von der gesamten demokratischen Öffentlichkeit her, die sie finanziert. Das Grundschema der MS-Indoktrination zu durchschauen, ist dabei von größter Wichtigkeit: Die Darstellung von der und die Hinführung zur autoritären Persönlichkeit; das Hereininterpretieren von Merkmalen dieses antidemokratischen Typs in unsere Gesellschaft als gut und wertvoll und dann die Propaganda für die Notwendigkeit und Gottgewolltheit der „Verteidigung" eben dieser „Werte" in dieser für die Welt beispielhaften „Ordnung" nach innen und nach außen. Ist der „militärisch-industrielle Komplex" (Eisenhower) auch bei uns schon gefährlich genug, so geben alle Anzeichen, die wir analysieren, wie auch die Durchsetzung der obersten Beratungsgremien der „Inneren Führung" wie dem „Beirat für Innere Führung" mit Erzreaktionären

78) Wilfried Daim, Analyse einer Illusion. Das österreichische Bundesheer, Bellnhausen 1969, S. 69.
79) Vgl. etwa nur die wenigen Zitate in der Skizze von Friedhelm Baukloh, NPD-Jugend aus der „Schule der Nation", in: Frankfurter Hefte, Nr. 8/1969, S. 538 ff. Die Parallelen zwischen MS-Zitaten, die wir benutzt haben, und entsprechenden NPD-Aussagen springt besonders bei den die Bundeswehr selbst betreffenden Problemen ins Auge. Vgl. dazu Reinhard Kühnl, Rainer Rilling, Christine Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt/M. 1969, S. 118, 199, 244 ff.
80) Lt. Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGe 12, 1 [4 f]) ist die religiöse Missionstätigkeit in der Bundeswehr nicht durch Art. 4 III GG gedeckt.
80a) Öffentlich kritisierbar sind lediglich die im Haushaltsplan verzeichneten staatlichen MS-Mittel, nicht die, die die Kirchen aus Soldatenkirchensteuern dazuschießen. Während es in der ev. Kirche wenigstens einen „Beirat" gibt, der die MS kontrollieren soll, ist die kath. MS nur sich selbst, dem Papst und Gott verantwortlich.

wie Albrecht Beckel [81]), Franz Pöggeler [82]) u. a. alle Berechtigung, von einem militärisch-klerikalen Komplex bei uns zu sprechen, der den ersten überhöht und gegen Kritik absichert. Die allseitige Kritik gegen diese Tendenzen, die schon keine bloßen Tendenzen mehr sind, wird vielleicht den Effekt der gewaltigen MS-Manipulationsmaschine etwas neutralisieren können — wir halten das zur Zeit schon für einen Erfolg. Letztlich wäre aber nur die Demokratisierung von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Kirche das einzig durchgreifende Mittel gegen autoritär-aggressive Obrigkeitspropaganda, die aber natürlicherweise bei einem schlagkräftig sein sollenden Gewaltapparat seine Grenze findet und finden muß. Es sei denn, die Bundeswehr würde abgeschafft — aber mit diesem Gedanken bewegen wir uns außerhalb der herrschenden Ordnung, die sie braucht [83]).

„Allmächtiger Vater, der Du die Gebete jener erhörst, die Dich lieben, wir bitten Dich, denen beizustehen, die sich in die Höhen Deines Himmels wagen und den Kampf bis zu unseren Feinden vortragen. Behüte und schütze sie, wir bitten Dich, wenn sie ihre befohlenen Einsätze fliegen. (. . .) Wir bitten Dich, daß das Ende dieses Krieges nun bald kommt und daß wir wieder einmal Frieden auf Erden haben. — Mögen die Männer, die in dieser Nacht den Flug unternehmen, sicher in Deiner Hut sein (. . .). Wir werden im Vertrauen auf Dich weiter unseren Weg gehen; denn wir wissen, daß wir jetzt und für alle Ewigkeit unter Deinem Schutz stehen. Amen." Ein Feldgeistlicher beim Start des US-Flugzeugs, das wenig später die Atombombe auf Hiroshima warf; Südseeinsel Tinian, 5. 8. 1945 (ein „Dokument christlicher Gotteslästerung" [H. Gollwitzer]) [84]).

---

81) Zur Charakterisierung des Präsidenten des Zentralkomitees der (west-)Deutschen Katholiken und Oberbürgermeisters von Münster vgl. die Textstellen, die ich von Beckel zitiert habe, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/1969, S. 259, 265 („Zu konservativen, autoritären und restaurativen Strömungen im westdeutschen Katholizismus"); sowie in: Kritischer Katholizismus, November 1969.

82) Vgl. zu diesem reaktionären Pädagogen, der dauernd in „Sittenfragen" im Namen der „Katholischen Elternschaft Deutschlands (!)" spricht, obwohl die wenigsten Katholiken diesen Verein kennen, und zugleich designierten Leiter der Koblenzer Schule für Innere Führung: Baukloh, Die neue Theorie der Inneren Führung, a.a.O., S. 805, 808 f.

83) Diese Arbeit konnte als Textanalyse nicht noch ebenso wichtige Probleme wie die Geschichte der MS, ihre organisatorische Struktur und ihre juristische Problematik umfassen. Ebenfalls mußte leider auf die Diskussion der MS-Stellungnahmen zum Krieg und zum Töten sowie zum Frieden verzichtet werden (Interessenten seien auf die Behandlung des 5. Gebotes in den Beichtandachten beider Soldatengesangbücher verwiesen, wo von allem, nur nicht vom Krieg die Rede ist). Der Entwurf der MS-Bischöfe zur Endlösung der Kriegsdienstverweigererfrage (vgl. Kölner Stadtanzeiger, 14. 10. 1969; Die Zeit, 17. 10. 1969; Der Spiegel, 20. 10. 1969), der nach Manuskriptschluß bekannt wurde und in dem sich die MS-Bischöfe in traditioneller Thron- und Altar-Manier den Kopf des Staates zerbrechen, enthält als unverschämteste Forderung die nach der Änderung des Gemeinschaftskundeunterrichts an allen allgemeinbildenden Schulen. Damit kann nur dessen Angleichung an die oben analysierte Diktion des „Lebenskundlichen Unterrichts" gemeint sein, der auf den populären Soldatenschriften beruht. — Der Verfasser, der sich auch darüber bewußt ist, das Problem des Vergleichs katholischer und evangelischer MS ausgeklammert zu haben (was gegenüber der evangelischen MS etwas bedauerlich ist), plant eine größere Veröffentlichung über die MS und ist für Informationen und Hinweise dankbar.

84) *Zit. n. Helmut Gollwitzer, Die Christen und die Atomwaffen, München 1957, S. 7.*

Strauß als kommenden Kanzler „aufzubauen" [4]). Es wurde auch zu wenig beachtet, daß Strauß selbst vor einigen Wochen für eine wesentliche Stärkung der Stellung des Bundeskanzlers innerhalb der Regierung „im Sinne einer Annäherung an das Präsidialsystem" eingetreten ist (nach AP, 8. August 1969). Er wird dabei kaum in erster Linie an eine Ausweitung der Richtlinienkompetenz eines Bundeskanzlers Kiesinger gedacht haben.

Die Ausschnitte aus dem Wahlkampf der Strauß-Partei, auf die wir uns in diesem Aufsatz beschränken mußten, dürften dennoch ausreichen, Tendenz und Tenor dieses CSU-Wahlkampfes deutlich zu machen. Vermutlich ist es der Partei gelungen, etliche Wähler, die ursprünglich die NPD wählen wollten, von einer solchen Wahlentscheidung abzuhalten. Doch sie hat diesen „Erfolg" nur dadurch erreicht, daß sie sich (nicht erst jetzt) den Parolen der NPD, ihren Gesinnungen und ihrem Vokabular immer wieder annäherte. Es gibt heute weniger denn je eine eindeutige ideologische Grenzlinie zwischen CSU und NPD, dafür aber nur allzuviele ideologische „Verfilzungen" und Überschneidungen. Und das wird sich für die deutsche Demokratie wahrscheinlich weit fataler auswirken, als es ein Einzug einer in der NPD lokalisierten Rechten in den Bundestag getan hätte. Denn die CSU ist im Gegensatz zur NPD keine sektiererische Rechtspartei, sondern ein nicht zuletzt von der bayerischen Industrie und der Kirche gestützter breiter Rechtsblock von beträchtlichem Einfluß weit über die Grenzen Bayerns hinaus. Die NPD bleibt vorerst außerhalb des Bundestages. Dennoch — die neue deutsche Rechte ist unter uns. Eine ehrbare Rechte? Mitnichten.

Wilfried Schilling

Italienischer Heißer Herbst

I

Die gegenwärtige politische Situation in Italien stellt ein echtes Paradoxon dar: sie ist gleichermaßen erstarrt und bewegt. Erstarrt ist Mariano Rumors christdemokratisches Einparteienkabinett, das sich zu keinerlei Entschlußkraft durchringen kann. Bewegt hingegen sind die sozialen Spannungen, die sich in gewaltigen Streikbewegungen entladen. Der im Sommer nach dem Auseinanderbrechen von Sozialisten und Mitte-Links-Regierung prophezeite „heiße Herbst" ist ein-

4) Dafür nur ein Beispiel: „Bild" vom 21. Mai 1969 brachte einen sechsspaltigen Bericht über den England-Besuch des damaligen Finanzministers unter der dicken Überschrift „Bombenerfolg für Strauß. Englische Zeitungen sagen ihm eine dicke Karriere voraus." Dem entsprach die „Bild"-Version in der Aufwertungs-Frage. „Bild" feiert Strauß vor allem immer wieder als Wegbereiter des Made-in-Germany-Export-Nationalismus. Siehe dazu auch Strauß selbst in einem Interview in der „Welt" vom 18. September: „Wir haben alle Positionen verloren. Wir sind durch eigene Schuld aus der Welt vertrieben worden. Jetzt ist es die Aufgabe unserer Politik, dem Kaufmann, dem Industriellen, den jungen nachwachsenden Menschen wirtschaftlich den Weg in die Welt zu öffnen."

getroffen, und alle Schwächen und Unterlassungen der vorangegangenen verschiedenen Mitte-Links-Regierungen rächen sich jetzt schlagartig. Millionen von Arbeitern (an manchen Tagen waren es nicht weniger als fünf bis sechs Millionen), traten in den Ausstand, und das auf den lebenswichtigen und verletzlichsten Sektoren der metallverarbeitenden Industrie, in der Petrolchemie, an Hochöfen und Schmelzbirnen. Hunderttausende von Arbeitern demonstrieren in den Städten, und das Ende aller Streiks und Demonstrationen ist nicht abzusehen.

Es handelt sich diesmal um eine authentische Konfrontation zwischen einer gewaltigen Masse von Arbeitnehmern auf der einen Seite, die offensichtlich gewillt ist, neue soziale Positionen innerhalb der Gesellschaft zu erringen, und dem privaten und staatlichen Arbeitgeberverband, die beide den Status quo im Dienste ihrer Eigeninteressen aufrechterhalten wollen. Die Beweggründe zu diesen Streiks von ungeahnten Ausmaßen sind klar. Grundlegend wird von den Arbeitern angestrebt, die soziale Basis zu verändern. Eine menschenwürdigere Stellung innerhalb der Gesellschaft durch einen besonderen Arbeitsstatus und ein menschenwürdigeres Dasein, das sind die höheren Ziele, wobei Lohnforderungen im Hinblick auf eine gerechtere Verteilung des Nationalprodukts unerläßlich sind.

Italien steht auf der Weltrangliste der Industrienationen an siebter Stelle. Das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung jedoch rangiert unter den EWG-Nationen an vorletzter Stelle, ein Plätzchen vor Griechenland. Vielleicht kann man schon aus dieser Diskrepanz heraus ermessen, wie sehr das Land bei der gegenwärtigen Entwicklung unter sozialen Spannungen leiden muß.

Es ist beinah müßig, noch zu erwähnen, daß es sich nicht um Streiks handelt, die von bösen linken Hetzern hochgeputscht worden sind, sondern um echte soziale Bedürfnisse und Forderungen gegenüber einer äußerst konservativ verharrenden Industrieherrenschaft. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß auf diese Weise eine Volksbewegung ausgelöst wurde, die immer weitere Kreise in die Auseinandersetzung hineinzieht und deren Brennpunkte sich über die gesamte Halbinsel erstrecken. Während die „padroni", die „Herren", in den Verhandlungen lederzähe Hinhaltetaktiken anwenden und davon sprechen, bei Erfüllung der durch die drei Gewerkschaften (CISL christlich, UIL sozialdemokratisch und CGIL kommunistisch-sozialistisch) vertretenen Forderungen (Lohnerhöhungen von etwa 30—35 Pfennigen pro Stunde bei Verringerung der Arbeitszeit um täglich eine Stunde von acht auf sieben) allesamt pleite zu gehen, und an die nationale Verantwortung appellieren, greifen Zahl und Ausdehnung der artikulierten Streiks immer weiter um sich. Über die im Dezember auslaufenden Arbeitsverträge ist keine Einigung in Sicht, soviel auch verhandelt wird.

Auffallend für den Beobachter bei diesen Streiks ist die Geschlossenheit der Arbeiterschaft und im Reflex die Einigkeit der sie vertretenden Gewerkschaftler, seien sie nun christlich, kommunistisch oder sozialistisch-sozialdemokratisch. Wie schon gesagt, haben diese Streiks den Charakter einer kraftvollen Bewegung, ja, eines Volksprotests gegen die fortschreitende Teuerung angenommen, wobei auch der Protest gegen die Erhöhungen der Mieten keine geringe Rolle spielt. Um diesen Punkt zu verstehen, muß man beispielsweise wissen, daß laut amtlicher Statistik im Norden des Landes über die Hälfte aller Mieter nicht in der Lage ist, den geforderten Mietzins zu bezahlen, oder daß sie generell mit ihren Zahlungen ewig im Rückstand sind. Im Süden hingegen sind es siebzig bis achtzig Prozent, die ihre Mieten nie oder nicht pünktlich bezahlen können. So war es bisher. Bei einer Erhöhung der Mieten müssen sich jedoch die Prozent-

sätze notgedrungen noch negativer verschieben. Mit den zahlungsunfähigen Mietern tritt eine neue Kategorie von Menschen, die bis zum Regierungsangestellten hinaufgeht, in den Streiksog. Die Gesellschaft spaltet sich auch hier noch einmal.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die amtlichen Auskünfte auf Schätzung des Nationaleinkommens, das für das laufende Jahr einen wahren Rekord erreichen wird, nämlich einen Zuwachs von sieben Prozent. Dieser Zuwachs wäre ein Erfolg, wenn nicht seit einiger Zeit das Finanzspekulantentum eifrig am Werke wäre — am Zerstörungswerk, müßte man eigentlich sagen. In acht Monaten dieses Jahres (und sicher sind auch die Sommerferien für diese Transaktionen benutzt worden oder fielen den Manipulationen gar zum Opfer) haben nicht weniger als 1274 Mrd. Lire das Land verlassen. Im Monat August weist die Bilanz ein Passivum von 145 Mrd. Lire auf; davon entfielen auf privat 130 Mrd. und 15 Mrd. auf öffentliche Gelder. Der Übergang, der eine Investitions- und Expansionspolitik auf dem Innenmarkt erlaubt hätte, war hinweggefegt. Er betrug in acht Monaten bis Ende August 779 Mrd. Die Kapitalflucht von 1274 Mrd. Lire löschte den Aktivposten aus. Was blieb, war ein Defizit von 495 Mrd. Damit machten die Kapitalflüchtigen den Nutzen für die Wirtschaft, der aus den Überweisungen und Ersparnissen emigrierter Arbeiter in Höhe von 339 Mrd., aus dem Tourismus von 485 Mrd. und den Frachtgebühren von 240 Mrd. entstand, zunichte, nachdem auch noch das Defizit im Warenaustausch auf 292 Mrd. innerhalb von acht Monaten aufgelaufen war. Wenn nun Bilanz gezogen wird, kommen wir auf eine Kapitalflucht von 2000 Mrd. Lire im Jahr. Geld, das der Volkswirtschaft absichtlich entzogen wird, und zweifellos sind es nicht die arbeitenden Massen, die ihre „Gewinne" auf Schweizer Banken tragen.

Der Generalsekretär Bruno Storti von den christlichen Gewerkschaften CISL hat in einer harten Podiumsdiskussion im Fernsehen dem alten Fuchs Angelo Costa vom privaten Unternehmerverband diese Tatsache unter die Nase gerieben. Costa hörte zwar in einer an Adenauer erinnernden Art zu, um dann hartnäckig von anderem zu sprechen. Da es wohl ziemlich klar sein dürfte, wer diese Milliarden-Kapitalflucht in die Schweiz bewerkstelligt und warum das so gehandhabt wird, ist auch die populär gewordene Argumentation, daß sich daraus leicht die Lohnforderungen der arbeitenden Massen erklären lassen, alles andere als weithergeholt. Es sind eben Summen, die zweifellos der Investition verlorengehen und damit Volk und Gesellschaft entzogen werden.

Storti sprach sich in dieser Diskussion auch in anderen Punkten sehr klar über die wirtschaftliche Situation des Landes aus und sah die Tragik besonders darin, daß die Preise und Lebenshaltungskosten bereits v o r jeder Lohnforderung in die Höhe kletterten, so daß praktisch dann eine Lohnerhöhung in der Realität bereits illusorisch wird, denn zum Zeitpunkt der Auszahlung hinkt diese den hochschnellenden Preisen bereits wieder hinterher. Hier liege die Schuld an der Entwicklung kaum bei den „bösen" Arbeitern, die ja nicht zu ihrem eigenen Spaß streikten.

Dies mag bezeichnend für die Situation sein, in der die Auseinandersetzung um eine bessere und gerechtere Verteilung der Gewinne vor sich geht. Selbst Ministerpräsident Rumor gab zum erstenmal in der Geschichte der Christdemokratischen Partei in einer Fernsehrede zu diesem Punkt erstaunliche Äußerungen von sich. Er erklärte nämlich, daß von den gemachten Profiten auch ein Teil durch die Behausungen der Arbeiter gehen und dort hängenbleiben müsse. Viele Italiener horchten ungläubig auf, weil sie Derartiges aus autoritativem christdemokratischem Mund in fast fünfundzwanzig Jahren noch nie vernommen hatten.

Und sie werteten es als ein Symptom, auch wenn sie der Sache nicht trauen, denn diese überraschende Feststellung Rumors wird logischerweise der Streiklage des Augenblicks zugeschrieben.

Sicher ist, daß der deutsche Zeitungsleser beim Überfliegen der Nachrichten über andauernde Streiks in Italien den Eindruck gewinnen muß, hier mache sich Anarchie breit. Doch ebenso sicher ist es, daß auch der deutsche Arbeiter unter solchen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen seine italienischen Kollegen zu arbeiten gezwungen sind, nicht weniger in den Ausstand treten würde. Übrigens war es wieder der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Storti, der es ein Ziel nannte, dieselben Löhne und Arbeitsbedingungen zu erreichen wie in der Bundesrepublik. Wenn auch die Unternehmer immer mit der Rentabilität ihrer Betriebe und einem drohenden Bankrott wegen der Lohnerhöhungen kokettieren (um ihre „Einbußen" klein zu halten), so wird ihnen gewerkschaftlicherseits entgegengehalten, daß in der Vergangenheit in Italien noch kein einziger Betrieb durch die Auszahlung höherer Löhne bankrott gemacht habe, sondern im Gegenteil die Rentabilität gestiegen sei.

II

Auf dieser Basis der umsichgreifenden Arbeits- und Lohnkämpfe bildet sich im Volk sozusagen ein allgemeines linkes Bewußtsein heraus, das nicht ohne politische Auswirkungen bleiben kann; darauf werden wir gleich noch zu sprechen kommen. Kein Mensch spricht heute noch von „rechten" Putschabsichten, ein Thema, das im vergangenen Sommer in aller Munde war. Die alarmierenden Gerüchte von damals sind vergessen, nicht, weil man die Gefahr von rechts heute nicht mehr sehen will, sondern weil die damalige Gefahr unter dem Gewicht der augenblicklichen Situation außer Diskussion steht. Und das spricht für ein wachsendes demokratisches Selbstbewußtsein der Massen. Wie es auch erstaunlich ist, daß die großen Aktionen und Demonstrationen bis jetzt immer diszipliniert, einig und gesammelt vor sich gegangen sind. Als sporadisch von verschwindend kleinen sektiererischen, anarchistischen oder maoistischen Gruppen Störversuche unternommen wurden, waren es die Arbeiter selbst, die sie sofort in die Schranken zurückwiesen. Andere Streiks brachen wild aus, um dann doch unter die Kontrolle der Gewerkschaften zurückzukehren.

Während mit Sicherheit vorauszusagen ist, daß die Unterhandlungen zwischen den Gewerkschaften (die sich diesmal nicht mehr durch Tricks und Versprechungen auseinandermanövrieren lassen und geschlossen agieren) und den Unternehmern noch lange ergebnislos andauern werden, steht im Hintergrund drohend das Gespenst des Generalstreiks. Und noch immer zeichnet sich bei der prinzipiellen inneren Heftigkeit der Konfrontation kein Ende ab.

Welche Schritte unternimmt die Regierung, um der Lage zu begegnen? Umbrandet von Problemen, die aus der inneren Schwäche der Mitte-Links-Ära entstanden sind, bleibt sie ruhig und bescheiden und versucht über ihren Arbeitsminister Donat-Cattin zu vermitteln. Der Wirtschaftsspezialist und Schatzminister Colombo gab zwar in einer in Turin gehaltenen Rede zu, daß die Preise gestiegen seien, aber doch geringfügiger als in anderen Ländern. Die Feststellung des Wirtschaftsexperten bietet natürlich den breiten arbeitenden Volksschichten wenig Trost. Sie sehen in der Lohn- und Preisentwicklung eine schleichende Inflation. Doch bekanntlich werden solche Divergenzen in der Beurteilung, wann und ob eine schleichende Inflation vorliegt, nicht zuletzt vom Einkommen des einzelnen Bürgers entschieden, das heißt, ob er über genügend Mittel verfügt, um einer sol-

chen Entwicklung zu begegnen. Gegen die andauernde Kapitalflucht ins Ausland, die die Wirtschaft des Landes angreift und bei Anhalten zur Schwindsucht verurteilen wird, tut die Regierung bis heute gar nichts, oder sagen wir, so gut wie nichts. Zu diesem Thema erhob Schatzminister Colombo lediglich den Zeigefinger und sagte, daß er angesichts der Last und des Risikos derartiger Operationen Italiener, die ihr Kapital ins Ausland brächten, als wenig intelligent und als wenig patriotisch ansähe. Das sind überaus sanfte Ministerworte angesichts der sich langsam abzeichnenden Katastrophe und angesichts des im Volke breit anwachsenden Unmuts, Zorns und Protests. Im Volk wird in der systematischen Auspowerung des Landes ein Tiefschlagkampfmittel der Besitzenden gesehen, die natürlich die Schuld an der jetzigen Wirtschaftslage den Arbeitern zuschieben, wenn diese ihre berechtigten Forderungen stellen.

Das kapitalistische System befindet sich in Bedrängnis. Vor dem gewaltigen Hintergrund der Streikbewegung springen naturgemäß starke Impulse auf die reine Politik über. Lediglich die Politik der Regierung ist erstarrt. Man wartet, verharrt — und sieht, wie das Volk handelt. Man könnte es auch anders ausdrücken: Hinter dem Kolossalgeschehen der Streiks von diesem Herbst sitzt still und unbeweglich Mariano Rumors christdemokratisches Einparteienkabinett, das wegen seiner Untätigkeit allgemein „Parkplatzregierung" genannt wird. Gelähmt durch den sozialdemokratischen Doppelschlag vom Juli, der bewußten Sprengung der sozialistisch-sozialdemokratischen Einheitspartei sowie anschließend der Mitte-Links-Dreiparteienkoalition, die praktisch zum Todestag für die Mitte-Links-Formel überhaupt wurde, verfolgt diese Verlegenheitsregierung tatsächlich keine andere Politik als die einer konservierenden Verwaltung. Hatten die verschiedenen Mitte-Links-Regierungen in den Jahren zuvor aus ihrer organischen Schwäche heraus alle brennenden Probleme immer nur zur Hälfte oder gar nicht lösen können — Versäumnisse, die heute doppelt zurückschlagen —, so steht die „Parkplatzregierung" Rumors noch viel schwächer neben dem politischen Geschehen, als es zuvor der Fall war, während bewußt oder unbewußt die Mehrheit der Italiener immer dringender nach einer wirklich tatkräftigen und nicht nur rhetorischen demokratischen Reformpolitik verlangt.

Wie soll der vielköpfige christdemokratische Parteikoloß aus der Stagnation noch herausfinden, in die sie der sozialdemokratische Spalterschlag vom Juli hineingestoßen hat? Bis jetzt war es ihm in seiner heterogenen Zusammensetzung nicht möglich, aufzustehen und den politischen Realitäten wirksam zu begegnen. Das übliche innerparteiliche Tauziehen rund um die „Parkplatzregierung" geht weiter, und noch sieht man den Weg nicht, der aus den Juli-Trümmern ins Freie führen soll. Man spielt mit Formeln für neue Mitte-Links-Regierungen; es ist ein Puzzle-Spiel gigantischen Ausmaßes in immer neuen Zusammensetzungen, aus denen nichts wird und nichts werden kann, weil man sich dagegen wehrt, anzuerkennen, daß das Spielbrett längst zerbrochen ist. Der sogenannte Mann auf der Straße, die vielen Männer und Frauen, um die es dabei tatsächlich geht (was meistens vergessen wird), sind dieser Formelspiele, die sich immer weiter von den aktuellen Problemen entfernen, überdrüssig.

Politik und Realität scheinen unter dieser Art von Rhetorik überhaupt nicht mehr zusammenzufinden. Zu allem Unglück hat die Juli-Krise den Christdemokraten außer der von den ehemaligen Koalitionspartnern parlamentarisch gestützten Alleinregierung paradoxerweise noch eine Schiedsrichterrolle beschert, mit der sie nichts anzufangen wissen, da sie sich in ihrer eigenen Unbeweglichkeit verfangen. Schon seit Jahren nicht in der Lage, sich entweder für eine sogenannte Ordnungspolitik oder für eine Reformpolitik zu entscheiden, fällt unter

den jetzigen Umständen der Gedanke an irgendwelche Reformen ganz aus. Neue Linksgruppen haben sich in ihrem Schoß gebildet, und die inneren Machtkämpfe und Personalismen dauern an.

Welchem Partner soll der Zuschlag für eine neue Regierungskoalition gegeben werden? Den Sozialdemokraten? Das würde deren Wunsch entsprechen, die politische Achse nach rechts zu drehen. Doch ein solches Zweiparteienkabinett könnte die Sozialisten unter ihrem Parteisekretär de Martino den Kommunisten wieder in die Arme treiben, nachdem der alte Nenni dort nach der Juli-Spaltung in die Isolierung gedrängt worden ist. Oder mit den Sozialisten? Dann wiederum wären die Sozialdemokraten virulent, besonders nachdem der Sozialist de Martino in einem Bericht an das Zentralkomitee seiner Partei von einer „Überwindung" der alten Mitte-Links-Formel und der daraus entstandenen Situation sprach, denn unter dieser „Überwindung" wird von den Sozialdemokraten zu Recht nichts anderes als eine Annäherung an die Kommunisten vermutet, was einer Aufhebung der politischen Quarantäne gegen die Kommunisten gleichkäme. Alle diese Überlegungen macht die christdemokratische Partei in ihrem Inneren im Reflex mit. Was also soll geschehen?

Es entsteht ein neues Paradoxon. Grundsätzlich hält man an der alten Mitte-Links-Formel fest, kann aber praktisch zu keinerlei Einigung darüber gelangen. Die Wiederbelebungsversuche des Todkranken gehen weiter, und am Bett stehen die Ärzte und debattieren weiter, während der Kranke dahinsiecht. Und bei all dem ist das Land in Bewegung.

Als wohlmeinender Politiker sprang der Republikaner La Malfa in die Bresche, um unter den zerstrittenen Sozialdemokraten und Sozialisten zwecks Weiterführung der Mitte-Links-Koalition Eintracht zu stiften. Er erreichte das Gegenteil. Der Abgrund zwischen den Parteigenossen von einst wurde nur noch tiefer. Damit fällt ein inzwischen historisch gewordener Irrtum ins Auge, der für die jetzige Lage symptomatische Bedeutung erlangt: die Einigung der Sozialdemokraten und Sozialisten vor drei Jahren wurde von theoretisierenden Parteispitzen unter Außerachtlassung der Parteibasen von oben herab bestimmt. Dieser Fakt führte zur Gärung und machte den Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wunschdenken und Realität recht kurzfristig sichtbar. Es ist unrealistisch, im großen Maßstab, auf höchster Ebene, Formeln wie die-Mitte-Links-Regierung wiederbeleben zu wollen, ohne zu wissen, wie die Basis, nämlich Wähler und Volk, darauf reagieren wird. Die jetzigen Arbeitskämpfe, die letztlich ein neues soziales Bewußtsein der Arbeiterschaft insgesamt aufscheinen lassen — eine große Sehnsucht nach einer verbesserten Stellung innerhalb der Gesellschaft und nach einer reformierten Gesellschaft —, könnten durchaus diese harte Realität sein, die einsame theoretische Erörterungen in den politischen Spitzengremien bereits überholt hat. In diesen Spitzengremien weiß man zwar, daß da unten etwas in Bewegung geraten ist, gibt dem jedoch eine selbstgefällige Interpretation, ohne den Widersprüchen Rechnung zu tragen, und wendet sich gleich wieder den Formeln und Fragen zu, ob Ein-, Zwei-, Drei- oder Vierparteienregierung. Eine merkwürdige Zweiteilung der Politik und eine weitere Spaltung innerhalb zahlloser Spaltungen.

III

Eine Änderung in den gesellschaftlichen Beziehungen hat begonnen. Doch dieser Prozeß setzt sich in der Spitze noch nicht in Politik um, und man läuft deshalb auch Gefahr, von einer neuen politisch-gesellschaftlichen Realität überrollt zu werden. Die Suche nach Formeln, denen der realistische Inhalt fehlt, läßt keine

Zeit, sich mit dringenden Problemen auseinanderzusetzen. Die Konzentration all dieser Kräfte ist und bleibt auf die Gretchenfrage gerichtet: Rückkehr nach Mitte-Links oder nicht, und wenn, wie? Zweitens: wieviel Tage, Wochen oder Monate soll oder darf Rumor der „Parkplatzregierung" noch vorstehen? Und diese Fragen gebären neue Fragen, beispielsweise, wer Rumors Erbe antreten soll usw. usw. Nachdem sich die Sozialisten trotz ihrer These von der „Überwindung" der Mitte-Links-Formel bereiterklärt haben, Rumor vorläufig bis zu den Regional- und Gemeindewahlen parlamentarische Unterstützung zu geben, kann getrost angenommen werden, daß dann im Frühjahr Rumors Frist auf jeden Fall abgelaufen sein wird. Was nun die letzten Auswirkungen auf die sozialistische „Basis" angeht, so muß verzeichnet werden, daß es fast überall in Stadt- und Gemeinderäten gärt und daß von den Mitte-Links-Verwaltungen aufgrund des sozialdemokratisch-sozialistischen Antagonismus eine nach der anderen auseinanderbricht und die Linksverwaltungen aus Kommunisten und PSIUP (Partei der proletarischen Einheit) zusammen mit den Sozialisten wieder aufleben.

Nach dem Bild der Gesamtsituation, das hier aufgezeichnet wurde, ist es schwer, Voraussagen darüber zu treffen, wie der verfahrene Regierungswagen wieder in Fahrt gebracht werden soll, umsomehr, als es die beteiligten Maschinisten selbst nicht zu wissen scheinen. Von den Entwicklungen ausgehend, die einst 1962 von der Geburt der Mitte-Links-Formel bis zu deren Zusammenbruch im Juli dieses Jahres geführt haben, und ungeachtet dessen, ob es nun gelingt, sie weiterzuführen oder nicht, sollte man doch zum besseren Überblick noch einmal auf die Gründe ihres Entstehens hinweisen, die gleichzeitig auch die Gründe ihres Scheiterns sind. Es war Pietro Nenni, der nach einem Frontwechsel von beinahe 180 Grad nach einer langen gemeinsamen Opposition mit den Kommunisten seinerzeit die sogenannte „Öffnung nach links" im Bündnis mit den Christdemokraten bewerkstelligte. Ziel dieser Politik war es, selbst aus der Isolation heraus und mit an die Macht zu kommen, um dann durch soziale Reformen den Kommunismus zu schwächen und zurückzudrängen. Dieses politisch waghalsige Experiment ist Nenni mißlungen. Die Reformen waren Stückwerk, weil sie durch den großen christdemokratischen Partner jeweils erfolgreich verwässert wurden. Die erstrebte soziale Stabilität wurde nicht erreicht. Darüber zerbrachen Partei und Regierungskoalition. Die latente Instabilität auf dem sozialen Sektor ist nach sieben Jahren Mitte-Links-Regierung keinesfalls geringer geworden. Christdemokraten und andere stimmten nolens volens dieser Öffnung nach links ebenfalls mit dem Hintergedanken zu, die kommunistische Opposition zu schwächen und weiterhin im politischen Getto zu halten. Doch auch mit dieser Maßnahme wurde die gegenteilige Wirkung erreicht, als nämlich die kommunistischen Wählerstimmen und die Zahl der Abgeordneten im Parlament eben unter jenem Eindruck der Mitte-Links-Regierung weiter zunahmen. Geblieben ist der viel zitierten Mitte-Links-Formel der politische Zweck, neun Millionen Wählerstimmen von der Mitbestimmung fernzuhalten. Demokratisch-politisch gedacht, ist allein schon das eine Absurdität, daß man beispielsweise eine soziale Reform einfach deshalb nicht durchführt, weil bei der Abstimmung im Parlament die kommunistische Fraktion möglicherweise zustimmen könnte. Genau dieser Punkt ist es, den die Spalter-Sozialdemokraten bei ihrer Schisssion verfolgten.

Die Aufrechterhaltung dieses Prinzips, das Fallieren oder Halbfallieren der Reformen, hat zu der politischen Stagnation geführt, in der man sich heute befindet. Nichtsdestoweniger wird von den früher Beteiligten behauptet, es gäbe außer der Mitte-Links-Formel keine andere Alternative.

Da sich jedoch ein großer Teil der Sozialisten und auch linke Christdemokraten

nicht auf einen wirklichkeitsfremden Standpunkt festlegen lassen wollten, kam es zum provozierten Juli-Krach. Heute wird in der Sackgasse, in die man hineinspaziert ist, munter weiterdiskutiert, ohne von der kommunistischen Position die geringste Kenntnis zu nehmen.

Hatten im Krisensommer zwei Leitartikel des kommunistischen Parteiorgans „L'Unità" aus der Feder des Zentralkomitee-Mitglieds Amendola, in denen er schrieb, daß es nun an der Zeit sei, die Kommunisten ins Regierungskraftfeld der Verantwortung miteinzubeziehen, großes Aufsehen erregt, so präzisierte Parteisekretär Luigi Longo vor dem Zentralkomitee den Vorstoß Amendolas modifizierend dahin, daß dies kein „unmittelbares" Problem sei, sondern mehr eine Frage der Zukunft, allerdings einer nicht allzu fernen Zukunft. So unterstrich Longo erneut die Bereitschaft der Kommunisten, die Verantwortung mitzutragen. Einzelne Passagen seiner Rede verdienen in diesem Zusammenhang hier wiedergegeben zu werden. Er sagte: „Unserer Meinung nach ist eine neue Regierung dringend notwendig, eine Regierung, die, nach links orientiert, fähig ist, auf konkrete Weise die Fragen in Angriff zu nehmen, die heute die großen Massen bewegen. Eine Regierung, die Lösungen vorzuschlagen hat, die den Bedürfnissen und Bestrebungen der Massen entgegenkommen und die der Demokratie Geltung und fundamentale Sicherheit verleihen. Das soll nicht heißen, daß man die Frage einer kommunistischen Regierungsbeteiligung jetzt und heute stellen muß, doch bleibt zu betonen, daß sich keine Regierung als linksorientiert betrachten kann, die sich auf die Vorbedingung einer Aussperrung der kommunistischen Partei von jeder Teilnahme an wichtigen Entschlüssen, die nationale Lebensfragen betrifft, gründet. Eine derartige Aussperrung nimmt Erneuerungsabsichten von vornherein jede Glaubwürdigkeit, allein schon deshalb, weil heute ohne den Beitrag der kommunistischen Partei in der italienischen Linken nicht genügend Kräfte vorhanden sind, die in der Lage wären, die rechtskonservative Opposition niederzuringen und die Forderungen der Volksmassen nach den notwendigen politischen und sozialen Reformen zu verwirklichen. Hier liegt das Problem, das Togliatti schon nach dem Wahlsieg von 1963 angeschnitten hat. Er sagte damals: ‚Die gewaltige kommunistische Kraft in eine demokratische Linksregierung einzufügen, das ist das Hauptproblem für Italien heute und in nächster Zukunft. Dieser Knoten muß gelöst werden, wenn man will, daß die Demokratie bei uns stark gemacht wird und sich den sozialen Inhalt gibt, der ihr von unserer eigenen Verfassung zu geben auferlegt ist.'"

Longo bezeichnete es als grundsätzlich berechtigt, die Frage einer Regierungsbeteiligung in einem Moment aufzuwerfen, in dem gegen die Kommunisten gerichtete anachronistische Vorbedingungen aufgestellt würden, als ob es sich um Pestkranke handle, denen man sich bei Strafe der Ansteckung und Verdammnis nicht nähern dürfe. Für die Zwischenzeit erklärte er die Bereitschaft der PCI zur Zusammenarbeit mit allen weltlichen und katholischen Linkskräften und erläuterte dazu: „Wir sind noch nie für den Grundsatz ‚Je schlimmer, umso besser' gewesen, und unsere Polemik draußen im Land und im Parlament war immer von konstruktiven Vorschlägen begleitet, die auf die Befriedigung der fundamentalen Bedürfnisse der Volksmassen, auf demokratischen Fortschritt und auf die Wahrung von Frieden und Freiheit gerichtet waren. Deshalb sind wir bereit, Beziehungen zur Zusammenarbeit und Verständigung mit allen politischen und demokratischen Kräften der Linken auf jeder politischen und organisatorischen Ebene herzustellen, alle Lösungen auf Verwaltungsebene, Regierungsebene und Gewerkschaftsebene zu unterstützen, die es erlauben, aus der gegenwärtigen Erstarrung auszubrechen. Eine Erstarrung, die nur den privilegierten Schichten nützt und den

augenblicklichen Notstand, unter dem die Arbeiter leiden, nur noch verschlimmert. Der Zentrum-Links-Koalition, die in all den vergangenen Jahren ihre Unfähigkeit bewiesen hat, stellen wir eine neue Mehrheit entgegen, nicht konzipiert als eine abstrakte, mehr oder weniger abwegige Alternative, sondern als einen Prozeß, der bereits begonnen hat, der aus den Gegenwartsproblemen seine Daseinsberechtigung zieht und der von den im Gange befindlichen Auseinandersetzungen (gemeint sind die Streikbewegungen, d. Verf.) bestätigt wird. Wir wissen sehr gut, daß die gegenwärtige Krise keine Aufgabe ist, die lediglich von einer Vorhut, ja, nicht einmal von einer Partei allein gelöst werden könnte. Sie muß von verschiedenen Kräften, die in einer einzigen Richtung operieren, und mit der Unterstützung des ganzen Volkes angegangen werden. Wir wissen weiter, daß außer uns noch andere Gruppen und Bewegungen existieren, die die Sorgen und Nöte der italienischen Gesellschaft auf verschiedene Weise interpretieren. Es handelt sich deshalb darum, unaufhörlich mit diesen Kräften die Möglichkeiten einer Annäherung und Verständigung, Gemeinsamkeiten, soziale und politische Bündnisse zu suchen. Wir meinen, der Augenblick sei gekommen, in dem die Änderung der Beziehungen zwischen uns und den übrigen demokratischen Kräften der Linken nicht nur deklamiert und debattiert, sondern zumindest in einigen präzisen politischen Realitäten verwirklicht werden sollte. Deshalb sind wir zu jeder Begegnung und zur Diskussion mit allen bereit".

Ob die von Longo angebotene Bereitschaft zu einer solchen Verständigung greifbare Ergebnisse zeitigen wird, hängt nicht zuletzt von der Dauer der schleichenden Regierungskrise und der Art ab, wie sie gelöst werden wird. Auf gewerkschaftlichem Gebiet jedenfalls herrscht in diesem „heißen" Herbst eine bislang nie gekannte Einigkeit.

Hans-Henning Herzog/Paul Oehlke

Die „rationalisierte" Demokratie

Zu Theodor Eschenburgs „Totalrevision" der Verfassung

„Im Augenblick", so meint Theodor Eschenburg, „könnte höchstens eine extreme Übersteigerung demokratischer Tendenzen zu stärkeren Belastungen des Verfassungssystems führen." Dabei denkt er „ganz einfach in Funktionszusammenhängen, also an die Leistungsfähigkeit des für die Gesellschaft funktionierenden Staates" [1]). Diese moderne Variation auf den berühmten Satz aus dem Preußen Friedrichs II.: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk" ist nicht nur subjektiv das politikwissenschaftliche Plazet für den sich ausformenden autoritäten

1) Vgl. „Spiegel-Gespräch", in: Der Spiegel, Nr. 8, 17. Februar 1969, S. 36—50.

Staat. Sie berührt vielmehr jenes objektive Dilemma, in das die parlamentarisch-demokratische Form der Ausübung staatlicher Gewalt geraten ist, seitdem sich das ökonomische Herrschaftsverhältnis der politisch-sozialen Institutionen bemächtigte. Heute bedarf es nicht mehr der direkten privaten Mobilisierung staatlicher Gewalt, um wie in der liberal-kapitalistischen Ära den „Nachtwächterstaat" Lassalles kurzfristig in den Bereich der wachen Tagespolitik zu ziehen [2]). Denn einzig das planvolle Eingreifen des Staates gewährt in Zeiten oligopolitisch vermachteter Wirtschaft der kapitalistischen Produktionsweise die Möglichkeit ihres Überlebens. Einmal sichert das Instrumentarium öffentlicher Finanzpolitik ein stetiges Wirtschaftswachstum bei annähernd stabilem Geldwert; zum anderen bewirkt der große Beschäftigungs- bzw. Einkommenseffekt der über zusätzlichen Kredit finanzierten, „autonomen" Investition mit ihrer erhöhten Gesamtkaufkraft jene ständig erweiterte Nachfrage, ohne die die weitere Konzentration und Zentralisation des Kapitals gefährdet wäre. Mit der neuen Rolle des bürgerlichen Staates als erstem Konjunkturträger wird er zwangsläufig und um so nachhaltiger zum empfindsamen Seismograph der ökonomischen Entwicklung. Dadurch nehmen wirtschaftliche Krisen sehr viel unmittelbarer politischen Charakter an, wie es in der vergangenen Rezessionsperiode das Anwachsen rechtsradikalen Wählerreservoirs und die Bildung der Großen Koalition gezeigt haben. Die Lösung des Konflikts zwischen antagonistischer Produktions- und pluralistischer Distributionssphäre scheint daher nur in relativen Prosperitätsphasen die formale Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie zu erlauben.

I

Freilich verändern sich schon mit dem Regulierungscharakter staatlicher Konjunktur- und Sozialpolitik die politischen Entscheidungsprozesse selbst. Sie bemessen sich nun nicht mehr wie im liberalen Staat nach praktisch-politischen Zielen, sondern orientieren sich an eher präventiven systemadäquaten Steuerungstechniken, die unter der Parole einer „bewaffneten Neutralität auf Abruf" (Karl Schiller) auf Stabilität und Wachstum gerichtet sind. Der prophylaktisch-administrative Stil staatlicher Bürokraten verweist politische Entscheidungen auf eine bloße Wahl der Mittel zur Lösung technischer Fragen, deren Beantwortung wiederum von den Interessen des expandierenden Kapitals weitgehend bestimmt ist. Insofern entlarvt sich wirtschaftspolitische Neutralität auch da noch als Schein, wo sich staatliche Führungseliten gegen allzu rasche Preissteigerungen, also gegen die Interessen der Großindustrie stark zu machen suchen, um gerade diese aus konjunkturellen Gründen oder um der „sozialen Symmetrie" wegen zu schützen. In dem Maße, wie sich exekutives Handeln nach Modellen möglichst reibungslos wirkender Sozialtechniken leiten läßt, werden Fragen einer sozialen Lebenspraxis mehr und mehr aus dem politischen Entscheidungsprozeß ausgeschaltet. Dabei perfektionieren sich die Herrschaftsmethoden des Status quo um den Preis von politischen Alternativen überhaupt. Erst sie könnten die herrschaftssichernde Funktion einer technokratischen Staatsapparatur in Frage stellen.

Da das monopolistische System sich öffentliche Funktionen einverleibt, setzt sich zunehmend die restriktive Natur eines an private Kapitalverwertung gebundenen Staates durch. Hinter dem vorbeugenden Krisenmanagement in hochkonzentrierten Schlüsselindustrien, vor allem im Investitionsgütersektor, bleibt die Entwicklung der Infrastruktur, des Gesundheits- und Bildungswesens etc. zurück.

[2]) Dieses Sprachspiel bei Johannes Agnoli, Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, in: Das Argument, Nr. 41, Berlin 1966, S. 454.

Dadurch erhält das „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung" (Lenin) allgemeine gesellschaftliche Relevanz. Der in die Gesellschaft hinein verlängerte Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital kann zwar durch einen sozialpolitischen Verteilermechanismus partiell geschlichtet, nicht aber die allenthalben aufbrechenden Strukturkonflikte entschärft werden. Um so mehr wächst die Gefahr, daß disproportionale Entwicklungen, wie sie sich mit der an den steigenden Rüstungsausgaben ablesbaren, sinnlosen Vergeudung des sozialen Surplus strukturell ausbilden müssen, von den betroffenen Gruppen politisch problematisiert werden.

Denn vor dem Hintergrund der funktionalen Identität von Staat und Gesellschaft droht jeder von einzelnen Sozialgruppen politisch artikulierte Konflikt die pluralistische Oberfläche des staatlichen Verteilermechanismus zu sprengen. Gelänge es einer gesellschaftlich relevanten Gruppe, den „homogen gemachten Anstrich" (Ernst Bloch) zu durchbrechen und die antagonistische Struktur der Gesellschaft transparent zu machen, hieße das, daß die soziale Kontrolle der Konflikte versagt hätte. Um dem vorzubeugen, verstärkt sich der manipulative Druck der politischen Führungseliten. Diese setzen alles daran, den verfassungsmäßigen Auftrag, die sozialen Verhältnisse demokratisch zu gestalten [3]), als eine Möglichkeit der sozialen Emanzipation aus dem Bewußtsein der lohnabhängigen Majorität zu verdrängen. Geheimes Motiv dieser Anpassungsstrategie ist es, die „bequeme Unfreiheit", die den sozialen Leistungsempfänger zum Werkzeug präzise gesteuerter Fürsorgepolitik stempelt, als unmittelbare Lebensbedingung akzeptabel zu machen. Binden soziale Entschädigungen die weitgehend in politischer Unmündigkeit gehaltenen und stets um ihre soziale Sicherheit fürchtenden Massen um so fester an die bestehende Produktionsweise, so müssen bereits potentielle politische Energien, die sich gegen das Herrschaftssystem richten, durch die Präsenz von Notstandsgesetzen gezähmt werden. Denn mit jeder selbst kurzfristigen Rezession, die kontinuierliches Wachstum, damit den Zuwachs des Sozialprodukts gefährdet und oppositionelle Kräfte freisetzt, droht auch jene Quelle zu versickern, aus der die politische „Kompensationsstelle" (Lelio Basso) Staat die materiellen Mittel zieht, um den gesellschaftlichen Antagonismus sozial und politisch glätten zu können.

Das aber heißt: der bürgerliche Verfassungsstaat bewährt sich nur dann in seiner stabilisierenden Funktion, wenn sich das Instrumentarium der politischen Herrschaft den sich mit den Produktivkräften stetig wandelnden sozialen Verhältnissen anpaßt. Die sozialtechnischen Aufgaben des „Wohlfahrtsstaates", wie etwa eine gebremste Vollbeschäftigungs- und die produktivitätsorientierte Lohnpolitik, dienen dabei parallel zu der Ideologie der technologischen Sachgesetzlichkeiten des Wirtschaftsprozesses insgesamt als „Ersatzprogrammatik" [4]), deren vermeintliche Rationalität jedes systemtranszendierende Programm als schlechte Romantik abzuqualifizieren verspricht. Vor der manipulativen Wirkung solcher Herrschaftslegitimation wird die verfassungsmäßige Forderung nach politischer Willensbildung von unten und damit nach der demokratischen Legitimation herrschender Oligarchien zur bloßen Zweckmäßigkeitserwägung. So liebäugelt Eschenburg damit, die Große Koalition „sollte gleichsam die Funktion einer Aufräumungsdiktatur übernehmen", um „gleichsam eine Schuttanhäufung, eine Reformstagnation" angesichts der „Finanzsauerei" zu beseitigen, da diese „unter Umständen das Staatsganze belasten" könnte [5]). Verkleidet sich

[3]) Vgl. Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied 1967, S. 116.
[4]) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt/M. 1968, S. 78 f.
[5]) Vgl. „Spiegel-Gespräch", a.a.O., S. 36.

hinter dem amorphen Begriff des „Staatsganzen" vorab das Interesse an der Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo, so steht Eschenburgs sorgenvoller Wunsch nicht allein in der unrühmlichen Tradition des Artikels 48 der Weimarer Verfassung. Diese erlaubte den in der Verfassungswirklichkeit häufig genutzten Ausnahmezustand einer „Diktatur auf Zeit" und ebnete, nach dem Sturz des Kabinetts Hermann Müller von 1930 bis zum Ermächtigungsgesetz, den legalen Weg der Umformung der parlamentarischen Demokratie in ein autoritäres Regime und später in die faschistische Diktatur [6]). Die vorgreifende Mahnung Eschenburgs setzt vielmehr genau jenen Wendepunkt in der Entwicklung der Bundesrepublik in Rechnung, an dem mit der Bildung der Großen Koalition und der Verabschiedung der Notstandsgesetze die wachsenden Planungs- und Regulierungsbedürfnisse monopolistischer Reproduktion ihren politischen Ausdruck und ihren verfassungsgerechten Rahmen gefunden hatten.

II

Die Notstandsgesetzgebung gewinnt vor allem angesichts des Bekenntnisses des Grundgesetzes zur demokratischen Sozialstaatlichkeit und damit zur materiell gefaßten sozialen Demokratie ihre für den spätkapitalistischen Staat lebenswichtige Bedeutung. Sie ist das den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen entsprechende schlagkräftige Mittel, sich auch über Phasen wirtschaftlicher Krisen und dadurch aktualisierbarer sozialer Konflikte hinüberzuretten. Doch dürfte die Anwendung der Notstandsgesetze nur der allerdings konkreteste Ausnahmefall einer ansonsten verdeckteren Regel sein, mit der sich kollektive politische und soziale Emanzipation in einem manipulativen Integrationsprozeß auffangen läßt. Von dessen Wirksamkeit, und das heißt vom Grad der Entpolitisierung einer mit der Verflechtung von Staat und Gesellschaft durch und durch politisch gewordenen Gesellschaft, hängt es daher ab, ob der autoritäre Sozialstaat mit minimalen Freiheitsrechten seiner Bürger zu leben vermag oder ob er sich auf dem von den Notstandsgesetzen vorgezeichneten Weg schrittweise einem modifizierten Faschismus nähern muß. So stellte Werner Weber bereits 1957 dem bestehenden Verfassungsstaat eine „ziemlich einfache Alternative" in Aussicht: „Entweder gelingt es (dem „Sozialstaat"), zur Begründung einer autoritativen obrigkeitlichen Verantwortung zu gelangen, wohlgemerkt einer demokratisch bezeugten Verantwortung, oder er endet im Totalitarismus, wobei wahrscheinlich die stärkste der jetzt vorhandenen, jetzt noch durch das Prinzip der Parität in Balance gehaltenen Gruppenmächte Träger dieses Totalitarismus wird" [7]).

Was sich konservativem Obrigkeitsdenken damals noch als „sozialstaatliche" Alternative anbot, ist mit dem ökonomisch bedingten Machtzuwachs der staatlichen Exekutivorgane, allen voran der Verwaltungsbürokratien, zum einen Teil längst Realität geworden. Demgegenüber sind die Befürchtungen vor dem „Totalitarismus" der stärksten Gruppenmacht hoffnungslos veraltet. Lag ihnen die Erwartung zugrunde, der Pluralismus rivalisierender Gruppenmächte könnte die staatliche Exekutive schwächen, so stellte sich Werner Weber noch hinter jene, die den Pluralismus der Interessenverände gerade als das bewegende Prinzip westlicher Demokratien feierten. Auch die Hoffnung Ernst Fraenkels, dem „pluralistischen Staat" möge es gelingen, „im Rahmen der bestehenden differenzierten Gesellschaft zwischen den organisierten Gruppeninteressen einen Ausgleich zustande zu bringen, der zur Begründung eines reflektierten consensus

6) *Wolfgang Abendroth*, a.a.O., S. 181.
7) Der Staat und die Verbände. Hrsg. von Beutler, Stein, Wagner (Bundesverband der deutschen Industrie), Gespräch mit Werner Weber, veranstaltet in Köln am 27. Mai 1957, Heidelberg 1957, S. 22, zitiert nach: Der CDU-Staat, hrsg. v. Schäfer/Nedelmann, München 1967, S. 239.

zu führen geeignet ist" [8]), übersieht, daß von Pluralismus nur dann ernsthaft die Rede sein könnte, wenn sich die sozialen Gruppen nicht in einem von den Stabilitätszwängen privater Kapitalverwertung abgesteckten Rahmen bewegten, sondern die zentralen wachstumsintensiven Investitionsentscheidungen mitbestimmten.

Eine Theorie, die sich auf den Pluralismus konkurrierender Interessen stützt und von den leitenden Motiven dieser Interessen, von den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten dieser Gesellschaft absieht, versperrt sich auch den Einblick in den Verfall der pluralistischen Erscheinung. Zwar gewinnt staatliche Gewalt, je enger sie mit der sozialökonomischen Sphäre zusammenwächst, unmittelbar gesellschaftliche Qualität. Aber das hat keine sozialistische Transformation zur Folge, wie sie im Bekenntnis des Grundgesetzes zum demokratischen Sozialstaat angelegt ist. Vielmehr weitet sich, je mehr der Staat an konjunkturtragender Bedeutung gewinnt, der Machtbereich privater, demokratisch nicht legitimierter Organisationen innerhalb der staatlichen Exekutive. Mit der Ansiedlung ökonomischer Machtgruppen in den Regierungsapparaten entsteht jenes Amalgam politischen Handelns, durch dessen halböffentlichen und halbprivaten Charakter sich die politischen Entscheidungsprozesse immer mehr demokratischer Kontrolle entziehen können. Das Allgemeininteresse, auf das Fraenkels „reflektierter consensus" zielt, gewinnt damit die Dimension eines eher „totalitären", gleichwohl jedoch partikularen Gruppeninteresses. Denn eine Politik, die den sozialen Ausgleich divergierender Interessen vom Makel der Bedürfnisknappheit befreien muß, um erfolgreich von der fremdbestimmten Arbeit der Lohnabhängigen ablenken zu können, muß auch den Kapitalinteressen die bevorzugte Stellung im politischen Entscheidungsprozeß zugestehen. Nur eine „Gesellschaft im Überfluß" vermag das Kapital als umfassende gesellschaftliche Objektivität im Licht einer fraglosen Rationalität anzupreisen, an der sich das notwendige Interessengewicht ausrichten kann. Gestützt auf einen an wirtschaftlicher Stabilität festgemachten Konsensus, vermag sich staatliche Gewalt, ähnlich wie im Merkantilismus, als Hüterin einer nurmehr technologisch präparierten „ordre naturel" auszuweisen. Angesichts des politisch vermittelten sozialen Herrschaftsverhältnisses scheint, was Werner Weber noch alternativ trennte, jetzt miteinander verflochten den autoritären Sozialstaat insgesamt zu prägen.

Über dem ohnehin auf die Distributionsebene gebannten Pluralismus haben sich im selben Maße, wie gesellschaftliche Probleme zu unmittelbar politischen und politische Probleme zu gesellschaftlichen geworden sind, wirtschaftliche Oligarchien, Militär, Staatsbürokratie sowie die Spitzen der Parteien und Verbände in einem exklusiven Zirkel gesammelt, in dem ohne öffentlich fungierende Vermittlungsinstanzen die wesentlichen politischen Entscheidungen ausgehandelt werden. Dieses mächtige Herrschaftskartell eint über allen abweichenden Interessen auf der Verteilerebene das gemeinsame Interesse an der möglichst reibungslosen Bewegung der kapitalistischen Produktionsweise. Ein „reflektierter consensus" solcher Provenienz muß sich freilich notwendig herstellen. Denn nicht ein irgendwie parlamentarisch-demokratisch vermitteltes Allgemeininteresse, das es zu repräsentieren und zu schützen gilt, sondern die genau kalkulierte Chance, wie innerhalb jener herrschenden Oligarchien das gesellschaftsleitende Profitinteresse gesichert werden kann, schafft im vorparlamentarischen Raum den dann gesellschaftlich wirksamen Ausgleich. Solchermaßen zubereitet, kann er im nachhinein risikolos der demokratischen Willensbildung überlassen werden.

Die Sicherung von Stabilität und Wachstum wird zum durchgängigen „Staats-

[8]) Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 41 f.

zweck", der sich versachlicht zu einer wirtschafts- und sozialtechnischen Aufgabe in der Bundesrepublik um so zwangloser dem autoritären Traditionsbestand in den staatlichen Bürokratien einfügt. Unter dem Leitbild, für das „Gemeinwohl" sorgen zu wollen, verselbständigen sich diese, je tiefer die Verwaltungsorgane in alle Lebensbereiche eindringen, von jeglicher demokratischer Kontrolle. Da die sorgende Hand der Verwaltung in ihrer Sachrationalität allen Partikularinteressen enthoben scheint, so daß selbst traditionell oppositionelle Gruppen in einem System „kollektiver Daseinsvorsorge" (Forsthoff) neutralisiert werden, erzeugt sie den notwendigen systemkonformen Anpassungsdruck. Ohne daß sich relevanter demokratischer Widerstand ankündigt, treibt die Integrationspolitik des autoritären Sozialstaates den gesellschaftlichen Formierungsprozeß voran, entproblematisiert die gesellschaftlichen Widersprüche im Bewußtsein der Beherrschten und handelt sich von den politisch entmündigten Leistungsempfängern noch mit dem Wahlakt den formell demokratischen Konsensus ein. Dieser beruht weniger auf einer durch die Volksparteien aktivierten politischen Willensbildung, sondern nurmehr auf einer sozialpsychologisch erklärbaren Reaktionsbildung. Aus der Angst vor dem Verlust sozialer Sicherheit bildet sich bei den bereits werbepsychologisch gesteuerten Konsumenten ein Reservoir latenter Aggressivität, die jederzeit mobilisierbar auf unliebsame Minoritäten wie Andersfarbige, Gastarbeiter und Intellektuelle und auf die politisch-soziale Konkurrenz wie Kommunisten, Sozialisten oder Demokraten angesetzt werden kann. Damit eröffnet sich langfristig die drohende Perspektive einer faschistischen Transformation des autoritären Staates.

III

Die ohne administrative Steuerung ihrem eigenen Untergang überlassene monopolistische Wirtschaft manövriert also nicht nur den Verfassungsstaat um den Preis der Demokratie in eine politische Dauerkrise, vor deren manipulativen Erfordernissen sich die öffentliche Gewalt autoritär verfestigt. Sie setzt auch genau die Bedingungen, unter denen sich Theoretiker wie Eschenburg und Werner Weber mit ihrem positivistisch verkleideten formalen Bekenntnis zur Demokratie zu emphatischen Verbündeten derer machen, für die der Demokratiegedanke als bloßes Kalkül der Profitmaximierung geopfert werden muß, wenn die politischen und sozialen Anpassungsstrategien mit der Sachgesetzlichkeit des Kapitalprozesses nicht mehr Schritt halten. Dabei muß im Sinne Eschenburgs liberalen und formal an Demokratie orientierten Restgruppen ins Gedächtnis gerufen werden, daß ein Zuviel an Demokratie der Demokratie durchaus abträglich sein kann. Insofern geht Eschenburg noch über seinen Kollegen hinaus: er strebt gleich eine „Gesamtrevision" des Bonner Grundgesetzes an. Einmal, weil die Verfassung durch Einzeländerungen im Laufe der Zeit zu einem „Flickenteppich" zu werden droht, zum anderen, um die bereits erwähnte Leistungsfähigkeit des Staates effektiver zu machen [9]).

Gewiß hat jede artikelweise Änderung des Grundgesetzes, seitdem 1951 die strafrechtlichen Verfassungsschutzbestimmungen des Artikels 143 GG im Zuge des Strafrechtsänderungsgesetzes aufgehoben wurden, die Kohärenz des Verfassungssystems, wie es 1949 der Parlamentarische Rat konzipiert hatte, durchbrochen. Doch zeigen die wesentlichen Stationen dieser Störung des rechtsstaatlichen Gleichgewichts [10]), deren vorläufiger Höhepunkt die Verabschiedung der Notstandsgesetze war, wie sehr das Grundgesetz Gefahr läuft, einem ähnlichen

9) Vgl. „Spiegel-Gespräch", a.a.O., S. 38.
10) Eine knappe Übersicht dieser Entwicklung gibt Dieter Sterzel, Zur Entstehung der Notstandsgesetze, in: Kritik der Notstandsgesetze, hrsg. von Dieter Sterzel, Frankfurt/M. 1968, S. 7—23.

Erosionsprozeß zum Opfer zu fallen wie zwischen 1930 und 1933 das Verfassungssystem der Weimarer Republik. Eschenburg redet freilich nicht einer „totalen Revision" das Wort, um dieser Gefahr durch eine effektivere Gestaltung des parlamentarischen Systems im demokratischen Sinne zu begegnen. Solch eine Rationalisierung des Grundgesetzes erübrigt sich schon deshalb, weil sein demokratisches Normensystem den Exekutivorganen keine verfassungsrechtlichen Garantien für reibungslose Gesetzgebungsprozeduren und Maßnahmen in die Hand geben, sondern wesentlich deren Tätigkeit demokratisch kontrollieren und alle Verselbständigungsbestrebungen der Staatsapparate zurückdrängen soll. Dagegen macht Eschenburg indirekt die Verfassung verantwortlich für disproportionale Entwicklungen der Verfassungswirklichkeit, die sich notwendig aus sozialen Gegensätzen ergeben und deren Behebung weniger an der mangelnden Leistungsfähigkeit eines „demokratischen Sozialstaats" als an den restriktiven Bedingungen spätkapitalistischer Reproduktionsverhältnisse scheitert. Folgerichtig lautet der geheime Tenor der „Gesamtrevision" nicht: Was ist der Auftrag des Verfassungsgebers oder was stellt die Verfassung zur Disposition?, sondern: Wie muß die Verfassung ausgestattet sein, damit sie der Arbeit der Staatsorgane keine allzu demokratischen Hürden in den Weg legt? Hinter dem Ruf nach der „Totalrevision" der Verfassung verbirgt sich nicht die Sorge um den demokratischen Bestand des Grundgesetzes, sondern das verfassungstechnische Kalkül um den adäquaten normativen Ausdruck des staatlichen, ökonomisch bedingten Machtzuwachses.

Die politische Wirklichkeit eines demokratischen Staates aber steht in der Spannung zwischen seinem demokratischen Verfassungsrahmen und den Entfremdungstendenzen seiner exekutiven Organe und politischen Institutionen in einer antagonistischen Gesellschaft. Es kann sich daher nicht darum handeln, eine demokratische Verfassung zugunsten eines abstrakten Staates zu revidieren. Zumal vor der unbewältigten Tradition der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur ist es besonders gefährlich, „die für eine Demokratie lebensnotwendige Identifizierung des Bürgers mit der Verfassung in eine unkritische und undifferenzierte Identifikation mit dem abstrakten Staat (als Apparatur und Machtsystem) umzudeuten" [11]). Letztere gerade ist ein Hebel zur autoritären Formierung einer sozialstaatlich verfaßten Gesellschaft. Eschenburgs angestrebte Verfassungsrevision, die das Grundgesetz unausgesprochen einer staatlichen Regulierung privater Kapitalverwertung gefügig machen will, enthält unter der Hypothek der deutschen Geschichte durchaus „totalitäre" Konsequenzen.

Trotz Notstandsgesetzgebung ist auch heute noch nach Artikel 79 Absatz 3 GG der unveränderbare Verfassungsgrundsatz der unantastbaren Würde des Menschen (Artikel 1 GG) wie auch das Gebot der sozialen Demokratie (Artikel 20 GG) gewährleistet. Diese Bestandsgarantie hatte der Parlamentarische Rat gegeben, um die in der Weimarer Republik für zulässig gehaltene Aufhebung der Verfassung und damit der parlamentarischen Demokratie mit Hilfe verfassungsändernder Mehrheiten zu verhindern. Eschenburg sucht diese unüberwindbare Barriere zu umgehen, indem er, einem Plan Dichgans' folgend, den Artikel 146 GG neu interpretiert. Artikel 146 GG drückt aber den eindeutigen Auftrag des Verfassungsgebers aus, daß das Grundgesetz erst dann seine Geltungsdauer verliert, wenn sich das ganze deutsche Volk eine eigene Verfassung zu geben in der Lage ist [12]). Einst unter der Formel von der „Wiedervereinigung in Freiheit" als geheiligtes Ziel jeder Regierungstätigkeit vorangestellt, soll nun, um die „Freiheit"

11) Wolfgang Abendroth, a.a.O., S. 201.
12) Thomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Köln und Opladen 1965, S. 446.

privater Kapitalverwertung durch einen neuen Verfassungsrahmen zu sichern, der Alleinvertretungsanspruch als „illusionärer Anspruch" preisgegeben werden: „Das deutsche Volk des Artikel 146 ist nicht das gesamtdeutsche Volk. Es ist vielmehr das bundesrepublikanische Staatsvolk" [13]). Danach soll, und es ist zu befürchten: nach dem Muster des Herrenchiemseer Konvents, von einer Verfassungskommission eine Reform vorbereitet, nach entsprechendem Beschluß vom Bundesrat und Bundestag eine verfassungsgebende Versammlung gewählt und später durch einen Volksentscheid über den Verfassungsentwurf abgestimmt werden. Gerade solche Versuche einer pseudolegalen Verfassungsdurchbrechung, deren sich der positivistische Verfassungsformalismus der Weimarer Staatslehre und Justiz um den Preis der legalen „Machtergreifung" der Nationalsozialisten rühmen darf, hatte der Parlamentarische Rat vor Augen, als er den Artikel 79 Absatz 3 GG konzipierte [14]).

Eschenburgs Loyalität zur demokratischen Rechtsordnung erscheint im rechten Licht, wenn er an anderer Stelle hervorhebt, „daß die Gesetzgebung des Kaiserreiches im großen und ganzen von hohen ethischen und Gerechtigkeitsvorstellungen ausgegangen" sei [15]). Vor dem Hintergrund dieses monarchisch-autoritären Erbes muß freilich jede angestrebte Verfassungsrevision, zumal wenn sie mit der Sorge um die effektivere Organisation der politischen Institutionen motiviert wird, korrumpiert sein. Nicht umsonst konnte sich trotz demokratischer Verfassung das Bündnis zwischen antidemokratisch-restaurativen Kräften in den staatlichen und wirtschaftlichen Bürokratien, in der Justizverwaltung, im Militär und in den repräsentativen Wissenschaftsgremien erneut etablieren. Eschenburgs Forderung nach einer Rationalisierung der politischen Entscheidungsprozesse, die er gegen „eine Emotionalisierung der Politik durch demagogische Fragestellungen" setzt, erhält angesichts der Machtballung traditioneller Oberklassen selbst Züge einer allerdings rational verpackten Demagogie. Denn die Rationalisierung politischer Organisationsprinzipien bemißt sich eher an der Quantität der zu leistenden technischen Aufgaben als an der Qualität effektiverer demokratischer Kontrollmöglichkeiten. So brauchen die herrschenden politischen Oligarchien nur in akklamatorischen Wahlakten ihre scheindemokratische Legitimation einzuholen, um sich ansonsten unter der Losung technisch rationaler Sachaufgaben jeder demokratischen Kontrolle gegenüber zu entziehen. Eschenburgs „Totalrevision" der Verfassung schlägt genau in diese Kerbe, indem sie einem staatlich regulierten Kapitalismus die formellen Organisationsnormen beizusteuern beabsichtigt.

13) Vgl. „Spiegel-Gespräch", a.a.O., S. 38.
14) Karl Dietrich Bracher, Die zweite Demokratie in Deutschland — Strukturen und Probleme, in: Die Demokratie im Wandel der Gesellschaft, Vorträge gehalten im Sommersemester 1962 am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, hrsg. v. Richard Löwenthal, Berlin 1963, S. 118.
15) Theodor Eschenburg, Über Autorität, Frankfurt/M. 1965, S. 136.

Fernseh-Spalte

DER SYMPATHISCHE ARCHITEKT

Hitlers Baumeister, später Chef der Organisation Todt, dann NS-Rüstungsminister, gab bereitwillig Auskunft. Interviewer Joachim C. Fest gab sich damit zufrieden, sei es aus Höflichkeit, sei es aus Vertrauen in die (nicht existente) Urteilsfähigkeit des bundesdeutschen Telescheibenguckers. („Der Architekt". Interview von Joachim Fest, NDR, 21. 10. 1969). Das, was sich in so mancher Zeitung selbstgefällig Fernsehkritik nennt, gab ihrer Genugtuung über diese gelungene Sendung Ausdruck. So heißt es in einer großen südwestdeutschen Tageszeitung (der Name spielt hier keine Rolle, weil mir das Beispiel viel zu exemplarisch erscheint, um es einem einzigen Blatt anzulasten): „Das klare, unbewegte Gesicht, die einfache, nach keinen Ausflüchten suchende Sprache, die menschliche Redlichkeit dieses Mannes . . ." Und so weiter. Der Mime Speer hat seine Rolle gut gespielt. Und Joachim C. Fest gab sich damit zufrieden. Als „Gesprächspartner zweier Jahre" (so Albert Speer in seinen soeben erschienenen „Erinnerungen") hatte Fest wohl den Eindruck, vornehme Zurückhaltung seinerseits sei ein Akt der Fairneß. Als Beiratsmitglied der Verlage Ullstein und Propyläen stand Fest in ständigem Meinungsaustausch mit Speer, der ihm in den „Erinnerungen" dafür auch höflich dankt. Jeder von uns weiß, wie so etwas zugeht. Die persönliche Fühlungnahme erweckt Antipathien oder Sympathien. Hier geschah das letztere. Das ist kein Vorwurf. Wer hätte nicht schon ähnliche emotionale Erfahrungen gemacht. Dennoch gilt es, ein Mißverständnis zu reklamieren. Joachim Fest behandelte den Fall Speer bereits in dem 1963 erschienenen Buch „Das Gesicht des Dritten Reiches — Profile einer totalitären Herrschaft". Auch damals erwies er dem NS-Stararchitekten Respekt für „Zivilcourage" und dergleichen mehr, befand aber, daß Speer wie „kaum ein anderer" den „Typus des spezialistisch verengten Menschen und dessen technokratische Amoral repräsentiert" habe. Knapp und überzeugend wies Fest Speers „außerordentliche Einfühlung ins massenpsychologisch Wirksame" nach und streifte jene „Aktivität" des Ministers Speer, ohne die schon 1943 die Fortsetzung des Hitlerkrieges fraglich geworden wäre. Ich habe mich allerdings damals schon gewundert, daß diese pervertierte Pflichtauffassung nicht als solche gebrandmarkt wurde. Noch mehr verwunderte mich aber nun, daß Fest von seinem profunden Wissen keinen Gebrauch — im Sinne einer kritischen Aufklärung seiner Zuschauer — machte. Das ist es, was ich oben als Mißverständnis bezeichnete: die berufliche Verantwortung muß dann den Primat vor der persönlichen Rücksichtnahme erhalten, wenn der Publizist oder Journalist eine Aufgabe übernimmt, die der Wahrnehmung öffentlicher Interessen dient. So gesehen hat Fest eine miserable Sendung gemacht. Er ließ Speer aus seinen Memoiren berichten, die man (und wie sie sich draufstürzen) in einem ohnehin viel zu breit geratenen Wälzer nachlesen kann. Buch und Sendung haben, schon jetzt läßt sich das sagen, ihre Wirkung nicht verfehlt. Speer klopft sich an die Brust, gibt sich mitverantwortlich und bescheiden. Und alle rufen: ach, wie sympathisch. Zugegeben, Speer ist kein Krimineller wie Schirach. Aber seine „Erinnerungen" weisen ihn als prädestinierten Strategen klug-raffinierter Eigenpropaganda aus. Die wenigen Zeilen Selbstkritik können nicht die ungeheure Beredsamkeit aufwiegen, die Speer auf eitle Selbstbespiegelung verwendet. Ein Beispiel mag dies belegen: Die fürchterlichsten Projekte der ohnehin pervertierten „Baukunst" des Dritten Reiches waren die Bauten des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg. Hier fand die „Brutalität in Stein" ihren unübertrefflichen Gipfelpunkt. Dazu Speer: „Trotzdem gefallen mir auch heute noch meine Nürnberger Entwürfe am besten . . ." („Erinnerungen" S. 76). In Adolf Hitler hatte er seinen „Mephisto gefunden. Er schien nicht weniger einnehmend als der von Goethe." Und so recht „unpolitisch" erscheint mir auch diese Beobachtung: „Aufmarsch der SA in den Straßen Heidelbergs . . .: der Anblick der Ordnung in einer Zeit des Chaos . . ." Nein, Speer war nicht unpolitisch, er spielte nur vor sich selbst den Unpolitischen. Seine Monsterbauten in Nürnberg schließlich, zu denen er sich heute noch bekennt, waren so eindeutig politisch-agitatorisch, daß einen über der Mär vom unpolitischen Künstler-Technokraten das große Kotzen ankommt. Joachim Fests Interview-Sendung ist ein markantes Beispiel dafür, wie scheinbare Objektivität zu böser Legendenbildung beiträgt.

E. H. Wahl.

Bücher

Zwei Analysen der heutigen Bundesrepublik

Einem breiten Leserkreis zugänglich, sind jetzt zwei Bücher erschienen, die eine neuere politökonomisch/soziologische Analyse zwanzigjähriger bundesrepublikanischer Entwicklung darstellen:

Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik. Reihe Informationen zur Zeit der Fischer Bücherei, Frankfurt a. M. 1969, 239 S., 2,80 DM.

Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. edition suhrkamp, Frankfurt a. M. 1969, 184 S., 3,— DM.

Die beiden engagierten Wissenschaftler, Jaeggi ist Soziologieprofessor in Bochum und Huffschmid Assistent am Institut für Konzentrationsforschung in Berlin, decken am Beispiel der Bundesrepublik mit verdeutlichendem Zahlenmaterial und konkreten Fakten die zentrale Schwäche der entwickelten kapitalistischen Industrienationen auf: die in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft sich intensivierenden Konzentrationsprozesse, mit denen die entscheidende, eigentliche Macht und damit die Herrschaft über die weitgehend entpolitisierten Massen sich innerhalb von Minderheitseliten verfestigt hat, einhergehend mit dem Verfall des politischen Gesamtsystems, einer tiefen Krise der repräsentativen Demokratie und damit korrespondierenden Pluralismuskonzepten.

Was Huffschmid sehr speziell und präzis vorrangig vom rein Ökonomischen her untersucht und in Thesen verdeutlicht, findet man in den Grundzügen bei Jaeggi bestätigt, der jedoch den Rahmen seiner Analyse weitersteckt und ausführlicher den politisch-soziologischen Bereich miteinbezieht. Gleichwohl sehen beide Autoren den engen Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Macht und Herrschaft, der sich seit Gründung dieses Staates herausgebildet und in steigendem Maße zu einer konsistenten Machtoligarchie verdichtet hat. Vom Sozio-Ökonomischen her gesehen kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß die Kriterien zum Nachweis des Bestehens einer Klassengesellschaft in der BRD erfüllt sind. Einkommen und Vermögen, wenn auch zunehmend aus einer direkten Personenbezogenheit herausgelöst, konzentrieren sich in den Händen weniger Gruppen, die damit eine direkte Verfügungsgewalt über nahezu alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens bis hin zur Freizeitgestaltung ausüben. Bei ansteigendem absoluten Niveau für alle am gesellschaftlichen Reichtum nimmt der Abstand zwischen arm und reich in dieser Gesellschaft ständig zu, statt sich zu verringern.

Bedingt durch die wirtschaftlich-technische Entwicklung, die gesteigerten Anforderungen des Kapitals, mußte es in den letzten Jahren zu einer Neuordnung der Marktwirtschaft kommen, wie Huffschmid feststellt. Kritisch beleuchtet dieser die Wirtschaftspolitik Schillers der letzten Jahre und kommt zu dem Ergebnis: „Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, wie sie Schiller vorschwebt, ist eine versachlichte und rationalisierte Wirtschaftspolitik innerhalb eines gegebenen Datenrahmens, der Kapitalismus heißt." An die Stelle von Wettbewerbstheorien treten Wachstumstheorien im makroökonomischen Bereich. Die Regierung ist mehr und mehr zur Globalsteuerung, der Form der Kooperation zwischen Großindustrie und Regierung gezwungen, wobei in deren politischer Praxis, der Konzertierten Aktion, ein Zusammenspiel von den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der Regierungsseite erforderlich ist, das freilich für die Unternehmer — wie die Zahlen für 1968 beweisen — zu weitaus stärkeren Gewinnen geführt hat, als es sich im Einkommen der Unselbständigen niederschlagen konnte. In diesen Disproportionen liegen die Ursachen der „wilden" Streiks vom September. Die angestrebte „soziale Symmetrie" offenbart sich als eine Verfestigung der bestehenden Asymmetrie, zu deren positiver Veränderung das Instrumentarium der Konzertierten Aktion nicht verhelfen kann, wie es Huffschmid nachweist. Diese Neuorientierung bedarf auch einer veränderten theoretischen Grundlage, um ideologisch die bestehenden Widersprüche zu verdecken. Nach Huffschmid ist diese in ihrer Gesamtheit noch nicht entwickelt. Noch wird an

alten Postulaten festgehalten, jedoch werden Schlüsselbegriffe wie „Wettbewerb" neu interpretiert und in die Ansätze zu Theorien eingebaut, die sich orientieren an den Ideen von „Kollektivkapitalismus" oder „Allgemeinwohl" mit gängigen Schlagworten wie „Kooperation" und „Partnerschaft". Konservativen Theoretikern und Publizisten wird sich zukünftig auf diesem Sektor, der ideologischen Untermauerung der skizzierten Tendenzen, noch ein weites Betätigungsfeld eröffnen.

Von gleichartigen Ansatzpunkten ausgehend, zielt Jaeggi in seiner Analyse weiter, beschreibt die Autoritätsstrukturen in den Betrieben und Verbänden, untersucht die Herrschaft der Manager und der führenden Eliten in ihrem Einfluß und der soziologischen Strukturierung, unterzieht die bestehende Gesellschaft einer scharfen Kritik, wobei Parteien, Regierung und Parlament, Massenmedien und die Stellung der Intelligenz nicht ausgespart bleiben. Fragen zur Mitbestimmung, zum Wahlrecht und Repräsentationssystem, Bildungskonzeptionen und Pluralismustheorien, das Verhältnis von Staat und Kirchen werden angeschnitten, deren funktionale Zusammenhänge gesehen und die Interdependenzen verdeutlicht. Das Entstehen der Neuen Linken sieht Jaeggi als notwendige Reaktion auf die Krise des Parlamentarismus, globaler gefaßt: als durch die Krise der spätkapitalistischen Industriegesellschaften hervorgerufene Erscheinung an.

Jaeggis Analyse baut auf einer Reihe von Erkenntnissen führender Sozialwissenschaftler auf, deren Rezeption sich durchgehend in dieser Arbeit widerspiegelt. Widerlegt er mehrfach konservativ-liberale Kollegen wie Dahrendorf oder Scheuch, so unterstützt er in vielem junge Theoretiker der heutigen linken Systemkritiker.

Die beiden vorliegenden Bücher sind zwei grundlegende Werke zur Beurteilung der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik. Fazit: Zwanzig Jahre Restauration sind genug. Mit Sontheimers Worten kommt Jaeggi zu dem Ergebnis, daß dieser Staat nicht durch die radikalen Gruppen von links oder rechts gefährdet wird, sondern dessen Krisenanfälligkeit seine Ursachen in der Struktur des Systems selbst und dem politischen Bewußtsein seiner Bürger aufweist. Geringe Hoffnung bleibt demnach, von einem Machtwechsel in Bonn grundlegende Ände-

Peter Schütt

Sicher in die siebziger Jahre.

Straßentexte. - Öffentliche Prosa, Straßentheater, Agitationslyrik. 180 Seiten. Politische Plakatgrafik.

DM 5.-

AGITPROP.

Lyrik, Thesen, Berichte. Kollektivausgabe (Fuhrmann, Hinrichsen, Hüfner, Kuhnke, Schütt, Wandrey). Die erste Anthologie politischer Lyrik in der BRD. Programmatische Statements und Erfahrungsberichte über Agitprop.

260 Seiten. Paperback DM 12,80

(Frühjahr 1970:)

. . . soll ich gehn in die Armee?

Kasernentexte. - Linke Soldatenlieder, Parolen, Flugblätter. Berichte von Aktionen und Kampagnen zur Demokratisierung der Bundeswehr.

Ca. 180 Seiten. DM 5.-

Quer-Verlag

Hamburg 22
Oberaltenallee 72

rungen zu erwarten. Der Wohlstand — trotz ungleicher Verteilung — ist die wichtigste Klammer, die diesen Staat zusammenhält, meint Jaeggi. Das Bildungssystem wird der Schlüssel sein, die sozialen Bedingungen zu ändern. Schwierigkeit bereitet allen progressiven Kräften die Entwicklung einer wirksamen Strategie im politischen Kampf und die Konkretisierung von klaren Alternativen sowie die Festlegung von Zielen und Mitteln und deren Relationen zueinander. Hierzu ist auch von den beiden Autoren nichts angeführt worden. An diesen Bereichen zu arbeiten, zu experimentieren, wird von wachsender Erfordernis sein. Arne Arnemann

Währungskrisen sind Produktionskrisen

Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise. Europäische Verlagsanstalt Frankfurt, Europa Verlag Wien, 1969, 149 S., 9,— DM.

Krisen des internationalen Währungssystems gibt es nicht erst seit dem Zweiten Weltkrieg. Neu ist jedoch eine so rasche Aufeinanderfolge von Währungskrisen, wie wir sie gegenwärtig erleben. Hinweise auf technische Mängel im Währungssystem, wie sie die bürgerliche Wissenschaft liefert, reichen nicht aus, eine derartige Instabilität des kapitalistischen Weltwährungssystems zu erklären. Um so begrüßenswerter ist es deshalb, daß Elmar Altvater eine etwas ausführlichere Einschätzung aus marxistischer Sicht liefert, die bisher gefehlt hat. Verdienstvoll ist insbesondere, daß er es in einer verständlichen Form getan hat, so daß nicht nur „Experten", sondern auch Interessierte, die nicht den Begrifssapparat der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft beherrschen, leicht folgen können.

Altvater gibt in vier Abschnitten, die jeweils noch einmal kurz zusammengefaßt werden, einen Überblick über das kapitalistische Weltwährungssystem, die in ihm angelegten Widersprüche und Tendenzen, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren. Der erste Abschnitt befaßt sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der kapitalistischen Staaten, der Entwicklung des Welthandels und den daraus resultierenden Auswirkungen auf das Weltwährungssystems. Der zweite Abschnitt gibt einen Überblick über die Funktionsweise des Systems. Im dritten Abschnitt wird dann am Beispiel der Bundesrepublik seine Widersprüchlichkeit dargestellt und aufgezeigt, welche Bedeutung die Währungsproblematik für die Arbeiterschaft hat. Der letzte Abschnitt schließlich informiert über die verschiedenen Vorschläge zur Reform des Weltwährungssystems.

Der interessanteste und zugleich wichtigste Teil des Buches ist der erste Abschnitt. Hier wird aufgezeigt, daß das internationale Währungssystem keineswegs ein neutraler Mechanismus ist, sondern eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung der beteiligten Staaten zusammenhängt. Das hervorstechendste Merkmal der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ist die enorme Expansion des Welthandels. Dabei ist es vor allem der Handel zwischen den Industriestaaten, der sich so gewaltig ausdehnt.

Die Ursache dafür liegt in der Monopolisierung der Wirtschaft, die zu einer immer stärkeren Spezialisierung der Produktion führt. Das Hauptproblem der Handelsbeziehungen ergibt sich daraus, daß die Entwicklung der kapitalistischen Länder sich nicht gleichmäßig vollzieht. „Die ökonomische und technologische Ungleichzeitigkeit der Entwicklung ist eines der fundamentalen Prinzipien, die die kapitalistische Entwicklung überhaupt kennzeichnen" (S. 28). Je enger die Konsumtionskraft der kapitalistischen Länder wird, desto akuter wird dieses Problem. Der innere Markt wird für die großen Konzerne zu klein. Sie müssen Teile ihrer Produktion am Weltmarkt absetzen, wollen sie weiter expandieren und existieren. Kann sich dabei ein Land einen Vorsprung gegenüber den Konkurrenten sichern, meist durch Druck auf die Lohnkosten, bedeutet das Profit auf Kosten des Handelspartners. Eine Überlegenheit im Außenhandel schlägt sich in einer aktiven Handelsbilanz beim stärkeren „Partner", aber auch in einer passiven beim Unterlegenen nieder.

Die Konstruktion des Weltwährungssystems führt nun dazu, daß sich solche Ungleichgewichte der ökonomischen Beziehungen in Währungskrisen ausdrücken. Die Währung der Defizitländer gerät unter Ab-

wertungsdruck, die Devisenreserven schwinden. Ein umgekehrter Prozeß vollzieht sich im Überschußland. Die Paritäten der Währungen geraten in Unordnung und müssen früher oder später geändert werden. Dadurch wird das Kräfteverhältnis auf den Weltmärkten zugunsten des abwertenden und zuungunsten des aufwertenden Landes geändert. Der Kampf der nationalen Konzerne um Marktanteile, d. h. der Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten gegeneinander, muß daher auch alle Versuche, übernationale Währungsinstitutionen zu schaffen, begrenzen. Denn die Währungsparitäten sind Waffe im Kampf der privaten Interessen.

„Mit der Verschärfung weltwirtschaftlicher Konkurrenz werden die Beanspruchungen des Weltwährungssystems zunehmen ..." (S. 39). Die Häufigkeit der Krisen des Währungssystems drückt also nur die Tatsache aus, daß die Absatzchancen sich verringert haben, weil bestimmte durch den Nachholbedarf nach dem Zweiten Weltkrieg verursachte Sonderfaktoren nicht mehr wirksam sind und der internationale Kampf um Absatzmärkte sich verschärft hat.

Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung kapitalistischer Staaten findet ihren Niederschlag schon in der Konstruktion des Weltwährungssystem selbst. Das 1944 errichtete System von Bretton Woods basiert darauf, daß nationale Währungen zu internationalen Zahlungsmitteln gemacht wurden. Die Vormachtstellung der USA führte zu einer Orientierung des ganzen Systems am Dollar. Der Grundwiderspruch liegt darin, „daß nationale Währungen als internationale Reservemedien fungieren ... Da die US-Politik bestimmten Interessen unterliegt, denen die Interessen der Konkurrenzländer konträr entgegenstehen können, ist das Weltgeld unmittelbar in die nationalstaatlichen Interessenwidersprüche verwickelt" (S. 76).

Das mächtigste kapitalistische Land, die USA, kann so seine Vorrangstellung noch ausbauen. Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des Kapitalismus wird durch das Währungssystem noch verstärkt. Da der Dollar von allen übrigen Ländern als Devisenreserve gehalten wird, kann die USA sich ihren Kapitalexport von den anderen Ländern kreditieren lassen. Dabei ergibt sich folgender Konflikt: Das Vorhandensein ausreichender Währungsreserven — der Anteil des Goldes sinkt ständig — und ihre Ausdehnung entsprechend dem expandierenden Welthandel kann nur durch ständigen Dollarabfluß aus den USA gesichert werden. Das bedeutet aber eine defizitäre US-Zahlungsbilanz. Wenn sich einerseits die USA auch ihre imperialistische Politik der militärischen und ökonomischen Allgegenwärtigkeit auch von den Nichtleitwährungsländern finanzieren lassen können, macht andererseits das ständige Zahlungsbilanzdefizit eine nationale Konjunkturpolitik unmöglich. Die Einleitung wirksamer Restriktionsmaßnahmen z. B. würde den Dollar international verknappen und dem Welthandel die notwendige Liquidität entziehen.

Je größer das Defizit der US-Zahlungsbilanz, desto mehr Weltgeld ist zwar vorhanden, desto mehr leidet aber die Festigkeit des Dollars, dessen Grundlage die Goldvorräte der USA und die Krisenfestigkeit seiner Wirtschaft sind. Es tritt ein Konflikt zwischen der Verfügbarkeit des Dollars als internationales Zahlungsmittel und seiner Sicherheit ein. Je unsicherer der Dollar aber ist, desto größer ist die Gefahr von Spekulationen anderer Länder gegen ihn, die sich in Form einer „Flucht ins Gold" oder in andere Währungen auswirken. Solche Spekulationen gefährden aber nicht nur den Dollar, sondern mit ihm das Weltwährungssystem (Dollarkrise 1968).

Die übernationalen Einrichtungen wie der Internationale Währungsfonds, der Zehnerklub usw. haben denn auch vor allem den Zweck, die Schwierigkeiten des Dollars zu bekämpfen.

Wie der Kampf der nationalen Monopole um größeren Einfluß sich auf das Währungssystem auswirkt und welche Konsequenzen sich daraus für die Lage der Arbeiterschaft ergeben, dafür bietet die Bundesrepublik gegenwärtig ein Lehrbeispiel. Die Konzerne der BRD sehen sich einem relativ engen inneren Markt gegenüber. Wollen sie internationale Ausmaße erreichen und ihre Profite wieder gewinnbringend anlegen können, müssen sie sich notwendig den Weltmarkt erschließen. Als die Rezession 1966/67 die Aufwärtsbewegung der westdeutschen Wirtschaft bremste, suchte die Wirtschaft ein Ventil auf dem Weltmarkt. Der Handelsbilanzüberschuß schnellte in die Höhe. Die Exportoffensive wurde durch die relativ niedrigen Lohn-

kosten, die im Verlaufe der Rezession und der darauffolgenden Expansion weiter gesenkt wurden, ermöglicht.

Zwar konnte die Exportoffensive wesentlich zur Lösung der Wirtschaftskrise beitragen. Sie wurde dadurch aber lediglich verschoben. Die Handelspartner der BRD sehen sich einer defizitären Handelsbilanz und ständigen Devisenabflüssen gegenüber. Ihre Währungen gerieten unter Abwertungsdruck, das Währungssystem wurde von einer Serie von Krisen erschüttert. Die Überwindung der westdeutschen Wirtschaftskrise erfolgte auf Kosten der Konjunktursituation der Handelspartner. Denn diese mußten eine restriktive Konjunkturpolitik einleiten, um ihre Exportsituation zu verbessern und das Defizit zu beseitigen. Da die Preise in der BRD langsamer als in den meisten anderen Ländern gestiegen waren, bevorzugte die alte Währungsparität die Exportindustrie der BRD. Die DM und damit die deutschen Waren waren relativ billig, der Export blühte weiter. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich der Streit um die Aufwertung der DM, die schließlich am 27. 10. 1969 vollzogen wurde. Obwohl Altvaters Buch vor diesem Ereignis geschrieben wurde, liefert es doch das Material zu seinem Verständnis.

Die „streitenden Parteien", vertreten durch Strauß und Schiller, waren sich in einem einig: die Politik der westdeutschen Expansion auf dem Weltmarkt und der dadurch ermöglichte Kapitalexport müssen fortgesetzt werden. Indem sie die Löhne in der Konzertierten Aktion zurückdämmten und den Kapitalexport steuerlich begünstigten, hatten sie ja die Voraussetzungen dafür geschaffen. Zwar würde eine Aufwertung die Stellung der westdeutschen Exporteure beeinträchtigen. Ein Aufwertungssatz, der ihre Überlegenheit beseitigen würde, war aber nie ins Auge gefaßt worden. Wenn Schiller trotzdem eine Aufwertung in engen Grenzen anstrebte und jetzt ja auch verwirklicht hat, so war er sich bewußt, daß eine weitere Vergrößerung des Saldos der Handelsbilanz das Weltwährungssystem gefährden und Maßnahmen der betroffenen Länder hervorrufen würde, die den Welthandel verringern. Eine Bedingung des weiteren Ausbaus der westdeutschen Positionen, die auch Schiller will, ist aber ein funktionierendes Währungssystem und ein liberalisierter Welthandel. Schiller hat sich durch die Aufwertung also als ein weitsichtigerer Interessenvertreter des westdeutschen Kapitals erwiesen.

Die häufigen Krisen des Weltwährungssystems riefen natürlich die verschiedensten Reformvorstellungen auf den Plan. Sie alle kranken daran, daß sie sich ausschließlich auf technische Änderungen des Währungssystems beschränken. Die Ursachen der Währungskrise liegen aber in Produktionskrisen, wie es Altvater am Beispiel Bundesrepublik aufzeigt. Je mehr aber die nationalen Regierungen versuchen, durch Konjunkturpolitik diese Krisen zu vermeiden, und sie auf die internationale Ebene schieben, desto größer werden die Probleme. Die Produktionskrisen beseitigten kurzfristig das Mißverhältnis zwischen Konsumtion und Produktion und schufen so die Voraussetzung für einen neuen Aufschwung. Das kann eine Währungskrise aber nicht leisten, denn sie berührt zunächst die zu groß gewordenen Kapazitäten nicht. Das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazitäten und Absatzchancen akkumuliert sich auf der internationalen Ebene. „... ökonomische Rezessionen — noch unter dem Prinzip der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung — (werden) durch die staatliche Vermeidungsstrategie gerade nach außen geschafft und zu Problemen der Weltwirtschaft eskaliert" (S. 133). Das Problem der Überproduktion wird lediglich auf die Ebene der Weltwirtschaft verlagert. Eine Krisenregulierung auf internationaler Ebene wird aber noch weniger funktionieren als im nationalen Rahmen. Die Konkurrenz der nationalen Konzerne untereinander, der Zwang zur Verwertung des sich ständig vermehrenden Kapitals führt zu Interessengegensätzen, an denen eine solche Krisenregulierung scheitern muß.

Jörg Goldberg

Vietnam und das Völkerrecht

Heinrich Weiler, Vietnam. Eine völkerrechtliche Analyse des amerikanischen Krieges und seiner Vorgeschichte, mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth. Hellmuth-

Autoren dieses Heftes

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA.

Friedhelm Baukloh, geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig.

Dr. Hans Heinz Holz, geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Dr. Achim v. Borries, geb. 1928 in Essen, lebt als politischer Publizist in Saarbrücken; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen.

Wilfried Schilling, geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen.

Hans-Henning Herzog, geb. 1943 in Dresden, studiert Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Paul Oehlke, geb. 1943 in Landsberg/W., studiert Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Arne Arnemann, geb. 1945 in Helmarshausen/Bez. Kassel, studiert politische Wissenschaften an der FU Berlin.

Dr. Vincent Arnold, geb. 1926 in Karl-Marx-Stadt (vormals Chemnitz), studierte in Heidelberg Rechtswissenschaften, lebt dort als Rechtsanwalt.

Jörg Goldberg, geb. 1943 in Wittenberge, studierte in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Dipl.-Volkswirt, promoviert zur Zeit über „Kapitalistische Globalsteuerung und gewerkschaftliche Lohnpolitik".

Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen sowie des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Bemerkungen

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz; Karl Graf v. Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Waldenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,50 zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich; £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.